

1
45
no. 77-

HISTORISCHE STUDIEN,,

VERÖFFENTLICHT

VON

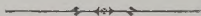
E. EBERING

DR. PHIL.

HEFT LXXVII

DER LETZTE KAMPF DER REICHSRITTERSCHAFT UM IHRE
SELBSTÄNDIGKEIT.

VON DR. HEINRICH MÜLLER.



BERLIN 1910

Der letzte Kampf der
Reichsritterschaft
um ihre Selbständigkeit (1790-1815).

Von

Heinrich Müller

Dr. phil.



BERLIN
1910

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America

Meinen Eltern.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Abkürzungen	8
Vorwort	9
Quellen und Literatur	11
Einleitung	13
I. Kapitel: Die Reichsritterschaft	15
II. Kapitel: Der Ausbruch der französischen Revolution und der erste Koalitionskrieg	39
III. Kapitel: Die preußischen Okkupationen in Ansbach-Bayreuth	54
IV. Kapitel: Der Rastatter Kongreß	73
V. Kapitel: Bis zum Reichsdeputationshauptschluß	89
VI. Kapitel: Der Rittersturm	119
VII. Kapitel: Das Konservatorium	158
VIII. Kapitel: Der Ausgang der Reichsritterschaft	178
Anhang: Literatur über die Reichsritterschaft	202
Register	207

Abkürzungen.

- A. Wien = k. u. k. Haus-, Hof- u. Staatsarchiv in Wien.
A. Berlin = k. Geh. Staatsarchiv in Berlin.
R.-A. München = k. Allgem. Reichsarchiv in München.
St.-A. München = k. Geh. Staatsarchiv in München.
Kr.-A. München = k. Kreisarchiv in München.
A. Würzburg = k. Kreisarchiv in Würzburg.
A. Bamberg = k. Kreisarchiv in Bamberg.
A. Nürnberg = k. Kreisarchiv in Nürnberg.
A. Stuttgart = k. Geh. Haus- u. Staatsarchiv in Stuttgart.
A. Ludwigsburg = k. Filial-Staatsarchiv in Ludwigsburg.
A. Karlsruhe = grh. General-Landesarchiv in Karlsruhe.
A. Darmstadt = grh. Haus- und Staatsarchiv in Darmstadt.
A. Gotha = h. Haus- u. Staatsarchiv in Gotha.
A. Koburg = h. Haus- u. Staatsarchiv in Koburg.
A. Meiningen = h. Geh. Hauptarchiv in Meiningen.

RR. = Reichsritter, Reichsritterschaft.

rr. = reichsritterschaftlich.

R.-K. = Ritterkanton.

R.-Kr. = Ritterkreis.

R.-O. = Ritterordnung.

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit soll einen Baustein liefern zu einer Epoche der deutschen Geschichte, die sich von jeher der besonderen Aufmerksamkeit der Historiker erfreut hat und dementsprechend häufig von der Forschung unter den Pflug genommen worden ist. Aber auch heute gilt noch, was Ludwig Häusser 1862 schrieb: „Wie reich und mannigfaltig die Aufschlüsse sein mögen, welche die jüngsten Jahrzehnte in verschiedenen Richtungen gebracht haben, so bleibt doch noch eine Menge von Episoden in der Geschichte jener Zeit, die wenn nicht im einzelnen ganz unbekannt, doch nur unvollkommen aufgeklärt sind.“ In diesem Sinne möge auch der Versuch beurteilt werden, das Ende der Reichsritterschaft zusammenhängend darzustellen.

Die kleine Welt, die sich hier dem Forscher auftut, ist reich an bunten Reizen; sie eröffnet Ausblicke auf die verschiedensten Provinzen des großen Gebietes der Geschichtswissenschaft, und weit entfernt sich in eng begrenzte Einzelheiten aufzulösen, bleibt stets in ihr der Pulsschlag der Nationalgeschichte fühlbar. Denn bei der gebrechlichen Struktur des kleinen Staatskörpers wird jede Erschütterung von außen mit der Feinheit eines Seismographen registriert, findet jedes politische Ereignis seinen

Niederschlag in den Ritterarchiven, bis endlich das stürzende Reichsgebäude auch die Reichsritterschaft unter seinen Trümmern begräbt.

Noch ist es mir eine angenehme Pflicht, Herrn Geheimrat Prof. Dr. von Heigel Exzellenz, dem ich die Anregung zu dieser Arbeit verdanke, sowie allen Herren, die mich bei meinen Archivstudien unterstützten, meinen ergebensten Dank auszusprechen.

Quellen und Literatur.

Das vorliegende Thema hat noch keine zusammenhängende, auf das Studium des einschlägigen Aktenmaterials gegründete Darstellung erfahren. Der Freiherr Roth vom Schreckenstein geht in seinem bekannten Werke über die Reichsritterschaft, von dem er selbst einräumt, daß es seinen Gegenstand nicht annähernd erschöpfe, mit einigen allgemeinen Betrachtungen über diesen Zeitabschnitt hinweg. Bei anderen Forschern, z. B. bei Berghaus, Häusser, Heigel, K. Ad. Menzel, Obser, haben die Jahre 1803—6, wo die Reichsritterschaft noch einmal in den Vordergrund tritt, eine Darstellung gefunden, die aber meist den Gegenstand nur nebenher berührt und nur eine lückenhafte Anschauung gewährt. Auch die Arbeiten des Freiherrn L. von Stetten-Buchenbach „Vom Ende der Reichsritterschaft“ sowie G. Weickers „Die Haltung Kursachsens im Streit um die unmittelbare Reichsritterschaft“ liefern in der Hauptsache nur einen Einzelausschnitt aus dieser Zeit.

Im Gegensatz zu der spärlichen Literatur sind nun die über die Reichsritterschaft in den Jahren 1790—1815 erwachsenen Akten ungeheuer umfangreich. Mit 1000 Faszikeln dürfte ihre Zahl nicht zu hoch geschätzt sein. Ein völliges Aussschöpfen der Quellen war daher unmöglich, was überhaupt bei neuerer Geschichte, aber auch in gewisser Hinsicht unnötig, da die Akten über alle wichtigeren Vorfälle sich sowohl in den fürstlichen als ganz besonders in den Ritter-Archiven in Kopien wiederholen. Die Angaben in den Fußnoten haben darum auch nur einen re-

lativen Wert. Die größte Ausbeute war in den Archiven zu Wien zu erwarten, wo alle Fäden der reichsritterschaftlichen Diplomatie zusammenliefen, und zu München, von wo aus der letzte Angriff eröffnet wurde. Dort waren es neben den Akten der Subdelegations-Kommission, in ihrem Kerne aus den Promemorias der geschädigten Kantone bestehend, besonders die Berichte Stadions und Hügels aus Regensburg sowie die Eingaben der reichsritterschaftlichen Ablegaten Gemmingen und Wöllwarth, hier vor allem die Referate Zentners und die Berichte Thürheims aus Franken, welche das ergiebigste Material boten. Die letzteren wurden ergänzt durch Akten des fränkischen Generalkommissariats aus Würzburg, während die Archive in Berlin und Nürnberg für die preußischen Okkupationen in Ansbach-Bayreuth den Stoff abgaben. Außerdem boten Streifzüge durch die Bestände der 14 Ritterarchive, die sehr zerstreut in Stuttgart, Ludwigsburg, Karlsruhe, Darmstadt, Koblenz, Würzburg, Bamberg, (Berlin), (München), (Nürnberg) verwahrt werden, einen Einblick in das innere Getriebe der reichsritterschaftlichen Staatsmaschine. Ob neben der Fülle des hier aufgespeicherten Materials die in stattlicher Zahl vorhandenen reichsritterlichen Familienarchive noch viel Neues bringen werden, das über den Rahmen der Familien- und Lokalgeschichte hinausgeht, dürfte zweifelhaft sein. Die Publikation des Freiherrn von Stetten-Buchenbach, die hierher gehört, scheint das zu beweisen.

- - - - -

Einleitung.

Die französische Revolution stellt die Reichsritterschaft noch einmal in den Vordergrund, die im zähen Kampfe um Sein oder Nichtsein versucht, das zermalmende Rad der Weltgeschichte aufzuhalten. Man muß drei Jahrhunderte zurückgehen, um eine ähnliche Bewegung und Erregung in ihren Kreisen wahrzunehmen.

Damals als die Wittenberger Nachtigall ihr Lied anstimmte An den christlichen Adel teutscher Nation Von der Freiheit eines Christenmenschen, als der letzte Ritter auf dem Kaiserthron ins Grab sank und sein Erbe aus Hispanien ins Reich kam, als es allenthalben gährte, da hatte auch die Reichsritterschaft die Zeit für gekommen erachtet, ihr Schwert in die Wagschale der nationalen Geschichte zu werfen. Aber welch ein Gegensatz zwischen diesem Kampf der Reichsritterschaft in der Reformations- und dem letzten in der Revolutionszeit! Damals hatten die Ritter noch die Kraft zur Offensive gehabt, jetzt befanden sie sich in einer verzweifelten Defensive, und all ihr Dichten und Trachten galt der Erhaltung ihrer ökonomischen Existenz. Zwar war es damals auch darum zu tun gewesen, der durch die Geldwirtschaft der Städte und die Veränderungen im Kriegswesen heruntergekommenen Ritterschaft aufzuhelfen, aber darin ging ihr Streben doch nicht auf. Höhere Ziele schwebten den Führern wenigstens vor: Aufrichtung eines starken Reichsregiments, Reformation der Kirche und des Reiches; mit persönlichen Interessen mischten sich hochfliegende nationale Ideen, und auf den Herbergen der Gerechtigkeit mag im Kreise der Hutten, Bucer, Oekolampad und Aquila manch begeistertes Wort gesprochen, manch kühner Plan geschmiedet worden sein. Auch stand an der Spitze wenn nicht ein ganz makelloser Charakter, so doch eine großzügige, vielseitige und imponierende Persönlichkeit, Franz von Sickingen, um dessen Gunst der

deutsche Kaiser und der König von Frankreich wetteifernd sich bewarben. Solch ein Führer fehlte den Epigonen völlig; sie mußten um die Gnade des Kaisers und des französischen Herrschers in gleicher Weise sich bemühen, und während einst Hutten französischen Dienst verschmäht hatte, antichambrierten jetzt die Abgeordneten der Reichsritterschaft bei Talleyrand und seinem Handlanger Matthieu. Kaiser Max hatte das Herz im Leibe gelacht, wenn er zu des Reiches Ehr und Wehr „die Tausende im Harnisch reiten“ sah; jetzt traf der große Moment ein kriegsenthöhntes Geschlecht, das sich wie die verachteten Pfeffersäcke von allem Ungemach des Krieges mit Geldzahlungen loszukaufen suchte. Der Idealtypus des Ritters, wie er einem Zeitgenossen der Reformation, Albrecht Dürer, erschien, war der des unerschrockenen, unbeugsamen und uneigennütigen Helden, der seinen zur Höhe führenden Weg unbeirrt verfolgt; der überwiegenden Menge der Epigonen fehlte diese stolze, feste, deutsche Art.

Nimmt man diese offenbare Wesensverschiedenheit von damals und jetzt als zwei fixe Punkte der reichsritterschaftlichen Entwicklung, so erkennt man leicht die absteigende Linie zwischen ihnen. Damals ging die Geschichte der Reichsritterschaft eine Strecke lang fast mit der Reichsgeschichte Hand in Hand, jetzt war ihr diese Bedeutung verloren gegangen. Aber dennoch darf eine Betrachtung dieses letzten Kampfes der Reichsritterschaft um ihre Selbstständigkeit weitgehendes Interesse in Anspruch nehmen, denn beim Studium dieser Verhältnisse offenbart sich schlagend die ganze Rückständigkeit und Abgelebtheit der staatlichen Zustände in Deutschland, die Rechtlosigkeit der Zeit, die Gewalttätigkeit und Habgier, die mit der napoleonischen Expansionspolitik unter den deutschen Fürsten einriß und endlich die segensreiche Wirkung, welche der kleine Mann im grauen Hütchen, der den Herrscherstab der Welt in Händen trug, durch seinen Stoß auf das heilige römische Reich ausgeübt hat.

I.

Die Reichsritterschaft.

Das Corpus Nobilitatis immediatae bestand aus reichsfreien Adeligen, welche zwar keine Reichsstandschaft besaßen, das heißt auf dem Reichstage nicht vertreten waren und sich hierdurch wesentlich von den Reichsgrafen unterschieden, aber sonst doch in allen Stücken den Reichständen gleichgehalten wurden und sich damit von der großen Masse der landsässigen Edelleute scharf abhoben. Geschützt von der Treibhausluft im römischen Reiche hatten sich die Miniaturstaaten der Reichsritterschaft aus längst verklungener Zeit erhalten können.

Als die karolingische Gauverfassung sich auflöste und die Herzogsgewalten in Schwaben und Franken zerfielen, da waren hier für die Schar der Reichsministerialen alle Bedingungen gegeben, die schon von den Saliern begünstigte Erblichkeit und Unmittelbarkeit ihrer Benefizien durchzusetzen. Zwar hatten sie sich dann, in der kaiserlosen Zeit nach dem Untergang der Hohenstaufen ohne obersten Schutzherrn gelassen, in der Regel an benachbarte, mächtige Reichsstände angelehnt, indem sie diesen ihre Lehen auftrugen, aber die stolzen Erinnerungen an ihre Herkunft blieben gleichwohl in ihren Reihen lebendig, so daß uns im Jahre 1496 auf dem Kulmbacher Konvente die geeinte Reichsritterschaft in Schwaben, Franken und am Rheinstrom entgegentritt, die vier Jahre später auf dem Reichstage zu Augsburg als selbständiges Glied des Reichskörpers anerkannt wird. Ob und wie weit auch Ritterbürtige — liberi

im Sinne des Sachsenspiegels — in der Reichsritterschaft aufgingen, ist eine zum Teil noch offene, hier nebensächliche Frage¹. Daß sogar herabgekommene Dynasten in ihren Reihen Schutz fanden, ist bekannt². Alle diese Elemente schlossen sich 1577, den Vorteil einer Organisation erkennend, auf den beiden Tagen von Mergentheim zu einer Korporation zusammen, die von Kaiser und Reich ausdrücklich und oft bestätigt wurde³ und im Jahre 1650 durch den sogenannten Konjunktionsrezeß ihre Verbindung erneuerte⁴.

Man zählt gewöhnlich 350 reichsritterliche Familien⁵, darunter auch freiherrliche und gräfliche, die auf etwa 1500 Gütern ein Gebiet von rund 200 Quadratmeilen beherrschten, auf denen über 400 000 Menschen wohnten. Diese Besitzungen lagen zerstreut in Schwaben, Franken und am Rhein; sie zogen sich von Eifel und Hunsrück, von Vogelsberg und Thüringer Wald bis an die Alpen. Den Reichskreisen waren sie nicht zugeteilt, sondern zerfielen ihrer Organisation nach in drei besondere Ritterkreise, den schwäbischen, als den bedeutendsten an erster Stelle, den fränkischen und den rheinischen⁶. Jeder Kreis zerfiel wieder in Kantone oder Orte und zwar

1. Vgl. R. Fellner, Die fränkische Ritterschaft 1905 S. 34 f.

2. Vgl. Ed. Stendell, Die Familien d. RR. Progr. Realsch. Eschwege 1887 S. 2.

3. Für die wertvollsten Garantien galten der Westfälische Friede III 1, 17; V 28; X 20; XVI 8, 14; XVII 4 und die kaiserlichen Wahlkapitulationen.

4. Lit. z. Geschichte d. RR. s. Anhang I.

5. Einige der in der Geschichte namhaftesten sind: Absberg, Andlau, Berlesch, Berlichingen, Boineburg, Breidbach, Dalberg, Degensfeld, Dörnberg, Echter v. Mespelbrunn, Egloffstein, Erthal, Freiberg, Frundsberg, Gagern, Gemmingen, Grumbach, Herwarth v. Bittenfeld, Hutten, Langwerth v. Simmern, Lehrbach, Neipperg, Pappenheim, Riedesel, Roth v. Schreckenstein, Schertel von Burtenbach, Schönborn, Seckendorf, Sickingen, Stadion, Stauffenberg, Stein, v. d. Tann, Thüngen Wurmser.

6. Nach der gewöhnlichen Angabe hatte der schwäbische Kreis

der schwäbische in 5:

1. Donau (Ehingen)⁷;
2. Algäu-Hegau-Bodensee (Radolfzell);
3. a) Neckar-Schwarzwald⁸ (Tübingen),
b) Ortenau⁹ (Kehl);
4. Kocher¹⁰ (Eßlingen);
5. Kreichgau¹¹ (Heilbrom);

der fränkische in 6:

1. Odenwald oder Ottenwald¹² (Heilbronn, seit 1762 Kochendorf b. H.);
2. Steigerwald¹³ (Erlangen);
3. Altmühl¹⁴ (Wilhermsdorf b. Emskirchen);
4. Baunach¹⁵ (Rügheim, seit 1778 Nürnberg);
5. Rhön-Werra¹⁶ (Schweinfurt) enthielt folgende Quartiere:
a) Buchisches¹⁷ (Tann),
b) Hennebergisches,

668 Güter mit 160 000 Einwohnern² auf 70 QM. und 800 000 fl. Eink. der fränkische hatte 702 Güter mit 200 000 Einwohnern auf 80 QM. und 1 Million Eink., der rheinische 90 000 Einwohner und 600 000 fl. Eink.

7. Die eingeklammerten Namen bezeichnen den Sitz der Kanzlei.
8. Geschl.-Reg. b. J. Mader, rr. Magazin Bd. 8 (1786) S. 654.
9. Geschl.-Reg. b. J. Mader, rr. Mag. Bd. 10 (1788) S. 615.
10. Geschl.-Reg. b. J. Mader, rr. Mag. Bd. 7 (1786) S. 661; Bd. 12 (1789) S. 475.
11. Kreich = Nebenfluß d. Rheins. Geschl.-Reg. i. Alm. f. d. dt. Adel Frkf. 1793.
12. Geschl.-Reg. i. rr. Almanach 1791 S. 205.
13. Geschl.-Reg. b. J. Mader, rr. Mag. Bd. 6 (1785) S. 622.
14. Geschl.-Reg. b. J. J. Moser, Verm. Nachr. S. 194 und rr. Alm. 1791 S. 131.
15. Nebenfluß des Mains. Geschl.-Reg. i. rr. Alm. 1791 S. 185.
16. Geschl.-Reg. i. rr. Alm. 1791 S. 145.
17. Geschl.-Reg. b. J. Mader, rr. Mag. Bd. 10 (1788) S. 626.

- c) Main,
- d) Saale;
- 6. Gebirg oder Gebürg¹⁸ (Bamberg) enthielt folgende Quartiere:
 - a) Fichtelberger,
 - b) Forchheimer,
 - c) Hohlfelder,
 - d) Rodacher;

der rheinische in 3:

- 1. Oberrhein¹⁹ (Mainz);
- 2. Mittelrhein (Friedberg i. H.) enthielt folgende Quartiere:
 - a) Wetterau,
 - b) Rheingau,
 - c) Heinrichisches,
 - d) Westerwald nebst dem Seebacher Grunde;
- 3. Niederrhein (Koblenz).

²⁰ An der Spitze jedes einzelnen Kantons stand ein geschäftsführendes Direktorium, bestehend aus einem auf Lebenszeit gewählten²¹ Ritterhauptmann, mehreren Ritterräten und rechtskundigen Konsulenten nebst dem nötigen Kanzleipersonal. Ihm war zur Kontrolle ein Ausschuß von Kantonsmitgliedern beigegeben. Mit Ausnahme des schwäbischen Kreises, wo der Kanton Donau ständig „aus-schreibend“ war, sollte innerhalb der Orte nach bestimmtem Turnus alle zwei Jahre das Spezialdirektorium des Kreises wechseln und unter diesen jährlich das Generaldirektorium der ganzen Ritterschaft. Ein allgemeiner Korrespondenztag

18. = Fichtelgebirge. Geschl.-Reg. b. J. J. Moser, Verm. Nachr. S. 536.

19. Auch Gau oder Wasgau gen. Geschl.-Reg. i. rr. Alm. 1793 S. 201.

20. Lit. z. Genealogie und Topographie d. RR. s. Anhang II.

21. Nur bei Rhön-Werra fand alle drei Jahre Neuwahl statt.

sollte die Uebergabe begleiten. Aber da die Korrespondenztage seit 1596 nur noch nach Ermessen des Generaldirektoriums stattfanden, so blieb dieses manchmal zehn Jahre lang an derselben Stelle. Seine Aufgabe war es, die Genossenschaft nach außen hin zu vertreten, alle ihre Rechte zu wahren und einer Zersplitterung des reichsritterschaftlichen Güterkomplexes vorzubeugen. Zu diesem Zwecke besaß die Reichsritterschaft zwei wichtige Privilegien: das *jus retractus* und das *jus collectandi*, das heißt einerseits ein Vorzugsrecht bei Veräußerungen, wonach der einzelne Ritter oder die ganze Korporation ein verkaufte Gut binnen drei Jahren zum gleichen Preise zurückfordern konnte. Mußte ein Edelmann aber an einen Außenstehenden verkaufen, so blieb der neue Besitzer andererseits gleichwohl dem Besteuerungsrecht der Reichsritterschaft unterworfen, und für den Verkäufer zog der Verkauf seines reichsunmittelbaren Grundbesitzes nicht den Verlust persönlicher Reichsfreiheit nach sich; solche Personen hießen Personalisten im Gegensatz zu den Realisten. Auch „zu Schild und Helm“ geborene Standesgenossen wurden als Personalisten bezw. Realisten aufgenommen. Doch konnten die Verluste, die sich im 18. Jahrhundert in erschreckender Weise mehrten, dadurch nicht ausgeglichen werden. Dazu brachte der Zugang ländsässiger Edelleute die Ritterschaft in Konflikt mit den Landesherrn; sie mußte oft froh sein, durch nachteilig Vergleichende sich für einige Jahrzehnte Ruhe zu schaffen. So verlor z. B. der Kanton Odenwald von 1600—1800 63 Güter. Doch wäre es ein Trugschluß zu glauben, daß die Angabe der „vollständigen“ Reichsfreiheit für die Ritter ersprießliche gewesen wäre²³. Dafür waren die Vorteile, die schon der bloße

22. Z. B. 1700 zw. Fulda u. d. Buchischen Quartier, 1715 zw. Bamberg u. d. K. K. Gebirg u. Baunach, 1722 zw. Baden u. d. Ortenau, 1725 zw. Brand.-Ansb. u. d. K. Altmühl, 1769 zw. Württemberg u. d. K. Neckar-Schwarzwald.

23. Wie es Weiß tut Z. G. Oberrhein 1893 N. F. VIII 295.

Charakter der Reichsfreiheit mit sich brachte, zu bedeutend. Denn abgesehen davon, daß er nur den Reichsgerichten unterstand, blieb der Reichsadel militär-, zoll- und steuerfrei, seine Söhne konnten studieren, wo sie wollten, dann nach Belieben auswandern und an jedem europäischen Hofe in Dienste treten. Sie allein hatten das Anrecht auf einen großen Teil der kirchlichen Präbenden und der weltlichen Ehrenstellen. Infolgedessen galt auch ein reichsfreies Gut doppelt so viel wie jedes andere; wer es kaufte, brauchte keine Abzugsgelder zahlen. Das Personalistenunwesen, das namentlich im rheinischen Kreise wucherte, wäre ohne diese sehr realen Vorzüge gar nicht zu erklären.

Denn die „libera et immediata imperii nobilitas“ war im Grunde genommen ein Bund von adeligen Grundbesitzern, und die auf ihren Besitzungen den einzelnen Mitgliedern zustehenden Rechte drückten dem reichsritterschaftlichen Wesen erst den Charakter auf. Die Ritter übten das Gesetzgebungsrecht, auch in kirchlichen Dingen, sowie das Besteuerungsrecht, durften Gesandte entsenden, Bündnisse schließen und Truppen halten und beanspruchten die Regalien des Zolls, des Geleits, der Posten, der Jagd, Fischerei und Forstei, der Polizei und der Gerichtsbarkeit mit Einschluß des Blutbanns, mit dem sie auf Ansuchen vom Kaiser belehnt wurden²⁴.

Freilich waren diese Ansprüche keineswegs überall anerkannt. Wie der Besitz der Ritter zuweilen nur in einem Ackerstreifen oder einer Wiese, einem Meierhof oder einem Wirtshaus, einem Weinberg oder einer Mühle bestand, so beschränkten sich ihre Rechte oft auf einen Zehnt, einen Anteil an der Gemeindeherrschaft, auf Gutsgericht und Kirchweihschutz, Schild- und Schanksteuer, während ein benachbarter Reichsstand die hohe Obrigkeit, Zentgericht²⁵, Münz-

24. Das Münzrecht stand ihnen nicht zu. Gegen Häusser I 113.

25. Der Ausdruck Zent (= Fraisch) ist hergenommen von

recht und Wildbann behauptete. Aber selbst da, wo sie sich dieser *jura territorii* erfreuten, fehlte ihnen doch die eigentliche *superioritas territorialis*, weshalb die zeitgenössischen Publizisten ihnen nur „Landesherrlichkeit“ beimessen.

Diese Zwitterstellung kam auch darin zum Ausdruck, daß sie dem Reiche keine Steuern darbrachten wie die Stände, sich auch allen Kreisabgaben für Wegebau und Sicherheitsmaßregeln sowie für Unterhaltung des Kammergerichtes entzogen, obwohl sie an der Existenz dieser stets schützenden Behörde das vitalste Interesse hatten. Nur dem Kaiser leisteten sie sogenannte Charitativsubsidien, ursprünglich bei Reichskriegen zur Ablösung der persönlichen Kriegsdienste, seit der Mitte des 17. Jahrhunderts aber als regelmäßiges Geschenk zu Krönungen und ähnlichen besonderen Anlässen. Doch selbst diese Liebesgabe verursachte den Rittersn keine Beschwerde, denn einmal floß sie aus dem Säckel der Untertanen und dann war sie am Ende des Reiches überhaupt aus der Uebung gekommen, so daß Kaiser Joseph II. einmal fragte, wo denn die ritterschaftlichen Gelder blieben, die man für so beträchtlich als ein *peculium caesareum* aussprengte; er hätte noch nichts davon gesehen.

Die Ritter versteuerten aus ihrem Einkommen keinen roten Heller. Früher hatten sie von 100 Gulden 30 Kreuzer abgeführt, mit der Zeit war dies aber lediglich den Untertanen vorbehalten geblieben, die mit der ordentlichen Rittersteuer und einer nach Ort und Zeit verschiedenen Gemeindesteuer belegt wurden, sowie zu Zinsen und Fronen mannigfacher Art verpflichtet waren²⁶.

Im allgemeinen war diese auf dem Prinzip der Selbstverwaltung aufgebaute Verfassung nicht unpraktisch und „die

den geistlichen Staaten. Der Zentgraf handhabte die Halsgerichtsbarkeit, da die Kirche als solche nicht Blut vergießen durfte.

26. Lit. z. Verfassung d. R.R. s. Anh. III.

zweckmäßige Einrichtung des inneren Gebäudes hatte auch ihren Anteil an der Erhaltung der Reichsritterschaft²⁷. Aber andererseits ergab schon die flüchtige Skizzierung des reichsritterschaftlichen Staates einige dunkle Punkte und die Schattenseiten mehren sich noch, wenn man durch den offiziellen Schleier des reichsritterschaftlichen Staatsrechts auf den Grund der Dinge zu blicken sucht. Die Frage, ob man die Vernichtung der Reichsritterschaft bedauern oder begrüßen soll, ist abhängig von dem Grade ihrer Lebensfähigkeit und Vollkommenheit in den letzten Zeiten.

Die Reichsritter labten sich am Ruhme ihrer Vorfahren, ohne aber deren ritterlichen Beruf in der alten Weise ausüben zu können. Der miles mercennarius und perpetuus hatte sie abgelöst, und so fehlte ihnen der Boden für eine gedeihliche Wirksamkeit zugunsten des Reichs. Trotz ihrer quantitativen Stärke mußten sie daher immer schwach und einflußlos bleiben und stets die Beutegier ihrer Erbfeinde, der Landesherren, befürchten. Abgesehen von dieser politischen Machtlosigkeit war ihre finanzielle Kraft oft nicht die größte. Mehr wie einer war bankerott und von einer kaiserlichen Debitkommission neingesehen; dem sparsamen Wirt nüchterne Geschäftsleute zu sein, hatten nur die wenigsten gelernt. Unterrichtet von einem Präzeptor, der oft vom Schlage des Hieronymus Jobs gewesen sein mag, und von dem man es am liebsten sah, wenn er „Hofmeister und Penfückenmacher, und Hausvugt und Kornschreiber“²⁸ in einer Person war, dankte in der neuen französischen und englischen Lebensart aufzugeben, hatten die meisten ihre Jugend mit galantem Müßiggang verbracht. Die üblichen Bildungsreisen nach Holland, Frankreich und Italien, welche aber nur die Wohlhabenderen antemmenen, dienten auch mehr dem Vergnügen als dem Studium. Keiner kehrte so dann zurück und

27. Neff i. Winkopps Rhein. Bund 1808 VI 176.

28. Rabener, Satiren III 378.

heirateten, so „hielten sie den Ehestand nicht heilig und erzielten entweder keine rechtmäßige oder nur eine schwächliche Nachkommenschaft“²⁹. Die Aufforderung an die Mitglieder, „die im Schwange gehenden Laster als Unzucht, Hurerei, Spielen, übermäßige Trunkenheit, ungebührliche Reden, greuliche Gotteslästerung, üppiges Leben, verschwenderische Haushaltung zu fliehen“, kehrt öfters wieder. Die Folgen solcher Lebensweise konnten nicht ausbleiben. „Schwelgerei, Großtun und Schulden nötigten sie, ihre Güter den angrenzenden Reichsständen zu verkaufen“³⁰. Aus allen diesen Gründen ging die Zahl der reichsritterlichen Familien ständig zurück; einige starben gänzlich aus, andere und gerade die bedeutendsten wurden in den Reichsgrafenstand erhoben³¹, viele verloren ihren Besitz. Dynasten und Städte, Stifter und Orden, darunter sogar die Jesuiten³², landsässiger Adel und Bürgerliche wurden ihre Rechtsnachfolger, und so erscheinen die heterogensten Elemente zuweilen in den Matrikeln der Ritter³³.

29. J. Chr. Rebmann i. Maders rr. Mag. III 569.

30. Fr. K. Moser i. Kl. Schr. II 9.

31. Z. B. d. Giech, Metternich, Neipperg, Ostein, Quadt, Schönborn, Seinsheim, Sickingen, Stadion, Wartenberg.

32. Sie besaßen die Güter Ebenung, Roßwangen und Dotternhausen i. K. Neckar-Schwarzw.

33. Vgl. Lancizolle, Uebers. d. dt. Territorialverh. 1830 S. 35. Wie lächerlich die Güter dabei noch zerstückelt waren, dafür einige Beispiele: Die Holz besaßen an Gütern 10 und $\frac{3}{2}$, $\frac{1}{3}$, $\frac{2}{4}$, $\frac{1}{5}$; d. Erffa $\frac{12}{2}$, $\frac{2}{3}$, $\frac{1}{4}$; Brandenb.-Ansb. 5 und $\frac{3}{2}$, $\frac{2}{4}$, $\frac{1}{5}$; Würzburg 6 und $\frac{9}{2}$, $\frac{5}{3}$, $\frac{3}{4}$; Kloster Banz $\frac{1}{2}$; Heiligeisthospital i. Nürnbg. 1, Rothenburg $2\frac{1}{4}$. Der Weiler Plobach, zwei Meilen von dieser Stadt, gehörte $\frac{1}{2}$ zu Holz, $\frac{1}{4}$ zu Ansbach, $\frac{1}{4}$ zu Rothenburg. 1798 wohnten dort: 11 Ansb., 14 Holz., 1 Hohenloh. und 3 Rothenb. Untertanen. In der Ortschaft Satteldorf waren es: 11 Ansb., 9 Holz., 11 Seckendorf., 6 Würzb. und 15 Sodensche Untertanen. Im Ganerbinat Berkach: 27 Würzb., 15 Hildburgh., 14 Stein., 3 Kalb., 2 Deutschordensuntertanen. Im Orte Stüblang befanden sich: Kloster Langheimische, Stephaniter Probstei-, Redwitzer Se-

Hatten sie Vermögen genug, um einem Berufe entsagen zu können, so regierten sie, auf ihre unveräußerlichen Souveränitätsrechte eifersüchtig, nach Willkür die paar Bauern, die in ihren Dörfern wohnten, und wurden oft arge Jagdwüteriche und Bauernquäler, denn die gute oder schlechte Behandlung der Untertanen hing ja in letzter Linie nur von ihrer Laune und ihrer guten oder schlechten Erziehung ab. Die chronique scandaleuse der Reichsritter ist deshalb auch recht lang.

Es mag dieses Treiben nicht die Regel gewesen sein; zugegeben, daß noch manche zu finden waren, die als schlichte Landjunker nach patriarchalischer Sitte auf ihrer Scholle saßen, die überwiegende Mehrzahl der literarischen Stimmen aus jener Zeit bestätigt jedoch das oben entworfene Bild, das auch in den Rahmen der Zeit trefflich hineinpaßt.

Auch Häusser und Perthes gewinnen auf Grund der Quellen gleiche Anschauungen, während J. G. Weiß, weiland Rentamtman zu Adelsheim, in einer neueren, leider sehr dilettantischen Arbeit auf Grund fränkischer Quellen zu dem Resultate kommt, daß die Reichsritterschaft bei ihrem Abgang von der politischen Bühne mitten in einem Reorganisationsprozeß gestanden hätte.

Er weist auf die Versuche hin, moderne Einrichtungen, wie Brandassekuranzanstalten und Fabriken zu schaffen, durch Ritterschulen für eine bessere Ausbildung der Söhne zu sorgen, genaue Gütervermessungen zu Katasterzwecken anzustellen. Wir fügen gern diesen guten Seiten noch einige weitere hinzu. Betriebsame Ritter suchten nicht nur nach dem Vorbild der Fürsten Fabriken anzulegen, sondern auch Bergwerke und ließen nach Kohle und Salpeter graben³⁴.

niorats-, Buchauer und Rotenhansche Lehen. — Das Eigentum der Freiherrn Stein zu Nassau umfaßte nur 2400 Morgen, war aber in zwei Dutzend Güterstücken über 18 QM. verteilt.

34. Vgl. Kerner, Allg. pos. Staats-Landrecht. d. RR. Lemgo 1786 I 210.

Der niedrige Steuerfuß in ihren Gebieten wurde gerühmt; ebenso die Noblesse, mit der sie die Dienste ihrer Beamten honorierten, die in den Justizstellen meist studierte Leute waren³⁵. Auf ihren immediaten Gütern fand manch un-

35. Vgl. Posselt, Eur. Ann. 1802 III 213. Nach heutigen Begriffen kann man allerdings die Gehälter der rr. Beamten nur als recht schmal bezeichnen. Z. B. empfang jährlich b. K. Odenwald:

Der I. Konsulent 800 fl., 5 Malter Korn, 12 M. Dinkel, $2\frac{1}{2}$ Acker Land, einen Garten und freie Wohnung, der II. Konsulent 700 fl. und Naturalia, der Archivar 550 fl. und Naturalia, der Kassierer 620 fl. und Naturalia, der Registrator 350 fl. und Naturalia.

B. K. Rhön-Werra empfing zuletzt: der I. Konsulent 1800 fl. und freie Wohnung, der Syndikus 1500 fl., der Sekretär 900 fl., der Kassierer 800 fl., der Archivar 750 fl., der Kanzlist 600 fl.

Bei dem Buchschen Quartier empfing der I. Konsulent 480 fl., der Syndikus 480 fl., der Kassierer 400 fl., der Registrator 60 fl.

B. K. Baunach empfing: der Konsulent 1200 fl. und $\frac{2}{3}$ v. Kanzlei-Juribus, der 1. Sekretär 500 fl., der 2. Sekretär 450 fl., der Syndikus 400 fl., der Kassierer 317 fl., der Registrator 475 fl. A. Würzburg RR. 343/20 und 476.

E. Ritterbote b. K. Altmühl empfing 15 fl. Fixum, elne Livree = 36 fl., für jede Meile Weges 15 kr., Exekutionsgebühren u. a. Emolumente, zusammen 100—150 fl. im Jahr. A. Berlin R. 44 C. Nr. 179.

Geradezu jämmerlich waren aber die rr. Pfarren dotiert. So z. B. setzte sich das Einkommen des evangelischen Pfarrers in Euerbach folgendermaßen zusammen:

- I. 1. $32\frac{1}{2}$ Morgen Artfeld, welche zur Fron, d. h. schlecht angebaut werden und im Durchschnitt tragen: 6 Malter Korn à 6 fl., 10 M. Weizen à 9 fl., 6 M. Haber à 3 fl., 2 M. Wicken à 5 fl., 1 M. Erbsen à 6 fl., 1 M. Linsen à 6 fl.
2. An Krautland 1 Morgen $1\frac{1}{2}$ Viertel = 10 fl.
3. An Wiesen 2 Morgen saures Futter = 16 fl.
4. Ein Obst- und Grasgarten ($\frac{5}{4}$ Morgen) = 15 fl.
- II. An Gült, so auf Martini von den hiesigen Pfarrrlehnteuten erhoben wird:
 1. An Getreide 16 M. Korn, 2 M. Weizen, 9 M. Haber.
 2. An Most $3\frac{1}{2}$ Eimer à 5 fl.
 3. An Hühnern 5 alte à 18 kr., 4 junge à 6 kr.

schuldig Verfolgter Schutz, manch wackerer Meister, den die verknöcherten Zunftbestimmungen von der Lade ausschlossen oder der die Aufnahme taxte nicht bezahlen konnte, sein Brot, manch junges Paar sein Glück. Die Ritterschaft selbst suchte ihrem Körper neues Blut zuzuführen durch Herabschrauben ihrer Ansprüche; sie hielt nicht mehr unbedingt an dem exklusiven Sechzehnnahmentum fest, sondern verlangte bei Neuaufnahmen nur acht oder gar vier Ahnen; sie verbot den Verkauf der Güter, um der Zersetzung durch Fremdkörper zu wehren. Der Kanton Donau ließ alle Mitglieder einen körperlichen Eid schwören, daß keiner befugt sein sollte, inkorporierte und verwandte Güter an Außenstehende zu verkaufen³⁶. „Doch das sind

III. An Holz: 6 Klafter Scheit und 6 Schock Wellen.

IV. An barem Gelde:

1. Grundzins von Pfarllehen 2 fl. 30 kr.

2. An Akzidenzien 25 fl.

Zusammen	424 fl. 54 kr.
----------	----------------

Ab für Löhne	80 fl.
--------------	--------

Bleiben	344 fl. 54 kr.
---------	----------------

Der katholische Kuratus in demselben Orte erhielt: 150 fl. bar, 12 M. Korn, 2 M. Weizen, 1 M. Haber, 1 Metze Erbsen, 1 Metze Linsen, 4 Eimer Wein. In Jahren, wo der Wein nicht gerät, statt dessen 6 Eimer Bier (!), 6 Klafter Scheit, 6 Schock Wellen, $\frac{1}{4}$ Morgen Garten, $\frac{1}{2}$ Morgen Wiesen, 20 fl. für gestiftete Jahrtäge und Akzidenzien. Zusammen 291 fl. 45 kr. A. Würzburg R. 1509.

36. Entwurf e. Statuti de non alienando bona equestria extra consortium, abgedruckt im Journal v. u. f. Dtschl. 1791 S. 448 f. Freilich sind schon auf der nächsten Seite einige „Modifikationen“ gedruckt, „um den Herren Mitgliedern die Gelegenheit ihre Güter unterzubringen nicht allzusehr zu erschweren“. Ueberhaupt muß bezweifelt werden, daß der Wille zur Reform ernst und ehrlich war. Als Kaiser Joseph II. die RR. auffordern ließ, einige zu ihrer Konservation zuträgliches Mittel anzugeben, fand sie diese in der Einführung einer Uniform und Erhebung des Ritterzeichens zu einem kaiserlichen Orden, „um dem immer mehr überhand nehmenden Luxus und der Kleiderpracht zu steuern“. Im schwäb. R.-Kreise sowie b. Baunach und Odenwald wurde die Uniform auch eingeführt. Kais.

meist Symptome, nicht Heilmittel des Verfalls³⁷. Jede dieser guten Eigenschaften hat außerdem auch ihre Kehrseite. Wohl wird der Steuerdruck der reichsritterschaftlichen Bauern erträglich genannt, aber man muß die Lasten der fürstlichen Untertanen kennen, um sich kein falsches Bild davon zu machen³⁸. Die Leibeigenschaft an sich war zwar milde, schreckhaft mehr durch ihren abstoßenden Namen als durch ihre wirkliche Bedeutung, aber die damit verknüpften Roboten waren doch beträchtlich. An Geld und Naturalgefällen wurde der große und der kleine, der Heu- und Blutzehnte verlangt, ferner Küchen- und Kastengefälle, Weinzins und Ohmgeld, Brau-, Schank- und Schildsteuer, Brunnenzins und Hordenschlag, Nachsteuer und Abzugsgelder, Grundzins und Vogtgeld, Handlohn- und Besthauptgelder³⁹. An

Bestätigungsurk. gedr. Farb. Entw. d. Uniform u. d. Orden i. A. Würzburg RR. 151/12.

37. Häuser I 119.

38. Die Rittersteuer betrug z. B. jährlich bei folgenden Ortschaften d. K. Rhön-Werra:

Aschenroda	26 fl. 45 kr.
Aubstadt	391 fl. 45 kr.
Bahra	69 fl. 30 kr.
Bauerbach	57 fl. 30 kr.
Bibra	111 fl. 30 kr.
Breitensee	75 fl. 45 kr.
Burgsinn	150 fl. —
Heßlar	73 fl. 60 kr.
Irmelshausen	200 fl. —
Marisfeld	138 fl. 30 kr.
Morlesau	60 fl. 38 kr.
Thüngen	183 fl. 1 ¹ / ₄ kr.
Urspringen	350 fl. —
Waizenbach	55 fl. 49 kr.
Wiesenthau	17 fl. 30 kr.
Zeitlofs	120 fl. 39 ¹ / ₂ kr.
Stadt u. Amt Schlitz	847 fl. 14 ¹¹ / ₁₆ kr.

Gewöhnlich wurden 2—3 Simpla erhoben, doch auch bis zu

13! Dazu trat noch die Gemeindesteuer. A. Würzburg RR. 476.

39. Auf d. Pappus'schen Rg. Altlaubenbergr i. K. Donau leistete

Fron den hatten die Untertanen Roß- und Handscharwerk zu leisten, Boten und Treiberdienste zu tun; sie mußten pflügen, säen, das Getreide ernten, dreschen und messen, Unkraut jäten und Obst pflücken, Fische fangen und Eis hacken. Wenn auch die Ritterordnung mahnte, „die armen Untertanen wider die Gebühr nicht zu beschweren“⁴⁰, so lastete doch die Hand des Herrn oder seines Amtmannes oft hart auf ihnen⁴¹. Gegen rohe Eingriffe stand ihnen zwar die Appellation an die Reichsgerichte offen, aber der Weg dahin war weit. So begnügten sich die Gerichtsholden in der Regel mit dem Patrimonialgericht ihres Herrn, das ihnen Inventuren, Teilungen, Eheberedungen, Kauf- und Vertragsprotokolle, Darlehnsverträge und Hypotheken gegen unterschiedliche Sporteln und Gebühren bestätigte.

Eine andere ergiebige Einnahmequelle war der Judenschutz. Wie der Kaiser in dem Opferpfennig der Juden von Frankfurt und Worms den Hauptposten seiner regelmäßigen Jahresrevenue aus dem Reiche erhielt, so gewannen des Kaisers edle Knechte, die Ritter, ein erkleckliches Sümmchen aus dem Judenzoll⁴². Das verleitete sie, immer mehr aufzunehmen, die dann als Betteljuden das Land überschwemmten, bestenfalls als Roßtäuscher und Gütermakler die umwohnenden Bauern von Hab und Gut brachten⁴³. Noch

z. B. der Müller: Mühlen- und Grundzins 24 fl. 30 kr., 2 Hennen = 20 kr., 6 Hahnen = 36 kr., Notzins auf St. Martinstag 1 kr. 3 Pfg., $\frac{12}{4}$ Haber, gemessene Frondienste. Ein Bauer entrichtete: Bestandzins 150 fl., 2 gestampfte Viertel Gerste 8 fl., 48 Klafter Scheite 4 fl. 48 kr., 2 Viertel Ackerbohnen 4 fl. 48 kr., 1 Käßleib (25 Pfd. schwer) 8 kr., 1 Ztr. Schmalz. R.-A. München.

40. Fränk. R.-O. 28.

41. Vgl. Häberlein St.-A. VII 91.

42. In Franken zahlte eine Judenfamilie jährlich etwa 6 fl. an den Ritter und 2 fl. an die Gemeinde.

43. So z. B. befanden sich i. d. Ganerbinat Berkach b. Mellrichstadt 16 Judenfamilien unter Steinschem Schutz, während die übrigen Mitbesitzer Würzburg, Kalb und Deutschorden nur je

heute sitzen diese reichsritterschaftlichen Juden in ihren alten Stellen.

Auch für verdächtiges Gesindel, fahrendes Volk aller Art waren die reichsritterlichen Flecken ein Dorado, das sie wegen der Nähe der nächsten Grenzen gern zu ihrem Standquartier wählten. „Hier wohnen die Steigbettler, Zigeuner, Landsknechte, Betteljuden, Afterärzte und der Abschaum der Menschheit“, heißt es in einem Briefe über die Ritterdörfer der Rhön⁴⁴, sodaß Mosers Wort verständlich wird: man sieht es gleich dem ganzen Dorfe an, daß es ritterschaftlich ist. Felddiebe, Landstreicher und Schwärzer machten von hier aus die benachbarte Gegend unsicher. Abhilfe dagegen war schwer; denn es fehlte an einer ordentlichen Polizei⁴⁵, an einem ritterschaftlichen Zucht- und

1 privilegiert hatten. Hierzu schreibt der Würzb. Archivar Stumpf: „Viele RR. suchen den Ertrag ihrer mageren Rittergüter dadurch zu verbessern, daß sie Judenkolonien, förmliche Judenkasernen anlegten und in Erteilung des Schutzes für vermögens- und oft heimatlose neue Kolonisten nicht sehr bedenklich waren.“ A. Würzburg Hoheitss. 385. — D. Würzb. Regierung berichtet: „Bekanntlich unterhalten die rr. Kavaliere innerhalb ihrer Immediätsbezirke Gattungen schädlicher Leute, welche gleich den Raubinsekten nur von dem Erwerbe und dem Wohlstande der fürstlichen Untertanen, nicht selten mit dem Untergang der letzteren, sich bereichern. Unter diese schädlichen Individuen gehören vorzüglich die ritterschaftlichen Juden, welche nicht nur in den unvermischten Orten, sondern auch in den gemeinschaftlichen, ja sogar in einzelnen unmittelbaren Häusern oft zu einer solchen unproportionierten Menge angehäuft sind, daß sie nur vom Raube der sie umgebenden Untertanen sich zu erhalten im stande sind.“ St.-A. München, K. schw. 582/89 fol. 43; vgl. auch Gesch. und polit. Betr. über d. fränk. RR. 1804 S. 7.

44. In der Zeitschr. Argus I H. 2.

45. Ueber diese, die sogen. Freijäger zum Beweise das Urteil des Kreichgauer Ritterrats v. Massenbach: „Die Freijäger ohne Ausnahme sind feige, elende Menschen, die nicht das Herz haben, wenn sie zwei oder drei wahre Jauners treffen, nach ihrer Schuldigkeit zu handeln. An armen, elenden Handwerks Purschen formieren sie das Amt des Bettelvogts. Die sogenannten Streifgänge haben sie so untereinander eingerichtet, daß die Jauner und das schlechte

Arbeitshaus, und wenn auch zuweilen der ragende Galgen ankündigte, daß hier der Blutbann gehandhabt werde, so schob man doch manchen Verbrecher lieber über die nächste Grenze, als daß man die Mühen und Kosten eines gerichtlichen Verfahrens auf sich nahm. Während so die kleinen Enklaven der Reichsritterschaft den gesunden Blutumlauf des großen Ganzen erheblich störten, war ihre beschränkte Ausdehnung andererseits auch für die eigenen Einwohner eine Fessel. In den ritterschaftlichen Orten, hieß es, kann keine Kommerz- oder Zollordnung aufkommen, die Insassen entbehrten die Vorzüge einer geordneten Verwaltung, wie sie der aufgeklärte fürstliche Absolutismus überall energisch durchzuführen suchte. „Nirgends ist die Gerechtigkeit schlechter bestellt, klagt eine andere Stimme, als in den Besitzungen der Reichsritterschaft, nirgends beleidigt man alles, was den Menschen teuer ist, unverschämter, und nirgends verkauft man die Gerechtigkeit ungescheuter als dort. Es wird daselbst weder für Unterricht, noch für bessere Kultur des Landes etwas getan“⁴⁶. Schreckliches Elend war hier zu schauen; der Kranken und Alten wartete keine Versorgung in Hospitälern und Siechenhäusern, und oft wird es beklagt, daß für die reichsritterschaftlichen Untertanen Staatsangehörigkeit und Vaterlandsliebe tote Begriffe seien. Ergreifend kommt der Schmerz eines reichsritterschaftlichen Beamtensohnes hierüber zum Ausdruck, wenn er schreibt: „Wir armen Kantonskinder sind im eigentlichen Verstande Weltbürger, denn wenig oder nichts darf uns an unsern väterlichen Boden fesseln. Zu unserm Glück herrscht noch nicht in ganz Deutschland die Menschensperre, sonst wäre es

Gesindel es zwei oder drei Tage vorher wissen, wann sie kommen; daher ist immer der Bericht der Freijäger, daß sie nichts gesehen haben. Dann sind es allgemeine Schweinepelze und Säuffer . . .“ A. Karlsruhe RR. Kreichgau (1799).

46. Jul. Frey, Die neuen und alten Kurfürsten und Fürsten der Entschädigungsländer. Leipzig 1804 S. 306.

freilich besser, der Kantonsbeamte gelobte beim Antritt seines Amtes das Zölibat. Ich kenne solche Fälle, wo die Kinder beim Tode ihres Vaters als verlassene Schafe entweder stützenlos zerstreut oder führerlos verwildert oder brotlos verhungert oder zucht- und sittenlos elend geworden sind, weil sie kein Vaterland mehr hatten, oder das Vaterland sich ihrer nicht annahm⁴⁷.

Keine höhere moralische oder politische Tendenz zeichnete die Reichsritterschaft aus; der romantische Schimmer, mit dem sie sich gern zu umgeben beliebte, verschwindet im hellen Tageslicht der Forschung. Der höchste politische Zweck dieses Bundes von Zaunkönigen war doch nur, die egoistischen Interessen einer Minorität von feudalen Herren zu vertreten. Sie bildeten einen Zirkel von Privilegierten, die recht lästige Kostgänger des Reiches waren und durch die Verschmelzung ihrer abgestorbenen Territorien mit einem größeren Staate nur den Namen ihres politischen Daseins verloren, während ihren Untertanen und Volksgenossen die Beseitigung dieser mittelalterlichen Rudimente nur Segen brachte⁴⁸.

Daß die Reichsritterschaft trotzdem so lange Bestand hatte, das verdankte sie vor allem der engen Verbindung mit den beiden Faktoren, die außer ihr noch den Charakter des heiligen römischen Reiches wahrten, dem Kaiser und den geistlichen Fürsten. Dieses Verhältniß war für die ganze Laufbahn des jungen Reichsritters bestimmend. Während die Töchter in adeligen Fräuleinstiften⁴⁹ untergebracht

47. F. L. Hammer, Ein Wort zur Beherz. f. d. rr. K. i. Fr. N. teutsch. Merkur 1793 II 353; vgl. auch Posselt, Eur. Ann. 1802 III 220 u. N. Staats-Anz. 1798 S. 178.

48. Lit. ü. d. Zustand d. RR. am Ende des alten Reiches s. Anh. IV.

49. Z. B. Obristenfeld i. K. Kreichgau, Waizenbach i. K. Rhön-Werra, Edelstetten i. K. Donau, Margarethhausen i. K. Neckar-Schw., Färkendorf i. K. Gebirg, Huttensches Stift i. Nürnberg, St. Stephan

wurden, boten für die Söhne die geistlichen Pfründen behagliche Sinekuren, und in der Tat stellten die Reichsritter zum stiftsfähigen Adel ein starkes Kontingent. Als Amtleute, Pfleger, Vögte standen sie den bischöflichen und erzbischöflichen Domänen vor, als Schenken, Truchsesse, Kämmerer und Marschälle hatten sie gewisse Erbämter inne⁵⁰ und saßen als Dom- und Chorherren im Kapitel⁵¹. Selbst zum hermelingeschmückten Kurhut führte dieser Weg; ein Beispiel ist Karl Theodor von Dalberg.

Die gewaltige Bedeutung dieser kirchlichen Laufbahn für die Reichsritterschaft kann man daraus ermessen, daß eine Präbende zu rund 2000 fl. veranschlagt wurde und daß viele zwei bis drei solcher Präbenden innehatten, daß ferner in den meisten Stiftern Mitglieder reichsritterlicher Familien zur Bischofswürde gelangten⁵². Der kirchliche Zweck der Kanonikate schien vergessen; jeder Vater strebte danach, seinem Sohne einige Exspektanzdekrete in die Wiege zu legen⁵³. Gern trat man auch in den Deutschen und in den Johanniterorden ein, und daher war das Schicksal des deutschen Adels mit dem Schicksal der geistlichen Staaten

in Augsburg, St. Anna in Würzburg, Schönis, Lindau, Säckingen i. d. Schweiz.

50. So waren die Dalbergs Kämmerer von Worms, oder richtiger: Die K. v. W. legten sich den Namen der ausgestorbenen Dalbergs zu.

51. Vgl. Roth v. Schreckenstein II 413 f.

52. Vgl. Roth v. Schreckenstein II 419 f.; ferner die Verzeichnisse d. a. d. dt. Adel entsprossenen geistl. Fürsten b. Hattstein, Hoheit d. dt. Reichsadels 1729, abgedr. b. J. G. Estor, Ahnenprobe Marb. 1750 S. 76 f. Außerdem d. Listen b. Gams, Series episcoporum 1873 u. b. G. V. Schmid, d. säkul. Bistümer Dtschlds, 2 Bde. Gotha 1858. Daraus ergibt sich, daß die RR. rund 50 pCt. zur Hierarchie Deutschlands stellte, ungerechnet die zahlreichen Vertreter in Regierung, Verwaltung, Hofstaat und Militär; über diese vgl. N. Geneal. Reichs- und Staats-Handb. 2 Tle. Frkf. 1745 ff.

53. Vgl. d. dt. Adel i. d. hohen Erz- u. Domkapiteln. Hist-pol. Bl. 1859 S. 852 f.

aufs engste verschwistert. Andere, besonders die evangelischen Mitglieder, denen diese Vorteile zumeist entgingen, mußten bei ihren historischen Gegnern, den Landesfürsten, zu Hofe gehen und dort in Hof-, Zivil- und Militärdienst ihr Fortkommen suchen. Eigentlich bildete die damit verbundene Abhängigkeit einen Widerspruch mit dem unmittelbaren Charakter der Ritter; man hatte deshalb festgesetzt, daß wenigstens Direktoren und Räte nicht in einem solchen Dienstverhältnis stehen sollten, aber in der Praxis war das unhaltbar; mancher Ritter kam als Kantonsdirektor und fürstlicher Staatsminister in den peinlichsten Konflikt seiner Pflichten. Immerhin konnten die, welche sich den modernen Verhältnissen in dieser Weise anpaßten, wie der Freiherr vom Stein, ihrer Heimat noch am ehesten nützen. Stein ist auch ein typisches Beispiel dafür, daß der Ruhm Friedrichs des Großen den evangelischen Teil der Reichsritterschaft mehr und mehr in den Dienst der Vormacht des protestantischen Deutschlands zog. Schon beim Ausbruch des siebenjährigen Krieges gab es in Franken keine adelige Familie, die nicht etliche Mitglieder in preußischen Kriegsdiensten hatte⁵⁴, und der Zugang mehrte sich noch, als Preußen durch die Gründung des Fürstenbundes den Schutz der deutschen Reichsverfassung an Stelle des Kaisers übernommen zu haben schien.

Ungleich häufiger finden wir freilich die Namen der reichsritterlichen Familien in den Offizierslisten der kaiserlichen Armee. Der kaiserliche Dienst war überhaupt für viele das Ziel. Kaiser und Reichsritterschaft stützten sich damals gegenseitig und darum mußte beiden Teilen ihre Erhaltung von Wert sein. Charakteristisch kommt dieses Verhältnis zum Ausdruck in einer Broschüre aus den Tagen des Fürstenbundes: „Deutschland muß einen Kaiser haben“

54. A. Brabant, d. h. röm. Reich i. Kampf m. Friedr. d. Gr. Berl. 1904 S. 62.

(1788), aus der Feder des fränkischen Reichsfreiherrn, späteren Reichsgrafen Julius v. Soden. Der reichsritterliche Autor zeigt sich hier als überzeugter „Cäsareaner“, die ganze Apologie⁵⁵ ist aber zugleich stark pro domo gefärbt. Die Reichsverfassung wird eine Wohltat für die Kleinen und Kleinsten genannt, und der Kaiser als ihr berufener Schutzherr hingestellt. „Schwächere Glieder des Reiches haftet eben das Gefühl dieser Schwäche desto fester an das Reichsoberhaupt, und dieses ist wieder eben deswegen interessiert bei ihrer Erhaltung.“⁵⁶ „Unentbehrlich ist aber das Dasein eines Reichsoberhauptes den kleinen Fürsten, Grafen, Städten und Freien Deutschlands. Ohne Reichsoberhaupt würden sie bald das Opfer der Systeme mächtiger Staaten werden, nur dieser kann ihre Freiheit, ihre Selbständigkeit, ihre Unabhängigkeit sichern, und der Druck, unter dem sie selbst nach der jetzigen Verfassung existieren, predigt laut genug ihr Schicksal ohne eine sie beschützende und das Gleichgewicht erhaltende Macht.“⁵⁷ In Schwaben, Franken und am Rhein — also in den Kreisen der Reichsritterschaft — findet der Verfasser unter „einer zahllosen Menge von Regenten die größte Volksmenge, den höchsten Grad der Kultur, der Industrie und des Wohlstandes“⁵⁸ und prophetisch heißt es gegen den Schluß: „Da der Geschichtskenner — der in diesem Falle mit dem Reichsritter identisch ist — in der Auflösung des (Reichs-) Verbandes die Geburt der Anarchie und das frühere oder spätere Grab jedes einzelnen Gliedes in dem Rachen des Despotismus sieht, so zittert er bei jeder Erschütterung des jetzigen Gebäudes und betet es an mit all seiner Ruinosität, mit all seinen

55. Gegen e. 1787 erschienene Broschüre: „Muß Deutschland einen Kaiser haben?“

56. Ebd. § 8 S. 16.

57. Ebd. § 10 S. 18.

58. Ebd. § 16 S. 25.

Mängeln der Struktur.“⁵⁹ Die Reichsritterschaft brauchte in der Tat einen sicheren Hort gegen das Ründungssystem der größeren Reichsstände, worüber stets Klagen einliefen, und den fand sie im Kaiser; dieser sah andererseits in ihr einen erwünschten Machtfaktor gegenüber den Fürsten und ein Glied des Reiches, über welches seine Unmittelbarkeit noch nicht ganz illusorisch geworden war. In die Hand seines Ritterhauptmanns, der in Franken und Schwaben nach seiner Wahl jedesmal das Diplom als kaiserlicher Geheimer Rat mit dem Titel Exzellenz erhielt, gelobte der aufschwörende junge Reichsritter, sobald er mündig gesprochen, „kaiserliche Majestät vor sein alleinig ohngemittelt zeitliches Oberhaupt, Schutz- und Schirmherrn in aller Untertänigkeit und Gehorsam zu erkennen“; hier durfte der Kaiser stets die Werbetrommel rühren lassen und gewann so tüchtige deutsche Unteroffiziere, an denen seine Armee sonst Mangel gehabt hätte⁶⁰. Auch erhielt er durch die Charitativsubsiden die größten Posten in den Einnahmen, die er überhaupt noch aus dem Reiche bezog. Vor allem aber fehlte es dem Kaiser an einem landsässigen Adel; denn die Blüte des böhmischen war am Weißen Berge gefallen, der schlesische war bis zum völligen Verlust dieser Provinz durch seine protestantische Konfession getrennt gewesen, und der ungarische neigte beständig zu Aufruhr und Widersetzlichkeit. Unter diesen Umständen konnte der Adel aus dem Reich in der Wiener Hofburg nur willkommen sein; denn dieser, namentlich der ärmere Teil, hatte dort keinen andern Rückhalt als den Kaiser und war ihm daher mit Leib und Seele ergeben. So war die weitgehende Begünstigung der Reichsritterschaft traditionelle kaiserliche Politik geworden;

59. Ebd. § 33 S. 38.

60. Die Angabe Thiers', daß die fränk. Ritter allein jährlich über 2000 Rekruten geliefert hätten, ist wohl aus der Luft gegriffen. Hist. du Consulat V 30.

vergeblich klagten die Landesfürsten darüber. Mit diesen, die ihnen bald den Garaus machen sollten, lagen die Ritter von jeher in unaufhörlicher Fehde. „Hat etwas noch ein Edelmann, so stößt ein Fürstenherrschaft dran, den armen Adel fressen sie,“ hatte schon Hutten gezürnt⁶¹. Auch die düstere Episode des fränkischen Ritters Wilhelm von Grumbach bildet eine Illustration zu diesem Kapitel. So alt wie die Reichsritterschaft selbst, sind auch die fürstlichen Unionen gegen jene. Anfangs waren sie geheim gehalten worden, seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts aber beschäftigten sie in breiter Öffentlichkeit den Reichstag⁶². So war am 4. Juni 1704 auf Antrag von Württemberg, Ellwangen und Kastell ein Reichsgutachten⁶³ zustande gekommen, die Gravamina gegen die Reichsritterschaft betreffend,; der Kaiser verweigerte dem Beschlusse aber die Ratifikation⁶⁴. Am 11. Februar 1713 schlossen Pfalz, Württemberg, Hessen und einige andere Reichsfürsten eine Vereinigung gegen die Reichsritterschaft⁶⁵, aber ein Reichshofratskonkklusum kassierte diesen Bund⁶⁶. Denselben Ausgang nahm eine gefährliche Union vom Jahre 1719, die zwischen Kurpfalz, Württemberg, Hessen, Würzburg, Baden, Brandenburg-Kulmbach und -Ansbach, sowie Sachsen-Gotha abgeschlossen worden war. 1741 beschwerte sich ein Fürstentag zu Offenbach, dem sich auch die Reichsgrafen anschlossen, über die Ausdehnung der ritterschaftlichen Privilegien⁶⁷, 1744 traten der ganze schwäbische und oberrheinische Kreis, 1745 die Reichsstädte mit ähnlichen Klagen hervor⁶⁸, aber der

61. Münch, Huttens Werke V 347.

62. Vgl. Häberlein, Handb. d. dt. Staatsr. Berl. 1797 III 557 f.

63. S. K. F. Gerstlacher, Hdb. d. deutsch. Reichsges. 1786 IV § 29.

64. S. Corpus jur. publ. acad. p. 1130.

65. S. Electa jur. publ. 1720 Tom. 15 S. 923.

66. S. Faber, St.-Kanzlei 34 S. 770.

67. S. J. J. Moser, Traktat v. d. dt. Reichsst., d. RR. etc. S. 1424.

68. S. J. J. Moser, Gesch. d. RR. II 180, 348, 389.

Kaiser war nicht zu einem energischen Vorgehen zu bewegen. Nun bedienten sich beide Parteien in ausgedehntem Maße der Publizistik. Von 1749—53 wurden nicht weniger als 46 Streitschriften gewechselt⁶⁹. Die fürstlichen Gegner legten ihre Beschwerden dem Reichstage 1749 und 1750 in zwei Deduktionen in folio⁷⁰ vor, doch die Reichsritterschaft blieb die Antwort nicht schuldig. Noch 1750 erschien im gleichen Formate der erste Band der „Verteidigten Freiheit und Unmittelbarkeit der Heil. Röm. Reichsritterschaft“, 1752 der zweite⁷¹. Sie führte darin ihre Sache so gut, daß der hauptsächlich auf Betreiben Württembergs gestellte Antrag auf ein *normativum imperii* in den reichsritterschaftlichen Irrungen am 23. Juli 1753 endgültig abgelehnt wurde, weil ein solches „mit vielen Anständen und Bedenken umwunden“ sei⁷². Bei allen künftigen Irrungen sollte auf „Treffung gütlicher Auskünfte“ unter allerhöchst kaiserlichen Auspizien und Bestätigung Bedacht genommen werden.

Doch war damit der Antagonismus der Landesfürsten nicht beseitigt; Stoff zu ewigen Reibereien lag eben im Charakter beider Parteien. Dem Zuge der Politik nach Einheit der Territorien im Innern standen die eximierten Gebietsplitter der Reichsritterschaft jeden Augenblick störend im Wege und vereitelten eine zusammenhängende Zivil- und Militärverwaltung, eine geordnete Justiz und Polizei. Aus dieser Erkenntnis heraus urteilen denn auch am Ende des 18. Jahrhunderts die meisten Staatsrechtslehrers abfällig über die Reichsritterschaft⁷³. Daß ihr Wesen dem Geiste der Zeit

69. Verz. b. J. H. Sommer, *Vindiciae libertatis Corporis nobilium S. R. I. immediatorum*. Gött. 1754 S. 1 f.

70. Vorlegung d. anwachsenden rr. Irrungen. Stuttg. 1749. Reichsständ. Archivalurk. ad causam equestrem Regensb. 1750.

71. Gedr. zu Regensburg.

72. S. Faber, St.-K. 106 K. 3; 107 K. 12.

73. Z. B. C. Fr. Oerstlacher, *Corp. jur. german. publ. et priv.* Stuttg. 1789 IV 406. „Ich muß es frei heraus sagen, die Pri-

stracks zuwiderlief, das konnte den Rittern nicht entgehen, und sie standen darum bei jedem Konfliktfall alle für einen. Nur im heiligen römischen Reich mit seiner Moderluft konnten sie ihr Leben fristen, und selbst hier waren sie an dem ganzen gotischen Reichsbau der Stein, den die Bauleute verworfen hatten.

vilegien der RR. sind übertrieben; sie, die Ritterschaft, wird auf ziemlich parteiische Art von den Reichsgerichten dabei geschützt, es würde auch längst ihres Gebeins nicht mehr sein, wenn dieses nicht wäre.“ Vgl. auch die Urteile von Gentz und Kant b. Bitterauf. Gesch. d. Rheinb. I 217—18.

II.

Der Ausbruch der französischen Revolution und der erste Koalitionskrieg.

Kommende Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Auch die gewaltige Umwälzung an der Wende des 18. Jahrhunderts, in deren Strudel die Reichsritterschaft versinken sollte, sandte schon lange vor dem Ausbruch der französischen Revolution ihre ersten Brandungswellen nach Deutschland. Der neue Schwindelgeist, der den Staatsmännern des ancien régime so verdächtig war, ergriff trotz ihrer Gegenwehr überall die Gemüter, gerade durch die Regierung aufgeklärter Fürsten vorbereitet und gefördert. Wenn Joseph II. den adeligen Banknotenfälscher die Gasse kehren ließ und der galizischen Ritterschaft „was immer für Tiere und Viecher, wenn sie ihnen Vergnügen schafften“, im Wappen zu führen gestattete oder wenn der „König der Bettler“ die adeligen Räte seiner obersten Justizstelle infam kassierte, weil sie das Recht zugunsten eines Hochgestellten gebeugt hätten, so bedeutete diese Anerkennung der Unterschiedslosigkeit vor dem Gesetz ein Zugeständnis an die aufkeimenden Ideen der bürgerlichen Gleichheit und Freiheit. Vollends waren seit dem glücklichen Ausgang des nordamerikanischen Unabhängigkeitskampfes diese Ideen auf den Thron erhoben worden. Schlözer hatte in seinen „Staatsanzeigen“ und seinem „Briefwechsel“ der Kritik in politischen Dingen freie Bahn gebrochen; die französischen Aufklärer, Rousseaus *Contrat social*, Werke wie Mirabeaus *Histoire secrète* legten mächtig Bresche, auch die philo-

sophischen Schriften Kants und Christian Wolffs, welche die Zeitgenossen daran gewöhnten, nach der Ursache, der logischen Berechtigung der Dinge zu fragen, ebneten den Boden für die Ideen der Revolution. Was die Erben Klopstocks, der Göttinger Hain, mit ihrem ernstesten, feierlichen Schwung und die Dichter der Sturm- und Drangperiode, Schillers „Räuber“ an der Spitze, mit ihren pathetischen Uebertreibungen weckten, das war im Effekt dasselbe: ein unbestimmtes, aber desto lebhafteres Gefühl für Freiheit und Tyrannenhaß. Allein, nicht den Regenten war diese Zeitströmung am gefährlichsten, mehr dem Adel. Die alte Mannentreue gegen seinen Fürsten lag dem Deutschen im Blute, aber die Vorrechte des Adels schienen ihm unbegründet und angemäßt. Man erkannte das milde Regiment manches wohlmeinenden Landesvaters dankbar an, aber gegen den Geist der Unterdrückung, der nach Rousseaus Wort den Adel kennzeichnete, bäumte sich das Selbstgefühl der aufstrebenden Nation. „Gibt's in Deutschland eine Revolution,“ schrieb Johann Ludwig Ewald¹, so geht sie hauptsächlich gegen den Adel.“ die oben angeführten Beispiele zeigen, daß auch hier die Fürsten beitrugen, diese Strömung zu fördern. Im Volke gewann sie bald die Oberhand. „Das Eifern gegen den Unterschied der Stände wurde zur Mode“². Das wachsende bürgerliche Standesbewußtsein kämpfte schon lange gegen die abgeschlossene gesellschaftliche Haltung des Adels, dann gegen seine bevorzugte Stellung im Staate, sein alleiniges Anrecht auf gewisse Aemter und Bedienungen. Salzmann plädierte in seinem viel gelese- nen Romane „Karl von Karlsberg“ für Abschaffung des Adels. Der Reichsreferendar Johann Baptist v. Horix suchte an der Hand der deutschen Rechtsgeschichte die Ebenbürtigkeit von Adel und Bürgerstand nachzuweisen³.

1. Was soll der Adel jetzt tun? Leipzig 1793 S. 16.

2. W. Wenck, Deutschl. vor 100 Jahren I 30.

3. Der Anlaß zu diesem Buche (die Ehre des Bürgerstandes

Die Reichsritterschaft war dabei in besonders schlimmer Lage; denn bei ihr gesellte sich zu dem Groll des Bürgerstandes noch die Mißgunst der zahlreichen landsässigen Standesgenossen, die sie um ihre Reichsunmittelbarkeit beneideten. Man kann beinahe sagen, außer denen, die sie durch die Brille des persönlichen Vorteils betrachteten, hatte die Reichsritterschaft keinen wahren Freund und Verteidiger.

Auch das patriarchalische Verhältnis zu ihren bäuerlichen Untertanen war nicht mehr so fest wie ehemals. Denn die Befreiung der Bauern, dieser „Lasttiere der menschlichen Gesellschaft“ (Schlözer), verlangten Humanität und Aufklärung immer lauter, und die Bauern selbst sahen sich ähnlichen Mißständen gegenüber, wie sie in Frankreich von der Revolution siegreich überwunden wurden. Wie Gebildete jede Niederlage der deutschen Waffen im ersten Koalitionskrieg als Fortschritt der Menschheit begrüßten, so konnten die Bauern ihre Söhne nur mit Ingrim in den „Kreuzzug zu Gunsten der Herrschenden und Privilegierten“⁴ ziehen sehen. Das herausfordernde Benehmen der Emigranten mußte alles andere als Begeisterung für deren Sache erwecken; ihr Schicksal schien so gerecht wie das der unfähigen Adelsrepublik Polen, die vor den Augen der Zeitgenossen zusammenbrach. Im Hannöverschen und in Kursachsen, in Kassel und Kurpfalz, Zweibrücken und Nassau, sowie überhaupt den ganzen Rhein hinab, fanden schon vereinzelt Bauernunruhen statt, die sich stets gegen die adeligen Guts-

nach den Reichsrechten Frkf. 1791) war ein rr.: Die Greiffenklause Familie hatte in ihrem Familienstatut festgesetzt, daß jedes Mitglied, das eine Mißheirat täte, seiner Güter verlustig gehen sollte. Der Stammherr des rheinischen Zweiges hatte die Tochter des Verfassers geheiratet, und seine Güter waren ihm vom Reichshofrat aberkannt worden. Der beleidigte Schwiegervater schrieb darauf obige Schrift.

4. W. Wenck, Dtschl. vor 100 Jahren I 223.

besitzer und ihre Beamten richteten, in Holstein, Hildesheim und Lippe-Detmold mußte die Ritterschaft einen Teil ihrer Steuerfreiheit aufgeben, und in Mömpelgard und Lüttich kam es zum förmlichen Aufstand. Als Adam grub und Eva spann, wo war denn da der Edelmann? wurde im Volksmund wieder lebendig und erinnerte an die Schrecken des Bauernkrieges, die schon einmal den Trotz der Reichsritterschaft gebrochen hatten. So zuckten revolutionäre Flämmchen schon hier und da empor; die Zeiten der hochmütigen Sicherheit, wo die *beati possidentes* hatten sagen können: „Ich lieg und besitze, laßt mich schlafen!“ waren vorüber; der ganze Zeitgeist war der Reichsritterschaft ungünstig⁵.

Als dann der glimmende Funke zur Flamme aufloderte, da wurde die Reichsritterschaft, wie alle westdeutschen Stände, vom ehernen Gang der Ereignisse bald schwer getroffen. Den ersten Stoß hatten ihre Mitglieder in Lothringen⁶ und im niederen Elsaß⁷ auszuhalten. Denn obgleich diese allmählich mit dem Elsaß an Frankreich gekommen waren, gehörten sie doch noch dem reichsritterschaftlichen Korpus an. Der Westfälische Friede hatte ihre Rechte ausdrücklich gewahrt; während der oberelsässische Adel, der

5. Ueber die Stimmung gegen den Adel vgl. W. Wenck, *Dtschl. vor 100 Jahren* 1888 I 29 f., 1890 II 58 f.; K. Th. Perthes, *D. dte Staatsleben* 1845 S. 234 f.; K. Th. v. Heigel, *Dte Gesch. v. Tode Friedr. d. Gr.* 1899 I 279 f.; K. Biedermann, *Dtschl. i. 18. Jahrh.* 1845—80 2 II 3 S. 1216 f.; E. Brandes, *Ueber einige bish. Folgen d. französischen Revolution* Hann. 1793 S. 42 f., 58 f.; J. L. Ewald, *Was sollte der Adel jetzt thun?* Leipzig 1793 S. 20 f.; J. B. v. Horix, *Die Ehre des Bürgerstandes n. d. Rsrechten.* Frankfurt 1791 S. 70 f.; C. Meiners, *Gesch. d. Ungleichh. d. Stände.* Hann. 1792 S. 578 f.; Chr. L. Pfeiffer, *Der Reichskavalier a. s. ohnmittelb.* Geb. Nürnberg 1787; v. Pöllnitz, *Auch ein paar Worte über den Adel Deutschlands und dessen gemeinste Vorurteile.* Nürnberg 1797².

6. Vgl. Fr. Grimme i. *J. Ges. lothr. Gesch.* 1900 XII 248.

7. Vgl. A. Overmann, *D. RR. i. Unterelsaß.* ZG. Oberrhein 1896. N. F. XI 585 f.

schon unter der habsburgischen Herrschaft landsässig geworden war, 1651 in gleicher Eigenschaft unter die französische trat, führte die Ritterschaft im unteren Elsaß als selbständiger Bezirk auch fürderhin eine vierte Stimme auf den Korrespondenztagen und brachte $\frac{1}{10}$ aller Charitativsubsidien auf. Erst als im Ryswyker Frieden ein weiteres Drittel des Elsaß an Frankreich fiel, mußten sich auch die Reichsritter dem Lilienbanner beugen. Doch wenn sie auch dem Namen nach französische Untertanen wurden und mit dem oberelsässischen Adel die zwei Bezirke der königlichen Ritterschaft bildeten, erblickten sie doch im deutschen Kaiser noch ihren obersten Lehnsherrn. Diese Zwitterstellung erklärt sich aus dem Verhältnis der ganzen Landschaft zu Frankreich. Nicht nur in Sitte und Sprache herrschte ja noch deutscher Geist im Elsaß, auch politisch nahm es eine Sonderstellung ein; richteten sich doch die Cahiers seiner Abgeordneten zur Nationalversammlung gegen jede Beeinträchtigung der provinziellen Eigenart und verlangten „die Vorrechte einer wirklich fremden Provinz“. Die niederelsässische Ritterschaft bildete einen Staat im Staate, der sich noch 1769 von Ludwig XV. alle Feudalrechte und Privilegien hatte bestätigen lassen⁸ und dem römischen Kaiser den Treueid leistete wie der Reichsadel in Deutschland. Er umfaßte ein Städtchen und etwa 90 Dörfer und Weiler, die bei einer Zahl von 50 000 Einwohnern über 230 000 Livres eintrugen⁹ und meist von deutschen Reichsständen zu Lehen rührten. Außer durch diesen Lehnsexus waren viele Mitglieder auch durch Liegenschaften und Habschaften rechts des Rheines mit dem Reich verbunden geblieben, und die Mehrzahl hatte sich obendrein noch den rechtsrheinischen Kantonen angegliedert. Sie bildeten sogar den größeren Teil

8. Die Urkunde ist abgedruckt bei Haller, *Geh. Gesch. d. Rastatter Fr. Verh.* 1799 VI 23 f.

9. Schlözer, *St.-Anz.* XVI 230; Hoff, *Das teutsche Reich* 1801 I 101.

des Ritterbezirkes Ortenau¹⁰, der nur dieser Immatrikulation elsässischer Familien seine selbständige Stellung mit eigenem Direktorium innerhalb des schwäbischen Kantons Neckar-Schwarzwald verdankte, denn die geographische Ortenau zählte bloß 14¹/₂ geschlossene reichsritterschaftliche Ortschaften. Daher waren zwei ihrer letzten Ritterhauptleute ein Wurmser und ein Bodeck gewesen, das heißt Angehörige elsässischer Geschlechter. Derselbe Wurmser war aber auch Generalleutnant in französischen Diensten, während der letzterwähnte Bodeck zugleich einer der vom Könige von Frankreich bestallten Direktoren der elsässisch-französischen Ritterschaft war.

Der Adel im unteren Elsaß hatte sich also seine Unabhängigkeit und Verbindung mit dem deutschen Reiche gewahrt, seine Angehörigen waren ebensowohl Deutsche wie Franzosen. Dieser Ausnahmestellung machte die Nationalversammlung ein Ende, indem sie von „citoyens mixtes“ nichts mehr wissen wollte, durch Dekret vom 1. Oktober 1790 alle Enklaven beseitigte, am 6. August 1791 die Ritterorden aufhob und deren Mitglieder ihren bisherigen Untertanen gleichstellte. Trotzdem sich Friedrich Karl von Erthal, der als Kurfürst von Mainz den Ehrentitel „Beschützer der freien Reichsritterschaft“ führte, seiner Standesgenossen kräftig annahm¹¹, hatte ein Hilfesuch¹² an den Reichstag bei der sprichwörtlichen Bedächtigkeit dieser Behörde und der Abneigung gegen einen Konflikt mit Frankreich nur einen billigen Protest zutage gefördert. Also vor die Wahl gestellt, deutsche Reichsritter zu bleiben oder französische

10. 15 Familien von 29. Nur die Bock gehörten zu Kocher, die Helmstädt und Schmidburg zu Kreichgau, die Andlau zu Hegau, die Vogt von Hunoldstein zu Oberrhein. Außerdem hatten die Kerpen, Warsberg, Leyen, Esbeck, Catcarth vom K. Niederrhein Einkünfte im Elsaß und in Lothringen.

11. Vgl. Häusser I 275.

12. Reuß, St.-K. 25, 101 f.

Staatsbürger zu werden, dazu gedrängt durch die tollen Saturnalien der Revolution, die sich bald dem Elsaß mitteilten, waren die meisten auf ihre rechtsrheinischen Güter gegangen oder hatten sonst in Deutschland ein Asyl gesucht¹³. Doch nach dem unglücklichen Ausgang des Feldzuges in der Champagne setzte Robespierre ihre Namen auf die Liste der Emigranten¹⁴, die als Hochverräter mit dem Tode bedroht, und deren Güter erst sequestriert, dann konfisziert wurden, um den zugesagten Ersatzansprüchen aus dem Wege zu gehen. Alle Anverwandten der Emigranten mußten ihnen in die Verbannung folgen. Ihre Beamten wurden für vogelfrei erklärt und unter der Diktatur des berüchtigten Eulogius Schneider, alle Amtleute, Kanzlisten, Schaffner, Einnehmer, Förster, widerspenstige Schulmeister und Pfarrer deutscher Herrschaften zur Guillotine verurteilt, der auch wirklich einige zum Opfer fielen¹⁵.

Die Fortschritte der französischen Waffen hatten dann auch die übrigen linksrheinischen Ritter schwer geschädigt, und da der Kriegsschauplatz sich immer mehr nach Osten

13. Damals mußte auch Goethes Lilli, die Gattin des Straßburger Reichritters Bernhard Friedrich von Türckheim, als Bäuerin verkleidet, mit ihren Kindern fliehen. Ihr Mann hatte sich als Holzhauer durch die Vorposten geschlichen, um dem Haftbefehl des Wohlfahrtsausschusses zu entgehen; vgl. Lillis Bild geschichtl. entw. v. A. Bielschowski 2. A. München 1894 S. 49 f.

14. Es waren die Familien Berstett, Bodeck, Bock, Eckbrecht v. Dürkheim, Geyling v. Altheim, Ichtrazheim, Neuenstein, Oberkirch, Rathsamhausen, Schauenburg, Serpes, Türckheim, Vogt v. Huldstein, Wurmser.

15. Vgl. Memorial d. fr. unm. R. i. unt. Elsaß a. d. Rsvers. 1. XII. 1789, samt Memoire pour la noblesse immediate de la basse Alsace. D. Reichsunm. d. Herrsch. Hisingen, Lenning, Frey Altroff, Mörchingen, Berendorf, Estroff und Kinger i. Lothr. bewiesen. 1792. Vorlegung der bisherigen Verh. d. fr. RR. i. Elsaß, ihrer Beschw. geg. d. Beeinträchtigungen d. franz. Reg. Wien 1797. fol. Promemoria mehrerer Flüchtlinge a. d. Elsaß b. Münch, Protok. d. Rfrdep. z. Rastatt 1798 V 281 f., 284 f.

ausdehnte, auch die rechtsrheinischen in Mitleidenschaft gezogen. Furchtbar rächte sich die Zerfahrenheit und Zuchtlosigkeit der feudal-klerikalen Kleinstaaterie, die unfähig war, die Wacht am Rhein zu halten. Wie ein Kartenhaus brachen die alten Ordnungen zusammen, als die Custineschen Truppen mit dem Losungsworte: „Friede den Hütten, Krieg den Schlössern und Palästen!“ ihr Evangelium mit dem Schwerte in der Hand predigend, die Rheinlande überschwemmten. Wieder einmal wurde der blühende Wohlstand dieser gesegneten Fluren eine ergiebige Quelle für französische Habsucht. Der Krieg mußte den Krieg ernähren. Hohe Kontributionen in barem Gelde erpreßten die Befreier, die Requisitionen an Lebensmitteln aller Art, an Heu und Hafer für die Pferde, an Ausrüstungsgegenständen für die Sanskulotten rissen nicht ab. Den Ackerbau störten die Kampagnen, die Wälder wurden durch unregelmäßige Holzschläge verwüstet und zu Geld gemacht. Wurden die Reichsritter dadurch in ihrem Privatbesitz schon erheblich geschädigt, so traf sie vielleicht der Verlust an landesherrlichen Rechten noch empfindlicher. Wo die cisrhenanische Föderation alle Herrenrechte „für ewig erloschen“ erklärte, da war man nicht geneigt, mit den Ansprüchen der Reichsritterschaft besonders glimpflich zu verfahren. Wo alle ständischen Vorrechte beseitigt wurden — am 5. April 1795 hob die Zentralverwaltung alle Prärogative des rheinischen Adels auf —, da weigerten sich die Bauern bald, die herkömmlichen Zehnten zu zahlen und Fronen zu leisten und wurden in diesem Widerstande von den monatelang im Quartier liegenden Revolutionssoldaten unterstützt. So verloren die Stein-Kallenfelsschen Erbtöchter das Dorf Aßweiler, das sich im Bunde mit den benachbarten Gemeinden des nassauischen Amtes Saarwerden für frei erklärte und die Vereinigung mit der Republik nachsuchte. So berichtet der Freiherr Anton v. Sohler, daß ihm sein Pächter bei Trier kein Pachtgeld mehr schicke, mit der Entschuldigung, die Bauern entrichteten keinen Zins mehr¹⁶.

Bald wurden auch hier reichsritterschaftliche Güter sequestriert, die Verwalter vom Dienste suspendiert, oft noch mit Arrest der Person und des Vermögens belegt, die Untertanen, wo sie ihren alten Herrschaften anhängen, verfolgt, die Güter selbst unter der Hand verkauft¹⁷. Wer fragte in der allgemeinen Verwirrung der Begriffe viel nach Recht und Herkommen? Die adelige Geburt genügte den Jakobinern schon zur Inquisition. Dazu kam noch das Vorgehen der französischen Behörden gegen alle kirchlichen Institutionen, mit denen die Existenz der Reichsritterschaft ja eng verbunden war. Kurtrier, Kurmainz und Kurköln wurde damals schon der Lebensfaden durchschnitten; all die reichen Pfründen, welche die Reichsritterschaft als ihr „Spital“ betrachtete, kamen damit für sie in Fortfall; alle frommen Stiftungen, wie sie werktätiger Glaube zu hunderten in der rheinischen Pfaffengasse angehäuft hatte, wurden mit Beschlagnahme belegt. Die Régie nationale verlangte bereits 1797 von allen geistlichen Würdenträgern den Treueid¹⁸.

16. A. Darmstadt Mrh. RR. Conv. 39 II fol. 67.

17. Um was für Werte es sich hierbei handelte, dafür zwei Beispiele: Die elsäss. Familie Bock verlor: 1 Landgut i. d. Herrsch. de Piu, den Zehnten z. Ukenge, ein Teil von Lutange und Maucy, je einen Meierhof bei Diedenhofen, z. Mezveche, auf d. Hackenberg, z. St. Marie i. Metz Land, z. Chauville, Weipy, 1 Lehngut z. Dobingen, 1 Haus z. Metz, 1 freien Hof z. Ußnig, Reben z. St. Julien, 1 Rente v. Hôtel de ville Paris weg. e. Kap. v. 10 000 fl. u. d. Aussicht auf einige Erbschaften = 678 500 fl. A. Stuttg. Adel insg. LX, 13. Die Grafen von Degenfeld verloren: An Lehns-, Jurisdiktions- und Zehntrechten 10 165 fl. 1½ kr., Schaden durch Zerstörung des Schlosses z. Altdorf und Waldlautersheim u. d. Oekon.-Geb. 80 000 fl., Zinsen der Untertanen von geliehenen Kap. jährlich 962 fl. 15 kr., Aktivforderung an die französische Rep. weg. d. a. d. Hôtel de ville de Paris angelegten Kapitalien v. 286 558 Livres (ursprünglich sogar 1 120 000 Livres). Münch, Protok. V 296.

18. Vgl. Schr. d. rr. Gen.-Dir. v. 2. Oct. 1795 samt Vorlegung d. Beschw., w. d. RR. d. d. franz. Rev. erlitten. Gedr. Memoire

Auch die Wechselfälle des Kriegsglücks, welche die Franzosen zeitweilig zur Aufgabe der Rheinlinie zwangen, hatten den Reichsrittern keine Erleichterung gebracht. Denn ihnen nach rückten die kaiserlichen Armeen und nahmen durch die gleichen Naturallieferungen, durch Fuhrwesen und Schanzarbeiten, Lazarette, Gefangenenaufnahme und Winterlager die Kräfte der Reichsritter und ihrer Untertanen in Anspruch. Je 1000 Zentner Mehl, 4800 Metzen Hafer und 3000 Zentner Heu mußten die Kantone auf einmal liefern¹⁹. Zwar stellten die kaiserlichen Fourageure wenigstens Lieferungsscheine auf die Kriegskassen aus, aber in den Ritterkanzleien lagen noch vom siebenjährigen Kriege her die nicht eingelösten französischen Quittungen. Selbst den Geldwechsler mußten die Ritter für den kaiserlichen Aerar abgeben. 1793 tauschten sie ihm für 70 900 fl. Siebenkreuzer und Groschenstücke Wiener Währung gegen westdeutsche Münzen um²⁰.

Der chronische Geldmangel der kaiserlichen Operationskasse war auch der Anlaß, daß der Kaiser nach 25 Jahren zum erstenmal wieder mit der Forderung von Subsidien an die Ritterschaft herantrat. 1792, 1794 und 1796 wiederholten sich die „Ansinnen um ein ausgiebiges Charitativum“, dessen Höhe für den schwäbischen Kreis auf 170 000, für den fränkischen auf 150 000 und für den rheinischen auf 25 000 fl. festgesetzt wurde. Die schwäbischen Verträge wurden zu Ulm mit Graf Lehrbach, die fränkischen zu Nürnberg mit Graf Schlick, die rheinischen zu Burgfriedberg mit Graf Westphalen abgeschlossen²¹. Doch trog die Hoff-

pour les membres de la nobl. imm. d'Emp. 1796, abgedr. bei Haller a. O. VI 9f. Ueber die Beeinträchtigungen und Rechtsschmälerungen d. Reichsadels d. 3 R.-Kreise, bes. d. Ortenau, Bez. 1796 gedr.

19. A. Würzburg RR. 341.

20. A. Ludwigsburg Neckar-Schw. XXIII.

21. An Remunerationen waren dabei üblich für den Reichsvizekanzler 300 Duk., Vertrag schließ. Minister 200 Duk., Reichs-

nung, sich dadurch von allen Verpflichtungen gegen Kaiser und Reich losgekauft zu haben. Nach wie vor zog Erzherzog Karl die Ritterdörfer zu den Armeelieferungen heran, und wie Hohn klingt sein Bescheid auf die Beschwerde der Ritter, die durch diese rezeßwidrigen Lieferungen wieder einmal ihre Unmittelbarkeit gefährdet sahen, daß er sie bei allen Prästationen ja jederzeit unmittelbar requiriert habe²². Es kann nicht wundernehmen, wenn die Reichsritterschaft unter diesen Umständen die Opfer, die sie dem Kaiser im ersten Koalitionskriege brachte, auf mehrere Tonnen Goldes, nach einer genauen Angabe auf 5 702 292 fl. berechnete²³.

Aber damit waren ihre „patriotischen Anstrengungen“ auch erschöpft. Wo war die Ritterschaft hin, die ihre Aufgabe darin erblickt hatte, des Reiches Kriege zu führen? Ein Ortszirkular sprach zwar die Hoffnung aus, daß die Ritter ihre zum Landsturm aufgebotenen Untertanen selbst anführen und „wie der Vater mit seinen Kindern Glück und Unglück teilen würden“²⁴, doch wir hören nicht, daß sie die Büchse ergriffen, um wie jene die Treue gegen Kaiser und Reich mit ihrem Blute zu besiegeln. Das kriege-

referendar 100 Duk., Legationsrat 50 Duk., Priv.-Schr. d. Rs.-V.-K. 24 Duk., Direktorialagent 24 Duk., Legationssekretär 12 Duk. A. Würzburg RR. 422. A. Wien RA. i. sp. 41.

22. Schr. v. 21. XI. 1796. A. Darmstadt Mrh. RR. Konv. 39 II.

23. Gemmingen a. d. Gen.-Dir. 24. V. 1798. A. Karlsruhe RR. Ort. 149. Davon zahlte der schwäb. R.-Kreis im letzten Kriegsjahre allein 1 214 266 fl. — Die Rechnungen d. K. Kocher ergeben von 1796—1806:

Charitativsubs.	124 158 fl.
Beitr. z. R.-Kasse	57 313 fl.
Eigentl. Kriegsk.	848 992 fl.
Sonstiges	45 797 fl.
	= 1 076 260 fl.

A. Wien RA. i. sp. 41, 50. Verz. d. Lieferungen a. d. kais. Armee A. Darmstadt Mrh. RR. Konv. 39 II.

24. A. Würzburg RR. 355.

rische Feuer der Ahnen war in den Enkeln erloschen. Der Kaiser hätte die Aufstellung eines reichsritterschaftlichen Regiments oder zum mindesten einer Schwadron gern gesehen, aber als der Kanton Niederrhein als einziger endlich die Notwendigkeit der Rekrutenstellung einsah und Aushebungen anordnete, da wurde „sein übereiltes Benehmen mit patriotischer Sprache gebührend geahndet“ und „mit verfassungsmäßigen Bemerkungen“ abgetan²⁵.

Auch der Appell eines Reichsritters an seine Standesgenossen, der den brauchbaren Vorschlag tat, 6⁰/₀ des Einkommens zur Werbung einer berittenen Legion zu verwenden, verhallte ungehört²⁶. Dagegen konnten die Phantasien eines anderen Reichsritters Beachtung finden, wonach jedes Geschlecht zwei Angehörige in den Streit senden sollte, den älteren als Ritter, den jüngeren als Knappen, dazu Roß und Reisige, alles im Kostüm der alten Ritterschaft, vermutlich auch mit Lanze und Zweihänder²⁷. Ein noch beschämenderes Dokument von reaktionärer Verblendung lieferte ein katholischer Reichsritter, Mitglied eines deutschen Hochstifts, wenn er schrieb: „Der Adel soll die von seinen Vorfahren rechtmäßig erworbenen Vorrechte als sein legales Eigentum wie seine Börse sorgfältig bewahren und gegen Philosophen und Sanskulotten wie gegen jeden andern mit Blut und Leben verteidigen“²⁸.

Wie tief saß hier der Wurm im Marke! Diese Welt war reif zur Vernichtung. Bald fielen denn auch Koblenz, Mainz und Friedberg, die Sitze der rheinischen Ritterkantone, aufs neue in die Hände des Feindes, wieder blutete das Land unter der Geißel der Eroberer. Die niederrheinische

25. A. Nürnberg, K. Altmühl Nr. 1023.

26. Aufruf a. d. rr. Adel v. e. Mitgl. dess. 1794.

27. Was fordert Pflicht und Vorteil der Deutschen? In e. Schr. a. d. Adel u. d. Ordensr. d. dt. Länder v. e. ihr. Mitgl. Gotha 1794.

28. E. Wort e. Adeligen a. d. Adel. Karlshafen 1797.

Kanzlei flüchtete nach Würzburg, die oberrheinische nach Aschaffenburg, von da nach Hanau. Nur die mittelhheinische harrete aus, obwohl Hoche, Chérin und Ney nacheinander ihr Hauptquartier auf Burgfriedberg nahmen²⁹. Es sind uns noch ihre Tafelrechnungen erhalten, ein stattlicher Band in folio, aus dem wir ersehen können, was an Braten und Geflügel, Wildpret und Krebsen, wie viel Flaschen Champagner, Malaga und Rheinwein die Quartierwirte für den Tagesbedarf ihrer Gäste zu besorgen hatten³⁰. Und daß es sich dabei nicht um einen vorüberziehenden Kriegssturm handelte, sondern daß es der feste Wille Frankreichs war, wieder einige Glieder von dem altersschwachen Reichskörper loszureißen, das trat offen zutage, als jetzt allen linksrheinischen Ritttern der Bürgereid zugemutet, und die sich dessen weigerten, entweder auf die Emigrantenliste gesetzt oder wenigstens mit Beschlagnahme ihrer Einkünfte bestraft wurden. So wurden dem Freiherrn v. Gagern, der nach fünfjähriger Entbehrung aller Einkünfte seine geplünderte Oekonomie wiederhergestellt hatte, die sämtlichen Vorräte abermals sequestriert, weil er wegen seiner häufigen Abwesenheit unter die Zahl der Emigranten gehöre, und dem Koadjutor v. Dalberg wurden Keller und Speicher in seinem Stammschloß Herrnsheim bei Worms unter Siegel gelegt³¹. Die Krone aber setzten die Franzosen ihrem Vorgehen auf, als der General Augerau Ende 1797 auch die Mitglieder des rechtsrheinischen Bezirkes Ortenau, nach-

29. D. Kanton wurde mit 50 000, d. Burg mit 10 000, d. Stadt mit 6000 fl. Kontribution belegt. Der treue Syndikus Neff, der seine Pappenheimer kannte, brachte mit 50 Karolins (1 Kar. = 11 fl.), die er sich von einem Juden borgte, die Sache bei dem Adjutanten des Generals schnell in Richtigkeit. Doch nach drei Tagen war diesem der Handel leid; er ließ den Ritterrat von Wetzel nächtllicherweile aufheben und gab ihn erst gegen weitere 100 Karolins wieder frei. Ber. Neffs. A. Darmstadt Mrh. RR. Konv. 40, F. 1.

30. A. Darmstadt Mrh. RR. Konv. 40.

31. Schr. d. RR. a. d. Kaiser 14. I. 1798.

dem er ihnen vorher noch eine unerschwingliche Kontribution auferlegt hatte, als angebliche Emigranten hinwegschaffen ließ und alle Einkünfte aus ritterschaftlichen Gütern und Ortschaften zurückbehielt. So wurden selbst denjenigen Familien des elsässischen und rheinischen Adels, welche auf dem rechten Ufer noch einiges Vermögen besaßen, die letzten Hilfsquellen abgeschnitten. Das Unglück des Vaterlandes brach gerade damals einem der Besten unter ihnen das schlachtenmüde Herz: am 22. August 1797 verschied Feldmarschall Dagobert Sigmund von Wurmser, der Verteidiger von Mantua³².

In dieser trostlosen Lage klammerten sich die Reichsritter an die letzte Hoffnung auf einen baldigen Frieden, und als nach dem Vorgange von Württemberg und Baden der schwäbische Reichskreis am 27. Juli 1796 einen Waffenstillstand schloß, erbat und erlangte der schwäbische Ritterkreis die Aufnahme in denselben. Allerdings ließen sich die Franzosen die Waffenruhe teuer abkaufen; 12 Millionen Livres verlangten sie, außerdem Lieferung von 8000 Pferden, 100 000 Paar Schuhen, um nur diese Posten zu nennen. Natürlich mußte auch die Reichsritterschaft dazu repartieren und zwar mit der hohen Summe von 183 333 fl.³³. Hatte die Reichsritterschaft schon bei ihrem Gesuch um Einschluß in die Konvention die Ohnmacht ihrer isolierten Stellung außerhalb des Kreisverbandes sich eingestehen müssen³⁴,

32. Vgl. Vivenot, Thugut Clerfayt u. Wurmser 1869 S. XCIV f. u. CXXXI.

33. Es war herkömmlich, daß die schwäbische RR. mit d. 27. Teil zu derartigen Kreislasten herangezogen wurde, diesmal sollte sie aber $\frac{1}{3}$ beitragen, was dann auf $\frac{1}{7}$ ermäßigt wurde. A. Karlsruhe RR. Hegau.

34. Barthélemy schlug deshalb dem Direktorium vor, wenn man den schwäb. Kreis in den Gürtel der franz. Vasallenstaaten aufnehmen wollte, die Ritterkantone mit dem Kreise zu vereinigen; vgl. Bitterauf, Rheinbund S. 42. — Das gleiche Ziel verfolgt auch

so sollte sie bald aufs neue die Erfahrung machen, daß die harte Not der Zeit sich an ihre verbrieften Rechte nicht kehrte. Denn die Regierungen Württembergs und Badens nahmen die Bestimmung ihres Separatfriedens, daß alle ihre fiefs und dépendances in ihn miteingeschlossen sein sollten, zum Anlaß, alle in ihrem Besitze befindlichen, zur Reichsritterschaft aber noch steuerbaren Ortschaften mit der französischen Kontribution mitzubelegen und dafür die Beiträge zu den Ritterkassen zu sperren. Andere Regierungen, wie Nassau-Usingen und Hessen-Darmstadt, ja sogar geistliche, wie Kurmainz³⁵ und Würzburg-Bamberg³⁶, schlossen sich diesem Beispiel an und verlangten eine angemessene Konkurrenz der Ritterdörfer zu den Requisitionen und Kontributionen. Die armen Insassen derselben wurden dadurch oft doppelt und dreifach herangezogen und ihre Leistungsfähigkeit für die Ritterkassen vernichtet. Der alte Streit über das reichsritterschaftliche Kollektationsrecht brach dadurch mit erneuter Heftigkeit wieder aus und sollte für alle reichsritterschaftlichen Konsulenten und Kassierer bis ans Ende eine nie mehr versiegende Quelle täglichen Aergers werden³⁷.

die Schrift: Ehrerb. Vorst. a. d. unim. RR. v. e. Mitgl. ders. Jenner 1793.

35. A. Darmstadt Mrh. RR. Konv. 40 III. R.-A. München RR. 278.

36. A. Würzburg RR. 420.

37. Vgl. Schr. d. schwäb. R.-Kr. a. Gemmingen 9. XII. 1797. A. Darmstadt Mrh. RR. Konv. 39 I. Promem. Gemmingens 21. XII. 1797. A. Karlsruhe RR. Ort. 149.

III.

Die preussischen Okkupationen in Ansbach-Bayreuth.

Während die rheinischen und schwäbischen Ritter in banger Sorge der Zukunft entgegensahen, waren auch ihre fränkischen Brüder weit davon entfernt, sich einer behaglichen Ruhe zu erfreuen, wie man aus der abgeschiedenen Lage dieses Ritterkreises zu entnehmen geneigt sein könnte. Der Kanton Odenwald, der sich bis über Frankfurt und Heilbronn hinaus erstreckte, war sogar besonders schwer heimgesucht worden¹. Dann hatte Jourdans kühner Vorstoß nach der Oberpfalz alle fränkischen Ritter mit den Schrecken des Krieges bekannt gemacht; die Klagen über die Plünderungen und Brandschatzungen ertönen hier ebenso laut wie im Westen². Aber noch viel gefährlicher und von weittragenderen Folgen begleitet war ein anderer Angriff, der zu gleicher Zeit die Existenz der Ritter bedrohte, nur daß er nicht von einem auswärtigen Feinde ausging, sondern durch den mächtigsten deutschen Reichsstand erfolgte, durch Preußen. Nicht die neufränkischen Ideen unter-

1. Die durch d. I. Koalitionskr. verursachten Kosten betrugen hier: 131 625 fl.; die ges. Ausgaben v. 1791—1801: 685 238 fl. A. Würzburg RR. 475.

2. Der Bezahlung des auf sie entfallenden Anteils von 100 000 fl. zur franz. Kontribution hatte sich die Ritterschaft allerdings schlaue entzogen. Auf die Gerüchte vom Nahen der kaiserlichen Armee reisten ihre Abgeordneten aus Würzburg ab, „um Instruktionen zu holen“. Nach dem Rückzug der Franzosen war dann natürlich nichts mehr von ihnen zu erhalten. St.-A. München. K. schw. 592/89 fol. 43.

wühlten hier das reichsritterschaftliche Staatsgebäude, sondern altpreußische Tradition löste seinen Verband.

Man hat es früher oft ein trübes Kapitel aus der ideenlosen preußischen Politik der 1790er Jahre genannt, daß der Staat Friedrichs des Großen, das Präsidium des Fürstenbundes, sich zu Schritten verleiten ließ, die einem Ludwig XIV. anstanden, nämlich Reunionen gegen schwächere Reichsstände mitten im Frieden vorzunehmen. Diese Ansicht findet man bei Manso³ und K. A. Menzel⁴ vertreten, die im Bestreben, die Katastrophe von Jena zu begründen, in den vorangegangenen Ereignissen den Schlüssel zum Verständnis jenes plötzlichen Zusammenbruches suchen. Nun, das historische Urteil hat sich gewandelt; gerade in den letzten Jahren haben einige Publikationen⁵ helleres Licht über die preußische Verwaltung in den beiden süd-deutschen Fürstentümern verbreitet.

Der Tatbestand war folgender: Als Preußen Ende 1791 die Regierung in den hohenzollernschen Fürstentümern Ansbach und Bayreuth antrat, fand es hier zwei Staaten von fast mittelalterlichem Aussehen vor. Von zahlreichen „Vermischungen“, wie man es nannte, durchsetzt, glichen die beiden Markgrafschaften einem bunten Teppich auf der Landkarte; nirgends bestand die Einheitlichkeit der Verwaltung, wie sie in den alten Provinzen Preußens herrschte. So kam es, daß nur knapp $\frac{2}{3}$ der Einwohner dem Staatsverbände der Fürstentümer angehörten. Das letzte Drittel war für den Staat verloren: seine Steuern flossen in fremde

3. Gesch. d. preuß. St. v. Frieden z. Hubertusb. Frankf. a. M. 1819 I 373 f.

4. N. Gesch. d. Deutschen Bresl. 1848 XII 2, 209 f. und 20 J. preuß. Gesch. 1849 S. 338 f.

5. Chr. Meyer, Hardenberg u. s. Verw. d. Fstt. A. u. B. Bresl. 1892; ders., Preußens innere Pol. i. A. u. B. Berl. 1904; K. Süßheim, Preußens Pol. i. A.-B. Berl. 1902; Fr. Hartung, Hardenberg u. d. preuß. Verw. i. A.-B. Tüb. 1906. Zur Sache vgl. auch Ranke, Denkw. Hardenbergs I 359 f.

Kassen, seine militärischen Kräfte fielen den österreichischen Werbern zu, die landesherrlichen Gesetze waren auf Schritt und Tritt durch Exemtionen durchlöchert.

Die Hauptschuld an diesem Zustande trug die Reichsritterschaft, deren Verhältnisse hier besonders verwickelt lagen, denn sie waren in den beiden Fürstentümern verschieden. Nur der Ansbacher Adel gehörte vollzählig dem fränkischen Ritterkreise, und zwar den Kantonen Altmühl, Steigerwald und Odenwald an; in Bayreuth dagegen lag nur noch etwa $\frac{1}{4}$ des Ortes Gebirg⁶. Ursprünglich hatte dieser Kanton den gesamten Bayreuther Adel umfaßt; als dieser aber mit seinen Beiträgen zur Rittertruhe im Rückstande blieb und auf Anrufen der fränkischen Reichsritterschaft von den Reichsgerichten Mandata sub poena dupli gegen ihn erkannt wurden, ließen sich die Insassen des Höfer und Wunsiedler Bezirks in Unterhandlungen mit dem Landesherrn ein, die im Jahre 1615 zu ihrer Unterwerfung unter den Markgrafen Christian führten⁷. Der Prozeß hierüber war nach der bewährten Praxis der Reichsgerichte noch anhängig.

Freilich bestand die neue Landsässigkeit nur dem Namen nach. Denn da die Steuer die Ursache ihres Mißvergnügens gewesen war, so mußte der Markgraf den neuen Vasallen die gänzliche Steuerfreiheit von allen direkten und indirekten Abgaben sowie das volle Steuerregal über ihre Hintersassen zugestehen. Da sie außerdem von altersher die Niedergerichtsbarkeit auf ihrem Grund und Boden ausübten, genossen sie einen weiteren Vorzug vor den benachbarten Reichsrittern, die im Fürstentum Bayreuth in der Regel nur die koloniarische Gerichtsbarkeit besaßen. Erst 1662 verstanden sie sich zu einer jährlichen Quote für die Tilgung der Schulden des dreißigjährigen Krieges, die sie

6. Tabellen ü. d. Ansb. R. A. Nürnberg XXIII 11/6 Nr. 4041 und 4027 und d. Bayr. R. A. Berlin R. 44 C Nr. 176.

7. Rezesse v. 9. u. 20. Okt. 1615.

denn auch gelegentlich bezahlten. Auf diese günstigen Bedingungen hin schlossen sich ihrem Beispiele 1663 noch viele vom Adel im Bayreuther, Kulmbacher und Neustädter Bezirke an, die als Assoziierte Ritterschaft zur Vogtländischen hinzutraten. Die beiden Teile bildeten ein geschlossenes Ganzes mit zwei Ritterhauptleuten, eigener Kanzlei und Kassenverwaltung⁸.

Trotz dieser weitgehenden Privilegien war der Staatswille in Bayreuth immerhin noch kräftiger als in Ansbach. Hier gab die Reichsritterschaft den Ton an. Unter dem Einfluß reichsritterlicher Minister und oft mit reichsritterlichen Räten besetzt, entschied diejenige Behörde, welche die Zwistigkeiten mit dem Reichsadel zu erledigen hatte, stets zu dessen Gunsten. Nur von einem schwachen Versuche der Landesherren aus dem Jahre 1722, diesem Unfug zu steuern, wird hier berichtet. Er endete damit, daß der Markgraf durch ein Opfer von 160 000 fl. wenigstens mit dem Kanton Altmühl einen leidlichen Frieden herstellte⁹. Mit Steigerwald und Odenwald dagegen dauerte der Krieg fort, und auf ihre erneuten Klagen hatte sich Ansbach noch 1780 unterwerfen und nacheinander drei Partitionsanzeigen nach Wien schicken müssen; erst die dritte wurde für ausreichend befunden.

Seit der Niederlage der Markgrafen Albrecht Achilles und Albrecht Alcibiades hatten sich ihre Nachfolger mit der Zerstückelung ihres Gebietes abgefunden. Ja, sie schienen das Ausscheiden der Ritter anfangs sogar begünstigt zu haben. „Vielleicht glaubten sie, da die Reformation sie der Prälaten als des 1. Landstandes erübrigt hatte, und die Städte als der 3. ihnen ohnedem zu Willen sein mußten, nun auch der Ritterschaft als des 2. los zu werden, die

8. Tabellen von J. G. Biedermann, Geschl.-Reg. d. löbl. R. i. Vogtland. Kulmbach 1752. — Denkschr. A. Berlin R. 44 C Nr. 333/4.

9. Rezesse vom 21. V. 1722, 23. IV. 1725, 29. IV. 1729.

gewöhnlich in kleinen Staaten von den Regenten für eine große Last gehalten werden“¹⁰. Darum hatten sie beim Regierungsantritt die Verträge mit der Reichsritterschaft allzeit in Gnaden bestätigt.

Bei dieser Lage der Dinge kam nun Preußen mit dem Phänomen der Reichsritterschaft zum erstenmal in unmittelbare Berührung. Bis dahin hatte man ihm in Berlin herzlich wenig Beachtung geschenkt. Von den Unionen des 18. Jahrhunderts gegen die Reichsritterschaft hatte sich Preußen ferngehalten „aus besonderer Konsideration vor den Kayserlichen Hoff, dehn wir mit nichts choquiren wollen“, wie der Minister Ilgen einmal schrieb¹¹; denn Friedrich Wilhelm I. wollte gegen den Kaiser „fier bleiben“ und „nichts gegen das Reich tun“. Doch hatte er andererseits noch kurz vor seinem Tode seine Zustimmung zu den Vergleichen mit der Ritterschaft als Chef des hohenzollernschen Gesamthauses verweigert¹², und auch sein Sohn hatte sich kurz darauf alle seine Rechte im Sukzessionsfalle ausdrücklich vorbehalten¹³. Auch als nach dem Frieden von Teschen die preußische Nachfolge näher rückte und sich daraufhin die landsässige Vogtländische Ritterschaft um Bestätigung ihrer Freiheiten bei Friedrich II. bewarb, gab er ihr am 20. Juli 1779 nur den diplomatischen Bescheid, „daß er ihre rechtmäßigen Befugnisse niemals kränken lassen wolle“¹⁴. Als dann der Heimfall wirklich erfolgte, die fränkische Ritterschaft dem neuen Könige „ihre Segenswünsche zu Füßen legte“ und um „fortsetzliche beschirmende Handhabung ihrer reichsgesetzmäßigen Verfassung“ bat¹⁵, da hieß es von Berlin aus beruhigend: Alte Ansprüche sollten

10. Zwei Gutachten Zenkers. A. Berlin R. 44 C Nr. 172.

11. An Graeve i. Wien 10. VI. 1719. A. Berlin R. XI Nr. 94 d.

12. Schr. v. 20. III. 1740.

13. Schr. v. 10. VI. 1740.

14. A. Berlin R. 44 C Nr. 333.

15. A. Berlin R. 44 C Nr. 176.

nicht aufgesucht, geschweige denn mit Gewalt durchgesetzt werden.

Allein vertrug sich der Zustand in Ansbach-Bayreuth auf die Dauer mit den allgemeinen Voraussetzungen der preußischen Ordnung? Konnte ein festgeschlossener Bund adeliger Grundbesitzer, dessen ausgesprochener Zweck es war, der Landesherrschaft nachteilige Rechte und Privilegien zu wahren, länger geduldet werden? Das freie Bündnisrecht hatte der märkische Adel ja eigentlich nie recht besessen, und der ostpreußischen Junkers ihre Autorität war von Friedrich Wilhelm I. vor $\frac{3}{4}$ Jahrhunderten erst mit Mühe ruinieret worden. Und hier wollte sich nun wieder ein Mittelglied zwischen Landesherrn und Untertanen eindrängen? Wenn der König fernerhin von den konsolidierten Rittergütern, deren er in Bayreuth eine ganze Reihe besaß¹⁶, Steuern an die Ritterkasse zahlte, so wurde er ein steuerbarer Untertan des Ritterortes und trug zu Charitativen an das Haus Oesterreich bei.

Niemand durchschaute dies klarer als der leitende Minister der beiden neuen preußischen Provinzen, Hardenberg. Der vornehme Hannoveraner hatte für den Aberwitz der deutschen Reichsverfassung, die sich „auf erworbene Berechtigungen und eingerissene Mißbräuche“¹⁷ stützte, nichts übrig; was ihn in den preußischen Dienst gezogen hatte, war gerade die Idee der einheitlichen und allumfassenden Staatsgewalt, wie sie Preußen verkörperte. Um diese Basis gedeihlicher Verwaltung in Ansbach-Bayreuth zu schaffen, steckte er sich als nächstes Ziel die „Purifikation“ der Fürstentümer, wie der Fachausdruck lautete. Dazu bedurfte es vor allem der Unterwerfung der Ritterschaft.

16. Weidenberg, Entmersberg, Glashütten, Franckenberg, Schnabelwald, Altenplos, Donndorf, Burghaig, Nemmersdorf, Alt-Künsberg, Birnbaum, Wernstein, Katschenreut, Wiesau.

17. Ranke, Denkw. H.'s I 132.

So las man denn bald anders. Anfang 1792 wurden „gegründete, wiewohl alte Ansprüche“ geltend gemacht; unverbindliche Verträge könne der König sich nicht aufdrängen lassen. Die Folge war, daß bald von allen Rittern, die innerhalb der schwarz-weißen Grenzpfähle ansässig waren, die Anerkennung der Landeshoheit gefordert wurde. In allen ritterschaftlichen Orten wurden unter dem Schutze preußischer Waffen die Besitzergreifungspatente angeschlagen, die von Untertanenschaft, Gehorsam, unverbrüchlicher Treue und künftiger Erbhuldigung redeten. Bald veranlaßten die Bedürfnisse des Militärstaates weitere Eingriffe. Die reichsritterschaftlichen Untertanen wurden unterschiedslos zur Schanzarbeit an den Kulmbacher Festungswerken und zur Jagd auf Deserteure herangezogen, sie mußten meilenweite Getreidefahren nach den Magazinen leisten, ihre Häuser wurden zum Zwecke der Enrollierung numeriert und seit dem März 1793 alle über 15 Jahre alten männlichen Insassen auf ihre Militärtauglichkeit untersucht. Als dagegen die Ritterkanzleien 1794 eine Charitativ- und Rekrutensteuer ausschrieben, um die Kosten des Volksaufgebotes zu decken, wurde den reichsritterlichen Hinterassen ihre Entrichtung verboten¹⁸.

Die heftigen Beschwerden der betroffenen Ritter hatten anfänglich wenig Erfolg. Preußen konnte tun, was ihm beliebte; der kaiserliche Hof drückte bei der damaligen politischen Konstellation beide Augen zu. Erst im April 1793 erhob der Reichsvizekanzler seine Stimme. Er stellte durch den kaiserlichen Gesandten am Fränkischen Kreise, Grafen Schlick, Hardenberg vor, „wie unangenehm es dem kaiserlichen Hofe wäre, wenn die Reichritterschaft den oberstrichterlichen Schutz gegen seinen hohen Bundesgenossen anrufen würde“¹⁹. Das gute Einvernehmen zwischen

18. Vgl. Hartung a. O. 35; Süßheim a. O. 142.

19. A. Berlin R. 44 C Nr. 152.

den beiden Mächten schwand ja seit dem Tode Leopolds II. mehr und mehr; damals war sogar das Trauerläuten und die feierliche Gedächtnispredigt den reichsritterschaftlichen Pfarrern von den preußischen Aemtern verboten worden. Als nun vollends unter dem Eindruck der zweiten polnischen Teilung ein gewaltiger Umschwung den Kaiserstaat durchzuckte, gab man in Berlin zunächst nach, um jede weitere Reizung zu vermeiden.

Es folgte jetzt eine Periode gründlicher archivalischer Untersuchungen und wichtiger prinzipieller Festsetzungen, denn man war sich preußischerseits über das anzunehmende System und die Rechtsgültigkeit der preußischen Ansprüche selber noch nicht ganz klar. Der König wünschte durchaus, nicht nur Gründe der Konvenienz auf seiner Seite zu haben, sondern unwiderlegliche Beweise, die aus einer reinen Rechtsquelle geschöpft wären.

Das war nun die rechte Aufgabe für die junge Beamtenschule, die sich Hardenberg in Ansbach und Bayreuth heranzog²⁰. Von den alten Beamten waren nur die Bayreuther zu gebrauchen. In Ansbach hielt der Regierungsrat Albert in seinem ersten Gutachten die Rechte der Reichsritterschaft in ihrer ganzen Ausdehnung fest. In Bayreuth dagegen war der Referent in reichsritterschaftlichen Sachen Georg, ein Mann, der von sich selber sagte, daß er „mit dem ganzen Haß der Reichsritterschaft beladen“ sei²¹. Mit ihm zusammen hatten hier einige treue Räte, Wipprecht und Johann Gottlieb Wagner, die landesherrlichen Rechte bisher gewahrt. Sie waren ganz glücklich, daß endlich eine feste Hand das Steuer handhabte und führten aus ihrer reichen Praxis zahlreiche Fälle von reichsritterschaftlicher Anmaßung an. „Die Differenzakten ergeben, hieß es in ihrem ersten Gutachten,

20. Vgl. Süßheim a. O. 89 f.

21. Schr. a. Hardb. 17. IX. 1793. A. Berlin R. 44 C Nr. 152 (Süßheim a. O. 88).

daß die Fränkischen vom Adel, je mehr man ihnen nachsieht, desto unbändiger werden. Was aus Güte und aus Höflichkeit einmal geschieht, daraus wird nicht nur sofort ein Recht gemacht, sondern auch aus diesem Recht noch andere Rechte erzwungen“²². Zu diesen bewährten Kämpfen traten neue Kräfte hinzu. Der bekannte spätere Ritter Karl Heinrich von Lang entwickelte als Archivar zu Plassenburg großes Geschick in den diplomatischen Untersuchungen. Vielleicht der feinste Kopf unter allen aber war der Jenenser Professor Theodor Kretschmann, der 1794 in den preußischen Dienst trat. Er hatte sein bei Saalfeld gelegenes Rittergut Kaulsdorf an den König von Preußen verkauft und ihm zugleich Urkunden an die Hand gegeben, welche es ermöglichten, die bisher zwischen Bayreuth und Koburg strittige Landeshoheit zugunsten Bayreuths zu entscheiden, woher Kaulsdorf heute noch preußische Exklave ist. Diese „Revindikation“ der Landeshoheit in gleicher Weise für Ansbach-Bayreuth durchzuführen, wurde jetzt sein Werk.

Die Rechtsfrage war schwierig zu lösen in einem Lande, das, wie Franken allgemein, kein jus, sondern nur observantia kannte und dessen Staatsrecht nirgends den Begriff des territorium clausum zuließ. Man konnte nicht leugnen, daß die habsburgischen Kaiser der Reichsritterschaft seit dem 16. Jahrhundert Privilegien erteilt, daß ob der Verletzung dieser reichsgerichtliche Mandate gegen die Regenten der brandenburgischen Fürstentümer ergangen waren, daß die ehemaligen Markgrafen selbst die Reichsritterschaft durch die abgeschlossenen Rezeßse anerkannt und ihr Befugnisse eingeräumt hatten. So widersprach man der Existenz einer freien Reichsritterschaft in Franken nicht, nur suchte man zu beweisen, daß sich dergleichen in den brandenburgischen Fürstentümern nicht fände. Zum Ausgangspunkt nahm man dabei die vor Jahrhunderten er-

22. A. Berlin R. 44 C Nr. 152 § 31.

folgte Erwerbung der Landeshoheit durch die Burggrafen, die man mit Urkunden Rudolfs I., Karls IV., Friedrichs III. und Maximilians I. belegen konnte, und den fideikommissarischen Charakter des hohenzollernschen Hausbesitzes, der ihm durch die Dispositio Achillea und die späteren brandenburgischen Hausverträge aufgeprägt worden war, welche jede Verminderung der Hoheitsrechte ohne Konsens aller Agnaten verboten. Des weiteren grub man aus den Archiven aus, daß die Markgrafen auch wirklich in früheren Jahrhunderten alle Rechte der Landesherren über die Ritter ausgeübt, daß diese auf den Landtagen erschienen waren, dem Hause Brandenburg gehuldigt und vor seinem Richterstuhl gestanden hatten. Ueberall auf den Gütern der Ritter standen noch die Fraischsäulen und zeigten den ununterbrochenen landesherrlichen Besitz der Gerichtsbarkeit an, ebenso wie die wohlverwahrten Lehensbriefe die dauernde Territorial-Lehensverbindung bewiesen. Beides aber, Zent- und Lehenspflichtigkeit, übersetzte man frischweg mit Landeshoheit. Das Betragen der Ritter erschien nun als Felonie pflichtvergessener Vasallen, die sich hinter dem Rücken des Hauses Brandenburg mit der Reichsritterschaft verbunden hatten, und gegen solche durfte mit Nachdruck Art. 15 § 8 der Wahlkapitulation geltend gemacht werden, wonach es den Reichsständen gestattet war, „sich bei ihrer habenden Landesverfassung und herrlichen juribus selbst wider ihre Untertanen zu manutenieren und sie zum Gehorsam zu zwingen“.

So ungefähr gestaltete sich das Ergebnis der historischen Untersuchungen Kretschmanns und seiner Genossen. Man kann über seine Richtigkeit gewiß verschiedener Meinung sein, wird das eine Beweisstück für stichhaltiger ansehen, als das andere, darf aber die Berechtigung des preußischen Standpunktes nicht völlig in Abrede stellen und muß vor allem betonen, daß es den preußischen Beamten mit ihren Gründen durchaus Ernst war. Freilich nahm das Reichs-

recht als Norm den verjährten, ruhigen Besitzstand an, aber dem Grundsatz, daß unveräußerliche Regalien nie der Verjährung anheimfallen könnten, hatten vordem auch deutsche Kaiser gehuldigt. Selbst zugegeben, daß die preussischen Grundsätze keine Revindikation der Landeshoheit im Sinne des Reichsrechts bedeuteten, sondern die Durchsetzung der Souveränität des Staates im Sinne der französischen Revolution nach Sieyès' klassischem Wort: Sind die Rechte des Adels durch Usurpation entstanden, so können sie auch jetzt wieder durch Gewalt beseitigt werden — so sprach für ein solches Vorgehen doch auch wieder ein guter, alter deutscher Spruch, den das Reichsrecht jener Tage vergessen hatte: Tausend Jahre Unrecht machen noch nicht eine Stunde Recht!

Trotz alledem darf man nun freilich billig bezweifeln, ob Hardenberg und seine Mitarbeiter von der Unterwerfung der Ritter abgestanden wären, wenn sie das historische Recht weniger entschieden auf ihrer Seite gewußt hätten. Für sie war ausschlaggebend, daß das natürliche Recht gegen die Ritter sprach. Das war der große Fortschritt, der sich hier anbahnte, daß nicht mehr Tradition und Autoritäten, sondern vernunftgemäße Prinzipien die Regierungshandlungen bestimmten. Von diesem modernen Geiste durchweht, setzte die obergebürgische Kammer an die Spitze ihres Gutachtens über die Reichsritterschaft als „Hauptfrage“ den Satz: „In welcher wohlthätigen Verbindung steht ihre Verfassung mit dem Staatszweck, daß sie eine solche Auszeichnung vor den übrigen Klassen verdienen?“²³ und die von Kretschmann ausgearbeitete Instruktion bestimmte: „Privilegien sind nur dann als gültig anzusehen, wenn sie für das Land keinen Nachteil bringen“²⁴.

Die Gunst der politischen Lage unterstützte die Wünsche

23. A. Berlin R. 44 C Nr. 334.

24. Gedr. § 14.

Hardenbergs. Denn inzwischen hatte er den Baseler Frieden abgeschlossen, der Preußen im Osten freie Hand schaffte, während er Oesterreichs und des Reiches Aufmerksamkeit desto stärker auf die Vorgänge im Westen lenkte. Man war jetzt der Rücksichtnahme auf den guten Willen der Reichsstände ledig und hatte in den vom Rheine heimkehrenden Regimentern eine Truppenmacht im Lande.

So kam man denn in einer großen Konferenz zu Ansbach zu dem Entschluß, die Vermischungen auf einmal aufzuheben. Hardenberg reiste im Februar 1796 persönlich nach Berlin, um bei der Tragweite dieses Beschlusses vorher die Zustimmung des Kabinettsministeriums einzuholen. Die Konferenzen verliefen glatt; in allen wesentlichen Punkten wurde Hardenberg willfahrt.

Nun wiederholten sich die Besitzergreifungen in Franken, die schon seit Dezember 1795 wieder begonnen hatten, in umfassendem Maße. Nur wirkliche geschlossene Enklaven von größerem Umfange blieben davon verschont. Eichstädtisches, Bambergisches, Württembergisches, Oettingensches Gebiet wurde besetzt, Nürnberg durch einen Handstreich überrumpelt und in allen Dörfern der Reichsritterschaft und des Deutschordens Patente angeschlagen, die jede vorgebliche Landeshoheit in dem geschlossenen Gebiete der Fürstentümer Ansbach und Bayreuth als erschlichen bezeichneten. Kretschmann zog im Lande umher und nahm die Huldigung entgegen. Die Gemeinde wurde hierzu im Dorfwirtshause versammelt, der preußische Adler aufgesteckt und den ritterschaftlichen Beamten und Pfarrern die Handtreue abgenommen. Der königliche Kommissar fand fast nirgends Widerstand; überall ward ihm bereitwilligst gehuldigt.

Von jetzt ab wurde nichts mehr geduldet, was die Finanz-, Justiz- und Militärgewalt der preußischen Regierung irgendwie beschränkte. „Mit Haut und Haar, mit Leib und Leben“ gehörten die ritterschaftlichen Untertanen künftig

dem Könige und dem Staate an. Bei Leibes- und Zuchthausstrafe wurde ihnen die fernere Entrichtung von Steuern an die Ritter untersagt; nur die grundherrlichen Abgaben tastete man nicht an. Dafür wurden preußische Staatssteuern ausgeschrieben. Alle über 16 Jahre alten Einwohner der Fürstentümer mußten vier Batzen Kopfgeld bezahlen, Gewerbesteuern aufbringen und sich dem Umgeld von dem Getränke, der Mehllakzise und dem Fleischaufschlag unterwerfen. Bei Langenfeld hatte der Kanton Steigerwald auf Seckendorf-Frankensteinschem Gebiete ein Stück Chaussee erbaut und eine Pflasterzolleinnahme mit seinem Wappen an die Straße gesetzt, jetzt wurde es herabgenommen und der Einnehmer als preußischer Beamter verpflichtet. Die gerichtlichen Handlungen der ritterschaftlichen Patrimonialgerichte erkannte man nur dann an, wenn sie sich des preußischen Stempelpapiers bedienten; im übrigen wurde ihr Geschäftskreis eingeschränkt. Die Ausstellung von Judenschutzbrieffen behielt sich die Regierung vor. Die preußischen Aemter wollten wissen, wieviel Häuser und Scheunen, Brauereien und Feuerspritzen jedes Dorf habe, wie groß seine Flur wäre, wieviel Gesellen und Lehrlinge es beherberge. Diese wurden alle unter das Rekrutenmaß gestellt und in eine ordentliche Stammrolle eingetragen. In einigen Ortschaften, z. B. in Heroldsberg, ließ man sogar das Kantonsreglement von der Kanzel herab verlesen. Die Naturallieferungen an die kaiserliche Armee hörten auf; kein österreichischer Werber durfte sich länger blicken lassen. Dafür wurden jährliche Abgaben von Service- und Fouragegeldern eingeführt.

Gegen diese Maßnahmen wehrten sich die Ritterkantone natürlich aufs äußerste. Sie eröffneten sofort einen diplomatischen Feldzug gegen die preußische Staatspublizistik, welche die Berechtigung der preußischen Ansprüche beweisen sollte²⁵, und überschwemmten Kaiser, Reichs- und

25. D. D. RR. betrifft davon: Oeff. Erkl. weg. d. brandb. In-sassen, d. sich z. RR. halten. M. e. Urk.-Buche 1796.

Kreisversammlung mit Protesten und Hilfsgesuchen²⁶. In Wien war man auch geneigt einzuschreiten; am liebsten hätte man den verhaßten Nebenbuhler trotz der Garantien des Teschener Friedens überhaupt wieder aus dem „Reich“ herausgedrängt, einstweilen versuchte man es mit einem kaiserlichen Handschreiben an den König, einer Note an die Kurfürsten und einem Inhibitorium des Reichshofrates²⁷. Es erinnerte beinahe an die Achtserklärung von 1757, wenn es darin hieß: „Danach haben Ew. Majestät und Liebden Sich und Ihr Euch gehorsamst zu richten.“ Dafür hatte es auch dasselbe Schicksal wie jenes denkwürdige Schriftstück: Durch die Post eingesandt, kam es postwendend mit Hardenbergs Siegel geschmückt zurück. An der Unerschütterlichkeit des Ministers prallten alle Proteste ab. „Man legt sie zu den Akten und geht ruhig seinen Weg“, sprach er damals oft als seinen Grundsatz aus. Die Erfahrungen, die er hier im Kampfe mit der Ritterschaft sammelte, konnte er später in der Zeit der Wiedergeburt Preußens trefflich verwerten, als es galt, den widerspenstigen Adel der Marken unter der Führung von Marwitz zu bändigen. Bis auf die Stichworte genau wiederholt sich dort das Spiel. Auch der König blieb fest. Das Inhibitorium wies er als einen „höchst beschwerenden Eingriff in seine Landeshoheit“ zurück, und als die reichshofrätlichen Mandate in immer drohenderem Tone auf die Untertanen einzuwirken suchten, erließ das gesamte preußische Ministerium am 12. Juni 1797 eine geharnischte Gegenerklärung. Darauf legte sich allmählich die Erregung; nach Ablauf des Jahres

26. Vgl. rr. Kanton Altmühlsche aktenmäß. Gesch.-Erz. 1796. (Pollich-Schmid) N. Vert. d. rr. Freih. u. Unm. 2 Bde. Nürnberg. 1803 (in Wien approbiert!). Brandb. Usurpationsgesch. v. Deutschorden 1797.

27. 20. III. 1797.

erkannte man beim Reichshofrat nicht mehr gegen Preußen²⁸.

Trotzdem bot Hardenberg auch weiterhin zu einer gütlichen Vereinbarung mit den Ritttern gern die Hand. Er versprach sich guten Erfolg von dem Beispiele des ersten Landstandes, des Reichsgrafen von Giech zu Thurnau, der auf seine gekaufte Landeshoheit nach erfolgter Reklamation gutwillig verzichtete und dagegen einige Vorrechte wie eigene Kanzlei und eigenes Konsistorium, auch persönlichen Gerichtsstand vor dem Kammergericht zu Berlin durch eine besondere Assekurationsakte erhielt.

Aber die Ritter verharren in passivem Widerstande. Selbst mit dem landsässigen Vogtländischen Adel kamen die Verhandlungen nur langsam vorwärts. Im Spätsommer 1797 traf Hardenberg mit ihren Abgeordneten, den beiden Ritterhauptleuten Siegmund von Schönfeld und Hans Ludwig von Dobeneck, auf dem Brunnenhause zu Alexandersbad zusammen, wo sich der letzte Markgraf ein kleines Schloßchen erbaut hatte. Später gesellte sich noch als dritter Abgeordneter Christian von Lindenfels hinzu. Die Unterhandlungen zogen sich jahrelang hin, da die beiden Ritterkorpora sich zuerst unter sich, dann beide miteinander besprechen und benehmen mußten; endlich kam am 15. Oktober 1799 ein Abschluß zustande. Die hier getroffenen Vereinbarungen wurden der Erklärung zugrunde gelegt, die der König im Jahre 1801 an die Bayreuther Ritterschaft erließ. Sie zersprengte die alten Bezirke und vereinigte alle Bayreuther Rittergutsbesitzer adeliger und bürgerlicher Herkunft zur königlichen Ritterschaft, deren neue sechs Kreise sich mit den staatlichen Verwaltungsbezirken deckten.

Ebenso sollte die Organisation der Ansbacher Ritterschaft gestaltet werden. Doch als die Deklaration, die ihre Verhältnisse festsetzte, endlich fertig war, da waren auch

28. Gedruckte Akten aus dieser Zeit i. St.-A. d. preuß. Fstt. i. Fr. Bayr. 1797 3 Bde. N. St.-A. 1800 1 H. Reuß, St.-K. XXIX 169 f. XXX 231 f. XXXI 1 f. Häberlein, St.-A. I 307 f. II 173 f., 328 f. III 3, 200 f.

die Tage der preußischen Herrschaft gezählt. Bis zur Abtretung Ansbachs wandte man darum provisorisch die Deklaration für das obergebürgische Fürstentum auch auf das untergebürgische an. Natürlich wurden die Ritter auch hier zur Eidesleistung gezwungen und hatten bedingungslos die preußische Landeshoheit anzuerkennen. Die unentwegte Opposition einiger Heißsporne, wie des kaiserlichen Feldmarschalls von Seckendorf auf Sugenheim, der fünf Jahre die Behörden mit Eingaben heimsuchte, änderte daran nichts.

Der fränkische Ritterkreis ward dadurch um ein Drittel geschwächt: Der Kanton Altmühl verschwand völlig, Gebirg und Odenwald verloren je $\frac{1}{4}$, Steigerwald $\frac{1}{5}$ seines Bestandes; selbst der schwäbische Kanton Kocher hatte den Verlust von fünf Ortschaften zu beklagen, so daß im ganzen 211 Ortschaften, Weiler und Höfe mit 9798 Einwohnern und 3528 fl. Steuerertrag in simplu an Preußen kamen²⁹. Dazu war Preußen jetzt zu einem entschiedenen Feinde der Ritter geworden; es war eben ihr Schicksal, daß fürstliche Nachbarschaft sofort Gegnerschaft im Gefolge hatte. Allen Rittersn im Reiche mußten diese Vorgänge ein Menetekel sein und den Einsichtsvollen die Augen öffnen, daß bald dem reichritterschaftlichen Staate die Totenglocke läuten werde.

Den unterworfenen Rittersn aber ging es wie allen Reichsangehörigen, die an Preußen kamen. Unter lauten Klagen und heftigem Widerstreben traten sie in die neue Staatsgemeinschaft ein, um bald darauf ihr Schicksal zu segnen³⁰. Schon beim Einfalle Jourdans empfanden sie wohlthuend den Schutz der preußischen Neutralität, außerdem tat der neue König, Friedrich Wilhelm III., alles, um dem Adel seiner fränkischen Provinzen eine der preußischen

29. Promem. Gemmingens a. d. Rastatter Kongr. Abgedr. i. N. Staatsanz. 1798 IV 481.

30. Vgl. Treitschke, Dte Gesch. i. 19. Jh. I 35.

Staatsmaxime entsprechende, würdige Stellung einzuräumen. Er ließ ihm nicht nur im wesentlichen alle bisherigen Rechte, sondern fügte aus freiem Entschluß noch weitere Vorteile hinzu. Die Ritterdienste sollten abgelöst, die Güter allo-
difiziert und durch Vertauschung zerstreuter Besitzstücke abgerundet werden. Zur Hebung des ritterschaftlichen Kredites wurde ein Kreditsystem in Aussicht gestellt, wie es sich in mehreren preußischen Provinzen — man denke nur an das schlesische Retablissement nach dem sieben-
jährigen Kriege — aufs glänzendste bewährt hatte. Zur Erbauung eines Ritterschaftshauses in Bayreuth wurden 5000 Taler angewiesen, während der Ansbacher Ritterschaft die bisherigen Dienstgebäude des Kantons Altmühl zu Wilhermsdorf überlassen wurden³¹. Schließlich bekamen alle adeligen Grundbesitzer auch noch eine Galauniform verliehen: ein Scharlachkleid mit schwarzem Samtkragen, goldenem Besatz und goldenen Epauletten, den brandenburgischen Adler im silbernen Felde zeigend³². So kehrte all-
mählich doch überall Zufriedenheit ein. Schon 1797 wagte der ehemalige Altmühler Ritterhauptmann v. Crailsheim „bei dem unverkennbaren Wankelmut und der Anhänglichkeit für Preußen“ nicht mehr, den alten Ritterrat zu versammeln³³, und als 1806 das Ende der Reichsritterschaft vor der Tür stand, seufzte der fränkische Reichsfreiherr von Stetten: „Gott gebe, daß wir preußisch würden!“³⁴

Aehnlich wandelte sich die Stimmung im deutschen Volke. Als das preußische Verfahren zuerst im Reiche bekannt wurde, erregte es allgemeine Entrüstung; aber all-
mählich machte diese doch einer ruhigeren Auffassung Platz. Die Zeitläufte legten ja die Schwächen der Reichsverfassung

31. Kgl. Erkl. a. d. Bayr. R. 1801 gedr.

32. Wie diese Uniform nachher abgeändert wurde, s. Häberlein, St.-A. 1802 IX 446.

33. A. Würzburg RR. 422 Beil. Z. 23.

34. Stetten-Buchenbach, Pr. Jb. 1903 Bd. 113, 535.

zu offensichtlich an den Tag. Mochten die Staatsrechtslehrer des 18. Jahrhunderts durch das Labyrinth der Reichsverfassung hindurchfinden, der preußischen Regierung kam es nicht zu, „über juristische Zwirnsfäden zu stolpern“, wie es Bismarck einmal in einem ähnlichen Falle ausgedrückt hat³⁵. Der Ritter von Lang kleidete, die Entwicklung überschauend, die ganze Streitfrage nicht ungeschickt in das Wortspiel: „Die deutsche Landeshoheit geht von keinem vernünftigen Prinzip aus, aber sie geht immer mehr auf eines hin“³⁶. Freilich als Kurfürst von Brandenburg hätte der König nicht so handeln dürfen, wie er handelte; aber als König von Preußen, der die Souveränität stabilisierte und die Krone festsetzte wie einen rocher von bronze, konnte er keinen Staat im Staate dulden.

Auch die Herrscher der anderen europäischen Großmacht in Deutschland, Oesterreich, machten in der Behandlung der Reichsritterschaft stets einen scharfen Unterschied zwischen ihrer Stellung als deutsche Kaiser und als habsburgische Landesherren. Niemals hatten die letzteren unmittelbare Reichsritter in ihren Besitzungen geduldet. Die oberelsässische Ritterschaft verdankte Oesterreich den Verlust ihrer Reichsfreiheit, die Insassen des Breisgau und der Markgrafschaft Burgau hatten sich zum Landsassiat bequemen müssen³⁷, und manchem stand noch das vielberufene Beispiel der unmittelbaren, Bayreuth benachbarten Herrschaft Asch vor Augen, welche die Krone Böhmen 1765 als erledigtes Lehen eingezogen hatte, indem sie die rechtmäßigen Besitzer, die Freiherren von Zedtwitz, als

35. In der Sitzung des Reichstags d. norddt. Bundes vom 30. I. 1869.

36. Marginalbem. A. Nürnberg. XXIII 11/5 Nr. 3974 fol. 15, auch A. Berlin R. 44 C Nr. 172 fol. 4.

37. Vgl. Sartori, Staatsgesch. d. Mkgrsch. B. inbez. a. d. zw. Oest. u. d. Insassen obwalt. Streitigkeiten. Nürnberg 1788.

„meineidige Rebellen“ vor ihren Richterstuhl forderte³⁸. Ob sich solche Eingriffe freilich mit den beschworenen kaiserlichen Pflichten, jedes Glied des Reiches bei seinem Stand und Rechten zu erhalten, vertrugen, bleibt dahingestellt; was den letzten Fall betrifft, so sprach sich Pütter in einem Gutachten dagegen aus³⁹, und ein anderer klagte: „Es ist traurig, daß das Haus Oesterreich den kaiserlichen Gerechtsamen immer den ersten Stoß versetzt.“ Doch ist es eine müßige Aufgabe, diese doppelte Staatsraison zu kritisieren, eine bessere, den großen Zug der Entwicklung zu erkennen, deren Früchte wir heute genießen.

38. Vgl. Rettung d. unfürdenkl. Unm. derer v. Zedtwitz z. Asch. 4 Bde 1765. — (v. Braun) Ausf. und gründliche Unterw. v. d. d. Kr. Böhmen ü. d. z. Zedtwitz unstrittig zusteh. Gerechtsame. Wien 1767.

39. Unpart. rechtl. Bedenken ü. d. Unm. d. H. Asch. u. K. Begriff v. d. ganzen Z.schen Sache. Gött. 1772.

IV.

Der Rastatter Kongress.

Unsicher war ringsum die Lage der Reichsritter, verzweifelt in den Rheinlanden, als die kaiserliche Botschaft an den Reichstag, welche zum Friedenskongreß nach Rastatt einlud, für den Augenblick wenigstens die trüben Gedanken bannte und das als Basis des Friedens proklamierte Prinzip der Reichsintegrität die gedrückten Gemüter frischen Mut schöpfen ließ. Niemand ahnte, daß in den Geheimartikeln von Campo Formio die Preisgabe des linken Rheinufers schon besiegelt worden war. Auch Preußen hatte sich über diesen Punkt bereits mit Frankreich verständigt, und ebenso hatten sich die größeren westdeutschen Reichsstände Schadloshaltung verbriefen lassen¹. Allein noch wußten nur die Eingeweihten davon; die große Masse der kleineren Reichsstände sah voll Vertrauen auf die reichsväterliche Fürsorge dem Kongresse entgegen, der Deutschland nach fünf Kriegsjahren den ersehnten Frieden bringen sollte. „Teutschlands Verfassung und Wohlfahrt vermittelt eines sicheren und billigen Friedens auf Jahrhunderte zu befestigen“, diesen Wunsch sprach das kaiserliche Hofdekret² aus, und man vergaß dabei in Wien nicht, sich seiner alten Klienten, der Reichsritter, anzunehmen, indem man die Ratifizierung der

1. Vgl. Sybel IV 236 f.; Häusser II 18, 55.

2. Haller, Geh. Gesch. d. Rast. Fr.-Verh. 1799 II 86.

Reichsvollmacht von der ausdrücklichen Erwähnung der Reichsritterschaft — in dem üblichen Reichsstil: „die Reichsritterschaft miteingeschlossen“ — abhängig machte³.

Jetzt war es Zeit, die angehäuften Beschwerden zur Sprache zu bringen und die Liquidationen der Verluste anzumelden. Man empfahl⁴ das reichsritterschaftliche Interesse allen Kurfürsten, sowie dem Markgrafen von Baden, dem Landgrafen von Hessen-Darmstadt, dem Erzbischof von Salzburg, dem Fürstbischof von Eichstätt und den kaiserlichen Ministern Metternich und Lehrbach, welche beide Mitglieder des Corpus equestre waren, und entsandte eine Ablegation zum Kongreß. Zum Haupte derselben wählte man den Ritterhauptmann von Odenwald, Karl Friedrich Reinhard von Gemmingen, einen reichbegüterten Edelmann, der ehemals Minister des Markgrafen von Ansbach gewesen war und später noch Minister des Großherzogs von Baden wurde⁵. Ein Angehöriger dieses Geschlechts, Wolfgang von Gemmingen, hatte die Reichsritterschaft beim Westfälischen Frieden gewandt und glücklich vertreten; auch hatte er selbst als Deputatus der Reichsritterschaft zu den Kaiserkrönungen von 1790 und 1792 schon seine diplomatische Befähigung gezeigt. Beides konnte man für ein gutes Omen halten. Ein Augenzeuge des Kongresses schildert ihn als einen „ehrwürdigen, stattlichen Mann, von feiner Hofmanier und dabei einer leichten Vergoldung von Wissenschaft“⁶. In seinem Gefolge befanden sich der schwäbische Konsulent Gronmayer und der fränkische Dertinger, sowie der Sekretär Stein. Der Syndikus des rheinischen Kreises, Itzstein, war schon vorher eingetroffen⁷.

3. Haller a. O. II 60, 71, 97.

4. A. Karlsruhe RR. Ortenau 148, 2 u. 3.

5. S. Berichte A. Bamberg Rep. 199 Nr. 1190 u. 1197.

6. Ritter v. Lang, Memoiren I 257.

7. Von ihm stammt ein Diarium mit laufenden Berichten ü. d. Kongr. Es bietet uns einen Blick hinter die Kulissen der rr.

Außerdem ließen sich aber die am meisten bedrohten Kantone Ober- und Niederrhein, sowie der Bezirk Ortenau ihr Recht nicht nehmen, noch je einen Spezialgesandten abzuordnen. Den Oberrhein vertrat der Freiherr und Ritterrat Karl von Gagern, „ein lebhafter Alter, auf alles schnell gefaßt und für das Interesse seiner Kaste von hellem Auge“⁸. Er hatte als Oberst des Regiments Royal-Deuxponts im siebenjährigen Kriege einen Fuß verloren und war darauf Oberhofmeister in dem französisch gesinnten Zweibrücken geworden⁹. Vielleicht hofften seine Auftraggeber, daß die historische Erinnerung an dieses Opfer die Franzosen zu Gegenopfern willig finden würde. Ihn begleitete noch der elsässische Graf Vogt v. Hunoldstein. Die Ortenau hatte den Bezirkspräsidenten v. Berstett, also ebenfalls einen Elsässer, geschickt, während der Niederrhein anfänglich seinen Ritterhauptmann, den Freiherrn von Kerpen, designiert hatte, sich aber dann durch den genannten Herrn von Gagern vertreten ließ. Das Interesse des Mittelrheins schließlich wurde von dem Ritterrat und badischen Minister von Edelsheim wahrgenommen.

An Vielköpfigkeit gab also die reichsritterschaftliche Legation den Reichsständen nichts nach, auch ihr Eifer war nicht geringer, wohl aber ihr Einfluß auf den Gang der Verhandlungen. Eine aktive Mitwirkung an dem Reichsfriedenswerke kam ihnen ja nicht

Gesandtschaft. D. rhein. R.-Kr. war so verarmt, daß ihm nicht nur jeder Beitrag zu den Legationskosten erlassen werden mußte, sondern daß er auch seinen Syndikus ohne jede Unterstützung ließ, obwohl für jeden 10 fl. täglich ausgeworfen waren. Wenn ihm Herr v. Gagern nicht einige Louisdore vorgeschossen hätte, schreibt Itzstein einmal, so wäre er bereits Hungers gestorben. Vom K. Niederrhein erhielt er gar nichts, vom K. Mittelrhein einmal 150 fl., was in dem teuren Kongreßort natürlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein war. Die Gesamtkosten d. rr. Alegation betrugen in einem Jahre 23 000 fl. A. Darmstadt Mrh. RR. Konv. 39 I.

8. Ritter v. Lang, Mem. I 257.

9. Vgl. H. Hüffer, Dipl. Verh. II 48.

zu; dies war lediglich Sache der Deputation, doch verbürgte die kaiserliche Wahlkapitulation¹⁰ ausdrücklich die Zuziehung von Partikulargesandten, um ihre Wünsche zu vernehmen. So war die Reichsritterschaft also auf den Weg der „Vorstellungen“ verwiesen und beschritt ihn sowohl auf deutscher als auf französischer Seite. „Eine allgemeine Sollizitatur bei den französischen Ministern auf der einen und eine genaue Anschließung an das Reichsoberhaupt auf der anderen Seite“ machte sich Gemmingen von vornherein zur Richtschnur seines Handelns. „So still als nur tunlich“ ging er dabei zu Werke; die Kunst, sich die Protektion einflußreicher Persönlichkeiten zu verschaffen und durch rechtzeitige Dongratuits ihren Bitten Nachdruck zu verleihen, war der Reichsritterschaft in hohem Maße eigen.

Freilich diesmal waren die Verhältnisse mächtiger als Menschen. Denn noch war der Kongreß nicht eröffnet, als ein Ereignis eintrat, das die verzweifelte Lage des verateten und verkauften Reiches grell beleuchtete und die schwindelnden Hoffnungen der Reichsritterschaft auf eine völlige Retablierung zu schwindenden herabstimmen mußte. Bonaparte gab eine kurze Gastrolle in Rastatt, um mit dem Feldzeugmeister Latour jene militärische Konvention abzuschließen, welche den Rückzug der kaiserlichen Truppen vom Rheine festsetzte. Am 30. Dezember 1797 wurde Mainz den Franzosen ausgeliefert, wider alle Abmachung aber auch Ehrenbreitstein blockiert, und am 25. Januar 1798 die Rheinschanze bei Mannheim mit Sturm genommen. Kein Fußbreit Landes links des Rheines schützten mehr deutsche Waffen. Französische Gesetze und Verwaltungsformen wurden in den neugebildeten Departements eingeführt. Das Schicksal des linken Rheinufer war unwiderruflich entschieden, wenn die Reichsfriedensdeputation auch erst am 11. März ihre förmliche Zustimmung zur Abtretung gab.

10. IV 11.

Den transrhenanischen Reichsrittern standen jetzt zwei Wege offen: entweder sie fügten sich den gegebenen Verhältnissen, suchten sich mit der französischen Regierung auf guten Fuß zu stellen und lebten künftighin als private Gutsbesitzer im stillzufriedenen Genusse ihres Eigentums, oder sie hielten alle Präentionen ihres Standes aufrecht und stimmten in den Ruf nach Entschädigung rechts des Rheines ein. Es ist erklärlich, daß sie zunächst das letztere vorzogen und zu retten suchten, was zu retten war. Der schwäbische Ritterkreis wandte sich direkt an den Kaiser und die Minister Thugut und Colloredo mit der Bitte, den einzelnen Bezirken und Familien anderwärts eine Entschädigung für ihre Opfer zu verschaffen und vor allem sie nicht mit den auf den eingezogenen Gütern haftenden Schulden zu belasten¹¹.

Aehnliche Grundsätze stellte Gemmingen in einem Promemoria auf, das er am 8. Januar 1798 überreichte¹². Unter Berufung auf die kaiserlichen Ratifikationsdekrete erwartete er die Aufnahme der Reichsritterschaft in den Friedensschluß und trug auf Wiederherstellung und Entschädigung aller betroffenen Mitglieder an. Alles bewegliche und unbewegliche Eigentum sollte zurückgestellt werden und dem Besitzer freistehen, wenn er sich in die neue Ordnung der Dinge nicht fügen wolle, zu verkaufen und den Erlös abschobsfrei zu beziehen; für den Verlust an landesherrlichen Rechten sollte gleich den Ständen des Reiches gesorgt werden. Die fränkische Ritterschaft wünschte bei diesem Punkte auch die preußischen „Avulsa“ zur Sprache zu bringen¹³, aber in dieses Wespennest zu bohren, erschien Gemmingen nicht opportun. Er begnügte sich deshalb in diesem Punkte mit einer einmaligen Darstellung des Tatbestandes¹⁴ und nahm

11. 14. I. 1798. A. Wien. RA. i. sp. 50. A. Darmstadt Mrh. RR. 39 II.

12. A. Darmstadt Mrh. RR. 39 II.

13. A. Darmstadt Mrh. RR. Konv. 39 I fol. 48.

14. Abgedr. i. N. St. Anz. 1898 IV 480 f.; vgl. auch VI 574 f.

sich im übrigen in seinen Eingaben ausschließlich der west-deutschen Ritter an, die des Schutzes bedürftiger waren. Besonders ward das rechtlose Verfahren gegen die elsässische Ritterschaft hervorgehoben¹⁵. Unter historischer Darlegung ihrer staatsrechtlichen Stellung ruft sie die Hilfe von Kaiser und Reich an. „Mit untertänigem Danke erkennt der Ablegatus, daß ihn eine hochansehnliche Reichsfriedensdeputation zu vernehmen geruht.“ Diese demütige Sprache, die selbst unter dem devoten Kanzleistil jener Tage hervorsteht, verrät schon die unbedeutende Rolle des schutzlosen reichsritterlichen Gesandten, um welchen sich niemand viel kümmerte. Die Reichsritter standen ganz isoliert auf dem Kongresse da. Schon äußerlich kommt dies darin zum Ausdruck, daß, während andere Reichsstände oft ein gemeinsames Promemoria abfassen, die Reichsritterschaft nie an einer solchen Kommunikation teilnimmt. Die Reichsgrafen z. B., deren Schicksale denen der Reichsritterschaft damals sehr ähnelten, schloßen sich an Köln, Trier, den Hoch- und Deutschmeister, Kurpfalz, Nassau, Darmstadt und Speyer an¹⁶; die Reichsritterschaft erreicht diesen Anschluß nie. Nicht die Hälfte ihrer Eingaben¹⁷ kam zur Verhandlung; sie wurden zum Schlusse immer der kaiserlichen Plenipotenz als schätzbares Material überwiesen. Hier fanden sie immer noch eine verhältnismäßige Vertretung ihrer Interessen; der österreichische Stimmführer in der Reichsfriedensdeputation, Graf Lehrbach, hatte in seiner Instruktion den Auftrag bekommen, sich der Reichsritterschaft nach Kräften anzunehmen, und wurde von dieser als ihr „besonderer Patron“ geschätzt¹⁸, doch saßen andererseits in der fürstlichen Deputation ihre geschworenen Feinde.

15. Vgl. Münch a. O. IV 345; Haller a. O. VI 9f.

16. Z. B. Münch a. O. V 64, 109, 118.

17. Die Kopien finden sich in allen rr. Archiven, z. B. A. Karlsruhe RR. Ort. 149.

18. A. Darmstadt Mrh. RR. Konv. 39 II fol. 96.

Auch der Krummstab schützte nicht mehr, denn seine Träger flüchteten selbst hilfefe hend unter die matten Schwingen des kaiserlichen Aars, um dem Lose zu entgehen, das schon über sie geworfen war. Des öfteren schon hatte über den geistlichen Staaten das Schicksal einer Säkularisation geschwebt, jetzt wurde es allgemeine Parole. Der Kaiser hatte sich selbst bereits Salzburg ausbedungen; die preußischen Gelüste dieser Art waren offenes Geheimnis. „Wem soll man sich in die Arme werfen?“ meinte ratlos Albini, der kurmainzische Gesandte und Kongreßleiter, nachdem er vergeblich den Vorschlag gemacht hatte, daß alle Reichsstände gleichmäßig die Verluste tragen sollten¹⁹. Am 4. April 1798 wurde das Prinzip der Säkularisation angenommen. Mißtrauisch und geringschätzig begegnete man den geistlichen Gesandten, und hierbei teilte die Reichsritterschaft ihr Schicksal. Freilich es stand schlimm um ihre Existenz, wenn die Absetzung von Reichsfürsten legalisiert wurde. Die Abtretung des linken Rheinufers war zunächst nur die transrhenanischen Ritter angegangen, das Prinzip der Säkularisation dagegen traf alle gleich hart, und wieweit dieses Prinzip bereits fait accompli geworden war, zeigen folgende zwei Beispiele. Der Kurfürst von Trier ließ durch seinen Gesandten erklären, daß er wenigstens $\frac{4}{5}$ seiner Existenz, das ihm zugehörige Domkapitel aber die seinige ganz verlöre²⁰, und der Fürstbischof von Basel meldete, daß er nur noch fünf kleine Ortschaften besäße und mit seinen Räten, deren Güter ebenfalls sequestriert und größtenteils verkauft worden seien, um so sicherer an den Bettelstab kommen werde, als der Fürstbischof kein anderes Vermögen und das äußerst verschuldete Hochstift keinen Kredit mehr habe²¹.

Es gehörte keine Prophetengabe dazu, um nach dem Falle der mächtigen Stifter den machtlosen Rittern

19. H. Hüffer, Dipl. Verh. II 23.

20. Münch a. O. IV 323.

21. Münch a. O. IV 97.

ein gleiches klägliches Ende vorauszusagen. Denn der Ersatz suchende Blick richtete sich bereits auch auf die überständigen Staatengebilde weltlichen Charakters. Die schwäbischen Reichsstände nahmen auf einem Städtetag zu Ulm zu den Gerüchten von ihrer Mediatisierung Stellung, „die immer festere Gestalt annähmen“²², die fränkischen schlossen sich ihnen an, und die Franzosen bedangen sich die Aufrechterhaltung der politischen Existenz der Reichsstädte Hamburg, Bremen und Frankfurt ausdrücklich aus. Das Reichsgebäude drohte aus den Fugen zu gehen; die unscheinbaren französischen Bürgergesandten verfolgten mit rücksichtsloser Energie ihren Weg. Zwei der ältesten Staaten der Christenheit, die Eidgenossenschaft und das Patrimonium Petri, waren eben der Revolution erlegen, jetzt schrieb der Moniteur: „Da die deutsche Reichsverfassung der Zentralpunkt aller Adels- und Feudalvorurteile von Europa ist, so muß es das einzige Ziel der französischen Republik sein, sie zu vernichten“²³.“ So dachte das Gehirn Frankreichs. Und mit dieser Reichsverfassung war das Wohl und Wehe der Reichsritterschaft doch so eng verknüpft!

Das Gefühl seiner Schwäche gegenüber diesen sich überstürzenden Ereignissen diktierte dem Ablegato Worte, die alle Haltung und Stetigkeit vermissen lassen. Er appelliert an den Edelmut der Reichsdeputation, daß sie nie zugeben möchte, daß „die traurigen Ueberreste des sonst so ansehnlichen reichsritterschaftlichen Corporis nach all den Bedrängnissen, die es seit geraumen Jahren erlitten und denen es noch entgegensteht, als ein Mittel der Entschädigungen in Vorwurf komme und dadurch das Maß des Unglücks vollgemacht werde, womit der Genius dieser Zeit den Adel zu Boden drückt“²⁴. Gemmingen hatte vielleicht zu schwarz gesehen, denn einigen Erfolg seiner unablässigen Be-

22. Münch a. O. IV 442.

23. 30. Vend. (21. Okt.) 1797.

24. Münch a. O. VI 346.

mühungen hatte er zunächst doch zu verzeichnen, insofern in dem offiziellen Notenwechsel der beiden Parteien die Stellung der Reichsritterschaft vom 3. März 1798 an zur Diskussion gestellt und ihre Sache dabei auf deutscher Seite im Sinne der bisherigen Eingaben geführt wird. Wie den Reichsständen, so sollten auch der Reichsritterschaft ihre Patrimonial- und Privatgüter belassen und beide für den Verlust an Hoheits-, Justiz- und Dominialrechten entschädigt werden²⁵. Die Antwort der Franzosen lautete unbestimmt. Schutz des Privateigentums sei selbstverständlich, einige andere Forderungen seien dagegen mit der französischen Verfassung unvereinbar²⁶.

Darunter war in erster Linie die Amnestie des elsässischen Adels und seiner Beamten begriffen. Der Reichsritterschaft selbst war mit keinem Worte gedacht. Um dieser gefährlichen Nichtachtung zu steuern, hielt es Gemmingen für geraten, obwohl ihn Metternich in einer Audienz gewarnt hatte, sich in keine Rücksprache mit den Franzosen einzulassen, diesen ein Memoire einzureichen²⁷.

Metternich selbst hatte eingestehen müssen, daß der kaiserliche Schutz nur noch „ein großtönendes Wort“ sei; daran hatte die Reichsritterschaft aber selbst Ueberfluß, sie wollte endlich Taten sehen. Geleitet von dem Grundsatz der Franzosen, daß die Güter der Fürsten, qui exerçaient la souveraineté²⁸, Staatseigentum werden sollten, bemühte sich Gemmingen zu beweisen, daß die Reichsritterschaft als Korpus betrachtet kein Gebiet besitze, sondern daß die Güter ihrer Mitglieder deren Privateigentum wären, und gelobte, daß die Besitzer solches absoluten Eigentums künftig

25. Haller a. O. IV 28 f.

26. Haller a. O. IV 43.

27. Münch a. O. V 33 f.

28. Haller a. O. IV 18.

die Gesetze der französischen Republik beobachten würden; nur für die Rechte, die mit der französischen Verfassung unvereinbar wären, beanspruchten die Ritter eine Schadloshaltung, da der Grundsatz der Entschädigung doch auch von der Republik anerkannt sei. Die Ritter waren also schon viel bescheidener geworden, sie verleugneten beinahe ihre Souveränität, und Treilhard berichtete in diesem Sinne unterm 29. April an Talleyrand, daß die Reichsritter nicht Reichsstände seien; aber dieser, der die Rittergüter gern als Nationaleigentum eingezogen hätte, machte eigenhändig die Randbemerkung: „L'Empereur est leur souverain, ils sont indépendants, on ne peut pas leur laisser leurs possessions“²⁹. Daraufhin betonten die Franzosen in ihrer nächsten Note³⁰, daß alle Besitzungen der Fürsten, Stände und des unmittelbaren Reichsadels auf das rechte Rheinufer übertragen werden müßten. Jetzt schienen sich plötzlich die verwegenen Hoffnungen auf vorteilhaften Tausch des alten Besitzes gegen neuen zu verwirklichen, wie sie so mancher linksrheinische Ritter hegen mochte. Ein Hauptvertreter dieses Projektes war der Graf Franz von Sickingen, wie sein großer Ahne ein Reichsritter, der aber zugleich wegen einer unbedeutenden Besitzung auf dem rechten Rheinufer die schwäbische Grafenstimme am Kongresse führte und eifrig bemüht war, die reichsritterschaftliche Eigenschaft seines alten Familienerbes Landstuhl zu leugnen, weil er sich dadurch vermittelt seiner guten Verbindungen im französischen Gesandtschaftsquartier eine um so fettere Entschädigung versprach³¹. Sein Gebahren mochte schuld daran sein, daß auch den reichsritterlichen Gesandten die Protektion der Franzosen den Verdacht eintrug, daß sie mit den Feinden konspirierten und aus dem Unglück des Vater-

29. H. Hüffer a. O. III 164 Anm.

30. Haller a. O. IV 48.

31. Vgl. Hauptstatus d. Grfl. S. Besitzungen a. d. linken Rheinufer. Basel 1798.

landes Vorteil ziehen wollten. Doch mochte auch die reichsritterschaftliche Ablegation anfangs dem Gedanken an eine Translation der beiden übrerrheinischen Kantone Raum gegeben haben, um den Preis ihrer Ehre wollte sie diesen Gewinn nicht erkaufen. Gagern erklärte, daß ihm der ruhige Genuß seines wohl erworbenen Eigentums viel lieber wäre als der dreifache Ersatz aus fremdem Gut. „Ich würde dabei stets die traurige Erinnerung haben, daß man mir auf Kosten des deutschen Vaterlandes etwas gegeben hätte, und eines solchen Genusses könnte ein ehrlicher Mann nie froh sein³².“ Auch Gemmingen, der pflichtgemäß den Inhalt des den Franzosen eingereichten Memoires in einem ausführlichen Regest der Reichsfriedensdeputation mitgeteilt hatte³³, nahm die Reichsritterschaft gegen den Verdacht des Eigennutzes und der unpatriotischen Gesinnung in Schutz³⁴. „Nie werden sich die Mitglieder der unmittelbaren Reichsritterschaft durch den Gedanken einer größeren Konvenienz verleiten lassen, Wünsche zu hegen, durch deren Erfüllung dem gemeinschaftlichen Vaterlande noch größerer Nachteil entstehen würde, als bereits die widrigen Umstände veranlassen.“

Trotz dieser patriotischen Erklärungen schlug der diplomatische Verkehr mit den Franzosen für die Reichsritterschaft zum Unheil aus. Denn eine Vermehrung der Entschädigungsmasse und ein Wiederaufleben der reichsritterlichen Kleinstaaterei war durchaus nicht nach dem Sinne der fürstlichen Reichsdeputation. Sie bemängelte nun einzelne Ausdrücke in dem reichsritterschaftlichen Memoire und setzte in ihrer Antwortnote den in den labyrinthischen Gängen des deutschen Staatsrechtes offenbar nicht bewanderten französischen Advokaten die rechtliche Stellung der Reichsritter-

32. Aus e. Brief. a. Dalberg, d. Hauptmann s. Kantons. Hüffer a. O. III 166/7.

33. Münch a. O. V 31.

34. Münch a. O. V 35.

schaft in einem förmlichen Exposé auseinander³⁵. Diese unmittelbaren Adeligen seien keine Stände des Reichs, hätten kein Stimmrecht auf Reichs- und Kreistagen, mithin auch nicht mehr teil an Krieg und Frieden als andere Reichsuntertanen; ihre Eigentumsrechte seien mit den französischen Gesetzen ganz verträglich. Die reichsritterlichen Besitzungen seien einzeln in allen reichsständischen Landen zerstreut; sie bestünden bald aus einem Hofe, bald aus einem Hause in einer Stadt oder einem Dorfe, sehr oft aus bloßen Feldern, die unter den übrigen Aeckern verteilt lägen, aus Zehnten, Gülten und anderen Gefällen; nur wenige ganze Orte seien ritterschaftlich, im Kanton Oberrhein keine zwanzig. Die unmittelbare Eigenschaft einer Menge solcher Güter würde noch dazu von den Reichsständen, in deren Landen sie lägen, bestritten, könne also nicht für richtig angenommen werden. Infolgedessen seien auch die Einkünfte aus Jurisdiktionen — die *droits seigneuriaux et féodaux*, die der französischen Verfassung widerstritten — meistens unbedeutend. Es seien demnach diese unmittelbaren Adeligen nichts anderes als bloße *propriétaires* von Privatgütern, denen ja die französische Verfassung, selbst wenn sie nicht französische Bürger würden, ihr Eigentum garantiere.

Diese mißgünstige Darstellung der reichsritterschaftlichen Verhältnisse mußte deren Ansehen schwer kompromittieren³⁶. Am 19. Juni verwahrte sich der Ablegatus denn auch mit energischen Worten gegen jede aus dem Konklusum vom 14. Mai herzuleitende Mißdeutung über den Umfang der reichsritterlichen Rechte³⁷. Die freie Reichsritterschaft sei als verfassungsmäßiges Korpus bei allen das deutsche Reich betreffenden Staatsangelegenheiten dessen Ständen bisher gleichgehalten worden, daher es allerdings bedenklich vor-

35. Haller a. O. IV 61 f.

36. D. Ritterh. v. Kerpen sucht d. einzelnen Angaben in e. Denkschr. Punkt für Punkt zu widerlegen. A. Karlsruhe RR. Ort. 149.

37. Münch a. O. V 36.

kommen müßte, wenn bei gegenwärtigen Friedensunterhandlungen zum erstenmal ein Unterschied eingeführt werden sollte. Nach der kaiserlichen Wahlkapitulation³⁸ hätten die Reichsritter in ihren Territorien die gleichen Rechte wie die Landesherren. Der Unterschied der geographischen Ausdehnung ändere daran nichts; es gäbe neben nicht unbedeutenden reichsritterlichen Herrschaften auch recht kleine reichsständische Gebiete. Die Reichsfriedensdeputation widerspräche sich selbst, denn sie hätte in ihre Entschädigungsforderungen stets die Reichsritter miteingeschlossen und werde doch so offenkundige Rechte, die sich auf Reichsgesetze und Herkommen stützten, nicht verkennen wollen³⁹.

In der Tat hatte die Reichsritterschaft gerechten Anlaß zur Beschwerde. Die von ihr angegriffene Note der Reichsfriedensdeputation, durch die sie sich „aus ihrer echten Kategorie herausgeworfen“ fühlte, hatte ihren Eindruck auf die französischen Minister nicht verfehlt, natürlich in einem der Reichsritterschaft ungünstigem Sinne. Diese hatten sich einverstanden erklärt, die Reichsritter als einfache Privateigentümer anzusehen und sie als solche zu behandeln, das heißt, ihnen ihre Güter zurückzustellen. Doch sollte dies erst nach Abschluß des Friedens geschehen, und die Ritter mußten sich verpflichten, weder für ihre Feudalrechte irgendeine Entschädigung zu heischen noch für den Ausfall an Einnahmen während der Sequestration die Republik haftbar zu machen⁴⁰. Aber selbst diese Vergünstigung wurde nur den wirklichen Reichsrittern eingeräumt, die kein Stimmrecht auf Reichs- oder Kreistagen besaßen; Reichsstände, denen reichsritterschaftliche Güter gehörten, mußten diesem

38. I 2, IV 6.

39. Was eigentlich diese ungünstige Wendung der Dinge veranlaßt hatte, konnte Gemmingen selbst nicht ergründen. Er glaubte die Ursache in Meinungsverschiedenheiten der kaiserlichen Minister sehen zu müssen; vgl. A. Karlsruhe RR. Ort. 149 (Ber. a. d. Gen.-Dir.).

40. Haller a. O. IV 70.

Besitz entsagen. Diese Bestimmung raubte den Leyen und Sickingen, die Aufnahme im Reichsgrafenkollegium gefunden hatten, nahezu ihren ganzen Besitz. Die kaiserlichen Gesandten verstanden nicht, wie die Franzosen hier einen Unterschied machen konnten, allein diese wollten eben links des Grenzstromes reinen Tisch machen und keine beschränkenden Untergewalten, gleichviel unter welchem Namen und Titel, dulden.

Diese schweren Bedingungen nahmen mit der einen Hand, was sie mit der anderen gaben. Der reichsritterschaftliche Abligatus sagte darum kaum zuviel, wenn er in einem schleunigst ausgearbeiteten Promemoria⁴¹ die Reichsritterschaft das Opfer ihres Patriotismus nannte, weil sie es verschmäht hatte, durch gewinnbringende Kapitalanlage an der großen Handelsbörse des Kongresses und vor allem bei den französischen Maklern die Masse der Entschädigungen zu vermehren. Er bat nochmals die Deputation, ernstlich auszubedingen, daß kein neuer Sequester angelegt, vielmehr die alten aufgehoben, daß die rückständigen Einkünfte vergütet und die *droits féodaux* angemessen kompensiert werden sollten, da sie für mehrere Familien die Haupteinnahme bildeten.

Die Reichsfriedensdeputation lenkte nun auch einigermaßen wieder ein. Sie erwartete von der Gerechtigkeitsliebe des französischen Gouvernements die Erfüllung dieser Wünsche. Sonderbare Schwärmerei! Die französischen Gesandten setzten dieser moralischen Lockung den ehernen Buchstaben der Verfassung entgegen, welche die geforderten Zugeständnisse verbiete⁴². Dasselbe bekam Gemmingen in einer Audienz unverblümt von Bonnier selbst zu hören. Auf diesem ablehnenden Standpunkte verharrte die französische Gesandtschaft bis zum Ende des Kongresses. Statt der verschwommenen staatsrechtlichen Stellung der Ritterschaft war

41. Münch a. O. V 31 f.

42. Haller a. O. IV 85.

damit eine prinzipielle reinliche Scheidung von den Reichsständen ausgesprochen, von denen die Ritter jetzt weit abrückten. Zwar legte der kaiserliche Minister in den deutschen Noten noch öfters eine Lanze für die Reichsritterschaft ein, ohne aber überhaupt noch einer Antwort gewürdigt zu werden. Vergeblich fertigten die Reichsritter nach dem Vorgang der anderen Stände ihre Verlustlisten an⁴³; von Entschädigung war keine Rede mehr. Entmutigt und niedergedrückt verließ Gemmingen den Schauplatz seiner fruchtlosen Bemühungen, und indem er die Summe seiner Erfahrungen zog, endete er seinen Rastatter Schlußbericht an das Generaldirektorium mit den Worten: „Man kann mit Zuverlässigkeit ihren Verfall voraussehen, wenn nicht Maßregeln ergriffen werden, wodurch die Genossenschaft wieder befestigt, mit erneuter Kraft zu wirken in den Stand gesetzt, mehrere Einheit in ihre Grundsätze, mehr Schnelligkeit in ihre Korrespondenz und die Ausführung ihrer Beschlüsse und das Ganze in bessere Verbindung gebracht wird“⁴⁴.

Die Not seiner linksrheinischen Standesgenossen teilte inzwischen ganz der Kanton Mittelrhein. Seit zwei Jahren standen die französischen Armeen hier im Quartier; unerträglich lastete ihr Druck auf der ausgesogenen Bevölkerung. Jetzt wurden wegen der drohenden Nähe eines neuen Krieges die Truppen sogar vermehrt, und zu ihrem Unterhalt sollte Anfang September 1798 auf Befehl des Generals Joubert, der später bei Novi fiel, der verarmte Kanton wieder 20 000 Franken in barem Gelde aufbringen. Allgemein war das Elend, allgemein der Ruf nach Frieden.

Aber das Gegenteil trat ein. Zar-Paul ließ seine Russen

43. D. K. Oberrhein berechnete seinen Verlust auf 22 508 Einwohner, 25 821 fl. Sporteln und 39 630 fl. andere Gefälle, d. K. Niederrhein auf 67 584 Morgen, wovon er 17 004 Malter Getreide à 8 fl. und 265 Fuder Wein à 225 fl. erntete und 199 224 fl. an Gefällen. Münch a. O. V 77.

44. A. Bamberg Rep. 199 Nr. 1202.

marschieren, die Oesterreicher stießen⁴ über die Innlinie vor, erklärten alle Abmachungen des Kongresses für null und nichtig, und am 28. April 1799 verbluteten Bonnier und Roberjot unter den Säbelhieben der Szekler Husaren⁴⁵. Der Krieg entbrannte furchtbarer als zuvor.

45. Im authentischen Bericht von der Ermordung der französischen Gesandten findet sich die Unterschrift: Freiherr Otto v. Gemmingen, Bevollmächtigter der drei Kreise der unm. RR. Hier liegt ein Mißverständnis des Druckers vor; ein Otto v. G. hatte nur als Zeuge mitunterscriben.

V.

Bis zum Reichsdeputationshauptschluss.

Der Rastatter Kongreß hatte für die Reichsritterschaft ein zu trübes Fazit ergeben, als daß sie sein gewaltsames Ende nicht mit Freuden hätte begrüßen sollen. Wenn die französischen Klienten unter den Ständen des Reiches unablässig nach Frieden riefen und erklärten, Deutschland könne keinen neuen Krieg mehr ertragen, so stand ihnen die kaiserliche Partei gegenüber, die zum Tode verurteilten geistlichen Fürsten, die freien Städte und die Schar der kleinen Herren, die schon den Boden unter den Füßen wanken fühlten. Sie alle durften eine Besserung ihrer Lage nur noch von einem Umschwung des Kriegsglückes, einem Siege der kaiserlichen Waffen erhoffen. Wirklich erschienen ihnen günstige Auspizien am politischen Himmel. Zar Paul, der ritterliche Großmeister des Malteserordens, trat in den neuen, weltumspannenden Kampf ein, um wie weiland St. Georg den Drachen der Revolution niederzustrecken und ein Bollwerk gegen die gottlosen Rottierer aufzurichten gleich der hochragenden Ordensfeste von Lavalette. Es sollte ein Hauptschlag werden gegen die ausgreifende Revolution, ein Prinzipienkampf des alten, legitimen Europa gegen die demokratischen Umstürzler in Staat und Gesellschaft. Ein gemeinsamer absolutistisch-autokratischer Zug war denn auch in der Tat allen Mächten eigen, die sich unter dem Banner der Gegenrevolution sammelten, sowohl Oesterreich und Neapel als Rußland und der Türkei, so heterogen sie in vieler Hinsicht sonst waren; nur England bildete eine Ausnahme, das auch aus anderen Motiven dem Bunde beitrug.

Dieser ausgesprochen reaktionäre Charakter, den die zweite Koalition trug¹, war ganz nach dem Sinne der Ritter; denn auch sie fühlten sich, um ein beliebtes Schlagwort zu gebrauchen, als Stützen von Thron und Altar. Ihrer Leiden letzte Stunde schien da, und herrlicher Lohn mußte den Märtyrern der guten Sache zuteil werden. Es entsprach ganz den damaligen Leistungen der offiziellen Presse, wenn ein freier deutscher Edelmann in der „Allemannia“ schrieb: „Die verspottete Kleinheit der reichsritterschaftlichen Oberherrlichkeiten setzte dem Revolutionsschwindel in Europa einen unübersteigbaren Damm entgegen, bewahrte vor Anarchie und dem furchtbaren Demagogen-Despotismus. Seine Güte hat sich in dem gefährlichsten aller Zeitpunkte bewährt und die gesellige Menschheit vor der gänzlichen Auflösung bewahrt“². Dieser irrende Ritter hatte die Lehren der jüngsten Vergangenheit schon wieder vergessen, und auch jetzt übersah er, daß die russischen Bajonette und das britische Gold die treibenden Kräfte in dem gewaltigen Kampfe waren; als diese ausblieben, war auch von einer Bedrohung Frankreichs keine Rede mehr. Der von Erzherzog Karl begünstigte allgemeine Landsturm, an dem sich auch die Reichsritterschaft beteiligte, war nicht entfernt mit der französischen levée en masse zu vergleichen; sein Hauptzweck war ja nur, den Plünderungszügen schweifender Marodeure Einhalt zu tun. Mit Schieß- und Seitengewehr, in Ermangelung dessen auch mit Sensen, Gabeln, Prügeln und anderen ländlichen Verteidigungsinstrumenten sollten die Bauern bewaffnet, durch des Militärdienstes kundige Personen in den nötigsten Handgriffen, Wendungen und Stellungen unterrichtet, und durch reitende Boten der Alarm von

1. Vgl. Treitschke I 169, Häusser II 266 f., Sybel V 529 f., Sorel V 401 f.

2. Abgedr. b. Posselt, Eur. Ann. 1802 III 211.

Dorf zu Dorf getragen werden³. Diese Sensenmänner konnten den verschlagenen und waffengeübten Feind nicht von Haus und Hof vertreiben; um größere Aktionen ins Werk zu setzen, fehlte es ihnen schon an Gemeingeist, der unter dem feudal-hierarchischen Regimente erstickt worden war. Wenn man die reichsritterschaftlichen Untertanen bedauerte, weil sie kein Vaterland hätten und ihr Gesichtskreis nicht über die Dorfflur hinausreichte, so war das eben der Fluch der reichsritterschaftlichen Kleinstaaterei, daß sie solche Menschen züchtete, die in der Misere des Alltags das engbegrenzte Leben hindämmerten, aber unfähig waren zu jenem großen, heiligen Zorn, der später im Freiheitsfrühling von 1813 die unter Zopf und Puder verlorene Deutschheit eintauschte.

So blieb es wieder dem Kaiser überlassen, das Reich zu verteidigen. Allein zur Fortsetzung des Krieges brauchte Oesterreich dringender als je die drei Dinge, die Montecuccoli die Haupterfordernisse jedes Krieges genannt hatte: Geld! Die hundert Römermonate, die das Reich bewilligte, kamen nicht ein; die englischen Subsidien reichten nicht aus; da war es an der Reichsritterschaft, durch neue Charitativsubsidien die kaiserliche Operationskasse zu füllen. Am 31. Juli 1799 trat der Kaiser abermals mit einem entsprechenden Antrage an die beiden politisch noch intakten Ritterkreise heran. Der fränkische bewilligte denn auch am 16. Oktober eine vierte Subsidie von 150 000 fl.⁴; Ende des

3. Im K. Rhönwerra sollte jeder Landesverteidiger mit $\frac{1}{4}$ Pfd. Pulver, Kugeln und Pfannendeckeln versehen werden. Die erforderlichen Bedürfnisse für die Mannschaft hatte jedes Dorf auf Wagen selbst nachzuführen. A. Würzburg RR. 353.

4. A. Würzburg RR. 422. Nur der K. Odenwald schloß sich aus. Er hatte noch seit der Mitte des 18. Jahrhunderts infolge der Mißwirtschaft des Ritterhauptmanns Rüdts und des Syndikus Jäger (vgl. Weiß ZGOR. 1893 N. F. VIII 300) eine Schuldenlast von etwa $\frac{1}{2}$ Million zu tragen, war durch die preußischen Okkupationen um das ertragreichste Viertel seiner Güter gekommen und durch

Jahres kam der Vertrag mit dem kaiserlichen Minister Grafen Schlick zustande. Der schwäbische Kreis zögerte zuerst, doch der Kaiser wiederholte seine Forderung unter Bedrohung mit der kaiserlichen Ungnade. Daß der Kaiser seine schützende Hand nicht von ihnen abziehen durfte, darüber waren sich die Ritter klar. „Die kaiserliche Ungnade, schrieb der Graf von Schomburg vom Kanton Kocher an seinen Ritterhauptmann, den Grafen Adelman von Adelmansfelden⁵, schadet unserem schwäbischen Adel mehr als der ganze Krieg. Unser Corpus equestre ohne Haupt wäre ein Corpus mortuum; dann müßte es heißen: Gute Nacht dem schwäbischen Ritterkreise und teuersten Kantone Kocher!“ So erklärte sich denn auch die schwäbische Ritterschaft bereit, abermals 200 000 fl. aufzubringen. Am 3. April 1800 wurde der Vertrag zwischen ihren Abgeordneten und dem Grafen Lehrbach zu Augsburg unterzeichnet⁶.

Aus seinem Inhalt ergibt es sich aufs neue, wie wenig die Reichsritterschaft fähig war, ihre Bequemlichkeit und die kleinliche Rücksicht auf ihre Privilegien der Wohlfahrt des tiefgebeugten Vaterlandes einmal hintanzusetzen. Sie ließ sich nicht nur wieder alle Exemtionen von Quartier- und Fouragelasten bestätigen⁷, sondern „die Marschrouten sollten auch, wo es die Kriegsraison zuläßt oder die Zeit gestattet, mit dem schwäbischen Reichskreis oder der Ritterschaft gemeinsam konzertiert, von den ritterschaftlichen Bevollmächtigten mit unterschrieben, ohne solche Unterschrift

die ungünstige Erstreckung über drei Reichskreise vom Kriege ganz besonders heimgesucht worden. Es zeugt dabei für die tüchtige Amtsführung seines Direktors Gemmingen, daß sich trotzdem während der Kriegsjahre von 1792—1806 die Schulden nur um 59 647 fl. vermehrten. A. Würzburg RR. 475.

5. 28. I. 1800. A. Wien RA. i. sp. 41.

6. A. Wien RA. i. sp. 41.

7. Sogar das Avancement der rr. Kavaliers in kaiserlichen Kriegsdiensten pflegte in empfehlende Erinnerung gebracht zu werden.

aber dergleichen einseitige Marschrouten respectu der Ritterschaft für ungültig angesehen, von keinem Kommando befolgt, am allerwenigsten aber einer einseitigen Abänderung der konzertierten Marschrouten stattgegeben werden.“ Wenn man dazu noch erfährt, daß der Kaiser nicht die Hälfte des Vertragsobjektes erhalten hat, ebensowenig wie die noch ausstehenden Rückstände von der vorigen Subsidie aus dem Jahre 1796, wobei sich der wohlhabende Kanton Donau unrühmlich auszeichnete, wenn man hört, daß Freiherr von Wöllwarth, der spätere Generalablegatus der Reichsritterschaft in Wien, dem bewährten Grafen Adelmann zu Adelmannsfelden, der 42 Jahre Rittersrat und 10 Jahre Direktor gewesen war, Vorwürfe machte, daß er die auf Kocher entfallende Halbscheide von 19 400 fl. nach Ulm in die kaiserliche Operationskasse ablieferte und nicht nach Ansbach in die königliche Silberkammer rettete⁸, so erscheint der Patriotismus, mit dem die Reichsritterschaft sich zu brüsten pflegte, in einem recht trüben Lichte. Wohl rühmte sie sich, daß ihre Opfer „sicher dasjenige überstiegen, was irgend ein Stand des Reiches geleistet hat“⁹, aber der Grund dazu lag weniger in ihrer „patriotischen Freudigkeit im Geben“¹⁰, als in ihren schutzlosen Diaspora, ihrer Stellung zum Kaiser und ihrem Wunsche, durch Reluitionen noch drückenderen Lasten zu entgehen, die ja überhaupt zum größten Teil von den Untertanen aufgebracht wurden. Nur der Kreis Gebirg beschloß, $\frac{1}{6}$ aller Beiträge auf die adeligen Güter selbst zu übernehmen; die anderen überließen es den Mitgliedern, die Untertanen „nach Vermögen und eigenem Gefühl“ zu erleichtern, „um den Vorwurf abzulehnen, daß man alles den Untertanen allein aufhalse, selbst aber nicht einmal zu einem geringen Opfer sich entschließen könne“¹¹.

8. Vgl. mehrere Schreiben Adelmanns a. Colloredo a. d. J. 1804. A. Wien RA. i. sp. 41 und 48.

9. Instr. f. d. Ges. i. Wien § VII. A. Karlsruhe RR. Ort. 150.

10. Weiß ZGOR. 1893 N. F. VIII 307.

11. A. Würzburg RR. 353.

Der oranische Minister Hans Christoph von Gagern, als Sohn des uns schon bekannten rheinischen Ritterdeputierten beim Rastatter Kongreß ein Reichsritter vom reinsten Wasser, schreibt in seinen Memoiren¹² über diesen ruhmlosen Abschnitt deutscher Geschichte: Der Erzherzog Karl wird diese Feldzüge beschreiben, wie sehr er abhängig, behindert und von Wien aus widersinnig befehligt war.“ Er sollte die hemmenden Elemente auch im Lager seiner Standesgenossen suchen und erkennen, was er sein ganzes Leben hindurch verkannt hat¹³, was aber immer mehr Gemeingut aller intelligenten und redlichen Deutschen wurde, daß die Vielköpfigkeit Deutschland in so schimpfliche Hilflosigkeit gestürzt hatte, daß die Not der Zeit dringend eine Konsolidierung der Nationalkräfte, eine Konzentrierung des Nationalwillens erheischte, und die mindermächtigen Stände im Westen, denen die Gefahr stets zuerst drohte, sich freiwillig ihrer Souveränität begeben möchten¹⁴. Am einmütigsten forderte die öffentliche Meinung dies von den Reichsrittern¹⁵. „Die jetzigen traurigen Schicksale des südlichen Teiles vom deutschen Reiche, schrieb der geachtete Tübinger Rechtslehrer Joh. Chr. Majer¹⁶, können einem fast den Wunsch auspressen, daß darin vormals der tapfere und auf teutschen Freiheitssinn so hochgestimmte Ritterstand gegen die Landsasserei weniger Vorurteil haben möchte. So würden sich auch da, wie anderwärts, aus dem Landeshoheitssystem teutsche Staaten von größerer Masse und Nationalfreiheit gebildet haben und Germaniens Streitkräfte gegen den Ueberfall raubsüchtiger Nachbarn würden mehr

12. Mein Anteil an der Politik I 94.

13. Vgl. d. Briefwechsel m. Stein b. Pertz Bd. VI.

14. Vgl. z. B. die Broschüren: Deutschland und Polen 1798, Winke über Deutschlands alte und neue Staatsverfassung 1798, Patriot. Appell a. d. Rsfr.-Kongreß z. Luneville 1801.

15. Vgl. z. B. Häberlein, St.-A. 1802 VII 91.

16. Deutsche Staatskonstitution. Hamburg 1800 S. 243.

konzentriert geblieben sein.“ Es war ein bemerkenswertes Zeichen der Zeit, daß auch ruhige, konservativ denkende Männer solche Ansichten jetzt drucken ließen. Freilich für die, welche es anging, war diese Frucht vom Baume der Erkenntnis nicht gepflückt. Man wollte und durfte sich in den Kreisen der Reichsritterschaft nicht eingestehen, daß der gigantische Versuch, den Riesen der Revolution niederzuringen, mißglückt, daß die Gegenrevolution „bei ihrem völligen Bankerotte angelangt“ war¹⁷. Vielmehr tröstete man sich mit dem Gedanken, nur nach ehrenvollem Kampfe unterlegen zu sein, und schmeichelte sich mit der Hoffnung, daß diesmal für eine angemessene Restitution „tam in corpore, quam in membris“ werde gesorgt, und die Reichsritterschaft nicht wieder wie in Rastatt von der Entschädigung werde ausgeschlossen werden.

Als bekannt wurde, daß Graf Cobenzl zum Friedensunterhändler ernannt sei, versäumte man nicht, ihm das reichsritterschaftliche Interesse warm zu empfehlen¹⁸. Als der Minister auf der Durchreise nach Lunéville in den „drei Mohren“ zu Augsburg abgestiegen war, fand sich dort der Ritterhauptmann des Kantons Donau, der Generaldirektor der Reichsritterschaft, Freiherr von Speht, ein und bat um eine Audienz. Cobenzl hörte die beredte Schilderung der reichsritterschaftlichen Leiden mit Geduld und „scheinbar gerührt“ an und entließ den Supplikanten mit dem delphischen Orakelspruche, die Dinge würden bald eine andere Wendung nehmen¹⁹. Das Orakel behielt Recht. Am 9. Februar 1801 wurde der Friede von Lunéville geschlossen. Er vollendete, was der Krieg begonnen: das linke Rheinufer kam endgültig an Frankreich. Die Kantone Ober- und

17. Sybel V 530.

18. Schr. d. Gen.-Dir. A. Karlsruhe. RR. Ort. 150.

19. Die Audienz fand am 21. Okt. 1800 statt. Ber. Speths. A. Darmstadt Mrh. RR. Konv. 39 II fol. 108 und anderorts.

Niederrhein waren verloren²⁰; nur der kleinste Kanton Mittelrhein bewahrte noch den Namen der rheinischen Ritterschaft. Doch ihr fundus collectabilis war um 150 Dorfschaften²¹ mit 23 000 Einwohnern und 46 000 fl. Steuerertrag verringert^{22 23}. Die Ritter, die sich jahrhundertlang die Hand über den Strom gereicht hatten, mußten Abschied nehmen voneinander. Einige brachen mit der Vergangenheit und traten in französische Dienste; die meisten aber hielten unbekümmert um das Dogma von den natürlichen Grenzen an der alten Verbindung, so gut es eben ging, fest. Freilich ihnen konnte die Proklamation des ersten Konsuls, welche die Segnungen der Revolution den neuen Franzosen verhieß, nur ein bitteres Lächeln entlocken. Anders lagen die Verhältnisse bei ihren Untertanen. Für diese waren die Verheißungen Napoleons keine Phrasen, sondern bedeuteten Befreiung aus der Abhängigkeit und der wirtschaftlichen Ausbeutung. Künftig schaffte der rheinische Bauer für sich selbst; statt des Schlendrians in den geistlichen Gebieten, des Klüngels in den Städten, der Bürokratie in den kleinen Herrschaften, der Willkür auf den reichsritterschaftlichen Gütern erfreute sich das Land jetzt einer strengen Polizei, einer geordneten, großzügigen Verwaltung, denn ganz abgesehen von den Gebietssplittern der Reichsritterschaft waren ja 97 Territorien zu einem Organismus zusammengeschmolzen worden. Man wird es denen, auf deren Kosten diese Einschmelzung geschah, nicht verübeln können, daß sie sich mit dieser Neuordnung der Dinge nicht befreunden konnten. Ueber 200 000 fl. hatten die linksrheinischen Ritter

20. Mitgliederverz. b. Hoff, D. teutsche Reich 1801 I 197 f. (m. Ang. d. Verl. a. Gütern). Beil. z. Protok. d. ao. Rsdep. Regb. 1803 I 354 f. (m. Ang. d. Verl. a. Einkünften).

21. 50 entfielen auf den Oberrhein, 100 auf den Niederrhein.

22. Hoff a. O. II 256.

23. Die brotlos gewordenen Offizialen wurden vom schwäb. und fränk. Ritterkreise mit $\frac{2}{3}$ des Gehaltes pensioniert.

bisher aus ihren Gerechtsamen gezogen²⁴ und bei vielen war der größte Teil der Einnahmen aus dieser Quelle geflossen; wer deckte nun diesen Ausfall? Sollte es bei den Rastatter Beschlüssen sein Bewenden haben, wonach nur das Grundeigentum zurückgegeben und die Ritter als bürgerliche Gutsbesitzer behandelt werden sollten? Der Lunéville Friede ließ eine deutliche Angabe über diesen Punkt vermissen; der Art. IX ordnete zwar die sofortige Aufhebung des Sequesters an, aber man kannte die vielen Schwierigkeiten, welche die französische Regierung aufzuwerfen pflegte; nach dem Frieden von Campo Formio war den in Belgien begüterten Reichsrittern trotz der gleichen Bestimmung sehr übel mitgespielt worden. Die Entschädigungsfrage wurde brennend, für die transrhenanischen wie für die cisrhenanischen Ritter. Für jene handelte es sich darum, nicht von den Entschädigungsobjekten ausgeschlossen, für diese, nicht zu den Entschädigungsobjekten geworfen zu werden. Denn wenn der Friede auch das Prinzip der Säkularisationen aufstellte, so wurde doch schon seit Rastatt die Frage ventilirt, ob es nicht auch andere Entschädigungsmittel gäbe. Die große Umwälzung von oben kündigte sich an, die das Werk der französischen Revolution auf Deutschland übertragen sollte.

In dieser prekären Lage handelte es sich für die Reichsritterschaft vor allem darum, wieder eine salvatorische Klausel

24. Oberrhein: 79 874 fl. Niederrhein: 133 148 fl. Spezialisiertes Verz. s. Beil. z. Prot. d. ao. Rsdep. I 354 f. Die Summen schwanken zwischen 20—18 723 fl. jährlich bei den einzelnen Familien. — Noch höher wird der Gesamtverlust der Ritter angegeben bei K. H. Lang (Tabellen S. 23) auf 20 Q. M. m. 50 000 Einw.; b. Th. v. Traiteur (D. dt. Reichsst. Verl. 1799 S. 21) a. 26 Q. M. m. 32 500 Einw. und 272 000 fl. Eink.; b. Schöll (Hist. abr. d. traités VII 157) a. 35 000 Einw. und 290 000 fl. Eink.; i. geneal. Rs- und St.-Hdb. (Frkf. 1800 II 260) auf 18 Q. M. m. 36 000 Einw. u. 272 000 fl. Eink.; b. Hoff (D. teutsche Reich I 197) auf 20 Q. M. m. 52 000 E. u. 450 000 fl. Eink.; b. Türkheim (Denkschr. A. Wien RA. i. sp. 40) auf 18 Q. M. m. 40 000 Einw. u. 270 000 fl. Eink.

zu erhalten, die ihre Rechte sicherte und sie den Reichsständen gleichstellte. Dieses Ziel hatte in den reichsritterschaftlichen Kanzleien seit Rastatt einen geschäftigen Eifer ausgelöst. Man war unermüdlich tätig, das Netz diplomatischer Beziehungen weiter auszudehnen, zu den alten neue Fäden anzuknüpfen und sich bei allen hohen Gönnern, besonders am kaiserlichen Hofe, in empfehlende Erinnerung zu bringen. So ergingen entsprechende Schreiben an den Erzherzog Karl und die Minister Thugut, Lehrbach, Metternich, Trautmannsdorf, Schraut und Hügel. Doch damit durfte man sich nicht zufrieden geben. Schon Gemmingen hatte in seinem Rastatter Schlußberichte eine ständige reichsritterschaftliche Gesandtschaft in Wien als unumgänglich bezeichnet. Seiner Ansicht stimmten jetzt zwei große Ritterkonvente zu, welche um die Jahrhundertwende abgehalten wurden, und zwar ein fränkischer zu Nürnberg im Herbst 1799 und ein schwäbischer zu Eßlingen im Anfange des nächsten Jahres. Leider ging der rechte Mann für diesen Posten, der Reichshofrat von Seckendorf in Wien, damals gerade als Reichskammergerichtspräsident nach Wetzlar, und der an seiner Stelle von der Ritterschaft ausersehene Reichshofrat von Degenfeld lehnte es ab, das Sprachrohr der reichsritterschaftlichen Wünsche zu werden, so daß man zunächst auf den bisherigen Agenten von Stubenrauch angewiesen blieb, zu dessen Unterstützung einstweilen noch der schwäbische Syndikus Gronmayer abgeschickt wurde.

Dagegen glückte es, für den täglich wichtiger werdenden Pariser Posten in dem dort weilenden Grafen von Hunoldstein einen geschickten und tätigen Vertreter zu finden, der dann durch den Herrn von Wächter, seines Zeichens dänischen Kammerherrn und Gesandten in Stuttgart, abgelöst wurde, einen Mann mit einem starken abenteuerlichen Zuge, aber in die Zeit passend, intrigant und von großer Geschmeidigkeit. Er lenkte die Blicke der Ritter auf seine Person, indem er glühenden Eifer für ihre gerechte Sache

heuchelte und in ihnen die höchste Meinung von seiner diplomatischen Wichtigkeit erweckte. Selbst in Gemmingen konnte er den Glauben wachrufen, von Talleyrand mit der geheimen Ueberwachung Laforests betraut zu sein²⁵. In Wahrheit nannte ihn Talleyrand stets einen coquin und traute ihm nie über den Weg.

Ueberhaupt erhielt jedes reichsritterschaftliche Mitglied, das sich in einflußreicher Stellung befand, den Auftrag, die Interessen der Ritterschaft wahrzunehmen, und man muß sagen, daß sich alle mit rühmenswerter Bereitwilligkeit der oft wenig dankbaren Aufgabe unterzogen. Auch die bürgerlichen Konsulenten, die doch nur durch ein äußerliches Dienstverhältnis mit der Reichsritterschaft verbunden waren, legten einen Eifer und eine Opferwilligkeit an den Tag, die über ihre Berufspflichten weit hinausgingen. Alle Glieder des kleinen Staatswesens bewährten einen Gemeingeist, der wenn nicht einer besseren, so doch mindestens einer größeren Sache würdig gewesen wäre.

Vor allem aber war es von größtem Werte, daß der greise Ritterhauptmann des Kantons Odenwald, der Freiherr von Gemmingen, seine in einer vierzigjährigen Amtsführung — 25 Jahre als Minister und 15 Jahre als Ritterhauptmann — erworbene Kenntnis des reichsritterschaftlichen Wesens dem Generaldirektorium wieder zur Verfügung stellte und sich mit seltener Ausdauer und Pflichttreue allen Missionen unterzog. „Seine ausgezeichnete Gewandheit in der Behandlung der schwersten Geschäfte und die ganz eigene Gabe, sich das Wohlwollen und Zutrauen der gewichtvollsten Männer gleich im ersten Augenblick zu gewinnen, vereint mit einem das Ganze umfassenden Ueberblick und reinen Patriotismus“ können in erster Linie das Verdienst in Anspruch nehmen, „das reichsritterschaftliche Staatsschiff“ noch

25. Hügel a. Colloredo 5. I. 1803. A. Wien R.-A. i. sp. 40. Gemmingen a. Egloffstein 1. XII. 1802. A. Würzburg Misz. 5189.

einige Jahre glücklich durch die Brandung gesteuert zu haben²⁶. Auf einem schwäbischen Ritterkonvent vom 17. März 1801 authorisiert, reiste er alsbald persönlich nach Regensburg und von dort nach Wien. Ueberall wurde er mit Zuvorkommenheit empfangen. Erzherzog Karl, der als Hoch- und Deutschmeister ein mitfühlendes Herz für die Lage der Reichsritterschaft hatte, versicherte ihm, daß er „bei kaiserlicher Majestät die Bereitwilligkeit bezeugen würde, womit die Reichsritterschaft im letzten Kriege sich den allerhöchsten Dienst hätte angelegen sein lassen“²⁷.

Am 22. April 1801 wurde er sogar beim Kaiser zur Audienz vorgelassen. Er empfahl ihm die Ueberreste des Corporis zu allerhöchster Sorgfalt, „zumal sie der einzige Gegenstand seien, welche der allerhöchsten unmittelbaren Botmäßigkeit von jeher unterworfen, kaiserlicher Majestät in eigentlichem Verstande zugehöre.“ Der Kaiser antwortete, er wisse sehr wohl, daß es sein eigener Vorteil sei, die Reichsritterschaft zu erhalten und werde sich nach Kräften in diesem Sinne verwenden. Bisher sei noch nichts Widriges gegen sie vorgekommen; ob er freilich „im Drange der Umstände“ seinen Willen immer durchsetzen werde, könne er nicht versprechen. Er entließ den Gesandten mit äußerst gnädigen Worten, und Gemmingen berichtete hochof freut an das Generaldirektorium, das noch immer bei Donau stand, daß ein Entschädigungsplan, der die Reichsritterschaft aufopfere, noch nicht existiere, daß er vielmehr überall auf die Meinung gestoßen sei, der Kaiser werde sich bei den besonderen Verhältnissen, in welchen die Reichsritterschaft zu ihm stehe, ihre Erhaltung gewiß angelegen sein lassen. Die zuversichtliche Stimmung, welche solch gute Mär in den Ritterkanzleien erregte, wurde noch erhöht durch die über alle Erwartung

26. Schr. d. Gen.-Dir. 22. IX. 1802. A. Karlsruhe RR. Ort. 150 fol. 8.

27. Ber. Gemmingens v. 30. IV. 1801. A. Karlsruhe RR. Ort. 150.

gnädigen Antworten²⁸, welche auf die Schutzgesuche des Generaldirektoriums hin von den Kurfürsten einliefen. Nur Max Joseph von Bayern antwortete kühl, er werde alles tun, „was die Gerechtigkeit erheische und mit der Wohlfahrt des Reiches vereinbar sei“. Auch übersah man, daß die freundlichsten Bescheide von den geistlichen Kurfürsten ohne Land stammten, die selbst noch nicht wußten, was ihnen der nächste Tag bringen werde und wo sie ihr Haupt zur Ruhe legen könnten. Schnell enthusiasmiert, erblickte man die Zukunft schon wieder im rosigen Lichte. Man vertraute ebenso sehr dem ritterlichen Sinne des russischen Zaren, wie der Gunst des ersten Konsuls, der in der Ehrenlegion soeben einen neuen Adel geschaffen hatte, dessen Verfassung vielen Rittern nur als eine Nachbildung der reichsritterschaftlichen erschien.

Auch wirkte der Umstand beruhigend, daß in Regensburg so viele Mitglieder der Reichsritterschaft zum Theil in einflußreichen Stellungen anwesend waren. Oesterreich und Preußen, von den kleineren ganz zu schweigen, hatten Reichsritter in den höchsten Staatsämtern, so in Oesterreich die Grafen Colloredo, Metternich, Lehrbach und Stadion, die Freiherren von Fahrenberg und Hügel, in Preußen der Graf von Schlitz, gen. Görtz, und der Graf von Soden. Der kurmainzische Minister Albini, der holsteinsche Gesandte Diede zum Fürstenstein, der württembergische Freiherr v. Seckendorf, der hessenkasselsche von Günderode und der hessendarmstädtische von Türckheim, die Grafen Preysing und Törring und der Freiherr von Rechberg in Bayern, fast sämtliche Minister in Baden, von Ow in Eichstätt, sowie überhaupt die Mehrzahl der Würdenträger in den geistlichen Staaten, alle gehörten sie dem Korpus an. Eben bewarben sich wieder zwei hochgestellte Persönlichkeiten. der

28. A. Darmstadt Mrh. RR. Konv. 39 II.

preußische Minister Graf von Schulenburg-Kehnert und sein österreichischer Kollege Baron Buol von Schauenstein um Aufnahme. Würden diese um Privilegien gebeten haben, deren Vernichtung beschlossene Sache war?

Als vollends die Reichsritterschaft in den Reichsgutachten vom 30. April und 2. Oktober 1802 sowie in der kaiserlichen Ratifikation vom 7. November ausdrücklich erwähnt worden war, da hielt man die Hauptgefahr für beseitigt. Man hatte noch nicht gelernt, die Wertlosigkeit solcher papiernen Versicherungen einzusehen, man glaubte noch an die Macht des Reichshofrates und an den Schutz der deutschen Reichsverfassung, während ringsum im Reiche alles ihre letzten Fesseln abzustreifen suchte. Der Kaiser konnte den rollenden Stein nicht mehr aufhalten. Er war durch die gewandte Politik des ersten Konsuls völlig isoliert und am Ende seiner Kräfte angelangt. Zwar war es sein Wunsch gewesen, das Entschädigungswerk selbst zu leiten und diese interne Angelegenheit Deutschlands im Schoße der Reichsversammlung mit größtmöglicher Schonung der deutschen Verfassung zu ordnen, aber Preußen und Bayern und hinter diesen die Schar der beutelüsternen Fürsten traten ihm in den Weg und überließen alles lieber den hohen intervenierenden Mächten Rußland und Frankreich. Deutschland war ja schon längst nicht mehr Herr im eigenen Hause, und so mußte es sich auch diesmal fremdem Machtspruche fügen. Der französisch-russische Entschädigungsplan wurde die Richtschnur für die Verhandlungen der Reichsdeputation, die das Friedenswerk zum Abschluß bringen sollte.

In diesem Plane war der Reichsritterschaft nirgends gedacht, und es entstand nun die Frage, wie man sich dieses Schweigen zu deuten habe. Einige Optimisten schlossen daraus kurzerhand auf die Erhaltung der Reichsritterschaft, andere sahen darin nicht nur einen Ausschluß von der Entschädigung, sondern überhaupt eine Absage an das reichs-

ritterschaftliche System. Diese Anschauung gewann die Oberhand, als ziemlich zu gleicher Zeit ein Projekt publiziert wurde²⁹, wonach Oesterreich alle schwächeren Reichsstände in Schwaben und Franken an Bayern ausbot³⁰. „Der Geist, der in diesem Projekt atmet, droht allen mindermächtigen Ständen den Untergang“, so war das Aufsehen erregende Schriftstück glossiert. Dazu drangen Mitteilungen in die Oeffentlichkeit von Separatverträgen deutscher Fürsten mit Frankreich, und bald folgte diesen geheimen Abmachungen die offenkundige Tat: Preußen und Bayern nahmen ungefragt die ausbedungenen Gebiete in Besitz. In den Zeitungen erschienen bereits Artikel: Was wird aus der Reichsritterschaft werden? und dergleichen³¹, welche die umlaufenden Gerüchte von der gänzlichen Auflösung dieses Corporis, die, einmal aufgestört, nicht wieder zur Ruhe kommen wollten, zusammenstellten und beleuchteten. Ein Professor der Geschichte und Statistik prophezeite³², daß Bayern jetzt nach dem Vorgange Preußens gegen die Ritterschaft die gleichen Reunionen in Anwendung bringen werde. Der schon tief gesunkene reichsritterschaftliche Kredit spürte bald den Einfluß solcher Kundgebungen.

Angesichts dieser Umstände entschloß man sich doch, eine ordentliche Gesandtschaft nach Regensburg abzuordnen, wo die Reichsritterschaft bisher nur einen Korrespondenten, den Herrn von Cetti, unterhielt. Die Wahl konnte nur auf

29. Häberlein, St.-A. 1802 VIII 54 f.; vgl. auch Heigel a. O. II 397.

30. Auch ein französischer Entschädigungsplan vom März 1801, der aber nicht zur Veröffentlichung gelangte, enthielt schon die Mediatisierung der Reichsgrafen, Reichsstädte und Reichsritter; vgl. Obser, Pol. Korr. Karl Friedr. v. Baden IV Nr. 69.

31. Posselt, Eur. Ann. 1802 III 196 f., IV 221 f. Dagegen von rr. Seite: Einige Bemerkungen über den Aufsatz: Was wird . . .

32. Ebd.

Gemmingen fallen, der nach anfänglichen Bedenklichkeiten sie auch annahm. Man schickte ihm den schwäbischen Konsulenten Gasser und den fränkischen Sekretär Brenner voraus, die einstweilen beobachten und berichten sollten, kurz nach Eröffnung der Reichsdeputationssitzungen traf dann Gemmingen³³ selbst ein, wieder vom Freiherrn von Berstett³⁴ für den Bezirk Ortenau begleitet. Wie die Regensburger Verhandlungen überhaupt nur eine Fortsetzung des Rastatter Kongresses bildeten, so wiederholte sich auch für den reichsritterschaftlichen Ablegatus das alte Spiel, das wir von dort her kennen. Ohne Einfluß auf den Gang der Verhandlungen, ohne genauere Kenntnis der vielen Gegner und ihrer versteckten Anschläge mußte er versuchen, durch Promemorias, persönliche Vorstellungen und glückliche Insinuationen sein Ziel zu erreichen. Dieses Ziel war ein doppeltes. Es galt zunächst, den unglücklichen linksrheinischen Rittern, die noch immer auf die Aufhebung des Sequesters und die Streichung aus der Emigrantenliste warteten, zu Hilfe zu kommen und für sie günstigere Bedingungen zu erwirken, als dies auf dem Kongreß zu Rastatt möglich gewesen war. Man war durchaus nicht gewillt, die dort ausgesprochene Trennung der Ritter von den Reichsständen ruhig hinzunehmen, man verlangte dringend für die verlorenen Hoheitsrechte eine Entschädigung angewiesen zu bekommen, wie sie den Reichsständen zugedacht war³⁵. Zweitens aber bestand die Aufgabe Gemmingens darin, die Rechte und Privilegien der Reichsritterschaft ungeschmälert zu erhalten, allen Projekten, sie mit den Entschädigungsobjekten zu vermengen, zuvorzukommen und durch eine salvatorische Klausel, welche die bestehenden Rechte bestätigte, ihr den Schutz des im Entstehen begriffenen neuen

33. S. Berichte. A. Bamberg Rep. 199 Nr. 1209.

34. Auszüge aus seinem Tagebuch veröffentlichte A. v. Braun i. d. Deutschen Revue 1907 32. Jg. S. 360 f.

35. Vgl. Denkschriften. A. Karlsruhe RR. Ort. 150.

Staatsgrundgesetzes wie einst im Westfälischen Frieden zu sichern.

Beiden Aufgaben widmete der Ablegatus unermüdlich seine Kräfte. Promemoria auf Promemoria sandte er an die Deputation³⁶, an den kaiserlichen Delegierten von Hügel³⁷ und an die Gesandten der vermittelnden Mächte, Laforest und Bühler. Zunächst brachte der Geschäftsgang des Kongresses die Entschädigungsfrage aufs Tapet. Hierin zeigte Gemmingen von vornherein geringe Zuversicht. Schon am 10. September sagte er resigniert zu Berstett: „er glaube nicht, daß die Ritter einige Entschädigung erhalten werden“³⁸. Trotzdem tat er unverdrossen seine Pflicht. Namentlich aus dem großen Kircheneinsturz suchte er einiges für den Reichsadel zu retten und ihn vor den weittragenden Folgen der Säkularisation zu schützen. Die von den Stiftern aufgetragenen Lehen sollten allodifiziert, die Mann- und Weiberlehn in Erblehen umgewandelt, die Geburtsrechte auf die Präbenden erhalten und die kleineren von den Kantonen gegründeten Damenstifter, die für die Entschädigungsmasse keinen nennenswerten Zuwachs brachten, aber den unversorgten Töchtern der Ritter ein ruhiges Obdach und einen standesgemäßen Unterhalt gewährten, möglichst verschont werden.

Daneben gingen auch noch Separateingaben einzelner Kantone und Mitglieder einher. Kreichgau meldete eine Schuldforderung von 115 000 fl. an³⁹, die er 1790 dem kurrheinischen Kreise zur Lütticher Exekution vorgestreckt hatte; Kocher beklagte sich, daß Württemberg sein Damen-

36. A. Karlsruhe RR. Ort. 155 (einige auch gedr. i. Beil. z. Protok. d. ao. Rsdep. Regb. 1803 Nr. 83, 327, 399).

37. Diese befinden sich mit den Berichten Hügels in A. Wien RA. i. sp. 40.

38. B.'s Tageb. a. O. S. 363.

39. Beil. I 276 Nr. 65.

stift Obristenfeld eingezogen habe⁴⁰; Berstett schilderte die trostlose Lage seiner ortenauischen Unglücksgefährten⁴¹, und der Freiherr v. Kerpen bat, die Stadt Saargemünd zu veranlassen, einen ihm gehörigen Meierhof und einen Wald, den sie auf eigene Rechnung verkauft hatte, wieder einzulösen⁴².

Man hatte in der Reichsdeputation sichtbar die Absicht, mit allen diesen Reklamationen sich nicht lange aufzuhalten. Es gab so unendlich viel zu ordnen und zu schlichten, so erheblich größere Interessen ins reine zu bringen, daß man der Reichsritterschaft keine große Aufmerksamkeit zukommen lassen konnte. Auch fehlte es an dem nötigen guten Willen, für die Reichsritterschaft etwas Rechtes zu tun. Die böhmische Stimme und der Hoch- und Deutschmeister waren zwar in ihren Instruktionen angewiesen, der Reichsritterschaft beizustehen; aber Brandenburg, Bayern, Württemberg und Kassel bildeten eine kompakte Masse gegen jeden dahinzielenden Antrag. Selbst auf Kurmainz und Kursachsen konnte die Reichsritterschaft nicht unbedingt zählen, so daß man sich in der XI. Sitzung, als das erste Promemoria Gemmingens zur Diktatur kam, dahin einigte: „So sehr die auf der linken Rheinseite empfindlich verlierende Ritterschaft zu bedauern sei, so sei doch die Deputation außerstande, ihr Entschädigung zu verschaffen“⁴³. Dem Antragsteller selbst wurde „der wohlmeinende Rat erteilt, in den Schranken der Verborgenheit zu bleiben“⁴⁴. Nach diesem Grundsatz hatten alle weiteren Eingaben Gemmingens das Schicksal, unberücksichtigt zu den Akten zu wandern. Die Deputation konnte ja überhaupt

40. Beil. II 49 Nr. 212. Ebenso verfuhr Württ. mit dem Neckarischen Stift Margarethhausen i. Ritterterritorium Lautlingen.

41. Beil. II 207 Nr. 343.

42. Beil. II 259 f. Nr. 268/9.

43. Protokoll I 207.

44. Ber. Rechbergs. St.-A. München K. schw. 557/3 fol. 134.

nur noch „Akten, aber keine Handlungen“ hervorbringen⁴⁵. Die Entscheidung stand bei den vermittelnden Mächten. Das erkannte denn auch Gemmingen und lag unaufhörlich Matthieu und Laforest an, zugunsten der Reichsritterschaft zu intervenieren. Diese versicherten ihm zwar auch, es sei die Absicht ihres Gouvernements, die Sache der Reichsritterschaft nach Billigkeit zu fördern, aber die Deputationsmitglieder, vor allem Württemberg, hätten sich laut gegen jede Begünstigung der Reichsritterschaft erklärt, und sie dürften es mit der Majorität nicht verderben⁴⁶. „En un mot vous avez plus d'ennemis que vous ne croyez vous-même“, sagte Matthieu auf einer Abendgesellschaft zu Berstett⁴⁷. Doch wären sie bereit, in ihren Plan supplémentaire, der demnächst erscheine, einen solchen Passus aufzunehmen, der zwischen beiden Teilen vermittele. Die Ritter sollten ihr Retrakts- und Kollektationsrecht aufgeben und im übrigen ihre Unmittelbarkeit garantiert bekommen. Als Gemmingen diese „durch widrige Suggestionen beigefügten Restriktionen“⁴⁸, welche die beiden Grundsäulen des reichsritterschaftlichen Staates bedrohten, erfuhr, schätzte er sich glücklich, es noch dahin zu bringen, daß man diesen Artikel fallen ließ; um diesen Preis war die Garantie der reichsritterschaftlichen Verfassung zu teuer erkaufte. Dafür bot der Plan supplémentaire, später Plan général genannt, der am 8. Oktober 1802 veröffentlicht wurde, wenigstens die Aussicht auf Entschädigung. Denn dem wiederholten Andringen Gemmingens nachgebend, hatten die französischen Geschäftsträger einen Artikel — es war der 28. — einrücken lassen, der alle Wünsche der Ritter zu befriedigen schien und im Grunde doch zu nichts verpflichtete:

45. Hoff a. O. II 6.

46. Ber. Hügels v. 16. X. 1802. A. Wien RA. i. sp. 40.

47. Aus B.'s Tageb. a. O. S. 364.

48. Gemmingen a. d. Gen.-Dir. 12. X. 1802. A. Karlsruhe RR. Ort. 155 fol. 14.

„Die Entschädigungen, welche etwa einzelnen Mitgliedern der Reichsritterschaft gebühren dürften, werden sowie die Indemnisationsergänzungen der Reichsgrafen und im Verhältnis ihrer regelmäßigen Ansprüche in immerwährenden Renten auf bestimmte Mediatstifter, Abteien und Klöster angewiesen werden.“

Das lautete ganz verheißungsvoll; die fatalen Folgen der Rastatter Verhandlungen schienen „repariert“ und der Reichsritterschaft wieder der gebührende Rang zurückgegeben zu sein. Als aber Gemmingen nun die Einsetzung einer Kommission zur Ausmittlung der Fonds verlangte, da die Versprechungen des genannten Artikels doch noch etwas sehr allgemein gehalten wären, da riet ihm der schlaue Fuchs Matthieu, er möge damit lieber noch warten, bis der Deputationsprozeß fertiggestellt und alle übrigen Anstände beseitigt wären⁴⁹. So mußte Gemmingen zusehen, wie die Beute geteilt wurde, und als er nach einigen Wochen nach dem Stande seiner Angelegenheiten fragte, antwortete Laforest ihm trocken: er könne ihm keine Hoffnung machen, denn die Großen hätten, wie es überall in der Welt gehe, zuviel genommen und für die Kleinen bliebe nichts mehr übrig⁵⁰. Ließ schon dieser Bescheid an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, so mußte die Behandlung, die der Artikel 28 in der Deputation zu erdulden hatte, den Rittern völlig die Augen öffnen. Denn unter ihrem Einfluß wurde die vorliegende Fassung in dem abgeänderten Plan général folgendermaßen veröffentlicht:

„Die Entschädigungen, welche etwa einzelnen Mitgliedern der Reichsritterschaft gebühren dürften, werden sowie die Indemnisationsergän-

49. A. Karlsruhe RR. Ort. 155 fol. 15.

50. A. Karlsruhe RR. Ort. 155 fol. 25.

zungen der Reichsgrafen im Verhältnis ihrer rechtmäßigen Ansprüche, insoweit sie nicht durch die nunmehr zu erwartende Aufhebung des Sequesters bewirkt werden, in immerwährenden Renten auf jene Einkünfte angewiesen, welche zu einer weiteren Bestimmung übrig bleiben dürften.“

Von bestimmten Stiftern und Abteien war keine Rede mehr, konnte auch keine sein, denn alles war weggegeben. Mit einem Augurenlächeln müssen die fürstlichen Gesandten diesen schönen Artikel mit seinen potentialen Wendungen und Drehungen hinausgegeben haben, das Ganze war ein Meisterstück der Spiegelfechtereie; faktische Ansprüche ließen sich durch diesen Paragraphen nicht begründen. Das zeigte das Beispiel der Reichsgrafen, auf die ausdrücklich Bezug genommen war. Von den fünf Klassen, in die sie geteilt wurden⁵¹, gingen die beiden unteren, deren Mitglieder wie die Ritterschaft keine Reichs- und Kreisstandschaft besaßen oder überhaupt nur ritterschaftliche und mittelbare Güter gehabt hatten, völlig leer aus; kein Strich Landes, keine Jahresrente war mehr ausfindig zu machen, die ungewisse Aussicht auf die Aufhebung des Sequesters war das einzige, was der Reichsritterschaft blieb.

Je unabweisbarer sich diese Ueberzeugung dem Aبلغato aufdrängte, desto zäher verteidigte er seine letzte Position, die salvatorische Klausel. War das Verlorene unwiederbringlich dahin, so sollte wenigstens das Bestehende erhalten werden. Aber selbst dazu schien keine Aussicht mehr zu sein. Eben war das Gesuch des Deutschen Ordens, ihm seine Existenz durch eine salvatorische Klausel zu sichern, im Hinblick darauf abgelehnt worden, daß dann die Reichsritterschaft den nämlichen Vorbehalt verlangen würde, wie ein Kommissionsmitglied verlauten ließ. Hoffnungslos sah Gemmingen das Schicksal seines gleich-

51. Vgl. Hoff a. O. II 114; Gaspari, D. Deput.-Rezeß. II 218.

lautenden Antrages voraus, wenn ihn auch H^ügel am 25. Dezember 1802 durch einen Erlaß der kaiserlichen Plenipotenz unterstützte⁵², indem er betonte, daß die verfassungsmäßig hergebrachten Rechte und Freiheiten der unmittelbaren Reichsritterschaft durch Einrücken der gewöhnlichen Klausel namentlich und ausdrücklich zu bestätigen seien. Gemmingen war so entmutigt, daß er H^ügel um seine Verwendung bat, damit wenigstens die Ablösung der reichsritterschaftlichen Hoheitsrechte von Reichswegen geordnet würde. Denn es gab in der Tat schon eine Unterströmung im reichsritterschaftlichen Lager, welche für diesen nach ihrer Ansicht unvermeidlichen Fall Vorkehrungen getroffen wissen wollte, sogar in der Instruktion Gemmingens⁵³ war darauf Bedacht genommen. Auch Laforest sagte einmal, alle Ritter, die er gesprochen habe, wünschten, mit den Landesherren ein gütliches Abkommen zu treffen, dann würden sie für die Aufgabe der Unmittelbarkeit wenigstens noch „ein Stück Geld“ kriegen⁵⁴. Als H^ügel dieses Ansinnen zu hören bekam, war er sehr überrascht. Er gab sich alle Mühe, Gemmingen von der „Schädlichkeit und Widerrechtlichkeit“ dieses Vorhabens zu überzeugen⁵⁵. Einen Augenblick waren die Rollen vertauscht: Gemmingen war skeptisch geworden, während H^ügel kein Jota von den reichsritterlichen Privilegien opfern wollte. Colloredo wies ihn an, den vermittelnden Mächten klar zu machen, daß nach den besonderen Verhältnissen, in denen die Reichsritterschaft zum Kaiser stehe, es nicht einmal in ihrer Gewalt läge, sich in eine Ablösung oder Abtretung ihrer Gerechtsame einzulassen⁵⁶.

Aber Gemmingens Skeptizismus sollte Recht be-

52. Beil. II 270.

53. A. Darmstadt Mrh. RR. Konv. 39 II fol. 255.

54. Ber. H^ügels v. 11. I. 1803. A. Wien RA. i. sp. 40.

55. Ber. H^ügels v. 24. XII. 1802. ebd.

56. Colloredo a. H^ügel v. 29. XII. 1802. ebd.

halten. Am 4. Januar 1803 in der XXXVI. Sitzung kam der Antrag des kaiserlichen Gesandten auf eine salvatorische Klausel zur Sprache und gab der Deputation Gelegenheit, ihre Herzensmeinung über das ganze reichsritterschaftliche Wesen unverhohlen zu eröffnen. Kurbrandenburg äußerte⁵⁷: man könne sich nicht überzeugen, daß es zweckmäßig oder erforderlich wäre, die Rechte und Freiheiten der unmittelbaren Reichsritterschaft durch Einrückung einer besonderen Klausel zu bestätigen. Abgesehen von den linksrheinischen Rittern, für die der Entschädigungsplan ja das Nötige vorsehe, — damit war jener famose Artikel 28 gemeint — ständen sie ja zu dem Entschädigungswerk in gar keiner Beziehung. Die deutsche Verfassung bleibe in allen nicht ausdrücklich abgeänderten Punkten von selber bestehen, mithin auch in dem, was die rechtmäßigen Verhältnisse der Ritterschaft beträfe. Auch Bayern hielt eine solche allgemeine Klausel für überflüssig⁵⁸: Rechtmäßige Freiheiten der Ritter bedürften keiner Bestätigung, unrechtmäßige Prätensionen würden durch eine salvatorische Klausel keine Rechtsgültigkeit erhalten, und durch sie würde dem längst erwarteten, vom Reiche festzusetzenden Normativ nicht vorgegriffen werden können. Württemberg schloß sich ebenfalls diesem Votum an⁵⁹: Die Rechte der Reichsstände könnten durch eine solche allgemeine Bestätigung nicht gekränkt und aufgehoben werden, sowie den einzelnen Privilegien der Ritterschaft, gegen welche das ganze Reich sich beschwere, dadurch keine neue Kraft beigelegt würde. Vergebens betonten Kurmainz⁶⁰ und der Deutschmeister⁶¹, da die Ritterschaft kein Reichsstand sei, so wäre ihr Einschluß in den Frieden nicht so selbstverständlich; es war auch bedeutungslos, daß

57. Protok. II 699.

58. Protok. II 711/2.

59. Protok. II 707/8.

60. Protok. II 676.

61. Protok. II 675.

Kursachsen, welches ja seiner geographischen Lage nach an der Vernichtung der Reichsritterschaft nicht interessiert war, ebenfalls für die übliche Erwähnung eintrat; die Reichsritterschaft wußte jetzt, was sie zu erwarten hatte. Bayern, das Eichstätt an den Kurfürsten von Salzburg hatte abtreten müssen, forderte sogar in Paris und Regensburg jetzt offen die Einverleibung der reichsritterschaftlichen Enklaven, und der entmutigte Kaiser hielt in der Tat schon einen Augenblick den Gedanken fest, die Reichsritterschaft dem partikularen Interesse zu opfern⁶².

Gemmingen entging dieser Wandel nicht. Sein loyales Vertrauen auf den unbedingten kaiserlichen Schutz geriet ins Wanken. Er sah ein, daß „ohne die ernstliche Teilnahme des französischen Gouvernements für die Erhaltung der Reichsritterschaft nichts Ernsthaftes zu erwirken war“⁶³. So blieb ihm jetzt, nachdem alle legalen Auskunftsmittel erschöpft waren, als ultima ratio nur der Weg übrig; den der hohe Adel damals zahlreich wandelte, der Weg der Bestechung. Baron von Wächter schickte seinen Sohn von Paris nach Regensburg und forderte dringend, ihm Geldmittel anzuweisen⁶⁴. „Das Gelingen oder Mißlingen der Unterhandlungen zu Paris hänge vom Ergreifen oder Nichtergreifen der allein zum Ziele führenden bewährten Maßregeln ab.“ So reiste denn der Neckarische Konsulent Dr. Klotz mit dem „benötigten Gelde“ nach Paris. Talleyrand nahm die „Retribution“ huldvoll entgegen und versprach dafür die Protektion Frankreichs. Wächter schmiedete das warme Eisen tüchtig fort. Wenn man das Thurn und Taxissche Postregal bestätigt habe, stellte er Talleyrand vor, so sei auch die Reichsritterschaft berechtigt, die Bestätigung ihrer viel älteren Verfassung zu fordern. Gerade durch den Schutz der Reichsritterschaft und der Mindermächtigen über-

62. Vgl. Fournier, Gentz u. Cobenzl 1880 S. 70/1.

63. Ber. G.'s v. 5. XII. 1802. A. Karlsruhe RR. Ort. 155.

64. S. Berichte A. Bamberg Rep. 199 Nr. 1375.

haupt müsse das politische Interesse Frankreichs geltend gemacht werden, wenn Frankreich die Rolle Oesterreichs in Süddeutschland übernehmen wolle⁶⁵.

Außerdem machte sich Wächter den guten Willen zweier ihm wesensverwandter französischer Geschäftsmänner dienstbar, deren Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit er dem mißtrauischen Klotz gegenüber nicht genug rühmen konnte. Der eine, Mr. de St. Foy war früher Resident in Zweibrücken gewesen, der andere war der Ministerialdirektor für die deutschen Angelegenheiten Mr. Durand. Beide waren Günstlinge Talleyrands und gehörten zu dessen vertrautem Zirkel. Mit Kennerblick hatte Wächter den Wert dieser beiden Männer erkannt und sich mit ihnen bald eng assoziiert, wie die Folge noch zeigen wird. Die Spesen, die er ihnen zahlte, waren zwar etwas hoch, aber er konnte dafür seinen Auftraggebern eine Zeitlang immer wieder Erfolge aufweisen, so daß die besorgten Ritter seine von Jahr zu Jahr steigenden Ansprüche stets befriedigten. Auch jetzt, als er mit den von Klotz erhaltenen Mitteln für den Erfolg nicht bürgen zu können erklärte, bat Gemmingen unter dem Siegel größter Verschwiegenheit die Kantone, ihm sofort 150 000 fl. zur Verfügung zu stellen. Die Beschaffung einer so erheblichen Summe machte den ausgesogenen Kantonen zwar die größten Schwierigkeiten, aber schließlich gelang auch dieses Opfer⁶⁶.

65. A. Bamberg Rep. 199 Nr. 1209.

66. Schwaben und Franken trugen je 70 000 fl. bei, Mittelrhein sollte 10 000 geben. Er wandte sich zuerst vergeblich an drei Mitglieder, denn seine Kassen waren leer; dann ersuchte er einige wohlhabende Untertanen um ein Darlehn, endlich kam ihm nach $\frac{1}{4}$ Jahr der Zufall zu Hilfe: der Kaufschilling für ein eben verkauftes Gut wurde ihm zur Verfügung gestellt. A. Darmstadt Mrh. RR. Conv. 39 II. Im ganzen betrugen die Abligationskosten während der Jahre 1802/3:

in Regensburg	19 937 fl.
in Paris	112 302 fl.
in Wien	32 303 fl.

A. Würzburg Reichssachen 847.

Gemmingen konnte jetzt eine Punktation, einen Staatsvertrag im Kleinen, aufsetzen, wonach sich das französische Gouvernement verpflichtete, allen Rittern ihren Besitzstand und ihre Rechte zu garantieren. Bei solchen Gütern, die in fürstlichen Händen wären oder durch die Säkularisation erst gekommen seien, sollte für die Abtretung des Steuerregals cum juribus annexis ein schicklich gelegenes und vollständiges Aequivalent an einer Domäne zugestanden werden. Wenn diese Bedingungen von dem französischen Gouvernement angenommen, von Kaiser und Reich sanktioniert und von den vermittelnden Mächten garantiert wären, so wurde der Baron Wächter ermächtigt, 150 000 fl., binnen einem Vierteljahr zahlbar, zur Erkenntlichkeit anzubieten⁶⁷. Den beiden französischen Gesandten in Regensburg stellte man sofort einen Bon über je 1000 Karolins zu. Gemmingen hegte in seiner altfränkischen Ehrlichkeit zwar Bedenken, „die Gesandten möchten die Bons an unsere Gegner vorweisen und dabei sagen, wir hätten korumpieren wollen,“ aber der erfahrene Konsulent Gasser beruhigte ihn darüber mit der lakonischen Antwort: „Ich halte dafür, daß der Herr Ritterhauptmann die Franzosen und die Art, wie man ihnen traktiert, nicht kennt“⁶⁸. Daß die Franzosen überhaupt das ganze reichsritterschaftliche Angebot, das sich doch immerhin in mäßigen Grenzen hielt, annahmen und dafür ihre guten Dienste leisteten, kam daher, daß es sicher war, während die Versprechungen vieler anderer Unterhändler eben leere Versprechungen blieben⁶⁹.

67. A. Karlsruhe RR. Ort. 155.

68. Tageb. Berstetts a. O. S. 366.

69. Hierin erblicke ich einen Beweis gegen das übertriebene, fast zur Legende gewordene Gerede von „zentnerweisen“ Geldlieferungen deutscher Fürsten nach Paris. Hierfür spricht auch das Zeugnis des Reichsritters und nassauischen Ministers H. Chr. v. Gagern: „Das Nassauische Haus hat nicht einen Kreuzer an Geschenken gegeben als nach dem gänzlichen Abschluß zu Regens-

In der Tat ließen sich jetzt die Dinge mit einem Schlage wieder besser an. Laforest beobachtete ein zuvorkommendes Benehmen gegen die Ritter; schon am 11. Januar 1803 fand ihn Gemmingen einer ausdrücklichen Bestätigung der reichsritterschaftlichen Rechte nicht mehr abgeneigt. Freilich gab der nüchtern denkende Bürgergesandte zu verstehen, daß er die Hartnäckigkeit der Ritter nicht begreifen könne. Der Adel werde es noch bereuen, nicht Frankreichs Vermittlung zu einem gütlichen Arrangement mit den Ständen angenommen zu haben. Die mächtigen Fürsten würden ihn sicher nach und nach verschlingen, und um der Ritterschaft willen werde Frankreich keinen Krieg führen⁷⁰. Er erbot sich noch einmal zu dahingehenden Anträgen. Den reichsten Familien sollte es freistehen, sich ins Grafenkollegium aufnehmen zu lassen, die übrigen sollten einen privilegierten Stand im Staate bilden. Aber nun war es Hügel, der Einspruch erhob und sich wieder päpstlicher zeigte als der Papst. Für Oesterreich war die Reichsritterschaft nach dem Untergange des stiftischen Deutschland trotz ihrer doppelten Schwächung im Osten und Westen noch erheblich im Werte gestiegen; man betrachtete es in Wien jetzt doch wieder als eine politische Notwendigkeit und eine Ehrensache zugleich, die erprobten Stützen der kaiserlichen Partei im Reiche zu erhalten.

So brachten denn die Verhandlungen der Deputationsbeschlüsse in den drei Reichskollegien allen denen eine Ueberraschung, die nicht hinter die Kulissen des Regensburger Reichstheaters geblickt hatten. Die Mehrheit im Kurfürstenrate, von Hügel schon längst bearbeitet und von Laforest in zwölfter Stunde noch gewonnen, zeigte sich der

burg“ und über sein Verhältnis zu Matthieu: „Ich kann beteuern, daß von Geld und Geldeswert zwischen uns nie die Rede war“ (M. Anteil a. d. Politik I 111, 122).

70. A. Karlsruhe RR. Ort. 155 fol. 15.

salvatorischen Klausel für die beiden geistlichen Orden und für die Reichsritterschaft geneigt, Sachsen und Braunschweig traten zu ihr über, nur Preußen und Bayern verharren bei ihrer schroffen Ablehnung. Dieselbe Erscheinung zeitigten die Verhandlungen des Fürstenkollegiums. Zwar wiederholte Preußen hier wörtlich seine Abstimmung aus der XXXVI. Sitzung und erklärte, nur „unter dem Vorbehalt von Transaktionen der einzelnen Mitglieder mit den Landesherren“ beizutreten, und Bayern, Salm, Braunschweig-Wolfenbüttel und Schwarzburg stimmten ebenfalls ohne Klausel zu, aber dieser Geist fand bei allen „gutgesinnten“ Gesandtschaften „laute Mißbilligung“⁷¹, und Lübeck, Oldenburg, Aremberg, Schwarzenberg, der Johannitermeister, die Grafenkollegien, Regensburg, der Hoch- und Deutschmeister, Holstein-Glückstadt, Hohenzollern, die thüringischen Staaten und Fürstenberg gaben ihre Genehmigung zu den österreichischen Zusätzen betreffs der Ritterschaft⁷². Die gegen-
teilige Abstimmung des auf sechs Köpfe zusammengeschrumpften Städtekollegiums, das den alten Rangstreit mit der Reichsritterschaft⁷³ nicht durch bessere Behandlung seines Rivalen zu dessen Gunsten entschieden sehen wollte, war unter diesen Umständen bedeutungslos. Das Reichsgutachten vom 24. März beantragte beim Kaiser, den Reichsdeputationshauptschluß mitsamt der herkömmlichen Klausel für die freie Reichsritterschaft zu ratifizieren, was am 27. April geschah.

Nach all den wechsellvollen Verhandlungen, nach stetem Auf und Nieder hatte die Reichsritterschaft die Aufnahme in das neue Staatsgrundgesetz erreicht; aufatmend fühlten alle Mitglieder wieder festen Grund unter den Füßen. Wohl

71. A. Karlsruhe RR. Ort. 155 fol. 31.

72. Vgl. Häusser a. O. II 400; Heigel a. O. II 442.

73. Eine Probe davon gibt F. W. Müller, Die elsässischen Landstände Straßb. 1907 S. 73 f.

hatten sich nicht alle Wünsche erfüllt, aber die Hauptsache war doch, daß einer radikalen Vernichtung des reichsritterschaftlichen Systems noch einmal vorgebeugt worden war. Tiefgerührt erkannte man den erhabenen Schutz der kaiserlichen Majestät und erneuerte das Gelübde unverbrüchlicher Treue⁷⁴; auch dem ersten Konsul legte man den untertänigsten Dank zu Füßen. Es kam auch eine sehr liebenswürdige Antwort zurück⁷⁵.

Würde das Glück aber von Dauer sein? Das war die Frage, die sich jedem unparteiischen Beobachter aufdrängte. Wenn die Reichsritterschaft sich umblickte, stand sie einsam in einer verwandelten Welt. 4 Erstifter, 20 Hochstifter, 3 gefürstete Abteien mit 720 Domherrnstellen hatte die große Umwälzung eingeschluckt; dieser Verlust war für die Reichsritterschaft unersetzlich⁷⁶. Die kaiserliche Partei war vernichtet, der Kaiser selbst aus dem Reich nach Osten gedrängt, die Autorität des Oberhauptes geschwunden. Im Kurfürstenrate herrschte teils französischer, teils preußischer Einfluß vor. Auch kein sittliches Ideal hielt die *fédération germanique* mehr zusammen; die Begehrlichkeit der Fürsten war geweckt, der Gehorsam gegen die Reichsgesetze entsprach dem gesunkenen Ansehen der obersten Gerichte. Alle Bande des Reiches waren getrennt, und mit dieser

74. 14. VII. 03. A. Wien RA. i. sp. 41.

75. Das Schreiben, das i. d. Correspondance fehlt, lautet: *Messieurs les membres du Directoire général de l'ordre equestre de l'Empire, j'ai reçu la lettre que Vous m'avez fait remettre en date du 12. avril 1803 et qui renferme l'expression de Votre reconnaissance de ce que j'ai pu faire en faveur du Corps equestre. J'y suis fort sensible et je suis très aise d'avoir contribué à assurer sa conservation et la continuation de son existence politique. Ne doutez pas, je vous prie, de mes dispositions favorables à votre égard et du désir que j'ai de pouvoir vous être utile. Donné à St. Cloud le 13. prairial (2. Juni) an XI. Bonaparte. Abgedr. b. Roth v. Schreckenstein II 484; Häberlein XIII 106, XV 109; Häusser II 481.*

76. Weiß (ZGOR. 1893 N. F. 8 S. 308) hat mit seiner gegen-
teiligen Ansicht völlig Unrecht; die ganze Argumentation ist verkehrt.

stufenweisen Auflösung der Reichsverfassung hielt auch der Niedergang der Reichsritterschaft gleichen Schritt. Die Bahn für eine neue Staatspraxis war frei. Noch ehe sich das Jahr wendete, führte sie die Reichsritterschaft einer neuen Katastrophe entgegen. Das Verhängnis, das man aufgehalten zu haben wähnte, nahm seinen Lauf.

VI. Der Rittersturm.

Die süddeutschen Staaten, welche durch Frankreichs wohlberechnete Gunst vergrößert und gekräftigt aus dem zehnjährigen Kampfe, den der Reichsdeputationshauptschluß im Jahre 1803 beendete hervorgingen, adoptierten bald unbewußt die revolutionäre Theorie und Praxis ihres Propektors. Wie zur Zeit Ludwigs XIV. wurde es das Ideal der deutschen Fürsten, „à la française“ zu herrschen¹. Den neuen Nivellierungsprinzipien stand aber nichts so sehr im Wege als der Rest feudalen Staatslebens, den die Reichsritterschaft verkörperte. Nach der Säkularisation kam die Mediatisation. Die Geschichte der Reichsritterschaft tritt damit in ihr letztes Stadium ein; noch einmal entbrannte der Kampf auf der ganzen Linie, um dann in sich zusammenzusinken².

1. Vgl. Sorel VI 331.

2. Dieser letzte Kampf ist, aber allgemein sehr lückenhaft, dargestellt bei L. v. Stetten-Buchenbach, Vom Ende d. RR. Pr. Jb. 1903 Bd. 113 S. 481 f.; G. Weicker, D. Haltung Kursachsens i. Streit u. d. unim. RR. i. d. Jahren 1803—06. Leipzig 1906 (Bibl. d. sächs. Gesch. u. Ldsk. I 2); Häusser a. O. II 481 f.; Heigel a. O. II 468 f.; Obser, Pol. Korr. Karl Friedr. v. Baden IV LXVIII f.; Bitterauf, Gesch. d. Rheinbundes I 216 f.; Fournier, Gentz und Cobenzl 1880 S. 93 f.; K. Ad. Menzel, N. Gesch. d. Deutschen 1848 XII 2, 387 f.; Hoff, D. teutsche Reich 1805 II 257 f.; Schellhaß, Pragm. Gesch. d. dt. Reichstagsverh. Regb. 1805 S. 236 f. abgedr. b. Berghaus, Deutschl. s. 100 Jahren II 1, 385 f.; Bredow, Chronik 1801/3 S. 500 f.; Schöll, Hist. abr. d. traités 1817 VII 157 f.; vgl. auch d. Samml. diplom. Schriftst. b. Obser, Pol. Korr. IV

Schon in den letzten Wochen der Regensburger Verhandlungen hatten die Nachrichten von pfalzbayrischen Maßnahmen gegen die Ritterschaft alarmierend gewirkt. Am 15. Dezember 1802 beschwerte sich Gemmingen bei Rechberg über Rechtsschmälerungen in Franken³, am 19. Januar 1803 wandte er sich an Hülgel mit der Bitte um Hilfe, und am 8. Februar meldete er, daß selbst eine salvatorische Klausel Bayern sicherem Vernehmen nach nicht abhalten werde, ganz wie Preußen vorzugehen⁴. Die gleichen Befürchtungen trafen aus dem Reiche ein. Ein Promemoria des Generaldirektoriums vom 6. Februar 1803 sprach unumwunden von der Gefahr einer Schmälerung des fundus collectabilis durch Reichsstände⁵.

Bayern hatte auch aus seinen Gesinnungen in und außer der Deputation kein Hehl gemacht. Cetto in Paris und Rechberg in Regensburg waren immer wieder angewiesen worden, die Auslieferung der Ritter zu verlangen und die Aufnahme der salvatorischen Klausel zu hintertreiben⁶. Es hatten in München des öfteren Verhandlungen über diesen Punkt stattgefunden; als Bayern Eichstätt an den Kurfürsten von Salzburg wieder abtreten mußte, bezeichnete es die reichsritterschaftlichen Enklaven als geeignete Entschädigung und zögerte nicht zuzugreifen: schon seit Ende November 1802 wurden die Rittergüter besetzt.

Man muß sich einen Augenblick die Entwicklung vergegenwärtigen, die Bayern seit dem Regierungsantritte Max Josephs und der Berufung Montgelas' zum dirigierenden Minister genommen hatte. Der Schöpfer des modernen Bayern, der Revolutionsmann, wie ihn Hardenberg genannt

498 f. Montgelas, Denkw. hrsg. v. v. Freiberg 1887 S. 77 f., hrsg. v. Döberl 1908 S. 102.

3. St.-A. München K. schw. 557/6 fol. 77/8.

4. A. Wien RA. i. sp. 40.

5. Ebd.

6. St.-A. München K. schw. 557/7.

hat, verkörperte wie dieser in sich die Ideen von der Einheit und Unumschränktheit der Staatsgewalt, die im Norden schon länger heimisch, durch die Napoleonische Aera auch im deutschen Süden zur Herrschaft kamen. Schon hatte seine Politik die Probe bestanden: Bayern war durch die schönsten Provinzen Süddeutschlands vergrößert und verstärkt worden.

Die wertvollste Erwerbung bildeten dabei die fränkischen Bistümer Würzburg und Bamberg. Hier hatte der Reichsadel bisher goldene Tage gesehen. Die beiden Bistümer waren die Hochburgen der Reichsritterschaft. Nur Mitglieder ihres Standes gelangten hier zur Bischofswürde; tüchtige Regenten, wie Julius Echter von Mespelbrunn und Franz Ludwig von Erthal, erhöhten die Achtung, welche man einem so mächtigen Faktor im Lande zollte. Unter dem milden Regiment dieser Fürstbischöfe hatten sich die Ritter eines uneingeschränkten Genusses ihrer Freiheiten erfreut und am Hofe der Landesherren ein sorgenfreies Wohlleben geführt. In den Memoiren des reichsritterlichen Globetrotters Karl Ludwig von Pöllnitz spiegelt sich der Glanz und die Ueppigkeit jener Jahre wieder⁷. Fast alle Güter der Ritter waren bischöfliche Lehen, aber dieses Band vereinigte sie in keiner Weise mit den Interessen des Staates. Die Domkapitel, deren reichsritterliche Mitglieder die Stelle der Landtage vertraten, sorgten in den Wahlkapitulationen schon dafür, daß ihren Rechten kein Eintrag geschah. Die Zersplitterung der Gewalten war dadurch noch ärger und vollständiger als in Ansbach-Bayreuth. 79 Familien mit 150 Patrimonialämtern, nach Kantonen ganz Baunach sowie der größte Teil von Steigerwald, Gebirg und Rhönwerra, forderten die Respektierung ihrer Sonderherrlichkeiten⁸.

7 Dte Uebers. Frkf. 1735 I 221 f.; vgl. auch Beobachtungen ohne Brille ü. d. Säkul. d. geistl. Bist., bes. Würzb. u. Bamb. 1803 S. 157 f. und v. Tannenberg, D. Zust. d. Fstbist. W. u. B. z. Anf. d. Jh. i. 22 i. J. 1803 z. Frkf. ersch. Briefen Bamb. 1898.

8. Vgl. d. Prachtwerk des Würzburger Archivars J. O. Salver,

Das Problem, vor welches sich die bayrische Regierung bei der Besetzung der Entschädigungslande gestellt sah, war also das gleiche wie in Ansbach-Bayreuth und das von Erfolg gekrönte Verfahren, welches die preußische Verwaltung hier seit einem Jahrzehnt gegen die Ritter beobachtete, wies zugleich den sichersten Weg zu seiner Lösung. Was lag näher, als dem Nachbarstaate in dieser Sache zu folgen? Wie zwei Elemente unter gleichen Voraussetzungen gemischt stets denselben Prozeß hervorbringen, so wiederholt sich hier das Ritterdrama in blau-weißer Drapierung. Die Darsteller wechseln, das Spiel bleibt das alte. Bis auf Einzelheiten erstreckt sich der Parallelismus der Auftritte; nur drängt sich alles in den Zeitraum eines Jahres zusammen, was dort fünf bis sechs Jahre gedauert hatte.

So wurden denn die kurfürstlichen Besitzergreifungspatente vom 22. November 1802 auch auf allen reichsritterschaftlichen Gütern angeschlagen. Der Einwand, daß dieses oder jenes Gut Allod oder fremdes Lehen sei, fand keine Beachtung, und überall, wo die Patente von den empörten Ortsherrschaften abgenommen oder Gegenpatente angeschlagen wurden, erschienen Kavallerieabteilungen, welche die Wiederanheftung erzwangen und sich zur Beobachtung ihres Befehls auf Kosten der Einwohner in die Quartiere legten⁹. Allen zur Reichsritterschaft kollektabeln Gemeinden wurde verboten, noch fernerhin an diese etwas zu bezahlen. Sie wurden aufgefordert, ein Verzeichnis ihrer Steuern einzuliefern, ihre Häuser wurden numeriert, sie selbst militärisch konskribiert und bald auch die ersten Rekruten ausgehoben. Selbst Rittersöhne blieben hiervon nicht verschont; einige

Proben d. dt. Reichsadels Würzb. 1775, außerdem Huldigungstabelle St.-A. München K. schw. 592/86. Gedr. Güterverz. ebd. K. schw. 556/46 und 592/87; Matrikel d. Bamb. Adels K.-A. München MA. 1277/241.

9. Die Exekutionsgebühren betrugen von 100 bis zu 1100 fl.

wurden zur Musterung vorgeladen und „mithin in die Klasse gemeiner Untertanensöhne herabgesetzt“¹⁰. Dagegen erhielten die kaiserlichen Werbeunteroffiziere, die sich in die reichsritterschaftlichen Flecken zurückgezogen hatten, die Weisung zugestellt, binnen 24 Stunden ihren Posten zu verlassen; wer sich nicht fügte, ward mit Gewalt über die Grenze geschafft. Der nach jedem Kriege übliche kaiserliche Generalpardon für Deserteure, welcher vor den Werbestubeß angeschlagen war, wurde schimpflich herabgerissen mit der Begründung, daß es damit nur auf Verleitung der zu den kurfürstlichen Fahnen zurückgekehrten Landeskinder abgesehen sei. Auch den Reichsgrafen von Castell und Schönborn gingen Verbote der bayrischen Regierung zu, noch fernerhin österreichische Werber in ihren Ortschaften zu dulden¹¹. Da es ferner nicht angängig war, daß in ein und demselben Orte Behörden existierten, welche die kurfürstlichen Befehle ausschrieben, und andere, die den Ungehorsam dagegen ungescheut predigten, so wurden die Ortskanzleien von Gebirg und Rhönwerra aus Bamberg und Schweinfurt ausgebaut. Im Regierungsblatt für Franken erschien eine Bekanntmachung, wonach das Tragen aller Ziviluniformen und Ehrenzeichen verboten ward. Damit konnten nur die reichsritterlichen Uniformen und das den Ritterhauptleuten einst von Karl VI. verliehene Ordenskreuz sowie der unter Joseph II. gestiftete Ritterorden gemeint sein.

Nicht ganz so schroff ging man in Schwaben vor. Hier beschränkte man sich vorderhand darauf, über einschichtige reichsritterschaftliche Untertanen und Güterstücke, die in anerkannt kurfürstlichen Orten zerstreut waren, die Landeshoheit auszuüben, und zweitens die dem Kurfürsten ge-

10. Prom. Wöllwarths A. Wien. RA. i. sp. 41.

11. Ber. d. FZM. Fürst Reuß 18. II. 1803. A. Wien RA. i. sp. 40.

hörenden, zur Reichsritterschaft kollektabeln Güter aus ihrem Verbande zu lösen. Der Kurfürst besaß nämlich von altersher nicht weniger als sieben Herrschaften, die sämtlich dem Kanton Donau einverleibt waren: Wertingen, Hohenreichen, Zaisertshofen, Mattsies¹², Angelberg¹², Rammingen und Illertissen. Wegen dieser Besitzungen hatte der Kurfürst Sitz und Stimme im Ritterrate, und das Kollektationsrecht war durch feierliche Verträge gewährleistet¹³. Diese erkannte aber jetzt der Generalkommissar von Schwaben, Freiherr von Hertling, nicht mehr an, was einem jährlichen Ausfall für die Ritterkasse von 21 347 fl. gleichkam¹⁴. Außerdem bat man den Kanton ganz treuherzig, doch nun auch die Originalquittungen der kaiserlichen Armee über geleistete Naturallieferungen von diesen Herrschaften an den Kurfürsten auszuliefern.

Zu diesen bayrischen Grundsätzen bekannte sich offen der Kurfürst von Württemberg, besonders auf militärischem Gebiete. Auch er ließ die österreichischen Werber ausweisen, und als die Grafen von Degenfeld und von Adelman sie schützten, erging an sie der strenge Befehl, „als Ellwangensche Vasallen sofort zu gehorchen“¹⁵. Auch Aushebungen fanden bald statt. Der Kurfürst wolle, verkündete ein Patent, gleich jetzo von dem ihm als Landesherrn zustehenden jure armorum Gebrauch machen. Alle kurfürstlichen Orte durften keine Schatzung mehr an die Ritterkasse abliefern, in gemischten Orten wurde das Condominium nicht mehr anerkannt.

Eine besondere Bewandnis hatte es mit der zum Kanton Donau steuerbaren Abtei Edelstetten, einem Reichsstift in

12. Vgl. A. v. Botzheim, Beitr. z. Gesch. d. Rittersitze M. u. A. Z. Ver. f. Schwaben u. Neuburg 34, 179 f.

13. R.-A. München RR. 71; vgl. Darstellung d. Verh. d. Kurh. Bayern z. d. schwäb. Ritterkanton a. d. Donau 1804.

14. St.-A. München K. schw. 592/85.

15. Beschw. d. K. Kocher v. 12. II, 1803. A. Wien RA. i. sp. 41.

der Markgrafschaft Burgau mit sechs Dörfern. Dieses war so wenig wie die anderen Damenstifte der Reichsritterschaft von der Säkularisation verschont geblieben¹⁶, sondern nach § 11 des Reichsdeputationshauptschlusses dem bekannten Fürsten Karl von Ligne für die verlorene Grafschaft Fagnolles im Lütticher Gebiet unter gleichem Titel zugesprochen worden. Der § 32 hatte außerdem eine Virilstimme im Reichsfürstenrate damit verbunden. Es war ein Unding, daß ein Reichsstand mit der Besetzung, auf der die Stimme haftete, der Ritterschaft angehören sollte. Als der Kanton Donau jetzt die Steuern verlangte, betrachtete darum der Amtmann des Fürsten „das frühere Verhältnis gesetz- und verfassungsmäßig als aufgehoben“ und weigerte sich, das Steuersimplum von 1050 fl. jährlich weiterhin zu zahlen¹⁷.

Diese ersten Eingriffe schienen zu bezwecken, den Reichsrittern das drohende Schicksal vor Augen zu stellen und sie zur Nachgiebigkeit zu zwingen. In der Tat gab ein Reichsritter das Beispiel freiwilliger Unterwerfung¹⁸. Der sachsen-weimarische Kammerpräsident von Kalb teilte dem Kanton Steigerwald mit, daß er die dort immatrikulierten Güter Trabelsdorf und Dankenfeld im Namen der Marschalkschen Erbtöchter, seiner Frau und seiner Schwägerin, der aus Schillers Leben bekannten Charlotte von Kalb, der kurfürstlichen Landeshoheit unterstellt habe. Pflicht der Selbsterhaltung und die Erkenntnis, daß ein großer Teil der reichsritterschaftlichen Güter vormals unter die Botmäßigkeit der fränkisch-bayrischen Fürstentümer gehört habe, gab er als Grund an. Auch sonst scheint er sich eine kühle Auffassung des reichsritterschaftlichen Wesens

16. Die Stiftsdamen erhielten Pensionen und zwar die Aebtissin jährlich 500 fl., die Stiftsdamen jährlich 150 fl., die Exspektantinnen jährlich 75 fl. Kr.-A. München MA. 1282/477¹/₂.

17. Schr. v. 6. VI. 1803. A. Wien RA. i. sp. 41.

18. Vgl. f. d. Folgende: Klarmann, Gesch. d. Fam. v. Kalb 1902 S. 264 f. und Ders., Dankenfeld u. d. Fam. v. Ostheim 1902.

bewahrt zu haben, was daher rühren mag, daß er erst vor wenigen Jahren aufgenommen war. Als ein Kantonszirkular auf dieses Ereignis hin „gegenüber den Bemühungen, Furcht und Bangigkeit und sonstige widrige Eindrücke in der reichsritterschaftlichen Genossenschaft zu verbreiten“, die Versicherung wiederholte, daß das Kleinod der Unmittelbarkeit auf keine Weise gefährdet sei, da beschreibt Kalb in einem Briefe an Montgelas¹⁹ dieses Kleinod als „das Recht, ungestraft rauben und plündern zu können, Deposita zu plündern, unerhörte Ungerechtigkeiten und Jurisdiktionsverbrechen zu begehen und begehen zu lassen und seine Schulden nicht zu bezahlen“. Leider waren aber seine Motive doch nicht ganz so lauter, als er uns hier glauben machen will: Die „Pflicht der Selbsterhaltung“ war der vornehmste Grund. Denn Kalb, dessen Familie noch dazu finanziell sehr herabgekommen war, lag mit dem bambergischen, später bayrischen Generalmajor Heinrich August von Marschalk zu Ostheim, dem Vertreter einer anderen Linie, über den Besitz der Güter in Streit. Die Erbtöchter betrachteten sich als Allodialerbinnen und leugneten die Lehensqualität ihrer Güter; der Lehenshof zu Würzburg aber und der Reichshofrat hatten sie als Mannlehen dem General von Marschalk zugesprochen²⁰. Durch die Unterwerfung unter die kurfürstliche Landeshoheit hoffte Kalb nun, werde man sich in München von seinem besseren Rechte überzeugen und ihn im Genusse der Güter erhalten.

Der eigenmächtige Schritt, die schnöde Verletzung des Rittersides — denn alle Mitglieder mußten die genaueste Erfüllung des Gesellschaftsvertrages geloben²¹ — erregte natürlich unter der fränkischen Ritterschaft einen Sturm

19. 18. III. 1803. K.-A. München MA. 1275/185.

20. Prom. Marschalks v. 20. VI. 1805. A. Wien RA. i. sp. 45. Note Gemmingens v. 15. III. 1803. A. Wien RA. i. sp. 42.

21. Vgl. Ueber eigenmächtige Exemtionen rr. Mitglieder in Franken v. L(eop). Gr. v. E(ß)loffstein. Erl. 1794.

der Entrüstung. Das Direktorium, das damals gerade bei Steigerwald selbst stand, zeigte sofort dem Kaiser diesen Vorfall an, „der zur Ehre unserer Genossenschaft in der Geschichte Deutschlands noch kein Beispiel hat, seinen Urheber aber hoffentlich der verdienten allgemeinen Verachtung und der Ahndung der Gesetze preisgeben wird“. Am 16. Mai erging daraufhin ein Reichshofratskonkklusum, das die Handlungsweise des Herrn von Kalb als null und nichtig kassierte, begleitet von einem kaiserlichen Patent, das die fränkische Ritterschaft „vor dergleichen Ehr- und Pflichtvergessenen, der Ritterordnung, den kaiserlichen Privilegiis und überhaupt unseren kaiserlichen und reichsritterschaftlichen juribus zuwiderlaufenden Anmaßungen“ warnte.

Wie sehr man aber der Autorität der Reichsgerichte schon mißtraute, geht daraus hervor, daß der Präsident des Reichshofrates, Graf Wallerstein, sagte: „Se. kurf. Durchlaucht kehren sich nicht daran und man hat sich in Wien kompromittiert“²². Ebenso hoffte der kurfürstliche Gesandte in Wien, Gravenreuth, man werde diesen Blitz in einen kalten Strahl verwandeln. „Man müsse dem Reichshofrat die Lust benehmen, seine Ohnmacht zur Schau zu stellen“²³. Auch Kalb ließ sich nicht schrecken. Er verbürgte sich Montgelas gegenüber, ohne dem Staat viel Kosten zu machen, unter der Hand einen großen Teil der Ritterschaft zur Unterwerfung zu bringen. Einen solchen Proselyten präsentierte er bald darauf in dem Freiherrn Karl August von Liechtenstein, einem begüterten, aber auch bis über die Ohren in Schulden steckenden jungen Kavalier, der bei dem Tausche ein gutes Geschäft zu machen hoffte, denn er verlangte außer der Würde eines Reiseoberstallmeisters und Gestütsdirektors Regelung seines Schuldenwesens und zwei Drittel

22. Walther a. Montgelas. Kr.-A. München MA. 1275/185.

23. St.-A. München K. schw. 592/83.

des Steuerbetrages seiner Untertanen als lebenslängliche Belohnung²⁴. Der Kanton dagegen trug beim Kaiser sofort auf eine Debitkommission an, um den Liechtenstein zu entmündigen und dadurch in der Gewalt zu behalten.

Man hatte in München zwar die Absicht, nach dem Grundsätze *divide et impera* möglichst schnell einige Ritter durch weitgehende Begünstigungen zu gewinnen, aber gerade diese beiden Familien genossen nicht hinreichendes Ansehen, um durch ihr Beispiel auf andere zu wirken. Die Regierung ließ sie darum im nächsten Jahre wieder fallen.

Auch die Reichsgrafen von Giech zu Buchau zeigten sich einer Huldigung nicht abgeneigt; da aber ihre Güter in der preußischen Territorialzone gelegen waren und bei der bevorstehenden Grenzregulierung an Preußen fallen sollten, so lehnte man ein solches *travailler pour le roi de Prusse* ab.

Diese Grenzregulierung wurde am 30. Juni 1803 durch einen Staatsvertrag zum Abschluß gebracht, welcher der Ritterschaft wieder einen definitiven Verlust brachte. Denn durch diesen Vertrag kamen mit den bayrischen Tauschobjekten²⁵ auch 24 Ortschaften an Preußen, in denen reichsritterschaftliche Untertanen ansässig waren. 11 davon²⁶ waren ganz in ritterschaftlichem Besitz, der Rest wies eine gemischte Obrigkeit auf. § 19 der Zessionsurkunde behielt ausdrücklich nur die Privatrechte der Ritter vor, und Preußen wandte natürlich sofort auf die Besitzer der abgetretenen Ortschaften dieselben Grundsätze an, nach denen es sonst in Ansbach-Bayreuth verfahren war. Der Widerstand einiger Ritter wurde mit Waffengewalt gebrochen.

Dieses feste System, das Preußen in der Behandlung der Ritter ausgebildet hatte, fehlte in Bayern noch; die ersten

24. Kr.-A. München MA. 1275/185.

25. Vgl. Hoff a. O. II 148 f.

26. Güttenberg, Hemhofen, Thurn, Neuhaus, Weißendorf, Thann, Neuburg, Röttenbach, Zeckern, Buch, Reinersdorf.

Maßregeln waren hier ohne Prinzip durchgeführt worden. Uebelangebrachter Eifer der Unterbehörden, jener revolutionäre Geist, der nicht einmal vor der Fürstengruft der Wittelsbacher Halt machte, hatten manchen Mißgriff²⁷ veranlaßt, und man glaubte noch nicht, daß der gutherzige Kurfürst die Schritte seiner Regierung billigen werde. „Die edle, allgemein geschätzte Denkungsart des Prinzen Maximilian kann sich im Kurfürsten nicht verändert haben“, hieß es in einer Broschüre. „Wenden sie sich, unmittelbare edle Männer, an diesen erhabenen Regenten und halten sie

27. Als solcher erwies sich besonders die Rechternsche Sache. Die Würzburger Regierung hatte auch in der dem Grafen v. Rechtern-Limbürg gehörenden unim. Herrschaft Speckfeld am Main, bestehend aus dem Städtchen Sommerhausen und den Dörfern Winterhausen, Lindelbach, Gollhofen und Neundorf, ihre Patente anschlagen lassen, und es entstand nun eine kleine Fehde. Der Graf zog sein Kreiskontingent als Wache vor sein Schloß, stellte neue Rekruten ein, verteilte Pulver, Blei und Schnaps, schief in einem Zelte auf dem Schloßplatze und ließ durch betrunkene Handwerker die Gegend abpatrouillieren und Gefangene einbringen. Am 13. Juli rückten 200 Bayern heran und überbrachten ein Dehortationspatent. Der Graf erklärte sich sofort bereit, sich mit dem kurf. Kommissar zu schießen und zu schlagen, weil er sich nicht „zum Sklaven unterjochen lassen wollte“. Die Sturmglocken riefen die Bürger zusammen; Mauern und Tore wurden besetzt. Der bayrische Hauptmann verlangte, als er 16 mal vergeblich um Einlaß geblasen hatte, „um der militärischen Ehre zu genügen“, die Eroberung der Stadt. Die Tore wurden erbrochen, Kirch- und Schloßtüren eingestoßen, die Bürgerschaft entwaffnet, wobei einem Beamten die goldene Uhr entwendet wurde. Mit einer Kriegskostenentschädigung von 131 fl. 56 kr. zogen die Sieger ab, doch hatte der Feldzug für Bayern noch unliebsame Nachspiele am Reichs- und Kreistage. Vgl. vorläufige Nachricht v. d. Vorgang in Sommershausen. — Beurkundete Darst. der d. H. Gr. v. Rechtern' widerfahrenen Eingriffe 1803. — Kurpfalzbayr. Rekurschr. a. d. Reichstag April 1804. — Gründl. Abfertigung d. kurpfb. Rekurschr. in Sachen d. regierenden Rsrgr. v. Rechtern 1804. — Beleuchtung d. sogen. gründl. Abf. 1805. — Außer dem A. Wien RA. i. sp. 47, 49. St.-A. München K. schw. 592/83.

sich überzeugt: Der Sturm geht vorüber!“²⁸ Denselben Rat erteilte ein Reichsritter Gemmingen, indem er folgende Charakteristik gab: „Der Kurfürst ist ein sehr menschenfreundlicher Herr, der jeden, der ihm naht, gern zufrieden stellt, selbst regieren will und selbst zu regieren glaubt, von sehr jovialischem Charakter ist und das Herz auf der Spitze seiner Zunge trägt. Ich glaube daher, daß, wenn ein Mitglied von hohem Rang, so als Welt- und Hofmann beim Kurfürsten sich zu insinuieren weiß und der französischen Sprache so mächtig ist als der deutschen, nach München geschickt würde, demselben es gelingen könnte, durch den Kurfürsten selbst die Schritte des Ministeriums zu hemmen“²⁹.

In der Tat ordnete Max Joseph, als das fränkische Direktorium sich an ihn wandte, eine Untersuchung an, ob die Befehle überschritten worden wären; die Behörden seien ausdrücklich angewiesen, nach den Prinzipien des Rechts zu verfahren. Zugleich sollte das System, welches man befolgen wollte, erst einmal bestimmt ausgesprochen werden. Dabei war jedoch schon der Wink gegeben, wie es „durch eifriges Nachforschen in den Archiven nicht schwer sein werde, akten- und urkundenmäßig zu beweisen, daß die Ritter bis in das 17. Jahrhundert den Bischöfen als ihren rechtmäßigen Obrigkeiten unterworfen waren, daß sie als Landsassen auf den ehemaligen Landtagen erschienen sind und den Bischöfen als ihren Landesfürsten gehuldigt haben“³⁰. Es wird sich aus den Gerichtsbüchern und Kameralakten zeigen, daß die vorzüglichsten landesfürstlichen Hoheitsrechte über ihre Besitzungen ausgeübt worden sind, die Lehenbriefe werden bewähren, daß die Güter im Territorial-Lehensverbande gestanden haben und nur durch er-

28. Resultate aus d. Für u. Wider d. freie RR. 1803 S. 68.

29. Schr. v. 4. II. 1803. A. Karlsruhe RR. Ort. 155 fol. 24.

30. Die Resultate dieser Nachforschungen i. St.-A. München K. schw. 592/92 u. i. Hist. Archiv f. Franken (hsg. v. A. S. Stumpf) 1804 I, II.

schlichene Privilegien, durch öfters widersprochene Usurpationen, durch unrichtige und parteiische Interpretationen der Reichsgesetze, durch Nachgiebigkeit der Bischöfe sich allmählich den Landgerichten und der Landeshoheit ihrer Landesfürsten entzogen haben³¹.

Montgelas war fest gewillt, diese preisgegebenen Rechte wieder geltend zu machen. Bei einer Zusammenkunft mit Hardenberg in Ansbach suchte er gemeinsame Operationen mit der preußischen Regierung zu verabreden. Hardenberg versicherte ihm zwar, daß die Ansichten seines Hofes in dieser Beziehung unverändert seien, konnte ihm aber tatkräftige Unterstützung für den Fall eines Einschreitens nicht in Aussicht stellen. „Es wurde demzufolge beschlossen, von dem einmal gegebenen Zustande auszugehen und alle Mißbräuche durch jene Mittel zu bekämpfen, welche das Gesetz noch an die Hand gab“³². Diese Politik der kleinen Mittel, auf die sich Montgelas damit angewiesen sah, gibt dem bayrischen Kampfe gegen die Ritterschaft seinen eigenen, individuellen Charakter.

In Franken zog man alle Konsequenzen aus dem Lehnungsverhältnis, in dem die Ritter zum Kurfürsten standen, und das sie auch jederzeit anerkannten. Das Lehnungsverhältnis verpflichtete ja an sich schon zu Gehorsam und Treue und gab dem Lehnsherrn ständigen Vorwand zu Vorschriften aller Art. So bestand man zunächst darauf, das bayrische Wappen in allen reichsritterschaftlichen Orten anzuschlagen, um den Lehnexus geltend zu machen. Man holte alte Ansprüche auf reichsritterschaftliche Besitzungen hervor und hob die Anwartschaften auf Lehen sämtlich auf. Man suchte die Lehnengerichtbarkeit möglichst auszudehnen und nahm den Ritterhauptleuten die durch einen fortwährenden kaiser-

31. Gegen diese Verordnung und gegen einige im Publikum verbreitete Beschwerden (s. Häberlein, St.-A. XI 309) ließ d. RR. drucken: Noten ohne bewährten Text. März 1803.

32. Montgelas, Denkw., hrsg. v. v. Freiberg S. 78.

lichen Auftrag überlassene Vormundschaftsbestallung ab. Man verbot, die Lehengüter durch neue Hypotheken zu belasten, kündigte vielmehr die von den eingezogenen Stiftern und Klöstern geliehenen Kapitalien. Dazu trat der ausgedehnte Apparat einer modernen Staatsgewalt gegen die Ritter in Tätigkeit. Mit den säkularisierten Stiftern und geistlichen Instituten waren viele bei der Reichsritterschaft immatrikulierte Güter an Bayern gekommen, z. B. die Besitzungen der Universität und des Juliushospitals in Würzburg³³. Aus allen diesen wurden die Steuerbeiträge zu den reichsritterschaftlichen Kassen sistiert, dafür bayrische Staatssteuern ausgeschrieben und auch die bisher abgabenfreien Schloß- oder Allodialgüter³⁴ der Ritter nicht verschont. Das vornehmste Streben der kurfürstlichen Behörden ging aber dahin, den Einfluß der Reichsritter auf ihre Untertanen möglichst zu beschränken. Den Bauern wurde keine Nachsteuer mehr abgenommen, sie wurden von Zoll und Akzise befreit, um ihnen die pfalzbayrische Herrschaft recht angenehm erscheinen zu lassen. Den Juden wurde befohlen, sich bei den kurfürstlichen Aemtern eine Handelskonzession und einen landesherrlichen Schutzbrief zu verschaffen, sonst würden sie als Vagabunden aufgegriffen werden; die Ausfertigung der Papiere sollte unentgeltlich geschehen. Dadurch wurde der Judenschutz von den Rittern auf den Kurfürsten übertragen, zumal ihnen außerdem verboten wurde, neue Juden aufzunehmen. Auf diese Weise suchte man die Ritter auszuhungern und mürbe zu machen. Der Zeitpunkt konnte nicht günstiger sein, denn die ökonomische Lage

33. Diese beiden Anstalten besaßen allein folgende rr. Güter: Aschenrode, Bibergau, Breitensee, 1/2 Gräfendorf, Heßlar, Morlesau, Ochsenhal, Völkersleier, Weickersgruben, Wolfsmünster, Wüstensachsen, Windheim. Ein anderes rr. Dorf, Unterschwappach, war mit d. Kloster Ebrach an Bayern gefallen. St.-A. München K. schw. 592/86. A. Würzburg RR. 1408.

34. Auch Propre- oder Domänengüter genannt.

der Ritter war damals schlechter als je. Die meisten saßen mißmutig auf ihren Gütern, durch die Säkularisation ihrer Tätigkeit beraubt und auf schmale Pensionen angewiesen. Diese Bezüge aus den Staatskassen wurden ihnen jetzt noch dazu gesperrt, wenn sie nicht den Aufenthalt im Lande nachwiesen, das heißt ihre Landsässigkeit anerkannten. Aus demselben Grunde konnten sie auch nicht in kurfürstliche Dienste treten; ihre Gesuche um Wiederanstellung erhielten sie mit dem Bemerken zurück, daß nur Landeskindern Staatsämter bekleiden könnten. Der kurfürstliche Gesandte am fränkischen Kreise, Johann Philipp v. Oberkamp, der gemeinsam mit seinem Bruder das bei Baunach immatrikulierte Gut Weißenbrunn besaß, mußte darum den Huldigungseid ablegen, was er auch ohne weiteres tat.

In Schwaben blieb es im wesentlichen bei den bisherigen Maßnahmen. Da es hier nirgends ein geschlossenes Territorium gab, so konnte man, „wenn man einen Schein des Rechtes beibehalten wollte“³⁵, hier nicht so schroff vorgehen. Innerhalb der Markungen kurfürstlicher Ortschaften wurde kein reichsritterschaftliches Kondominium, keine reichsritterschaftlichen Untertanen mehr geduldet und die Steuern aus den alten kurfürstlichen Besitzungen zurückgehalten. Dasselbe geschah, wie in Franken, mit denjenigen reichsritterschaftlichen Ortschaften, die zugleich mit säkularisierten Landen an Bayern gefallen waren. Dadurch wurde vor allem der Kanton Donau, in zweiter Linie auch Kocher und Algäu, erheblich geschädigt, denn ein großer Teil ihres Grundbesitzes war im Laufe der Zeit in geistliche Hände gekommen. Das Hochstift Augsburg³⁶, das adelige Stift St. Stephan daselbst³⁷, das Stift Kempten³⁸, die Abteien

35. Ref. Zentners 15. VI. 1803. St.-A. München K. schw. 592/83.

Es besaßen an rr. Gütern:

36. Münsterhausen, Rüblingen, Rieden, Offingen (Domkap.), $\frac{1}{2}$ Gernachhausen, $\frac{1}{2}$ Apfeltrang.

37. Asch.

38. Grönenbach, Herlishöfen, Rothenstein, Börwang, Steinen-

Kaisersheim³⁹, Wettenhausen⁴⁰ und Ottobeuren⁴¹, die Klöster Heiligkreuz⁴² und Raitenbuch⁴³, sowie endlich das Hospital zu Memmingen⁴⁴, alle hatten sie reichsritterschaftliche Güter an Bayern gebracht, die nun für die Kantone verloren waren.

Auch sah sich durch diese bayrischen Maßnahmen der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen veranlaßt, mit dem Ritterort Allmannshofen, einer Dependence des säkularisierten Klosters Holzen (Holzheim) ebenso zu verfahren.

Das standhafte Verfahren der Landesstellen nach diesen hier entwickelten Grundsätzen, besonders die Beharrlichkeit des kurfürstlichen Generalkommissars in Franken, Reichsgrafen Friedrich von Thürheim, fing bald an, seine „wohlthätigen Folgen“ zu zeigen. Denn da die Unterstützung der Ritterschaft von Wien aus nur in Zusicherungen aus der kaiserlichen Kanzlei bestand, so ließ sie nicht nur dort erklären, „daß sie sich in die Arme des Kurfürsten werfen müsse“, sondern der fränkische Ritterkreisdirektor Graf von Egloffstein und die Ritterräte Graf von Soden und Freiherr von Schrottenberg erhielten von einer Anzahl ihrer Genossen auch den Auftrag, Vertragsunterhandlungen einzuleiten. Sie machten sich Hoffnung auf eine ständische Vertretung, konnten aber keine Milderung der angeordneten harten Maßregeln erlangen, denn Thürheim hielt Beharrlichkeit und Ernst für dringend geboten, „da die unbedeutendste Zeitungsnachricht, und sollte es auch nur ein Seegefecht in einem der beiden Indien sein, die

kirch, Ebersbach, Binswangen, $\frac{1}{2}$ Gennachhausen, $\frac{1}{2}$ Apfeltrang, $\frac{1}{2}$ Stein z. Stein, Lautrach, Langenegg.

39. Bibrachzell, $\frac{1}{2}$ Unterstotzingen.

40. Anhausen.

41. $\frac{1}{2}$ Stein z. Stein.

42. Sohligsheim (?).

43. Osterzell.

44. Omatingen, Schwaighausen. A. Wien RA. i. sp. 40, 44.

besten Vorsätze der Ritter umzustößen vermöge“⁴⁵. Aber die orthodoxe Partei, an ihrer Spitze die Ritterhauptleute Stauffenberg, Tann und Seckendorf, böten alles auf, die Abtrünnigen von ihrem ruchlosen Beginnen abzuhalten. Man nahm allen Mitgliedern das Versprechen ab, sich nicht zu unterwerfen, das treue Festhalten am Bunde ward als Ehrensache angesehen, viele hegten ohnehin die Hoffnung, daß mit dem baldigen Sturze des französischen Gouvernements die alte Ordnung der Dinge zurückkehren werde. Das Ritterdirektorium, das sich mit den Kanzleien von Baunach, Steigerwald und Gebirg hinter die Mauern der freien Reichsstadt Nürnberg geflüchtet hatte, übergab Thürheim dringende Vorstellungen⁴⁶, es wollte Unterhandlungen im Namen des gesamten Corporis anknüpfen, allein Thürheim lehnte dies ab mit dem Begründen, das Vorgehen der Behörden richte sich nur gegen einzelne widerspenstige Vasallen. Darauf suchte das Direktorium mit Umgehung des fränkischen Landeskommisariats auf den Kurfürsten und auf Montgelas direkt einzuwirken; aber Montgelas ließ die Schreiben unbeantwortet zu den Akten gehen und Max Joseph gab ihnen alsbald seine Absicht deutlich kund.

Am 29. Oktober 1803 ritt ein kurfürstlicher Regierungsekretär, von je 4 Trompetern und 12 Chevauxlegers begleitet, durch die Straßen von Bamberg, Würzburg und Schweinfurt und verlas auf den öffentlichen Plätzen ein Publikandum⁴⁷, die Festsetzung der Verhältnisse des eingewanderten Adels betreffend. Der Kurfürst hätte aus dem erstatteten umständlichen Vortrage die Ueberzeugung geschöpft, daß die Reichsritterschaft in Würzburg und Bamberg ursprünglich landsässig gewesen wäre und sich allmählich und widerrechtlich der Landeshoheit entzogen hätte.

45. Schr. v. 30. VII. 1803. St.-A. München · K. schw. 592/83.

46. St.-A. München. K. schw. 592/83, 592/84, 592/85, 592/86.

47. Häberlein, St.-A. XI 310.

Dadurch wären kleine Staaten im Staate entstanden, welche sich mit den unverjährbaren Regierungsrechten nicht vertragen, zumal die geistlichen Landesherren als bloße Administratoren eines Reichseigentums nicht befugt gewesen wären, etwas daran zu verschlimmern. Der Kurfürst sei es sich selbst, dann der Sicherheit und dem Wohlstand der fränkischen Provinzen schuldig, diesen den Gang der Regierung lähmenden Mißstand zu beseitigen. Daher gehe der ernstliche Wille dahin, daß die Verfassung der Reichsritterschaft auf den Punkt zurückgeführt würde, von welchem sie sich auf eine rechtsbeständige Art nie habe entfernen können, wobei man jedoch die Meinungen und Wünsche der Ritter selbst vorher gerne vernehmen würde.

Zu diesem Zwecke wurden auf den 15. November 16 der angesehensten Ritter aus den beiden fränkischen Fürstentümern nach Bamberg geladen. Die Ausbleibenden wurden unter Hinweis auf ihre vasallitischen Pflichten mit Ahndung an Person und Vermögen bedroht. Drei davon waren aber nur als Ersatzleute gedacht, um gegebenenfalls störrische Elemente entfernen zu können⁴⁸. Dieser Gedanke erwies sich als sehr glücklich. Denn der heftigste Vertreter der Opposition, der Ritterhauptmann von Seckendorf, der auf die Vorladung hin sich mit den Häuptern der orthodoxen Partei auf seinem Gute zu Markt Sugenheim beratschlagt hatte, erbat sich Urlaub, um nach München zu reisen und beim Kurfürsten persönlich vorstellig zu werden. Als sich die anderen Ausschußmitglieder dann am festgesetzten Tage versammelten, erfuhr Thürheim durch seine Spione, welche die Ritter in der Stadt beobachteten, daß noch zwei andere Ritter gegen die kurfürstliche Regierung Stimmung machten, nämlich der Freiherr von Horneck, „der vorpredigte lieber

48. Dies geschah auch mit dem in Bamberg ansässigen Ritterhauptmann Schenk v. Stauffenberg, der am 13. Nov. durch einen Oberleutnant aus der Stadt ausgewiesen wurde. Er wurde bald darauf vom Kaiser zum Kammergerichtspräsidenten ernannt.

zu sterben als eine Subjektion einzugehen“, und der Freiherr von Greiffenklau, „der in den Wirtsstuben den ritterlichen Haudegen und Renommisten spielte“⁴⁹. Beide erhielten zu ihrer Ueberraschung die Erlaubnis zugestellt, wieder nach Hause zu reisen.

Auf die übrigen⁵⁰ glaubte sich Thürheim verlassen zu können. Am 15. gab er ihnen eine große Tafel und bestellte sie für den folgenden Tag auf das Schloß. „Aus psychologischen Gründen“ hielt er eine pomphafte Eröffnung für nötig, um den Rittern einen vorteilhaften Begriff von der Majestät ihres neuen Landesherrn zu geben⁵¹. Im Kaisersaal des Schlosses empfing sie eine Ehrenkompanie von 60 kurfürstlichen Grenadieren; dann trat Thürheim an der Spitze der höchsten Zivilbeamten und Militärs herein, nahm unter einem Thronhimmel mit dem Brustbild Max Josephs Aufstellung und begrüßte die geladenen Ritter mit einer feierlichen Ansprache. „Sie müssen in die Linie zurücktreten, so schloß er, auf der ihre Vorfahren gestanden sind, und sie sollen den richtigen Punkt behaupten und erhalten, der ihnen im Staate gebührt. Dem Staate müssen sie wieder angehören, sie müssen ein Vaterland finden, und die Unglücklichen aus ihrer Mitte, ihre Witwen und Waisen, müssen wieder fühlen, wie trostvoll es ist, unter dem Schutz lebendiger Gesetze zu stehen.“ In seiner Antwort gelobte Graf von Egloffstein als Direktor des fränkischen Ritterkreises, daß „ihr Eifer in steter Ausübung vasallitischer Treue unübertroffen“ wäre, verwahrte aber in allgemeinen und bescheidenen Ausdrücken die Rechte des Kaisers. Thürheim

49. Thürheim a. d. Kurf. 20. XI. 1803. St.-A. München K. schw. 592/85.

50. Es waren: Bechtolsheim, Egloffstein, Gebsattel, Guttenberg, Künsberg, Münster, Redwitz, Rotenhan, Schrottenberg, Soden, Tann, Wiesenthau, Würzburg.

51. Vgl. f. d. Folgende: Verh. d. auf kurf. höchsten Befehl einberuf. Vers. rr. Glieder. Bamberg 1803 gedr. (St.-A. München K. schw. 556/46, 592/85 A. Würzburg RR. 525).

nahm von dieser Verwahrung keine Notiz, sondern übergab ihnen einen Entwurf der künftigen reichsritterschaftlichen Verfassung⁵², den sie in täglichen Ausschußsitzungen beraten sollten. Dieser Organisationsplan war nach dem Muster der ansbach-bayreuthischen Konstitution gearbeitet und ließ den Rittern weitgehende Rechte; selbst ein Ausschußmitglied, der uns bereits wohlbekannte Graf von Soden, mußte anerkennen, daß „die der Versammlung zum Leitfaden mitgeteilten Grundsätze unverkennbar milde und weise seien und den Geist einer liberalen Regierung atmeten“.

Doch ehe die Ritter sich zu der geforderten Beratung bequemten, war es zu erwarten, daß sie sich in der ersten Sitzung mit einer großen, das ganze reichsritterschaftliche Wesen umfassenden Protestation beschäftigten. Auch als Thürheim dieses Elaborat verwarf, versuchten sie, ihrem Auftrage noch ein paarmal auszuweichen. Einige, so der Freiherr von Würzburg, der 100 000 fl. in Wiener Fonds hatte, deren Konfiszierung er im Falle seiner Unterwerfung fürchten mußte, meldeten sich krank, und wurden auf ärztliches Zeugnis hin auch entlassen. Die andern wandten sich, „dem Rufe der Pflicht und der Stimme des Ehrgefühls folgend“ an den Kaiser, bis ihnen Thürheim am 17. November eröffnete, der Ritterausschuß habe seinen beharrlichen Ungehorsam so oft erklärt, daß die fernere Fortdauer desselben ganz zwecklos sein würde. Zugleich gingen wieder wie im Frühjahr Exekutionskommandos, „mit welchen es aber so ernstlich nicht gemeint war“, nach den Gütern der renitenten Ritter ab. Am nächsten Tage hatten diese bereits die Berichte ihrer Verwalter in Händen, daß die „Strafbayern“ schreckliche Kosten verursachten und jeden Abend „Gebratenes“ verlangten. Der Ausschuß war „bis zu Tränen

52. Erste Gedanken und Zusätze. Weitere Entwürfe s. A. Würzburg Admin. 1256/174; schließlich wurde publiziert: Verfassungs-
urk., abgedr. b. Häberlein, St.-A. XII. 42.

angegriffen“ und erklärte sich jetzt, durch den eingetretenen „moralischen Drang“ gezwungen, bereit, den Wünschen des Generalkommissariats zu willfahren. Mit Ausnahme des Freiherrn von Rotenhan leisteten sie den Untertaneneid und führten die Beratung des von der Regierung vorgelegten Entwurfes ohne Unterbrechung zu Ende. Thürheim war mit seinem Erfolge höchlichst zufrieden; er bestellte den Ritterausschuß zum provisorischen Direktorium der bayrisch-fränkischen Ritterschaft, brachte beim Kurfürsten ein Gehalt von 5000 fl. für den Direktor und von je 2500 fl. für die beiden in Aussicht genommenen Ritterhauptleute in Vorschlag und betrieb die Eröffnung eines kaiserlichen Landgerichtes als *forum privilegiatum* für die Ritter, das nach dem Muster des Reichshofrates aus einer Herren- und einer Gelehrtenbank bestehen sollte. „Da der fränkische Adel sehr an Auszeichnungen zu hängen schien“, wurde wie in Ansbach-Bayreuth auf eine Ritteruniform Bedacht genommen und auch ein Ordenskreuz vom Kurfürsten bewilligt, auf der einen Seite den pfalz-bayrischen Löwen mit der fränkischen Fahne zeigend, auf der anderen die Umschrift: Max. Jos. instit. 1803.

Die Dinge ließen sich wirklich gut an. Das provisorische Direktorium arbeitete mit Eifer und Tätigkeit. Am 28. November untersagte es den Patrimonialämtern den Verkehr mit dem Ritterdirektorium in Nürnberg, am 5. Dezember gebot es ihnen, auf das Regierungsblatt zu abonnieren und ließ sich die Siegel des Kantons Baunach aushändigen. Bis zum 1. Dezember sollten alle Ritter und ihre Beamten den Untertänigkeitseid geleistet haben. Die kurfürstlichen Offiziere gingen damit voran⁵³, auch die gutsherrlichen Be-

53. Allerdings mit einer Ausnahme: Der Oberstleutnant und Divisionskommandeur d. Chevauxlegers-Reg. v. Bubenhoven, Freih. v. Münster, erklärte, „daß er keinen Schritt tun werde, der ihn vor aller Welt brandmarken müßte“. Ber. Thürheims v. 27. XII. 1803. St.-A. München K. schw. 592/86.

amten kamen der Aufforderung willig nach. Die Exekutionskommandos, die bei den renitenten Rittern ins Quartier gelegt wurden, wurden „mit vollem Jubel“ und „mit offenen Armen“ von den Bauern empfangen; am 16. Dezember hatten von 176 Rittern 76 sich unterworfen, 61 den Eid verweigert, während 39 noch ausstanden. Von 142 Patrimonialämtern hatten 94 gehuldigt, und unter diesen befanden sich die begütertesten und angesehensten Familien des fränkischen Adels⁵⁴. Selbst die Grafen von Schönborn⁵⁵, von Castell⁵⁶ und von Giech⁵⁷ trugen kein Bedenken, für ihre in Würzburg-Bamberg gelegenen Besitzungen die kurbayrische Hoheit anzuerkennen; sie wurden wegen ihrer reichsständischen Eigenschaft von der persönlichen Eidesleistung entbunden.

Das bayrische Beispiel war zu verlockend, um nicht alsbald Nachahmung zu finden. Gedeckt durch das Vorgehen des Hauptes der deutschen Trias glaubten die Kleineren und Kleinsten, dieselben Grundsätze aufstellen zu können.

Zuerst sprang das Feuer auf die benachbarten ernestinschen Herzogtümer über. Nördlich des Thüringer Waldes befanden sich keine reichsritterschaftlichen Güter mehr, dagegen lag das Henneberger Quartier des Kantons Rhön-Werra fast ganz im Bereiche des Herzogtums Meiningen. Auch die Fürstentümer Würzburg und Bamberg wiesen einige versprengte sächsische Lehen auf⁵⁸. Ohne Rücksicht

54. St.-A. München K. schw. 592/86.

55. Für Gaibach, Rabeneck, Kirchahorn, Weyer, Euerheim, Zeilitzheim.

56. Für Burghaslach und Breitenlohe.

57. Für Wolkendorf.

58. So rührten von Sachsen-Eisenach im Bambergischen die Dörfer Fröhnstockheim und Rödelsee; im Würzburgischen waren

auf diese verquickten und verkapselten Levensverhältnisse waren diese Güter von Bayern gleich bei der ersten Okkupation der Entschädigungslande mitbesetzt worden. Dies reizte den Appetit der Thüringer. Sachsen-Gotha forderte im Juni 1803 seinen Lehenmann, den uns wohlbekannten General von Marschall, der das Gut Marisfeld⁵⁹ besaß, auf, Kriegsteuer zu entrichten und zu diesem Zwecke ein Inventar der Gutsteile einzusenden. Da dieser Flecken im Amte Themar lag, von dem Gotha $\frac{7}{12}$ und Koburg $\frac{5}{12}$ besaßen, so schloß sich die koburgische Regierung dieser Weisung an⁶⁰. Konnte man dies noch als eine bloße Verschärfung der vasallitischen Pflichten betrachten, so ließen die folgenden Ereignisse keinen Zweifel mehr übrig, daß auch außerhalb Bayerns die Ritterverfolgung begann. Durch gemeinsame Patente vom 22. und 24. November verkündigten die Herzöge Franz von Koburg und Georg von Meiningen, daß sie, „um nicht hinter den kurpfälzischen Vorschriften zurückzubleiben“, alle reichsritterschaftlichen Güter in ihren Landen provisorisch besetzen würden. Der Ritterhauptmann von Seckendorf mußte als ihr Gesandter dies dem Reichstage anzeigen. Das ganze Henneberger Quartier wurde dadurch aufgestört, wegen seines hier gelegenen Gutes Melkers auch der kaiserliche Gesandte Freiherr von Fahrenberg als Landsasse angesprochen, so daß sich bei ihm fortan Amtspflicht und Selbsterhaltungstrieb zur Befürwortung der reichsritterschaftlichen Klagen vereinigen mußten.

Das Henneberger Quartier bestand jedoch nicht nur aus rein sächsischen Lehen, auch würzburgische lagen darin

meiningensche und römhildische Lehen die Ortschaften: Aschenbach, Bettenburg, Eichenhausen, Friesenhausen, Birx (Pirx), Waldbehrungen, Hafenprebach ($\frac{1}{4}$), Waltershausen (z. T.), Maßbach (z. T.). — Vgl. auch J. A. v. Schultes, Hist. statist. Beschr. d. Grfsch. Henneberg. Hildburgh. 1799 I 4, 680 f.

59. Ueber d. angebliche Unm. dieses Gutes vgl. v. Schultes a. O. I 3, 395 f.

60. A. Koburg B II 7 Nr. 238.

zerstreut; einige, wie Höchheim⁶¹, Mühlfeld⁶¹, Irmels-
hausen⁶¹, Gleichewiesen⁶¹ (z. T. römhildisch) Nordheim⁶²
und Berkach⁶³ hatten die Bayern deshalb besetzt, andere wie
Walldorf⁶³ und Bibra⁶¹ ($\frac{1}{6}$ bayr., $\frac{5}{6}$ sächs.) freigelassen⁶⁴.
Um nun wegen der Besetzung sächsischer Lehen ein Pfand
in die Hand zu bekommen, schlugen die beiden Herzöge jetzt
in allen diesen Ortschaften ebenfalls ihre Patente an. Sie
eröffneten Verhandlungen mit dem Münchener Hofe, um
diese enklavierten Lehen gegenseitig auszutauschen⁶⁵. Dieser
Vorschlag entsprach ganz den Prinzipien der bayrischen
Regierung, und sie erklärte sich bereit, zur Purifikation mit-
zuwirken. Schon am 30. November wurde eine provisorische
Uebereinkunft abgeschlossen; der definitive Vertrag kam
jedoch erst am 20. Juni 1808 mit dem Großherzog von
Würzburg zustande⁶⁶.

Nach einer Woche wurde ein anderes Quartier
des Kantons Rhön-Werra von dem großen Sterben
ergriffen, die Ritterschaft in Buchen, die bisher gegen alle
Versuche des Stiftes Fulda ihre Unmittelbarkeit standhaft
behauptet hatte⁶⁷. Doch jetzt herrschte nicht mehr der
nachsichtige Krummstab im Lande, sondern das moderne
Regiment eines Fürsten aus der Schule Preußens, des hohen-
zollernschen Klienten Wilhelm Friedrich von Oranien, dem
die mächtige Fürsprache seines Verwandten diese Entschädi-

61. Bes. Bibra.

62. Bes. Tann.

63. Ganerbinat.

64. Hier lag auch das Wolzogensche Gut Bauerbach, Schillers
Asyl nach der Flucht aus Stuttgart. Des Dichters Gedanken schweiften
damals hinüber zu seinem Schwager Wilhelm von Wolzogen, indem
er ihm schrieb: „Auch dein B. wird wohl mit ins Gedränge kommen.“
Vgl. Fr. Jonas, Schillers Briefe, Krit. Gesausg. 1892 f. VII 68/9.

65. Schr. d. meining. Reg. v. 24. XI. 1803. St.-A. München K.
schw. 592/85.

66. A. Meiningen 197 Nr. 25 und 33.

67. Vgl. Die Ritterschaft in Buchen 1805.

gung für die verlorene väterliche Erbstatthalterwürde verschafft hatte. Es war zu erwarten, daß der neue Herr sich auch die Grundsätze seines Protektors hinsichtlich der Reichsritterschaft aneignen werde. Er erließ am 29. November ein Patent, das dem meiningenschen ähnelte, worin er bis zur Regelung der augenblicklichen Wirren die Landeshoheit in Anspruch zu nehmen erklärte und die Ritter auf den 16. Januar 1804 zur Huldigung vorlud, was aber dann durch ein Reskript⁶⁸ vom 11. Januar aufgeschoben wurde. Auch hier mußte ein Ritterhauptmann, der Freiherr von der Tann, als Minister die Hand zum Einschreiten gegen seine Standesgenossen bieten. Die Beute, die hier winkte, war nun in der Tat verlockend. Denn außer dem reichen Besitz der Geyso und Thüngen wies das buchische Quartier drei der bedeutendsten Territorien der Reichsritterschaft auf, die Grafschaft Schlitz an der Fulda, den Besitz des preußischen Ministers von Görtz, der $3\frac{3}{4}$ Q.-M. groß war, ferner die Herrschaft Tann an der Ulster, bestehend aus dem gleichnamigen Städtchen mit der buchischen Kanzlei und 22 Dörfern, sowie die außerhalb des Kantonsverbandes stehenden, aber zu Rhön-Werra steuerbaren⁶⁹ Riedeselschen Güter, die von den drei Zweigen dieses uralten freiherrlichen Geschlechtes ganerbschaftlich besessen wurden und ein Gebiet von über 3 Q.-M. mit 21 000 Einwohnern umfaßten⁷⁰. An den Burgen zu Schlitz und an den Schlössern zu Tann wurden die Patente auch alsbald angeheftet; zur Okkupation der Riedeselschen Herrschaft Lauterbach aber requirierte man kurhessische Hilfe, welche dieser befreundete, ja ebenfalls zur preußischen Partei zählende Hof bereitwillig zusagte.

Kaum war jedoch das kurhessische Militär eingerückt,

68. Häberlein, St.-A. XI 459; vgl. Bemerkungen z. d. fuld. Reskript 1804.

69. Sie zahlten jährlich eine Pauschalsumme v. 1250 fl. und den 8. Teil v. allen außerordentlichen Leistungen des Kantons.

70. Näh. Zussatz. b. Berghaus a. O. I 2, 256 f.

als es sofort in Lauterbach und in Schlitz Patente seines eigenen Landesherrn affigierte, denn der habgierige Kurfürst Wilhelm I. gedachte, diese fetten Bissen selbst zu schlucken. Schon früher hatte es ihn einmal nach fremdem Gute gelüstet, als er 1787, damals noch Landgraf mit der Ziffer IX, nach dem Aussterben der Grafen von Lippe-Bückeburg den lippeschen Teil der Grafschaft Schaumburg als heimgefallenes Lehen einzuziehen suchte, darüber aber mit dem Fürstenbunde in Konflikt geriet⁷¹. Auch jetzt stieß er bald wieder, als er die Exekution in reichsritterlichen Gebieten weiter ausdehnte, mit den Nachbarn zusammen, und zwar im Thüngenschen Amte Zeitlofs mit Bayern, im Landgerichte Krombach mit dem Erzkanzler und in der Wetterau mit Hessen-Darmstadt. Das Patent, das er zur Rechtfertigung seiner Maßnahmen erließ, ist typisch in der Motivierung: „So wenig wir auf der einen Seite gewillt sind, hergebrachte ritterschaftliche Gerechtsame zu kränken, so wenig können wir auf der anderen Seite doch zugeben, daß die in Unseren Staaten eingesessene oder wenigstens hier angrenzende Ritterschaft und in Lehens- oder sonstigen Beziehungen damit stehenden ritterschaftlichen Besitzungen von anderen Landesherren in Anspruch genommen werden; indem vielmehr, sobald eine abgeänderte Einrichtung hierbei stattfinden wird, Unser Kurhaus darauf die nächsten Ansprüche hat und wir deshalb die nämlichen Maßregeln, womit Uns von anderen hohen Mitständen bereits vorgegangen worden, ebensowohl zu ergreifen befugt sind, so finden wir . . .“ Diese Ansprüche, die der Kurfürst hier geltend machte, trafen gegen Süden und Osten den Kanton Odenwald⁷², gegen Westen den Kanton Mittelrhein⁷³. Zum ersteren steuerten die

71. Häusser I 213 f.; Ranke, D. deutschen Mächte S. 256 f.

72. Güter- und Mitgliederverzeichnis. A. Würzburg RR. 500. Promem. d. fränk. Direkt. A. Wien RA. i. sp. 45, 48, 49.

73. Promem. d. K. Mittelrhein. A. Wien RA. i. sp. 41.

Herrschaften Eppertshausen⁷⁴, Huckelheim⁷⁵, Oberwestern⁷⁵, Unterwestern⁷⁵, Kahl⁷⁵ und Schöllkrippen⁷⁵, zum letzteren die Ortschaften Lindheim⁷⁶, Beienheim⁷⁷, Melsbach⁷⁸, Ockstadt⁷⁹, Dornassenheim und Höchst a. d. Nidder. Das letzte Gut gehörte dem kurhessischen Geheimrat und Komitialgesandten von Günderrode, der es sich nicht nur gefallen lassen mußte, daß seine eigene Regierung sein väterliches Erbe in Beschlag nahm, sondern auch die Pflicht hatte, die Maßnahmen seines Hofes vor dem Reichstage zu vertreten. In Lengsfeld und Weilar stritten sich bereits Meinungen und Oranien um die Beute; jetzt schlugen die Kurhessen ihr Patent als drittes darüber an. Eine größere Erwerbung bedeutete der aus 6 Ortschaften bestehende sogenannte Huttensche Grund bei Salmünster, welcher der Familie Hutten zum Stoltzenberg zuständig war. Auf die Beschwerde des Majors Karl von Hutten in Gelnhausen kam der Bescheid, man habe sich bewogen befunden, dies zu tun, „weil nicht ohne Grund zu besorgen, die Anmaßungen eines benachbarten Reichsstandes realisiert zu sehen.“

Dieser Reichsstand war der Darmstädter Vetter, Landgraf Ludwig X., der Sohn der großen Landgräfin Karoline, welcher inzwischen auch zur Offensive übergegangen war. „Da wir uns nach dem Beispiel anderer Unserer Mitstände veranlaßt finden, hieß es in seinem Patent vom 9. Dez., sämtliche bisher reichsunmittelbar gewesene Gutsbesitzer, Ritterballeien und Vasallen in Unserem Territorialumfange mit allen ihren Burgen, Gütern und Insassen nebst Zubehörungen als wirkliche Landsassen Unserer fürstlichen Lande anzusehen, und über solche hinfüro, doch nur provisorie und

74. Bes. Groschlag.

75. Bes. Schönborn.

76. Bes. Specht v. Bubenheim.

77. Bes. Rau v. Holzhausen.

78. Bes. Wetzel.

79. Bes. Frankenstein.

bis diese Angelegenheiten durch gütliche Ausgleichung oder auf andere Weise vollends beseitigt sein werden, die Landeshoheit mit allen damit verbundenen Regalien und Rechten in vollem Maße auszuüben, so befehlen wir . . .“ Er ging am rücksichtslosesten vor; überhaupt stieg mit der Zahl der Jäger die Hitze des Treibens, dem die Reichsritterschaft unterworfen wurde. Wieder bekam der langgestreckte Kanton Odenwald die fürstliche Nachbarschaft zu fühlen⁸⁰. In Fränkisch-Krumbach⁸¹ und Hoffenheim⁸¹, in Lautenau⁸², Gumpen⁸² und Winterkasten⁸², in Georgenhausen⁸³ und Birkenau⁸⁴ rückten kleine Kommandos von 10–20 Mann ein, schlugen die Patente an, nahmen den Schulzen die Handtreue ab und legten sich auf Kosten ihrer Wirte in die Quartiere. In Eppertshausen fanden sie diese schon von den Kurhessen eingenommen, sie blieben gleichwohl im Orte, der nun eine doppelte Einquartierung zu tragen hatte. Aus dem gräflich Schönbornschen Orte Heusenstamm wurden sie dagegen wieder abberufen. Dafür besetzten sie Messel, das der ehemalige kurmainzische und jetzt kurerzkanzlerische Minister Albini 1799 nach dem Aussterben der Familie Groschlag als kurmainzisches Lehen erhalten und nach langem Rechtsstreite⁸⁵ auch behauptet hatte. Dadurch ward wieder ein Träger der hohen Politik in seinen Interessen verletzt und gegen diese Gewalttätigkeiten gestimmt. Auch aus dem ritterschaftlichen Kollektationsrecht erwuchs für Darmstadt Streit wie für Bayern in Schwaben. Durch den Deputationsrezeß war die Herrschaft Neckarsteinach, be-

80. Beschw. Odenwalds v. 13. u. 28. XII. 1803. A. Wien RA. i. sp. 41.

81. Bes. Gemmingen.

82. Bes. Prettlach u. Ulner

83. Bes. Jaxthausen.

84. Bes. Wambold.

85. Reuß, St.-K. 1801 III 195 f.

stehend aus dem Städtchen gleichen Namens und einigen Dörfern, von Mainz an Darmstadt gekommen. Diese Herrschaft war ursprünglich ritterschaftlich gewesen, dann an Worms und Speyer gefallen; die beiden Stifter hatten das Kollektationsrecht aber noch 1783 durch einen Vergleich gewährleistet, den der neue Besitzer nun nicht mehr anerkennen wollte⁸⁶.

Im schwäbischen Ritterkreise führte Darmstadt ebenfalls das neue Faustrecht durch. Ganz isoliert vom Stammlande hatte es hier eine Besetzung von Baden durch Tausch erworben, die weiland freie Reichsstadt Wimpfen. Diesen Stützpunkt benutzte es jetzt, um die in geringerer und größerer Entfernung liegenden reichsfreien Güter zu besetzen. Aus Bonfeld⁸⁷, Heinsheim⁸⁸, Massenbach⁸⁹, Hausen⁹⁰, Berwangen⁹¹, Guttenbach, Schweigern⁹⁰, Treschklingen⁸⁷, Menzingen⁹², Michelsfeld⁸⁷, Ehrstädt⁹³, Bobstadt⁸⁷ und Rappenuau⁸⁷ wurden dem Kanton Kreichgau die Steuern gesperrt⁹⁴ und widerharige Dörfer mit Exekution belegt. Es waren das zum Teil dieselben Dörfer, derentwegen der Kanton 1779 jenen berüchtigten phrasenreichen und inhaltsleeren Vertrag⁹⁵ geschlossen hatte, damit nicht die große Handelsstraße von Nürnberg nach dem Rheine an ihnen ein unübersteigliches Hindernis fände. Jetzt fielen sie kaum ein Menschenalter später wehrlos in die Hand des nächsten besten Gewalthabers. So hatten sich die Zeiten geändert.

86. Promem. Odenwalds v. 13. VIII. 1804. A. Wien RA. i. sp. 51.

87. Bes. Gemmingen.

88. Bes. Rackwitz.

89. Bes. Massenbach.

90. Bes. Neipperg.

91. Bes. Helmstädt.

92. Bes. Menzingen.

93. Bes. Degenfeld.

94. Beschw. Kreichgaus v. 12., 15., 18. XII. 1803. A. Wien RA. i. sp. 41.

95. Abgedr. i. Maders Mag. II 323 f.

Auch der Kanton Mittelrhein blieb von den Eingriffen des Landgrafen nicht verschont⁹⁶. Die Kurhessen hatten hier schon die Orte Ockstadt, Melsbach, Beienheim und Dornassenheim besetzt, nur in Steinfurt⁹⁷ fand der Landgraf das Nest noch leer. Doch ließ er auch in den übrigen Orten seine Rechte geltend machen, und so hingen denn die beiden hessischen Patente friedlich nebeneinander an den Kirchtüren. Das meiste Aufsehen machte aber die Ueberrumpelung der Reichsburg Friedberg⁹⁸, die von drei Kompagnien Darmstädter Militärs nach fünfwöchentlicher Belagerung am 21. Januar 1804 im Schutze der frühen Dämmerung eines regnerischen Wintertages mit List⁹⁹ genommen wurde. Auch die zur Burg gehörige Freigrafschaft Kaichen sowie die Ganerbschaft Staden waren von Darmstadt besetzt worden. Doch wieder störte der feindliche Vetter in Kassel seine Kreise. Am 12. Dezember rückten kurhessische Kriegsvölker in die Grafschaft ein und besetzten sie „als in dem kurhessischen Gebiete eingeschlossen.“ Die darmstädtischen Patente mußten hier den kurhessischen weichen.

Es war für den Burggrafen Waldbott v. Bassenheim eine sorgenvolle Zeit; denn außer den Rechten der kaiserlichen Burg hatte er auch noch seine eigenen zu verteidigen, die durch den Verlust seines linksrheinischen Besitzes schon sehr geschmälert waren. Am 3. Januar 1804 ließ nämlich der

96. Promem. d. K. Mittelrhein v. 15., 23. XI. 1803. A. Wien RA. i. sp. 41.

97. Bes. Löw.

98. Die Episode ist erzählt b. Berghaus a. O. II 1, 388 f.; Bredows Chron. I 506 f.; vgl. Promem. d. B. Friedberg v. 16. XII. 1803, 28. I. u. 21. III. 1804 gedr. (Darmst.) Denkschr. über d. militär. Besetzung d. B. Friedberg 1804 gedr.

99. Es erschienen vor dem Tore einige Militärs in bürgerlicher Kleidung und verlangten Einlaß. Kaum hatte die Wache das Tor geöffnet, so drängten 50 Mann, die bis dahin im Versteck gelegen hatten, in den Burghof nach.

Fürst Friedrich August von Nassau-Usingen die zwei, zu des Grafen unmittelbarer Reichsherrschaft Reiffenberg gehörigen, im Verbande der Reichsritterschaft stehenden Dörfer Arnoldshain und Schmitten militärisch besetzen, mit dem Befehle an die Einwohner, nichts mehr an die Reichsritterschaft zu bezahlen. Ein in Kupfer gestochenes nassauisches Wappen wurde angebracht, und als der Verwalter des Grafen an den rächenden Arm der Reichsgerichte erinnerte, da antwortete ihm der usingensche Amtskeller hohnlachend, daß man auf reichsgerichtliche Mandate nicht achte. Auch in Seelenberg wurde der offene Brief des Fürsten angeschlagen, während in Ober- und Niederreiffenberg die in der Eile vor dem Rathaus versammelte Gemeinde das kleine usingensche Jägerdetachement zur Umkehr zwang. Die Besetzung Seelenbergs wurde allerdings bald als „Irrtum“ entschuldigt; in den beiden ritterschaftlichen Orten aber rückte eine ganze Jägerkompagnie ein, um die fürstlichen Ansprüche aufrecht zu erhalten¹⁰⁰.

Auch sonst beteiligte sich Nassau-Usingen eifrig an dem Rittersturm, obgleich hier einer der wärmsten Fürsprecher des reichsritterschaftlichen Wesens am Ruder stand, der Freiherr von Gagern. Zunächst gab es auch hier einen Streit über das Kollektationsrecht, und zwar wegen des bei Mittelrhein inkorporierten Dorfes Falkenhausen, das nach dem Aussterben der Familie von Bettendorf (1783) als erledigtes Lehen heimgefallen war. Sodann richtete man begierliche Blicke auf die gesegneten Weinorte des Rheingaus. In den Dörfern Rüdesheim, Aßmannshausen, Johannisberg, Hattenheim, Geisenheim, Winkel und Mittelheim waren die Grafen Eltz, Westphalen, Schönborn und Metternich, sowie die Freiherren Langwerth, Sreiffenklaus, Frenz und Reigersberg begütert. Am 18. Dez. 1803 machte nun das usingensche

100. Promem. d. Gr. v. Bassenheim v. 6. I., 28. II. 1804; dagegen 2 Promem. v. Nassau. A. Wien RA. i. sp. 44

Amt in Eltville den Amtleuten aller dieser Herren die Anzeige: „sie möchten in gegenwärtiger Crisi mit Abführung der Rittersteuern an sich halten.“

Dem Vorgehen Nassau-Usingens schloß sich bald Nassau-Weilburg an. Beide Fürsten erließen am 28. Dezember 1803 ein gemeinsames Patent. Die schlecht verhehlte Habsucht, die sich nur auf Gründe der Konvention stützte, kam in jedem neuen dieser Machwerke unverhüllter zum Ausdruck. „Es sei nicht an ihnen, hieß es darin, zu entscheiden, ob die Fortdauer der Reichsritterschaft zu den Reichsverhältnissen passe, indessen hätten sie beschlossen, ihre wahre Intention provisorisch kundzutun.“ Im Wetteifer miteinander fielen sie nun über die reichsritterschaftlichen Enklaven her¹⁰¹. Weilburg besetzte die Güter der Grafen von Boos zu Sayn und der Grafen von Kesselstadt um Limburg, ferner die Herrschaft Müllenbach¹⁰², zwei Rittergüter zu Horchheim¹⁰³ und einige andere Ortschaften¹⁰⁴. Usingen dehnte seine Ansprüche auf die fürstlich Hatzfeldische Herrschaft Wildenberg und die gräflich Leyensche Herrschaft Nievern an der unteren Lahn aus und schädigte auch sonst noch reichsritterschaftliche Familien, wie die Breidbach, Andrä, Holzhausen, Sohler und die Stein zu Nassau, denen es die Dörfer Frücht und Schweighausen einzog. Aber hier wurde ihm eine Abfertigung zu teil, wie sie glänzender nicht gedacht werden konnte. Der Besitzer dieser beiden Ortschaften, der damalige Oberpräsident der preußischen Provinzen in Westfalen, Freiherr Karl vom Stein, richtete am 13. Jan. 1804 von Münster aus jenes männlich kühne Schreiben an den Fürsten von Usingen, das seinen Namen zuerst durch ganz Deutschland trug und in keinem Archive bei den be-

101. A. Wien RA. i. sp. 41, 42. A. Darmstadt Mrh. RR. Konv. 40 III fol. 127 f.

102. Bes. Wrede.

103. Bes. Eiß.

104. Greiffenklaus.

treffenden Akten fehlt¹⁰⁵. Der dem reichsunmittelbaren Adel angeborene Haß gegen die Fürsten, in denen er nur pflichtvergessene, auf Kosten des Kaisertums bereicherte Usurpatoren sah, kam darin zu wuchtigem Ausdruck. Besonders das prophetische Wort, daß auch die kleinen Staaten mit den beiden großen Monarchien vereinigt werden müßten, machte überall den tiefsten Eindruck, zumal man sah, wie geschäftig diese kleinen Dynasten am Werke waren, ihre Hausmacht zu vergrößern.

So verdrängte auch Isenburg durch ein Patent des Gemalthauses vom 13. Dezember 1803 nach einem Zusammenstoß bei Sprendlingen die Darmstädter aus der Ganerbschaft

105. Text bei Häberlein, St.-A. XI 436. Würdigung b. Lehmann, Stein I 303 f. — Es war nicht das erste Mal, daß Stein über Bedrückungen und Rechtsschmälerungen durch benachbarte fürstliche Regierungen zu klagen hatte. Schon am 7. März 1798 waren ihm seine zwei Weinberge und drei Feldstücke zu Oberlahnstein öffentlich für 299 fl. 29 kr. versteigert worden, weil er, gestützt auf seinen preußischen Sauvegardebrief, die von Mainz verlangte Kriegssteuer nicht zahlte. Am 5. Juni 1798 richtete Stein daraufhin ein Schreiben an den Kurfürsten von Mainz, das zwar schon in Anbetracht des Adressaten kein würdiges Gegenstück zu dem Usinger Briefe bietet und den vollständigen Abdruck nicht lohnt, aber doch an einigen Stellen dasselbe hitzige Temperament zeigt. „Zu meinem nicht geringen Erstaunen, beginnt es, muß ich bei meinem jetzigen Aufenthalt hieselbst erfahren, wie der Amtsverweser Kleiner zu Oberlahnstein sich angemaßt, wegen einer angeblichen Forderung der Gemeinde von Schatz und Beeth und Einquartierungskosten“ meinen Besitz zu versteigern, und er erklärt zum Schluß, „daß dessen rechtswidriges, tumultuarisches und ganz illegales Verfahren keineswegs bestehen könne, sondern mich berechtigt, darüber die gegründetste Beschwerde zu führen, auf Annulation dieser unerhörten Verfügungen und auf Bestrafung des Amtsverwesers Kleiner anzufragen“. Aus demselben Grunde wurde ihm 1803 sein Weinkeller zu Lorch mit Arrest belegt. Stein hatte also schon üble Erfahrungen gemacht, es hatte sich schon viel Zündstoff angesammelt, als der gewaltige Ausbruch seines Zornes erfolgte. A. Darmstadt Mrh. RR. Fasz. 2 fol. 150 f., Konv. 40 III fol. 70 f.

Staden, auf die es als Mitganerbe nähere Rechte zu haben behauptete, und ergriff hier, „ob man gleich die höchste Achtung gegen das erbliche Eigentum aller Reichsangehörigen trug“, landeshoheitlichen Besitz¹⁰⁶. Am 16. Dezember folgte Leiningen, am 25. Hohenlohe, am 29. Salm-Reifferscheid. Während dies letztere Haus, das durch Matthieus Gnade das kurmainzische Amt Krautheim erhalten hatte, die in diesem Amte zerstreuten, zu Odenwald steuerbaren Berlichingenschen Dörfer Merchingen, Neustetten und Hettigenbeuren belegte und beim Herrn von Zobel ganz höflich anfragte, ob es ihm nicht gefällig wäre, wegen Messelhausen sich lieber der salmschen Hoheit als der bayrischen zu unterwerfen¹⁰⁷, erkannten die Fürsten zu Hohenlohe das Kollektationsrecht des Kantons Odenwald auf die heimgefallenen Senftischen Lehen nicht mehr an¹⁰⁸ und versuchten die Ritterorte Baumerlenbach ($\frac{7}{12}$ hohenloh., $\frac{5}{12}$ berliching.), Leibach¹⁰⁹, Morstein¹⁰⁹, Dünzbach¹⁰⁹, Mistlau¹¹⁰, Gackstadt^{109 110}, Kleinallmerspann¹¹¹, Dürrmenz, Kocherstetten, Morsbach, Laßbach, Vogelsberg und Sonnhofen militärisch zu besetzen. Ein Nachkomme der hier angesessenen Familie von Stetten, denen die letzten fünf Dörfer gehörten, hat uns aus den Akten des Familienarchives diese Episoden geschildert¹¹². Die hohenloheschen Waffen waren überall sehr unglücklich; zu allem Unheil kosteten ihre Unternehmungen sogar einem braven Soldaten das Leben: ein hohenlohescher Feldwebel wurde in dem den Ganerben von

106. A. Wien RA. i. sp. 42.

107. A. Wien RA. i. sp. 42, 43.

108. Vgl. Denkschr. d. Fürsten Fr. Ludw. v. H.-Ingelfingen a. d. Rsvers. Okt. 1804 gedr.

109. Bes. Crailsheim.

110. Bes. Seckendorf und Erffa.

111. Bes. Seckendorff.

112. L. v. Stetten-Buchenbach, Vom Ende d. RR. Pr. Jb. 113 (1903) S. 484 f.

Maienfels eigenen Orte Unterheimbach¹¹³ von einem württembergischen Chasseur erschossen¹¹⁴.

Württemberg hatte sich im Anfang der Bewegung sehr zurückgehalten, nicht aus konstitutioneller Gewissenhaftigkeit, sondern aus Gründen der höheren Politik. Es wäre seltsam gewesen, wenn der gewalttätige und despotische Kurfürst Friedrich I. nicht die erste Gelegenheit ergriffen hätte, dem jahrhundertelangen Streit seines Hauses mit der Reichsritterschaft ein rasches Ende zu bereiten. In der Tat war schon am 15. Dezember 1803 das Patent ausgefertigt und gedruckt, das für die Ritterdörfer bestimmt war¹¹⁵. Es redete sogar eine besonders deutliche Sprache: „Die bekannten Vorschritte unserer benachbarten Reichsmitstände, gestützt auf die staatsrechtliche Maxime der geschlossenen Landeshoheit . . . nötigen uns umsomehr zu gleichen Maßnahmen . . ., als es allgemein bekannt ist, daß bei weitem der beträchtlichste Teil von ritterschaftlichen Gutsbesitzern ursprüngliche Landsassen der Württembergischen Lande waren und nur die bekannten unruhigen Zeitläufte des 15. und 16. Jahrhunderts zu benutzen gewußt haben, sich widerrechtlich dieses gesetzlichen Verbandes zu entledigen.“ Doch im letzten Augenblick wurde die Ausführung dieser Beschlüsse inhibiert, und als der Kurfürst Ende Dezember 1803 auf den Plan trat, tat er dies mit der ehrlichen Miene des verfassungstreuen Fürsten, von dem es seine Pflicht als schwäbischer Kreisdirektor erforderte, die öffentliche Ruhe

113. Gespr. Hambach.

114. Vgl. Beurkundete Nachricht über d. gewalts. Einfall e. Abt. d. kurwürtt. Mil. i. d. Hohenl. Geb. 1804 gedr. u. Nachtrag dazu gedr. — Ber. d. württemb. Leutnants Nardin v. 30. XII. 03 gedr. — Stetten-Buchenbach a. O. 495 f.

115. Die Belege für diese interessanten Fakta fanden sich A. Stuttgart Adel insg. 39/31/53 i. e. Faszikel: Akta, die in Betr. d. RR. projektierten, aber nicht zur Ausführung gekommenen Maßregeln betr., ferner A. Ludwigsburg Rittersch. S. 7 K. 30 L 1 a Fasz. IV.

im Kreise zu erhalten. Als nämlich Darmstadt bei seinen Eroberungszügen von Wimpfen aus auch württembergische Lehen¹¹⁶ besetzte, ließ sich der Kurfürst von dem betroffenen Kantone Kreichgau zu Hilfe zu rufen und zog, um das Eindringen fremder Truppen zu verhindern, einen militärischen Kordon an der nördlichen Kreisgrenze¹¹⁷. Dies geschah am 22. Dezember, indem die gefährdeten Dörfer mit je zwei Mann belegt und hinter dieser Vorpostenkette im Zentrum und auf den beiden Flügeln ein etwas stärkerer Ordonnanzposten aufgestellt wurde¹¹⁸. Um zugleich die dem Kurhaus zustehende Zent Möckmühl zu schützen, in der ein Dutzend Würzburger Ritterlehen zerstreut lagen, wurde der Kordon auch auf die rechte Neckarseite ausgedehnt. Salm und Hohenlohe mußten ihre Eroberungen herausgeben, und hierbei kam es zu jenem blutigen Tage von Unterheimbach.

Der angekündigte Zweck der württembergischen Operationen war erreicht; aber die Ritter wurden die Geister, die sie gerufen hatten, trotzdem nicht wieder los. Schon als „infolge des höchsten Prinzips, das Se. Durchlaucht aufgestellt habe“, allerhand Unregelmäßigkeiten vorkamen, wie z. B. in dem Ritterort Lautern¹¹⁹, wo 180 fl. Exekutionsgelder und ein Rekrut mitgenommen wurden¹²⁰, regte sich in den Ritterkanzleien leiser Zweifel an den ehrlichen Absichten des Beschützers. Am 21. Januar 1804 warf dieser die Maske ab. Er teilte den Kantonen Neckar, Donau und Kocher mit, daß er um seine Staaten eine feste Grenzlinie ziehen und auch die Ritterdörfer mit einschließen werde¹²¹. Alle an den Grenzen liegenden Ritterorte wurden besetzt und überall

116. Z. B. Schweigern, Ehrstädt, Neuhaus, Eulenhurst, Rappenu.

117. A. Stuttgart Adel insgem. XXI 39/3254 Nr. 12.

118. Tabelle i. A. Wien RA. i. sp. 41. A. Ludwigsburg Ritterschaft S. 7 K. 30 L. 1 a Fasz. IV.

119. Bes. Wöllwarth.

120. Beschw. Wöllwarth v. 10. I. 1804. A. Wien RA. i. sp. 47.

121. A. Stuttgart Ritterschaftl. Angel. Fasz. XXIV; d. Antw. d. Kantone Fasz. XVIII.

Hoheitszeichen mit der Aufschrift: württembergische Landesgrenze angebracht. Es gab dabei Differenzen mit Bayern¹²² und Oesterreich. In der Grenzzone, wo die beträchtlichen Rechbergischen und Degenfeldischen Güter, sowie die Besitzungen der Familien von Bubenhofen, Preysing, Liebenstein und Holz lagen, nahmen bayrische Beamte, gestützt auf eine Art Konservatorium, welches die Familie von Rechberg 1599 bei Errichtung ihres Hausgesetzes dem Hochstift Augsburg und Bayern übertragen hatte, die angehefteten Patente ab, und k. k. Militär beseitigte mit Gewalt die Grenzstöcke¹²³, an einigen Stellen wurden sie auch von den Einwohnern selbst umgehauen. Wiederum mußte der baunachische Ritterhauptmann Freiherr von Seckendorf, der außer Koburg und Meiningen auch Württemberg am Reichstage vertrat, dort die fürstlichen Maßnahmen gegen seine Standesgenossen verteidigen.

Am 25. Januar hatte Württemberg auch die zu Neckar steuernden Orte Vollmaringen und Göttelfingen besetzt. Dadurch wurde der Fürst Maximilian Wunibald von Waldburg, dessen Allodialgüter diese Orte waren, in seinen Rechten gekränkt. Er setzte also neben die württembergischen seine eigenen Pfähle: Nicht kurf. Württembergische neue, sondern Waldburg-Zeil-Trauchburgische alte Hoheit! Indem er diese energische Selbsthilfe dem Reichstage mitteilte, verband der wackere Herr zugleich damit die Anzeige, daß er seinerseits die in seinem Gebiete gelegenen Ritterorte Altmannshofen und Vogelsang¹²⁴ in seinen landesherrlichen Schutz genommen habe¹²⁵.

So war das „Reich“ in einer Bewegung, wie kaum je in den fehdeerfüllten Zeiten des Mittelalters; das Faustrecht feierte Auferstehung, nur daß die Nachfahren jener Streiter

122. St.-A. München K. schw. 592/86.

123. A. Stuttgart Rittersch. Angel. Fasz. XXIV.

124. J. K. Algäu-Bodensee.

125. Promem. a. d. Reichstag v. 10. II. 1804 gedr.

jetzt selber das gehetzte Edewild waren. Grell beleuchtete das wüste Durcheinander noch einmal den heillosen Jammer der staatlichen Zustände in Deutschland; die unerbittliche Logik der Tatsachen bewies, wie weit die Zersetzung allen Phrasen vom gelungenen Neubau des Reiches zum Trotz schon vorgeschritten war. „Viele Hunderte erblickten zum erstenmal eine scharfe Patrone in ihrer Tasche, zur Wehr gegen ihren nächsten Landsmann bestimmt, dessen Wohnort vielleicht auch der ihrige, aber durch die natürliche Grenze eines Mühlenbachs zwischen zwei deutschen Staaten geteilt war“¹²⁶. Nur zwei der größeren süddeutschen Fürsten hielten sich diesem Treiben fern: Karl Friedrich von Baden und der Erzkkanzler.

Als Hessen-Darmstadt dem ersteren Anträge zu einer Uebereinkunft wegen der Reichsritterschaft machte¹²⁷, antwortete der ehrwürdige Nestor der deutschen Fürsten, „er werde die Reichsritterschaft solange anerkennen, als nicht auf dem Reichstage eine legale Aenderung erfolge“¹²⁸, und als der Landgraf alle Ritterorte des Kreichgau bis in die Gegend von Münzesheim, darunter auch badische Lehen, okkupierte¹²⁹, schrieb ihm der Kurfürst, in und zwischen dem Fürstentume Bruchsal und der badischen Rheinpfalz könne er keine fremde Landsasserei dulden, und dem Kanton Kreichgau teilte der badische Regimentsrat beruhigend mit, „daß Serenissimus ihr konstitutionsmäßiges Verlangen manu forti realisieren würden“¹³⁰. Der Bezirk Ortenau, der an Baden grenzte, genoß darum ebenso wie der von österreichischem Gebiet umgebene Bezirk Hegau eine glückliche Ruhe in diesen Stürmen.

126. Hoff a. O. II 264.

127. Vgl. Obser, Polit. Correspondenz Karl Friedr. v. Baden IV 498 f.

128. A. Wien RA. i. sp. 41, auch f. d. Folgende.

129. Vgl. bad. Militär-Alman. 1862 S. 57 f.

130. Schr. v. 14. XII. 1803.

Auch der Erzkanzler wahrte die Rechte seiner reichsritterschaftlichen Vasallen in korrekter Weise. Als Kurhessen im Landgericht Krombach exekutierte¹³¹, ließ der Kurfürst marschieren und die Hessen austreiben; zugleich veröffentlichte er in der Aschaffener Zeitung ein Patent¹³², er werde die Reichsgerichte anrufen und beim Kaiser und Reichstage Anzeige erstatten.

131. Es besetzte die Orte Fränk.-Krombach, Waag, Schneppenbach, sowie den Langendorfer, den Hau- und Geißhof.

132. Vom 5. I. 1804.

VII.

Das Konservatorium.

Die gewalttätigen Rechtsschmälerungen hatten natürlich in den Kreisen der Reichsritterschaft einen verzweifelten Widerstand wachgerufen. Früher hätten sie den fürstlichen Räubern Fehde angesagt, jetzt appellierten sie an die ganze Nation, an den Kaiser und an die vermittelnden Mächte.

Die öffentliche Meinung, das verletzte sittliche Bewußtsein des deutschen Volkes, trat im Verlauf des Streites immer entschiedener auf die Seite der Bedrängten. Eine Wolke von Flugschriften¹ wirbelte in den Jahren 1803 und 04 durch

-
1. Einige Bemerkungen ü. d. Verh. d. unm. RR., veranlaßt d. d. u. 3. Jan. 1803 d. Reichsvers. übergeb. Gesuch um Bestätigung ihrer verm. Rechte u. Freyheiten 1803.
Sendschreiben an e. Freund über d. i. 42. Stück d. Regbl. f. d. kurpfbayr. Fstt. enth. Bekanntmachung. Nov. 1803 (v. Freih. v. Gemmingen).
Noten ohne bewährten Text 1803.
Staatsrechtl. Verhältnisse d. adel. Gutsbes. i. d. churpfb. Entschäd.-Landen 1803 (off. Schr. v. Prof. Gönner-Landshut). Dagegen:
Staatsrechtl. Verh. d. unm. adel. Gutsbes. i. d. Umf. d. kurpfb. Entschädig.-Lande, bes. i. Bamb. u. Würzb. 1804. und:
Einige vorläufige Bemerkungen über das v. d. pfalz. Kurhof als Beweis s. Verf. geg. d. RR. angezogene Benehmen d. Hauses Oest. geg. d. Burgauischen Insassen u. d. kgl. preuß. Okkupationen i. Fr. Nürnberg. 1804. und:
Widerlegung d. churpfb. Staatsschriften, welche wider d. Freih. u. Unm. d. dt. RR. erschienen sind. Nürnberg 1804.
Was für Maßregeln hat wohl d. RR. jetzt zu ergreifen? 1803 (off. Schr.). Dagegen:

die deutschen Lande und bewies das rege Interesse, welches das Publikum für die reichritterschaftliche Angelegenheit an den Tag legte.

Man war dabei durchaus nicht blind für die Schäden und Schwächen der Reichsritterschaft, die Mehrzahl der Broschüren tritt offen und mit klaren Gründen gegen sie auf, aber man billigte nicht den Zeitpunkt und die Verhältnisse, unter denen der Angriff geschah. Als in Regensburg selbst über Reichsstände aus politischen Gründen ein Hochgericht gehalten wurde, hätte man die Beseitigung des Reichsadels geduldet, man hätte sich bei seiner engen Ver-

Vier nötige Anmerkungen z. d. Staatsschr.: Was f. Maßr. . . .
Jan. 1804. und:

Welche Maßregeln kann d. RR. jetzt ergreifen? 1803.

Resultate mit aller Unparteilichkeit gezogen aus dem Für u. Wider
d. unm. RR. Frkf. 1803.

Histor. u. staatsrechtl. Betrachtungen ü. d. RR. i. Franken, Schwaben
u. a. Rhein. Berl. 1804 (v. Prof. K. Jul. Lange).

Geschichtl. u. politische Betrachtungen ü. den jetzigen Zustand d.
fränk. RR. 1804.

Staatsrechtl. Beleuchtung d. wahren Verh. d. unm. RR. zum Fürsten
i. d. Entschädig.-Landen 1804.

Memoire sur l'origine des Droits et de la Constitution de la noblesse
immédiate Nürnbg. 1804.

Fragmente aus d. Gesch. d. unm. RR. i. Schw., Fr. u. a. Rh. Nürn-
berg 1804.

Entschuldigung der kleineren Fürsten u. Herren über ihr ungerechtes
Verfahren gegen d. RR. 1804.

Die Beleuchtung aus Bayern 1804.

Bruchstücke e. Schreibens, d. neuesten Angel. d. RR. betr. April 1804.

Ueber die Unionen kleinerer Reichsstände. E. Sendschr. e. rittersch.
Konsulenten i. Schw. an s. Kollegen i. Fr. Am Bodensee
Jan. 1804.

Kaiser Karl V. und Franz II. Eine histor.-publiz. Vergleichung.
Petersb. 1804. Dagegen:

Auszüge aus dt. Reichsgesetzen, d. RR. betr. Paris 1804. und:

Prodromus od. Karl V. mit sich selbst, m. s. Vorfahren u. Nachf.
in Frieden u. Eintracht. Nürnberg 1804.

Vgl. auch Häberlein, St.-A. Jg. 1803/4 u. Posselt, Eur. Ann. Jg. 1902.

bindung mit den geistlichen Staaten gar nicht darüber gewundert und sich sogar gefreut, wenn die deutsche Verfassung durch Beseitigung dieser Anomalien gewonnen hätte — viele waren bei Verkündung des Reichsdeputationschlusses von der Gesinnung erfüllt, die Schlosser in seinem rauhen Freimut in die Worte kleidet: „Das einzig Gute bei der Sache war, daß die Reichsritterschaft schlecht abkam“² — aber nachdem die Reichsritterschaft nun einmal dort ihre feierliche Bestätigung gefunden hatte und man nach zehn fried- und rechtlosen Jahren endlich die Rückkehr geordneter Zustände ersehnte, erschienen die Maßnahmen der Fürsten nur als landfriedensbrüchige Usurpationen. Es handelte sich darum, ob überhaupt in Deutschland Gesetz und Herkommen noch heilig oder der Macht untertan sein sollten. Wo waren die Grenzen dieser eigenmächtigen Selbsthilfe, wenn man den Größeren erlaubte, die Kleineren zu unterdrücken? Allgemein war die Ansicht verbreitet³, daß die kleinen Grafen und Fürsten eine solche Zerstörung des Reichsverbandes nicht überleben würden. „Fürsten, ihr werdet auf einen Vulkan geführt, dessen Explosion vielleicht näher ist, als ihr ahnt!“ rief eine prophetische Stimme in den Souveränitätstaumel hinein⁴.

Die Sympathien des deutschen Volkes waren also auf Seiten der Ritter und begleiteten sie bei den Hilfesuchen, die die Ritterschaft alsbald an den Kaiser richtete. Der erste Gedanke der Angegriffenen war wieder der Kaiser gewesen, und zwar wählten sie bei der Nähe der Gefahr nicht den judiziellen Weg über die Reichsgerichte, sondern gleich den diplomatischen nach der Hofburg. Im August 1803 ging der württembergische Staatsminister und Rittersrat von

2. Gesch. d. 18. u. 19. Jh. 1846 VI 467.

3. Vgl. außer d. rr. Streitschr. Häberlein, St.-A. XI 313, 324 Anm. — GGAA. 1804 N. 48 S. 477 — Minerva Febr. 1804 S. 365. — D. dt. Fürstenb. nach d. Forderung d. 19. Jh. 1804 S. 85.

4. Häberlein, St.-A. XI 313.

Kocher, der schon genannte Freiherr Carl Ludwig von Wöllwarth in Begleitung des Steigerwaldschen Konsulenten Helmreich⁵ nach Wien ab, da Gemmingen seiner geschwächten Gesundheit wegen eine Wiederwahl ablehnte. Auch er wurde vom Kaiser und Erzherzog Karl empfangen und verfehlte nicht, den letzteren besonders auf den Verlust der kaiserlichen Armee infolge Ausweisung der Werber aufmerksam zu machen. Doch hatte er zunächst von seiten des Hofes große Unentschlossenheit wahrzunehmen⁶. Man schwankte lange, ob man den ewigen Verlegenheiten mit der Reichsritterschaft nicht lieber ein Ende machen sollte, anstatt sich wieder mit ihren Klagen zu behängen. Kühl wog man, wie schon einmal beim Reichsdeputationshauptschluß geschehen war, und wie es auch 1805 noch einmal geschah, die Vorteile ab, die man bei einer Aufopferung der Reichsritterschaft erstens durch Einverleibung der stattlichen Zahl reichsritterschaftlicher Besitzungen in Oesterreich-Schwaben⁷, dann als Gegenleistung für die verlorenen kaiserlichen Gerechtsame erlangen könnte. Von blinder Vorliebe für diese zusammengeschnitzene Genossenschaft war man weit entfernt⁸. Schon wurden die Ritter im Reiche mißtrauisch. Ein am 18. September 1803 in Nürnberg abgehaltener fränkischer Kreiskonvent, der im Beisein des aus Paris herbeigeeilten Herrn von Wächter stattfand, kam zu dem Schluß: Um den vielfältigen „Neckereien“ der Regierungen und ihrer Unter-

5. S. Ber. A. Bamberg Rep. 199 Nr. 1306.

6. A. Karlsruhe RR. Ort. 155 I fol. 6. S. Eingaben i. A. Wien RA. i. sp. 40, 41, 42, 47.

7. Hier lagen an rr. Dörfern, Schlössern, Weilern u. Höfen: i. d. Landgrafschaft Nellenburg 89, i. d. Markgrafschaft Burgau rund 100, i. Vorarlberg 4, i. d. Grafschaft Tettnang u. Montfort 13, i. d. Grafschaft Hohenberg 74, i. d. Landvogtei Schwaben 26, i. Pflegamt Vils 5, i. Geb. d. Stadt Lindau 1. A. Wien RA. i. sp. 43.

8. Vgl. Obser, Pol. Korr. 4, LXX Anm. 3, wo auf Tratchevsky, Frankr. u. Rußl. i. Zeitalter Napoleons II 504 verwiesen ist (Sbornik, ruß.-ister. Obschtsch. 77. Bd. 1891).

behörden auszuweichen, bleibe nichts übrig als ein unter Garantie der vermittelnden Mächte errichtetes gütliches Arrangement⁹. Man fragte in Wien noch einmal an, ob kais. Majestät gewillt und imstande wären, die Reichsritterschaft zu schützen, sonst möge man ihr freie Hand lassen, sich mit dem Kurfürsten zu verständigen. Wöllwarth unterstützte diesen letzten Versuch, den Kaiser zu engagieren, durch ernste Vorstellungen: „Sie wissen zu gut,“ schrieb er, „daß die Reichsritterschaft die Vormauer der Reichsverfassung ist, und daß, wenn einmal diese niedergerissen worden, das erst ganz neuerlich auf den Ruinen des deutschen Vaterlandes errichtete Gebäude zusammenstürzen muß“¹⁰.

Ein Korn Wahrheit war in diesen Worten, das sah man auch in Wien ein: die politische Wage neigte sich wirklich zugunsten der Reichsritterschaft. Denn bei der Lage der Dinge im Reiche war ein Einschreiten des Kaisers für die Ritter keine oberstrichterliche Funktion mehr, sondern eine politische Aktion. Darüber war man sich in Wien völlig klar, nur darum hatte man solange gezögert. „Das rastlose Streben nach Souveränität und nach größerer Macht zu verhindern, schrieb Hügel an den Erzherzog Karl, die Erreichung dieses Endzwecks zu erschweren und ihn womöglich noch auf ein Jahrhundert hinauszusetzen, scheint das politische Interesse des Erzhauses Oesterreich zu fordern“¹¹. In der Frage der katholischen Stimmenmehrheit hatte der Kaiser soeben eine Niederlage erlitten. Die reichsritterschaftliche Sache bot die beste Gelegenheit, diese Scharte wieder auszuwetzen, zumal die Gegner sich dabei so offenbar ins Unrecht setzten. So entschloß sich nach eingehender Konferenz mit der Staatskanzlei die Reichskanzlei zur Unterstützung der Ritter. Die Reichsritterschaft wurde damit ein Faktor der hohen Politik

9. A. Karlsruhe RR. Ort. 155 Beil. I fol. 24.

10. Ebd. fol. 39.

11. 9. I. 1804. A. Wien RA. i. sp. 47.

und beschäftigte diese in dem Quartal von Januar bis April 1804 sogar in erster Linie.

Schnell folgten jetzt die Ereignisse aufeinander. Am 3. November 1803 machte der Reichsvizekanzler Colloredo dem Abgeordneten der Ritterschaft mündliche Versicherungen¹², am 3. Dezember stellte er ihm eine Note zu, der Kaiser sei fest entschlossen, der Reichsritterschaft den allerhöchsten Schutz gegen jede gewaltsame Bedrückung angedeihen zu lassen. Sofort erging an alle Botschafter Oesterreichs, an Cobenzl in Paris, an Stadion in Petersburg, an Buol von Schauenstein in München, strikter Befehl, für die Reichsritterschaft einzutreten¹³. Am 12. November übergab der letztere ein Promemoria, in welchem er den Vollzug des bayrischen Publikandums vom 9. Oktober noch auszusetzen bat, bis der Kaiser dem Kurfürsten seine Gesinnungen hierüber auf eine vertrauliche Weise vorgelegt habe. Dieses Promemoria wurde von Montgelas am 17. November ausweichend beantwortet. Am 26. November folgte abermals ein Promemoria des kaiserlichen Gesandten, worin das Verlangen des österreichischen Hofes wiederholt wurde. Am 6. Dezember endlich übergab er ein in Wien verfaßtes Schriftstück aus der Feder des Reichsreferendars von Frank¹⁴, welches eine ausführliche Deduktion der reichsritterschaftlichen Beschwerden enthielt und in welchem darauf bestanden wurde, daß der status quo ante uneingeschränkt wiederhergestellt werde.

Es kam jetzt alles auf den Entschluß des Kurfürsten an. Graf Thürheim kam selbst nach München, um sich Verhaltungsmaßregeln zu holen. In zwei Staatskonferenzen¹⁵, am 2./3. und am 10./11. Dezember, wurde der Inhalt der

12. Note verbale gedr.

13. A. Wien RA. i. sp. 42.

14. Abgedr. b. Häberlein, St.-A. XI 393 f.

15. Protokolle St.-A. München K. schw. 592/86.

kaiserlichen Noten in reifliche Erwägung gezogen. Man stand vor der Alternative, entweder auf dem betretenen Wege entschlossen fortzuschreiten und die Verantwortung dafür zu übernehmen oder den Rückzug anzutreten. Zentner, welcher der Referent in reichsritterschaftlichen Angelegenheiten war, beschwor den Kurfürsten, keine Nachgiebigkeit zu zeigen; es gelte nicht nur den Verlust oder Gewinn einer halben Provinz, sondern „alles Fortschreiten in der Tendenz der kurfürstlichen Regierung, aus der Subordination der deutschen Halbsouveräne in die Kategorie souveräner Fürsten sich zu erheben, sei vielleicht auf lange Zeit gehemmt“¹⁶. Er beleuchtete umständlich die rechtliche, Montgelas die politische Seite der Sache. In der ersten Konferenz einigte man sich auf eine dilatorische Behandlung; die Dinge zuweilen gehen zu lassen und Zeit zu gewinnen, dieses Geheimnis der Staatskunst war einem Montgelas wohlvertraut. Graf Thürheim kehrte am 4. Dezember nach Franken zurück mit der Instruktion, alles in einem provisorischen Zustande zu belassen, auch nicht strenge auf der persönlichen Unterwerfung der Ritter zu bestehen, doch ohne dabei Schwäche zu zeigen. So wurde am 23. Dezember noch der Rittersitz des Freiherrn v. Lochner, Kirchlauter, sequestriert, am 26. Dezember der Freiherr v. Guttenberg zur Ruhe gewiesen mit Androhung der Landesverweisung; „er könne sich da ankaufen, wo man ihn und seinesgleichen noch für unmittelbar ansehen wolle“¹⁷.

Allein in der zweiten Konferenz war es dringend nötig, einen entscheidenden Entschluß zu fassen. Montgelas entwickelte noch einmal alle Gründe für und gegen die kurfürstlichen Ansprüche, zeigte den Wert, den die Behauptung der ritterschaftlichen Enklaven für alle Zweige der Staatsverwaltung wie für die Vermehrung der Staatskräfte habe, die nachteiligen Folgen, die ein Zurückweichen von

16. Ref. v. 1. XII. 1803. St.-A. München K. schw. 592/85.

17. A. Wien RA. i. sp. 40, 41.

beschlossenen und größtenteils schon vollzogenen Maßregeln für das Ansehen der Regierung haben müsse, wenn die vielen Familien des fränkischen Adels, die sich auf die Verheißung des landesherrlichen Schutzes hin unterworfen hätten, der Rache der reichsritterschaftlichen Fanatiker preisgegeben würden, verbarg dem Kurfürsten nicht, daß jede Nachgiebigkeit Oesterreich nur kühner machen und die alten Pläne auf Einverleibung Bayerns wieder wachrufen werde. Andererseits gab er zu bedenken, daß auf die vermittelnden Mächte kaum zu zählen sei; Rußland neige immer offensichtlicher zu Oesterreich hin, und Frankreichs Kräfte seien im Kriege mit England festgelegt; der Charakter der preußischen Politik aber sei zu wenig prononziert, und das Berliner Kabinett werde aus dem Stilleben der Neutralität nicht heraustreten. Ein Einfall Oesterreichs sei sicher, die bayrischen Grenzen aber nicht zu verteidigen. Die Armee sei desorganisiert und alle Kostbarkeiten in der Hauptstadt gleichsam an der Grenze zusammengehäuft. Nur in Franken könne Widerstand geleistet werden, wo man dazu durch Preußen gedeckt sei. Die Lage war ernst und die Beschlüsse fielen dementsprechend aus. Es sollte nicht nur mit allen Vorschriften gegen die Reichsritterschaft eingehalten werden, sondern die Mobilmachung vorbereitet, mit den weltlichen Kurhäusern und mit Nassau-Oranien eine engere Verbindung zur Garantierung des gegenseitigen Besitzstandes angestrebt, vor allem versucht werden, Preußen zu einer festen Erklärung zu bringen und auf einen Schiedsspruch der vermittelnden Mächte anzutragen¹⁸.

Der kaiserliche Hof ließ inzwischen nichts unversucht, um gegen Bayern Stimmung zu machen und den Kurfürsten als Friedensstörer vor ganz Deutschland an den Pranger zu stellen. Am 4. Januar 1804 übergab sein Gesandter in

18. Außerdem wurde veröffentl.: Beleuchtung d. i. e. k. k. Gesandtsch.-Note enthalt. angebl. Beschwerden d. RR.

München ein heftiges Dehortatorium und beschwerte sich in starken Ausdrücken über die verzögerte Beantwortung seines letzten Promemorias vom 6. Dezember. In dieser ungewissen Lage traf endlich das sehnlichst erwartete Schreiben des preußischen Ministeriums ein (3. Januar 1804)¹⁹, durch welches die Angelegenheit eine günstige Wendung zu erhalten schien. Es wurde darin der Rat erteilt, die Sache an die Reichsversammlung zu bringen, damit dort bestimmte Prinzipien aufgestellt würden, welche die Rechte der Interessenten berücksichtigten. Alle beteiligten Stände wurden eingeladen, einen dahingehenden preußischen Antrag zu unterstützen. In München trat man diesen Vorschlägen in allen Punkten bei. Am 26. Januar 1804 verkündigte „das Orakel von Regensburg“, Graf Görtz, diesen Antrag in Form einer Denkschrift²⁰, worin es hieß: der König hätte diese Irrungen vorausgesehen und darum vergeblich sich bemüht, daß in den Deputationsrezeß eine Norm zur Regelung der künftigen Verhältnisse der Reichsritterschaft aufgenommen werde. Dieses Reichsgesetz habe durch eine allgemeine Verwahrung alles unentschieden gelassen, und nun entstehe daraus eine für die Ruhe von ganz Deutschland bedenkliche Spannung und anarchische Krisis. Wenn mit den säkularisierten geistlichen Staaten nicht bloß ihre in Ausübung stehenden Rechte, sondern auch ihre Ansprüche auf die neuen Besitzer übergegangen sind, so brachten jetzt diese als weltliche und erbliche Regenten neue Gesichts-

19. St.-A. München K. schw. 592/86.

20. Abgedr. b. Häberlein, St.-A. XI 425 f. An diese Note schloß sich ein Schriftenwechsel: Reskript u. Instr. f. d. ***schen Ges. a. Rst. v. 14. II. 1804. Ber. d. ***schen Ges. a. Rst. v. 25. III. 1804; vgl. Schellhaß a. O. 281 Anm., Berghaus a. O. II 1, 402.

Der Verfasser des „Reskripts“ ist vermutlich nicht Baron Hügel, wie man am Reichstage annahm (vgl. Heigel a. O. II 477 Anm.), sondern der schwedische Leg.-Schr. Lagerbielke (Hügel a. Colloredo 29. III. 1804 A. Wien RA. i. sp. 44).

punkte und neue Interessen mit. Sie konnten und mußten sich vielfältig in dem Falle sehen, Rechte zu reklamieren, welche als wesentliche Bestandteile ihres Entschädigungsloses zu achten waren, Rechte, die nur durch Vernachlässigung, Verkümmern und Uebergriffe verdunkelt worden waren. Nimmermehr könne der König zugeben, wenn diese Veranlassung benutzt würde, den Zwiespalt im Reiche prozessualisch zu nähren, und wenn dadurch politische Absichten bezweckt werden sollten. Für reichsgerichtliche Entscheidungen sei die Sache zu wichtig und zu allgemein geworden, und es gäbe darum keinen passenderen Ausweg, als sie an die Reichsversammlung zu bringen, damit dort der neuen Lage der Dinge entsprechende Grundsätze aufgestellt würden. Inzwischen sollte der status quo provisorisch aufrechterhalten und nur die Exekutionskommandos zurückgezogen werden.

Diese Erklärungen, welche direkt vom Könige inspiriert waren, erregten nicht geringe Sensation; die kaiserlichen Gesandten waren empört über ihre Tendenz. „Ein dem Rechte hohnsprechendes Denkmal“ nennt sie Buol²¹, „voll von Gehässigkeit und Gefährlichkeit für den Bestand des Reiches“, Stadion²². Ebenso urteilten alle Anhänger der kaiserlichen Partei, während die preußische Gefolgschaft einer Beratung am Reichstage zustimmte. Wie bei der Itio in partes schieden sich die Geister. Beide Teile rechneten sich eine Stimmenmehrheit heraus, aber die preußische Rechnung war wohl richtiger. Des Sieges gewiß, schien Preußen eine Kraftprobe unternehmen zu wollen, wie weit sich die neue protestantisch-weltfürstliche Reichstagsmajorität wohl gegen Oesterreich gebrauchen ließe. Zugleich konnte es dadurch sein in Franken befolgtes Prinzip rechtsgültig machen. Haß und Leidenschaft gewannen am

21. 31. I. 1804. A. Wien RA. j. sp. 47.

22. 22. IV. 1804. A. Wien RA. i. sp. 47; vgl. auch Bruchst. e. Schr., d. neuesten Angel. d. RR, betr. Apr. 1804.

Reichstage die Oberhand und vereitelten jede kühle Ueberlegung. Sonst hätte man erkennen müssen, daß der preußische Antrag das einzig Richtige traf, wenn er bei der Unzulänglichkeit und Lückenhaftigkeit der Reichsgesetze, aus denen sowohl die Reichsritter als auch ihre Gegner ihre Ansprüche herleiteten, an den gesetzgebenden Körper des Reiches mit der Forderung herantrat, eine authentische Auslegung zu geben oder überhaupt neue Bestimmungen zu schaffen. Dies gehörte offenbar nicht zur Kompetenz der Reichsgerichte; aus diesem Grunde hatte sich ja im letzten Jahrhundert, zuletzt 1753, der Reichstag auch schon oft mit der Reichsritterschaft beschäftigt. Aber freilich im heiligen römischen Reiche, wo sich Gesetz und Recht wie eine ewige Krankheit forterbten, galt jeder Neuerer als Umstürzler.

Schon die am nächsten Tage zur Diktatur gebrachte schwedische Note²³ bildete einen starken Kontrast zu der preußischen Denkschrift. Der Kaiser wurde darin ersucht, die verfassungsmäßig ihm zustehenden Mittel anzuwenden, um die Reichsverfassung aufrechtzuerhalten. Oesterreich beeilte sich denn auch, dem verhaßten Nebenbuhler den Schlag zurückzugeben. Am 30. Januar gaben die kaiserlichen Gesandten ein unterm 23. erlassenes Konservatorium des Reichshofrates bekannt²⁴, das sich vorzüglich gegen den Kurfürsten von Bayern richtete und im alten Stile kaiserlicher Machtvollkommenheit die gänzliche Wiederherstellung der Reichsritterschaft auf den Stand vom 1. Dezember 1802 verlangte. Die nötigenfalls mit bewaffneter Hand und auf Kosten des Kurfürsten durchzuführende Exekution wurde auf die

23. Abgedr. b. Häberlein, St.-A. XI 425. Auch an diese Note schloß sich ein merkwürdiger Schriftenwechsel: 1. Schreiben d. Freih. v. G., unim. RR. i. Franken a. d. Gr. v. B., Mitgl. d. Adelst. i. Schweden. 2. I. Antw. d. Gr. v. B. a. d. Freih. v. G. 3. II. Antw. d. Gr. v. B. a. d. Freih. v. G.; vgl. Schellhaß a. O. 285 Anm., Berghaus a. O. II 1, 403.

24. Abgedr. b. Häberlein, St.-A. XI 416 f.

verfassungstreuen Fürsten, den Erzkanzler, die Kurfürsten von Sachsen und Baden und den Erzherzog von Oesterreich übertragen. Der böhmische und österreichische Gesandte gaben auch sogleich die Bereitwilligkeit ihres Hofes zu erkennen, den Exekutionsauftrag anzunehmen, und durch die beigefügte Klausel „samt und sonders“ war ihnen die Möglichkeit gegeben, ihn auch allein durchzuführen. Aber auch die übrigen benannten Höfe nahmen den erteilten Auftrag an und errichteten in Regensburg eine Subdelegationskommission²⁵, um nach gemeinsamer Verabredung vorzugehen.

Das Völkchen der Diplomaten in Regensburg war sehr gespannt, was Preußen jetzt tun werde, um sein beleidigtes Ansehen am Reichstage zu retten. Sein Antrag war vereitelt; Hügel war mit dem Erzkanzler übereingekommen, ihn als unstatthaft überhaupt nicht zur Verhandlung zuzulassen²⁶, und daß es bei einer Exekution im fränkischen Kreise übergegangen war, bedeutete eine schwere Kränkung. Für das bayrische Kabinett kam es ganz besonders darauf an, daß Preußen nicht nachgiebig wurde. Man bat deshalb von München aus am 2. Februar nochmals in Berlin um kräftigen Schutz. Aber Preußen, über die energische Sprache Oesterreichs betroffen, wagte nach dem ersten Schritte nicht den zweiten zu tun. Es ist höchst charakteristisch für die Signatur der preußischen Politik jener Tage, daß die von Haugwitz unterzeichneten Ordern an Görtz fast alle beginnen: „il faut attendre“, während sich die Ereignisse in Regensburg einander jagten. Infolge dieser abwartenden Haltung wurde sowohl die preußische Diplomatie am Reichstage lahmgelegt als auch Bayern ohne Antwort gelassen²⁷. Dafür kam der

25. Mitglieder:: f. d. Erzkanzler: Albin, f. Sachsen: Globig, f. Baden: Gemmingen, f. Oesterreich: Hügel u. Stadion.

26. Ber. Hügels A. Wien RA. i. sp. 42.

27. A. Berlin R. 10 Nr. 79; vgl. auch Santelmann, Preußen und Bayern 1799—1805. Mün. Diss. S. 99 f.

bayrische Gesandte in Berlin, de Bray, eigens nach München, um dem Kurfürsten Mäßigung zu empfehlen. Um Zeit zu gewinnen, versuchte es Montgelas nochmals mit dilatorischer Behandlungsweise. Er beantwortete²⁸ jetzt endlich das kaiserliche Promemoria vom 6. Dezember, aber der kaiserliche Gesandte stellte es am nächsten Tage ungelesen zurück und rügte die Hintansetzung aller dem Reichsoberhauptes schuldigen tiefen Verehrung und des diplomatischen Anstandes²⁹: man forderte Gehorsam vom Kurfürsten und Unterwerfung. Schon am 23. Januar hatte dieser ein ernstes Mahnschreiben des Kaisers erhalten; auch der Zar, „der die Billigkeit dieser oberstrichterlichen Sentenz (d. h. des Konservatoriums) sehr wohl einsah“³⁰, ließ ihm seine „Unzufriedenheit“ ausdrücken³¹ und lehnte die erbetene Vermittlung ab. Ebenso ließ sich ein anderer Schwager Max Josephs, der gerade in München auf Besuch weilende König von Schweden, die Mühe nicht verdrießen, „zur Heilung der so tief eingewurzelten Verblendung dieses an sich guten Herrn“ nach Kräften beizutragen³². Die Nachrichten aus Paris lauteten auch immer schlechter³³. Napoleons Aufmerksamkeit war auf England gerichtet; Talleyrand hatte die größten Schwierigkeiten, sich in der ritterschaftlichen Angelegenheit überhaupt Gehör bei ihm zu verschaffen. „Sie müssen also noch einige Zeit die Ungerechtigkeiten des Wiener Hofes ruhig hinnehmen,“ schrieb Cetto an den Kurfürsten. Wo immer man sondierte, stieß man auf Wider-

28. Abgedr. b. Häberlein, St.-A. XI 434 f.

29. Note v. 7. II. 1804 gedr.

30. Stadion a. Petersb. a. Colloredo 24. IV. 1804. A. Wien RA. i. sp. 47.

31. Heigel a. O. II 476.

32. Du Moulin-Eckart, München u. Wien i. Forsch. z. Kulturg. Bayerns IV 222. Den Aerger Montgelas' über dieses Treiben des „geistesverwirrten“ Phantasten und beredten Fürsprecher des ancien régime s. Denkw., hsg. v. v. Freiberg S. 83.

33. Ber. Cettos St.-A. München K. schw. 56/3 Nr. 1—5.

stand. Der bei Max Joseph wohlgelittene französische Gesandte in München, Herr von Otto, gab ihm den Rat, Bayern möge sich nicht durch störrisches Benehmen in einer untergeordneten Frage die Gunst der großen Mächte verscherzen³⁴.

Ein außerhalb der reichsritterlichen Sache liegender Streitfall über die Hoheit in Oberhausen brachte schließlich den Stein ins Rollen³⁵. Von allen Seiten bedrohten österreichische Truppen den Staat; man hatte in München bereits das Verzeichnis der Regimenter in Händen, welche Marschorder bekommen hatten. Der designierte Oberbefehlshaber, Fürst Schwarzenberg, war aus Wien schon abgereist; Befehle zur Anlegung mehrerer Magazine waren erteilt worden. Zu gleicher Zeit marschierten ein Regiment Fußvolk und drei Schwadronen³⁶ aus Tirol nach Schwaben; die Fama vergrößerte ihre Zahl auf 10 000 Mann, sogar kurfürstliches Gebiet war verletzt worden: ein neuer Kontinentalkrieg, ein Kampf von Deutschen gegen Deutsche schien bevorzustehen. Da unterwarf sich in seiner isolierten Lage der Kurfürst am 17. Februar, er sandte eine Paritationsanzeige³⁷ an den Kaiser, den Reichstag und die Konservatoren³⁸. In Franken

34. Heigel a. O. II 478.

35. Das Reichsstift Kaisersheim, das an Bayern gefallen war, hatte darin den Blutbann und die Zentgerichtsbarkeit zu Lehen. Am 12. Nov. rückte bayrisches Militär ein mit dem Befehle, die kleine österreichische Besatzung hinauszuerwerfen. Da auf beiden Seiten Verstärkungen herangezogen wurden, gelang dies nicht, durch einen Vergleich wurde einstweilen gemeinschaftliche Verwaltung festgesetzt. Cobenzl a. Hügel 30. XI. 1803. A. Wien RA. i. sp. 42. — Bayr. aktenm. Darst. gedr. — Santelmann a. O. S. 96.

36. Nach Fournier, Gentz u. Cobenzl. S. 94. Etwas andere Angaben b. Obser, Polit. Korr. IV 517.

37. Abgedr. b. Häberlein, St.-A. XII 81.

38. NB! Nicht an den Reichshofrat, dessen Kompetenz man überhaupt nicht mehr anerkannte, wie Preußen 1797. Erst der Kaiser übermittelte dann sein Exemplar dem Reichshofrat.

wurden der Sequester und alle Verordnungen aufgehoben, die Ritter vom Treueid entbunden, das provisorische Direktorium aufgelöst, die ritterschaftlichen Kassen und Archive zurückgestellt. In Schwaben wurde die Rekrutenaushebung sistiert und das Kollektationsrecht anerkannt.³⁹ Rechberg mußte am 1. März dem Reichstage erklären, der Kurfürst lehne alle Verantwortung für die räuberischen Eingriffe anderer Fürsten ab. Es sei ihm schmerzlich, daß man aus seinen durch archivalische Gründe gestützten Handlungen Anlaß zur Nachahmung unter ganz ungleichen Verhältnissen genommen habe.

Auch jetzt war das bayrische Beispiel maßgebend für die anderen Ritterstürmer. Der Kurfürst von Württemberg heuchelte zwar, seiner angenommenen Rolle getreu, zuerst sein Erstaunen, daß das Konservatorium überhaupt auf ihn ausgedehnt sei, und beschwerte sich, daß man ihn bei der Auswahl der Konservatoren übergangen habe⁴⁰, aber am 28. Februar parierte auch er, allerdings in einer fämosen Weise, die ihm einen guten Abgang sichern sollte: er schrieb den Ritterkantonen, daß er die zu ihrem Schutze angeordneten Maßregeln nicht mehr als dringende Notwendigkeit ansähe, die Truppen darum zurücknahme und hoffe, daß man die tätige Hilfe mit dem gebührenden Danke erkennen werde. Nun gehorchten in rascher Folge auch die kleinen Staaten⁴¹, und besonders räumten die Hessen-Darmstädter die Burg Friedberg am 27. März fast ebenso plötzlich, als sie gekommen waren. Man floß auf einmal wieder über von patriotischer Gesinnung, unerschütterlicher Anhänglichkeit an den Kaiser und verstand es daneben doch, wenigstens einen Teil der Maßnahmen im stillen aufrechtzuerhalten.

39. St.-A. München K. schw. 592/87, 592/88.

40. A. Stuttgart Rittersch. Angel. Fasz. XXIV. Okk. u. Org. Nr. 44.

41. D. Partitionsanzeigen b. d. Akten d. Subdelegation A. Wien RA. i. sp. 43, 44.

So nahm Nassau-Usingen zwar die Patente weg, zog aber die Steuern weiter ein; auch Weilburg, Kurhessen, Fulda und Ligne hielten mit der völligen Restitution zurück. Immerhin war der Sieg der kaiserlichen Partei ein vollständiger, und Oesterreich schien auch entschlossen, ihn zum Ausgangspunkte eines neuen Aufschwungs des kaiserlichen Einflusses zu machen. Die bayrische Parition war wie eine Bombe, unerwartet und unerwünscht, mitten in kriegerrische Vorbereitungen hineingefahren. Dem Kaiser war damit jede Handhabe gegen Bayern genommen, aber trotzdem hörten die Rüstungen nicht auf; auf 60 000 Mann bezifferten sich die Truppen, die bei Wels vor der bayrischen Grenze zusammengezogen waren; Wundärzte und Bäckerge sellen wurden eingestellt und vom Hofkriegsrat in Augsburg ein Kredit von 30 000 fl. eröffnet. Aus bester Quelle erfuhr man in München von den Plänen, Bayern in die alte Abhängigkeit von Oesterreich zu bringen und zur Abtretung des rechten Innufers zu zwingen. „Dies soll der erste Schritt sein, dem Kaiser das verlorene Ansehen im Reiche wiederzuerobern“, urteilte Graf Keller, der preußische Gesandte in Wien⁴².

Da fiel Frankreich dem Kaiser in den erhobenen Arm. Auf die stillschweigende oder offenkundige Unterstützung dieser Macht hatten beide Parteien bisher gerechnet. Sowohl die Depeschen des bayrischen Residenten Cetto⁴³ als auch die Berichte des ritterschaftlichen Gesandten Wächter⁴⁴ hatten die Unterstützung der französischen Regierung in Aussicht gestellt. Zu Cetto hatte Talleyrand gesagt, daß das französische Gouvernement die Reichsritterschaft der „Diskretion“ des Kurfürsten überlassen werde, nur sollte er einen allzu großen „Eklat“ vermeiden und die salvatorische

42. Heigel a. O. II 478.

43. St.-A. München K. schw. 56/2 bes. Nr. 33, 37—40.

44. A. Wien RA. i. sp. 42 u. i. vielen Ritterarchiven.

Klausel nicht zu offenkundig umstoßen; Wächter dagegen hatte er versichert, der erste Konsul sei unwiderruflich entschlossen, die Reichsritterschaft nach dem Inhalt des Rezesses in ihrer politischen Existenz zu erhalten⁴⁵. Es bestand eine Meinungsverschiedenheit zwischen Talleyrand und Bonaparte, der letztere war der Ritterschaft günstiger gesinnt, aber im Grunde genommen betrachteten beide die ganze Angelegenheit unter demselben Gesichtswinkel, nämlich vom französischen Standpunkte aus. Solange die Sache nicht weitere Kreise zog und keinen Lärm verursachte, war sie für die französischen Geschäftsmänner herzlich unwichtig; daß sie die Uneinigkeit zwischen den deutschen Fürsten und ihre Abneigung gegen den Kaiser nährte, konnte Frankreich nur genehm sein, besonders solange der Krieg mit England währte⁴⁶. Als darum Rußland, das auch von der Reichsritterschaft um Schutz angegangen war, gemeinsame Verhandlungen in Wien vorschlug, ging Talleyrand nur zögernd darauf ein⁴⁷. Als jedoch Oesterreich am Reichstage seinen Triumph davontrug und die Gerüchte von großen Truppenbewegungen nach Paris drangen⁴⁸, wurde der erste Konsul stutzig. Lucchesini nährte geflissentlich seinen Argwohn, daß Oesterreich politische Absichten verfolge; Cetto übergab ganze Verzeichnisse derjenigen Gebietsteile bayrischen Landes, auf die Oesterreich alte Ansprüche hervorgesucht habe und jetzt geltend machen werde⁴⁹. Champagny berichtete damit übereinstimmend, daß Oesterreich aus militärischen Gründen die Innlinie fordere, um sich so jeden

45. Offiz. Note v. 16. XII. 1803, abgedr. b. Häberlein, St.-A. XV 110.

46. Vgl. Dalberg a. Paris a. Edelsheim b. Obser, Polit. Korr. IV Nr. 628 u. 630.

47. Obser, Pol. Korr. V 170 Anm.

48. Vgl. d. Ber. Champagnys a. Wien b. Ed. Wertheimer, Gesch. Oesterreichs und Ungarns im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts I 186 f.

49. St.-A. München K. schw. 56/3; vgl. auch Heigel a. O. II 473.

Augenblick zum Herren Bayerns machen zu können. Die eben entdeckte royalistische Verschwörung wurde geschickt mit den österreichischen Rüstungen in Verbindung gebracht, um dem ersten Konsul, der immer in Oesterreich einen auf der Lauer liegenden Gegner sah, den Gedanken an ein gemeinsames Komplott nahezulegen⁵⁰. Ein rascher Umschwung erfolgte. Nach seiner Art schnell entschlossen, ließ Napoleon am 3. März den Kaiser auffordern, die Truppen in Schwaben und Tirol zurückzuziehen, sonst werde er 40 000 Mann⁵¹ über den Rhein senden. Oesterreich täusche sich sehr, wenn es glaube, im Frieden erreichen zu können, was es im Kriege verloren habe⁵². Eine Vergrößerung Oesterreichs auf Kosten Bayerns werde er nicht dulden, und sollte es darüber zum Kriege kommen⁵³. Doch war dieser Eventualis im Augenblick dem ersten Konsul auch nicht recht gelegen, der drohende Bruch mit Rußland konnte dadurch beschleunigt werden; so zog er es vor, das ungestörte gute Einvernehmen zwischen den beiden vermittelnden Mächten lieber öffentlich zur Schau zu stellen und das Anerbieten Rußlands zu nochmaliger gemeinsamer Intervention bereitwillig zu ergreifen, wie dies die Minister der beiden Staaten in ihrer Regensburger Abschiedsnote vom 9. Mai 1803 für den Fall neuer aus dem Deputationsrezeß entspringender Wirren schon in Aussicht gestellt hatten⁵⁴. Am 10. März verkündete der französische Geschäftsträger Bacher diesen Entschluß seiner Regierung dem Reichstage⁵⁵. Scharf trat ihr zwei Tage darauf eine schwedische Note⁵⁶ entgegen,

50. Wertheimer a. O. I 189; Ad. Beer, 10 Jahre österr. Politik 1877 S. 42 f.

51. Nach anderen 15 000.

52. Wertheimer a. O. I 188.

53. Häusser II 487; Fournier, Gentz u. Cobenzl. S. 94 Anm.

54. Protok. d. Rsdep. Beil. 390 S. 436.

55. Abgedr. b. Häberlein, St.-A. XII 81, a. b. Häusser II 487 Anm.

56. Abgedr. b. Häberlein, St.-A. XII 85.

welche die Aufforderung enthielt, sich nach den kaiserlichen Befehlen zu richten. Aber ihr Eindruck wurde verdunkelt durch eine zweite preußische Denkschrift vom 27. März⁵⁷, in welcher die königlichen Anträge wiederholt und gegen den „sogenannten“ Konservationsauftrag, bei dem Oesterreich Partei, Richter und Exekutor in einer Person wäre, die Rechte aller Stände verwahrt wurden. Die angebotene Vermittlung möge man vertrauensvoll annehmen. Durch diesen Frontwechsel suchte Preußen alles Weitere abzuschneiden. Der preußischen Erklärung stimmte Bacher im Namen des I. Konsuls in allen Punkten zu.

Roma locuta erat. Vergeblich hatte Deutschland versucht, eine interne Angelegenheit einmal selbst zu ordnen; es hatte sich wieder einmal unfähig erwiesen, ohne europäische Vormundschaft seine Verhältnisse zu regeln. Zwar herrschte am Reichstage die Ansicht vor, daß dieser Schritt eine unbefugte Einmischung und eine einem unabhängigen Staate aufgedrungene Kuratel sei; aber kein Protest wurde laut, man ballte die Faust nur ohnmächtig in der Tasche. Wie von einem Zauberstabe gelähmt, stand sofort das ganze Puppenspiel still. Die Subdelegationskommission stellte ihre Sitzungen ein, besonders da man ihren Höfen in Paris das schärfste Mißfallen aussprach⁵⁸, weil sie sich zu Handlangern und Bütteln Oesterreichs hergegeben hätten, und weil das kaiserliche Konservatorium, wie Bacher am 28. April mündlich erklärte⁵⁹, nicht als der Sache angemessen betrachtet werden könne. „Man könne sich daher auch leicht vorstellen, daß es für die Vermittler nicht angenehm wäre, wenn sie sähen, daß die zur Vollziehung des Conservatorii niedergesetzte Kommission ihren Operationen freien Lauf

57. Abgedr. b. Häberlein, St.-A. XII 82 f.

58. Vgl. Obser, Polit. Korr. IV Nr. 644, 648, 659, 662.

59. Gedr. b. Häberlein, St.-A. XII 85.

lassen wolle, vielmehr hoffe man, daß sie von selbst auf sich beruhen werde.“

Umsonst rief die Nation: Ist kein Dalberg da? Der berufene Hüter der Reichsgesetze, der von den heiligen Pflichten seines Kanzleramtes so emphatisch zu reden wußte, war schon damals zum Schildknappen Napoleons geworden.

VIII.

Der Ausgang der Reichsritterschaft.

Nach der gebieterischen Einsprache Frankreichs war die Lage der Reichsritterschaft unsicherer denn je. „Nur die Aussicht auf die völlige Auflösung der deutschen Verfassung bleibt uns“, schrieb der Reichsritter und badische Minister Edelsheim an den Gesandten in Paris, den Sohn des Freiherrn Heribert von Dalberg¹. Die Subdelegationskommission, welche die Rechte der Reichsritterschaft wahren sollte, gab bald kein Lebenszeichen mehr von sich. Um ihrem Auftrage wenigstens formell zu genügen, hatte sie am 27. März ihre erste Sitzung abgehalten und die Anzeige ihrer Konstituierung an die beklagten Fürsten geschickt, dann erregte sie trotz ihres ängstlichen Bestrebens, „zwischen Nichtstun und kompromittierendem Tun“ durchzuschiffen², das Mißfallen der Pariser Machthaber, und nach jener Note Bachers vom 28. April wagte sie nichts mehr zu unternehmen. Im ganzen hatte sie es auf drei Sitzungen gebracht. Albin, der vorsitzende Minister, war ganz zufrieden, daß im wesentlichen doch überall Parition erfolgt sei. „Ich weiß, sagte er, daß man sich in unserm lieben Reich mit halben Erfolgen begnügen muß und ja nicht zu eifrig sein darf“³. Noch kläglicher wird die Aengstlichkeit und Unselbständigkeit der Konservatorialhöfe zur Schau gestellt in dem Verhalten der

1. Obser, Polit. Korr. IV Nr. 666.

2. Ebd. IV Nr. 656.

3. Ebd. IV Nr. 665.

kursächsischen Regierung⁴. Diese erlaubte ihrem Gesandten v. Globig die Teilnahme an den Kommissionssitzungen erst, als man die Tätigkeit der Konservatoren für beendet ansah, jedenfalls sollte er alle kollegialischen Beschlüsse „nach Kräften verhindern“. Endlich bekam er eine feste Instruktion, in der es hieß: „Da es nunmehr ganz ausgemacht ist, daß Se. Russisch Kais. Majestät den von französischer Seite getanen Schritt mißbilligen, so erachten Se. Kurf. Durchlaucht nunmehr, daß Sie in ganz liquiden Fällen auf Antrag der übrigen Konservatoren dem Conservatorio gemäß zu verfahren sich nicht entbrechen können“⁵.

Das war im Mai 1804, als es „ganz ausgemacht“ war, daß die angekündigte Intervention der beiden vermittelnden Mächte nicht zustande kam. Rußland wünschte nicht die Beseitigung des Konservatoriums, wie schon aus der Haltung des Zaren gegenüber seinem kurfürstlichen Schwager hervorgegangen war; es billigte vielmehr diese Maßregel durchaus und fühlte sich durch die Erklärungen Bachers am Reichstage, die ohne vorausgegangene Verständigung erfolgt waren, brüskiert⁶. Zur guten Stunde gelang es der Ritterschaft, den russischen Hof in dieser Ansicht von der Sachlage zu bestärken. Denn sie hatte in Erfahrung gebracht, daß sich gerade ein Mitglied in Petersburg aufhielt. Es war kein Geringerer als Schillers Schwager, der Sachsen-Weimarische Geheimrat und Oberhofmeister Wilhelm von Wolzogen, welcher bereits zum drittenmal dort weilte, um eine Familienverbindung zwischen den beiden Höfen zu stiften. Er war also überall bestens eingeführt, und als er auf Bitten des Generaldirektoriums beim Staatskanzler Woronzow ein gutes Wort für die Ritterschaft einlegte, versprach ihm der ehrwürdige Greis mit festem Handschlag seine Hilfe gegen die

4. Vgl. G. Weicker, Die Haltung Kurs. i. Streit u. d. unm. RR. Lpz. 1906, bes. S. 54 f.

5. Ber. d. gotha. Ges. v. Ende. 3. VI. 1804. A. Gotha A. VIII 72.

6. Obser, Pol. Korr. V Nr. 181.

französisch-bayrischen Unterjochungspläne⁷. So mußten die Verhandlungen über eine etwaige Vermittlung im Sande verlaufen. Statt der in Paris erwarteten russischen Zustimmung traf schließlich die Protestation gegen die Verletzung reichsdeutschen Gebietes ein und zerstörte die Fabel von der russisch-französischen Eintracht. Das Interesse der europäischen Diplomatie wandte sich dem Falle Enghien zu. Die Reichsritterschaft fristete ihr Dasein zunächst noch weiter, aber in beständiger Sorge, was der nächste Tag bringen werde.

Unter diesen Umständen hatte die bayrische Regierung allen Grund, die „rückläufige Bewegung“, wie Montgelas seine diplomatische Niederlage umschreibt⁸, zu bereuen. Es trat deshalb bald in der Restitution der Ritterschaft ein Stillstand, sodann ein Rückschritt ein. Eine gänzliche Herstellung des status quo ante war ja überhaupt unmöglich. „Wie auch die Entschließungen des Wiener Hofes ausfallen mögen,“ hatte der Geheimrat Bayard schon im Dezember 1803 an Thürheim geschrieben, „so ist die reichsritterschaftliche Maschine so zerrüttet, daß es keinem kaiserlichen Minister mehr möglich sein wird, den vormaligen Stand der Dinge ganz wiederherzustellen“⁹. Alle Bande der Gesellschaft, Freundschaft, ja Verwandtschaft hatte der feindselige Hader zwischen den beiden Ritterparteien zerrissen. Die Grafen von Rotenhan z. B. hatten gehuldigt, während die freiherrliche Linie in starrer Opposition verharrte. Als am 21. März 1804 ein Sechsortstag in Nürnberg zusammentrat, kam es zum schlecht verdeckten Bruch zwischen dem Ritterhauptmann von Rhön-Werra, Freiherrn von der Tann, und dem Grafen von Egloffstein, der von der bayrischen Regierung zum Direktor der fränkisch-bayrischen Ritterschaft

7. A. Bamberg Rep. 199 Nr. 1304, 1307.

8. Denkw., hsg. v. v. Freiberg S. 80.

9. St.-A. München K. schw. 592/85.

ausesehen war und am 24. Januar diesen Posten auch angenommen, dann aber nach einer Woche durch einen Aufsehen erregenden, in den fränkischen Provinzialblättern veröffentlichten Brief erst Klarheit in den Beziehungen der Reichsritterschaft zum Kaiser und zum Kurfürsten, besonders aber die endgültige Publikation der Verfassungsurkunde, zu deren Hüter er bestellt werden sollte, verlangt hatte. Das Resultat des Ritterkonventes war schließlich, daß alle Abtrünnigen von der Teilnahme an der reichsritterschaftlichen Verfassung suspendiert wurden. Ja, einige Tage später lief sogar eine von 69 standhaft gebliebenen Rittersn unterzeichnete Vorstellung ein, worin auf ihre schimpfliche Ausschließung dringend angetragen wurde¹⁰.

An dieser Macht der Gegensätze und der Verhältnisse scheiterten auch die Verhandlungen desselben Ortstages über den ersten Punkt der Tagesordnung: Welche Maßregeln sind erforderlich, um die Herstellung des status quo im Sinne des Conservatorii zu bewirken? Anzeigen bei der eingeschlafenen Subdelegationskommission und Pflege der diplomatischen Beziehungen waren die einzigen Mittel, die der Reichsritterschaft zu Gebote standen. Wöllwarth empfahl noch den kleinen Husarenkrieg mit allerhand Flugschriften. Man sandte den Syndikus Klotz nach Regensburg, um der dortigen Konservatorialbehörde die Beschwerden über noch vorhandene Restitutionsrückstände zu übermitteln.

Denn bald mehrten sich die Klagen, daß die Schäden nicht genügend ersetzt, das Kollektationsrecht aufs neue bestritten und die Rekruten nicht zurückgestellt wurden. In Schwaben hätte Bayern allein 136 Rekruten entlassen und 101 678 fl. vergüten müssen, keins von beiden geschah. Württemberg beobachtete das gleiche Verfahren, und so kam es, daß um die Mitte des Jahres 1804 an Steuern, Exekutionskosten und Requisitionsgeldern noch in allen be-

10. Protokoll A. Würzburg RR. 425.

treffenden Kantonen erhebliche Rückstände zu restituieren waren¹¹. Bald fanden auch neue Aushebungen statt, wobei widerspenstige Hausväter, welche ihre Söhne versteckten, in Haft gebracht wurden. Das jus quartirii ward häufig verletzt, die Untertanen der Ritter zum Bau von Wachthäusern und zu anderen militärischen Bedürfnissen herangezogen. Die Polizei machte auch ferner nicht an den Landesgrenzen Halt; sogar unter dem Vorwande, daß einige Anhänger des Schinderhannes nach Franken geflüchtet wären, nahm sie Haussuchungen in den Ritterdörfern vor¹². In gemischten Orten wurden die Ritter zu den Schullasten herangezogen, ihre Handwerker dem Zunftzwange unterworfen, Schlotfeger und Hebammen von der Regierung privilegiert, ohne daß man sich mit den ritterschaftlichen Kondominialämtern zuvor in freundnachbarliches Einvernehmen setzte.

Während Bayern also auch fernerhin seine Nichtachtung der reichsritterschaftlichen Selbständigkeit an den Tag legte, ließ es andererseits sein bisheriges System fallen, behandelte die Ritter nach ihrem Willen als Fremde, ihr Enklaven als Ausland und zog alle Konsequenzen aus diesem Grundsatz. Durch Schikanen aller Art hoffte es, die Ritter mürbe zu machen¹³. Der freie Handel und Wandel wurde jetzt nur insoweit gestattet, als die Verträge es erforderten, sonst wurden alle nachbarlichen Begünstigungen aufgehoben. Wenn der reichsritterschaftliche Bauer jetzt seinen Kram zur Stadt fuhr, mußte er an der Maut- und Pflastergeldeinnahme erhöhte Taxe bezahlen; wenn der reichsritterschaftliche Jude hausierend über Land ziehen wollte, hatte er sich jetzt für schweres Geld einen Gewerbeschein zu lösen, und dem

11. I. K. Donau: 101 678 fl., i. K. Algäu-Bodensee: 1498 fl., i. K. Kocher: 798 fl., i. K. Rhön-Werra 4436 fl., i. K. Odenwald: 1230 fl., i. K. Gebirg: 14 950 fl.

12. Promem. d. fränk. Dir. 12. III. 1805. A. Wien RA. i. sp. 45.

13. St.-A. München K. schw. 592/88, 89, 90.

reichsritterschaftlichen Handwerker wurden auf den Jahrmärkten und bei der Annahme von Lehrjungen und Gesellen allerhand Schwierigkeiten bereitet. Den Rittern selbst wurde eine Lehensteuer in Höhe von 1⁰/₀ des Wertes ihrer Güter auferlegt und die rückständigen Ritterdienste streng eingefordert. Von jedem unmittelbaren Lehenobjekte sollten 902 fl. als Ablösung für zwei Lehenpferde entrichtet werden, eine ungeheure Summe, zumal wenn man bedenkt, daß der bayrische landsässige Vasall nur ein Lehenpferd mit 160 fl. zu bezahlen brauchte¹⁴. Auch verfuhr der kurfürstliche Lehenhof parteiisch gegen solche Vasallen, welche im Dezember 1803 die Huldigung verweigert hatten. So wurde der Herr von Kalb im Genuß der von ihm verwalteten Güter Trabelsdorf und Dankenfeld geschützt, die der Reichshofrat endgültig dem Freiherrn Marschalk von Ostheim zugesprochen hatte¹⁵, so wurden am 3. Juli 1804 die Erbtöchter des Freiherrn von Wolfskeel von ihren Vettern Reichenberger Linie unter Assistenz kurfürstlichen Militärs aus ihrem Besitz Rottenbauer vertrieben¹⁶.

Alle diese Eingriffe meldete Klotz in Regensburg gehorsamst der Subdelegationskommission an; die Akten häuften sich denn auch¹⁷, aber eine Hilfe erfolgte nicht. Auch die Pflege der diplomatischen Beziehungen trug keine Früchte. Wolzogen hatte Petersburg wieder verlassen, und Wächter war ebenfalls nach Deutschland gekommen, um dem erstaunten Generaldirektorium plötzlich nach ⁵/₄ Jahren eine Rechnung zu präsentieren, wonach er seine jährlichen Dienste

14. Vgl. Stetten-Buchenbach a. O. S. 519.

15. Vgl. Promem. d. Freih. M. v. Osth. gedr. (A. Wien RA. i. sp. 47).

16. Vgl. Darst. d. d. beiden Rsfrauen Amalia v. Redwitz u. Johanna v. Groß zständ. Bes. Rottenbauer. Wien 1804. — Gesch.-Erz. d. Rsfreih. v. Wolfskeel z. Reichenberg ü. d. neuesten Vorgänge z. Rottenbauer. Nürnberg 1804.

17. A. Wien RA. i. sp. 43—49, 51.

auf 43 200 Livres bewertete. Er begründete seine Forderung damit, daß er in Paris auf demselben Fuß behandelt würde wie alle anderen deutschen Gesandten, in folgedessen müßte er auch denselben Aufwand machen. Diese aber bezögen sämtlich 48 72 000 Livres, nur zwei 40 000. Nun gingen der Reichsritterschaft zwar die Augen auf, „daß der Eifer des Herrn von Wächter für die gerechte Sache nicht das Hauptmotiv zur Anerbietung seiner Dienste gewesen zu sein schien“, aber um den intriganten Mann nicht zu reizen, wurde er wieder nach Paris geschickt. Doch der Erfolg entsprach seinen Verheißungen immer weniger. Talleyrand „gebrauchte die reichsritterschaftliche Sache als einen Spielball, um bald den Wiener, bald den Berliner Hof damit zu necken“¹⁸. Er bestand erst darauf, daß der Reichstag den Streit schlichte, dann hielt er nach Rücksprache mit Lucchesini und Cetto überhaupt nicht für nötig, die Sache wieder „aufzuwärmen“, in der Hauptsache sei ja alles zurückgestellt und nur noch einige kleine Anstände zu erledigen. Er riet dem Baron Wächter, die Reichsritterschaft möge sich mit den Fürsten verständigen, dabei werde sie wohl oder übel „etwas“, das heißt ihre Souveränität, opfern müssen¹⁹.

Noch setzte die Reichsritterschaft ihre Hoffnungen auf Napoleon. Je klarer es zutage trat, daß er der Erbe der Cäsaren werden würde, desto stärker zog seine glänzende Erscheinung auch die Reichsritterschaft in ihren Bann. Oesterreich wich vor dem aufsteigenden Imperium zurück und beschränkte sich auf sein habsburgisches Erbkaisertum; wie die Schirmherrschaft über die Kirche schien damit auch die Leitung der Geschicke des Abendlandes auf den Machthaber an der Seine übergegangen zu sein. Er hatte die letzten republikanischen Formen abgestreift, ein glänzender Hofstaat

18. Stadion a. Colloredo A. Wien RA. i. sp. 49.

19. Wächter a. d. Gen.-Dir. 19. XII. 1804 u. 2. I. 1804 A. Wien RA. i. sp. 45.

umgab den Sohn der Revolution; der alte Adel kehrte nach Frankreich zurück und scharte sich wetteifernd mit den Offizieren der Ehrenlegion um den Thron des Monarchen, der im Siegeszuge durch die Rheinlande ritt und sich in der Kaiserpfalz zu Aachen als Nachfolger Karls des Großen huldigen ließ. War es zu verwundern, wenn die Reichsritterschaft sich, ein Dalberg an der Spitze, dem neuen Sterne zuwandte? Durch eine kosmopolitische Fiktion vom Einzelstaate ideell losgesprochen, war der Platz der Ritterschaft da, wo das weltliche Haupt der Christenheit thronte. Konnte sie nicht, wie sie bisher eine Elitegarde des römisch-deutschen Kaisers gewesen war, denselben Platz künftig bei dem römisch-fränkischen Kaiser einnehmen? Eben hatte er der elsässischen Ritterschaft ihre Privilegien bestätigt, soweit sie sich mit der Staatsverfassung vertrugen, und Wächter konnte die frohe Kunde melden, daß Dalberg, der bei seinem damaligen Aufenthalt in Paris gelegentlich der Krönung Napoleons für seine armen Standesgenossen eine Fürbitte tat, die bündigsten Versicherungen für die Fortexistenz der Ritterschaft erhalten hatte. Der Kaiser wolle den Lauf der Gerechtigkeit nicht hindern und schenke dem Entschluß des Herrn Kurerkzanzlers, sich von der konstitutionellen Linie nicht zu entfernen, seinen ganzen Beifall²⁰.

Besondere Nahrung aber erhielten diese Hoffnungen der Ritter durch ein Schreiben des Imperators vom 4. Januar 1805, worin er dem Generaldirektorium für die Glückwünsche zu seiner Kaiserkrönung, die ihm Wächter überbracht hatte, dankte²¹. Triumphierend veröffentlichte dieser das überaus huldvolle Schreiben in allen Zeitungen; in dem Frankenkaiser

20. Ber. v. 8. II. 1805. A. Wien RA. i. sp. 45.

21. Das Schreiben, das in der Correspondance fehlt, lautet: Chers et bons amis! au moment où il a plu à la divine Providence de m'appeller au trône de la France rien ne pouvait m'être plus agréable que de recevoir de Vous un témoignage de la part que Vous prenez à cet événement. Votre Député, M. le Baron de Waechter,

schien der Reichsritterschaft wirklich ein großmütiger neuer Gefolgsherr zu erstehen.

Allein, der Brief, auf den die Reichsritterschaft ihre Luftschlösser baute, wird in seinem ganzen Werte gekennzeichnet durch ein Billet Napoleons an Talleyrand vom 2. Mai 1805²². Hier erfahren wir, daß nicht etwa Napoleon selbst, sondern „Durand und Kompagnie“ diesen Brief entworfen hat, den Napoleon unterzeichnete, ohne von seinem Inhalte nähere Kenntnis zu nehmen. Das Ganze war bestellte und wohl auch bezahlte Arbeit Wächters, der sich von seinem guten Freunde Durand hier Worte der Anerkennung aussprechen ließ, um den Rittersn Sand in die Augen zu streuen und sie von seiner Unentbehrlichkeit zu überzeugen. Denn mit feiner Witterung begabt, hatte er gemerkt, daß man seiner überdrüssig wurde: Mitte des Jahres 1805 wurde ihm seine Vollmacht genommen und dem Gesandten des Kur-erzkanzlers, Grafen Beust, übertragen.

Jener Brief kann also als ein authentisches Zeugnis für die Gefühle, die Napoleon gegen die Reichsritterschaft hegte, nicht betrachtet werden. Einen besseren Aufschluß über seine Stellung zu dieser Korporation gibt uns ein anderes Wort von ihm an Dalberg, das Fürst Metternich in seinen nachgelassenen Papieren aufgezeichnet hat²³. Als der Fürst Primas des Rheinbundes in einer Audienz wieder einmal von seinen „Albernheiten“ und „leeren Träumereien“ zu

m'a réuni la lettre de félicitation que Vous m'avez écrite le 31 oct. et il a parfaitement répondu par la manière dont il a rempli sa mission à la confiance dont Vous l'honorez. Pendant son séjour il a pu se convaincre de la ferme intention où je suis de Vous donner constamment des preuves de l'intérêt que je prends à Votre prospérité. Je désire qu'il Vous en reporte les assurances ainsi que celles de mon estime et de mon affection pour Vous. Sur ce je prie Dieu, chers et bons amis, qu'il Vous ait en sa sainte et digne garde. Votre bon ami Napoléon.

22. Corr. inéd. X 366 Nr. 8667.

23. I 1, 61.

sprechen versuchte, das heißt, als er Napoleon quälte, „er sollte die Verfassung von dem, was er das deutsche Vaterland nannte, herstellen“, antwortete dieser: „Herr Abbé, ich will ihnen mein Geheimnis anvertrauen: die Kleinen in Deutschland möchten gegen die Großen geschützt werden; die Großen wollen herrschen nach ihrer Laune; oder: da ich nur Menschen und Geld will, und da es die Großen sind und nicht die Kleinen, welche mir die einen und das andere schaffen können, so lasse ich die ersteren in Ruhe, und die letzteren können sehen, wie sie zurecht kommen.“

Nein, eine Verjüngung unter dem Schutze der französischen Adler war der Reichsritterschaft nicht beschieden; sie stand und fiel mit dem römischen Kaisertum deutscher Nation.

Doch auch auf den Träger dieser Würde war kein fester Verlaß mehr. Er knüpfte im Frühjahr 1805 vertrauliche Verhandlungen in Berlin an, um in freundschaftlicher Weise die noch unerledigten Fragen der katholischen Virilstimmen, der Konkordate und der Reichsritterschaft zu lösen. Es war eine Teilung Deutschlands in zwei Interessensphären geplant, und Oesterreich war auch jetzt wieder bereit, die Reichsritterschaft aufzuopfern²⁴. Denn gerade damals war Oesterreich mit Erfolg an der Arbeit, sich im Westen zwischen Bodensee, Iller und Vorarlberg wieder ein geschlossenes Territorium zu schaffen, und es empfand dabei, wie Preußen in Ansbach-Bayreuth, die vielen Enklaven der Ritterkantone Donau und Hegau-Bodensee als störenden Mißstand²⁵. Durch Preisgabe der Reichsritterschaft wäre eine gut arrondierte Provinz von $1\frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern für den Kaiserstaat gewonnen worden. Die Einigung in dieser Frage scheiterte nur daran, daß Oesterreich obendrein

24. Nach d. Berichten d. württ. Ges. Mylius i. Berlin. A. Stuttgart Adel insgem. 39/31/53; vgl. auch Häusser II 581.

25. Vgl. Bitterauf, Gesch. d. Rheinbundes I 220.

noch Kompensationen verlangte, vor allem sich die katholische Stimmenmajorität am Reichstage sichern wollte.

Sonderbar wirken diese Tatsachen auf den Forscher, wenn man gewahr wird, wie just zur gleichen Zeit Oesterreich noch einmal versucht, das Konservatorium zu neuem Leben zu erwecken. Die Ritter waren von der machtlosen Subdelegationskommission an den Reichshofrat gewiesen worden²⁶, und hier drängten sie durch den nach Wien beorderten Generalsyndikus Gasser unaufhörlich, bis am 26. März 1805 wirklich ein Exzitatorium erging, das die Subdelegationskommission in Regensburg anwies, für die völlige Restitution aller noch vorhandenen Rückstände binnen zwei Monaten Sorge zu tragen. Es war diesmal genau festgesetzt, wann erst der rechtmäßige Besitzstand hergestellt sein sollte. Von seiten Frankreichs erwartete man keine abermalige Einsprache; die briefliche Lobpreisung der Reichsritterschaft durch Napoleon lud vielmehr zu ihrer Unterstützung ein²⁷. Am 1. Juni hielt die Subdelegationskommission auch wirklich wieder eine (4.) Sitzung ab und entsandte sehr glimpfliche Dehortatoria an Bayern, Württemberg, Darmstadt, Weilburg und Ligne²⁸. Doch Württemberg bestritt jetzt überhaupt die Kompetenz der Kommission²⁹, und Bayern sowie Hessen-Darmstadt protestierten gegen die Mahnung mit der Behauptung, sie hätten dem Konservatorium schon vollkommen Genüge geleistet³⁰. Dazu hatte man sich in Wien in den Gesinnungen der französischen Staatsmänner gründlich verrechnet. Denn am 2. Juli 1805 erging von Mailand aus, wo sich Napoleon damals die eiserne Longobardenkrone

26. Vgl. Obser, Pol. Korr. IV Nr. 668.

27. Ebd. V Nr. 225, 226.

28. Derweilen hatte der Fürst v. L. seine Herrschaft Edelstetten schon am 22. Mai 1804 an den Fürsten Nikolaus v. Esterhacy-Galantha verkauft! Durch den Preßburger Frieden kam sie an Bayern.

29. A. Stuttgart Adel insg. 39/31/53.

30. Obser, Pol. Korr. V 208 Anm. 2.

aufs Haupt setzte, eine Note Talleyrands an die Konseruatorialhöfe³¹, die in rauhem Tone die Erwartung aussprach, daß die deutschen Fürsten ihren Einfluß aufwenden würden, um zu verhindern, daß dem Konklusum des Reichshofrates irgendwelche Folge gegeben würde, da im Augenblick gar keine Beschwerden von seiten der Ritterschaft vorlägen. Hierin war Talleyrand allerdings falsch berichtet, aber er wünschte nun einmal, daß die Angelegenheit in Vergessenheit geriete, und so geschah es auch.

So waren um die Mitte des Jahres 1805 eigentlich alle Stützen zusammengebrochen, die die Reichsritterschaft bisher noch aufrecht erhalten hatten; alle Wege, auf denen sie ans Ziel ihrer Wünsche zu kommen gedachte, waren ungangbar geworden. Wenn sie nicht auf eigenen Füßen mehr stehen konnte und aus eigener Kraft frische Reiser treiben, mußte sie der nächste Sturm hinwegfegen. In der Tat hat es innerhalb und außerhalb des Corpus equestre damals nicht an Vorschlägen gefehlt, durch eine zeitgemäße Reform dem Niedergang entgegenzuarbeiten und den reichsritterschaftlichen Staat lebensfähig zu erhalten. Viele Kantone holten die Gutachten ihrer Mitglieder ein, wie die Verfassung dem Geiste der Zeit anzupassen und „von manchen Gebrechen zu reinigen sei, die schon oft der Gegenstand bitteren Tadels geworden wären“³². In Beantwortung dieser Fragen schlägt ein Anonymus vor³³, die Personalisten zu beseitigen, eine reichsritterschaftliche Kreditbank einzurichten, die Betteljuden abzuschaffen und die anderen Juden von christlichen Zuchtmeistern in der Leinen- und Strumpfweberei, Strickerei und Knopfmacherei, Hut- und Bandmacherei unterrichten zu lassen. Baunach trug in Wien darauf an, die in den säkularisierten Gebieten seßhafte mediate Ritterschaft dem

31. A. Wien RA. i. sp. 45. Abgedr. b. Obser, Pol. Korr. V Nr. 282.

32. A. Würzburg G. 9587.

33. A. Wien RA. i. sp. 40.

Korpus anzuschließen, alle Lehensverbindungen durch kaiserlichen Machtspruch aufzuheben und jede Veräußerung extra consortium equestre durch ein Reichsgesetz zu verbieten³⁴. Einen ähnlichen Entwurf sandte auch Gebirg an den Kaiser³⁵. Gemmingen hatte auch hier den sichersten Blick. „Das einzige, was uns aus der politischen Nullität retten kann, ist die Reichsstandschaft“, sagte er³⁶. In den Jahren 1686 bis 1688 war dieses Projekt schon einmal aufgetaucht, seine Ausführung aber am Widerstande des Kaisers gescheitert, der das persönliche Verhältnis zur Reichsritterschaft unverrückt sehen wollte. Jetzt glaubte man, würde dem Kaiser daran gelegen sein, seinen Einfluß in der Reichsversammlung durch einige ergebene Stimmen gestärkt zu sehen. Der Wunsch war an sich berechtigt, denn die reichsritterschaftlichen Parzellen ergaben zusammengelegt immer noch ein Areal von über 100 Q.-M.³⁷, bildeten also ein stattliches Fürstentum. Um den notwendigen Zusammenhang zwischen den reichsritterschaftlichen Besitzungen auch äußerlich herzustellen, wurde dazu von anderer Seite der Vorschlag gemacht, alle zerstreuten Güter gegen ein geschlossenes Aequivalent an der fürstlichen Landesgrenze einzutauschen. Die Reichsstadt Wimpfen sollte bei ihrer zentralen Lage zwischen den drei Ritterkreisen dem Generaldirektorium als Residenz überlassen werden³⁸. Doch das waren nur luftige Gebilde der Phantasie. Bessere Aussichten boten die Unionspläne, die gerade nach den gewaltsamen Schritten gegen die Reichsritterschaft unter den mindermächtigen Ständen viele Anhänger fanden. Als nach der Anerkennung der Frankfurter

34. A. Wien RA. i. sp. 47.

35. 2. III. 1805. A. Wien RA. i. sp. 49.

36. Gedanken und Bemerkungen über die Lage d. ges. r. Wesens u. Verf. A. Nürnberg RR. Altmühl Nr. 654.

37. Nach einer offiziellen Angabe: 137 Q. M. m. 414 000 Einw. u. 2 107 000 fl. Pol. Journal 1804 S. 141.

38. Denkschr. Türkheims. A. Wien RA. i. sp. 40.

Union auch schwäbische Fürsten zu einem ähnlichen Verein zusammentraten³⁹, entstand hier am Bodensee das Send-schreiben eines ritterschaftlichen Konsulenten in Schwaben an seinen Kollegen in Franken⁴⁰. Der Verfasser sieht in einer engen Assoziation den einzigen Weg zur Rettung, aber das Resultat seiner Untersuchung ist ein sehr resigniertes: Das Projekt wird scheitern an der unbegreiflichen Lethargie der Bedrohten, dem Mangel an Gemeingeist, der kontemplativen Politik, die das *prévoir* und *prévenir* nicht kenne.

So blieb schließlich nur ein gütliches Arrangement mit den Fürsten übrig, ein Ausweg, der nach den Erfahrungen der letzten Jahre in den Kreisen der Ritter selbst ständig an Boden gewann. Begaben sich doch sogar Reichsstände schon ihrer Unmittelbarkeit und tauschten fürstliche Lehen dagegen ein⁴¹. Einen festen Vertrag über die Landsasserei auf die besten Bedingungen hin, und zwar im Namen des ganzen Korps abzuschließen, schien rätlicher zu sein als neue Vergleiche, bei denen die Ritterschaft doch nur wieder verlieren konnte⁴². Die paar Familien mit ansehnlicherem Besitz könnten vorher in den Grafenkollegien Aufnahme finden, schlug Preußen vor, und auch Oesterreich stand diesem Plane sympathisch gegenüber⁴³. Besonders der preußische Gesandte Graf Görtz befürwortete den Gedanken mit großer Wärme, und es gelang ihm auch, für seine Person einen Platz auf der wetterauischen Grafenbank zu erhalten.

Aber die übrigen Ritter brachten es durch hartköpfiges Bestehen auf ihrem Scheine dahin, daß der günstige Augenblick, wo die Ritterschaft den Fürsten noch Bedingungen

39. Vgl. Bitterauf, *Gesch. d. Rheinb.* I 113.

40. Ueber die Unionen kleinerer Reichsstände Jan. 1804, abgedr.

b. Posselt, *Eur. Ann.* 1804 I 109 f.

41. Bitterauf a. O. I 219.

42. So war auch die Meinung Gagerns; vgl. Hügel a. Colloredo

30. X. 1804. A. Wien RA. i. sp. 48.

43. A. Ludwigsburg Rittersch. 7/30/1a Fasz. IV 25.

stellen konnte, ungenützt verstrich; der III. Koalitionskrieg brach aus, und nun war den Rittern keine Wahl mehr gelassen.

Gleich nach den ersten Schlägen, welche die kaiserliche Partei in dem letzten Waffengang des alten Reiches davontrug, fielen die rheinbündischen Trabanten Napoleons über die Ritterschaft her⁴⁴. Württemberg machte diesmal den Anfang. Durch ein Patent vom 10. November erklärte der Kurfürst, daß er es „für höchst notwendig und wichtig erachte, der jetzigen Lage der Dinge angemessene Vorkehrungen zu treffen, wodurch in dem ganzen Umfange Unserer Staaten und in jeder mit den Zeitumständen in Verbindung stehenden Rücksicht eine vollkommene Gleichförmigkeit hervorgebracht werde“. Den zersplitterten schwäbischen Kreis möglichst ungeteilt unter seine Herrschaft zu bekommen, war das Ziel des „großen Königs von Schwaben“, wie ein Reichsritter bald den neuen Souverän von Napoleons Gnaden taufte. Darum ließ er unterschiedslos alle „in und an seinen Staaten“ liegenden reichsritterschaftlichen, Deutschordens- und Johannitergebiete besetzen.

Durch diesen Grundsatz, auch alle an Württemberg grenzenden Ritterdörfer einzuziehen, der „der Willkür Tür und Tor öffnete“⁴⁵, wurde auch die badische Regierung gezwungen, zur Frage der Okkupation der ritterlichen Enklaven Stellung zu nehmen. Trotzdem das geheime Ratshkollegium in mehreren Konferenzen es für höchst bedenklich erklärte, das Beispiel Württembergs nachzuzahlen, höchstens eine gütliche Verständigung „über die beiderseitigen Unterjochungswünsche“ anzubahnen riet, fühlte sich der Kurfürst „durch die Pflicht der Selbsterhaltung und des Gleich-

44. Vgl. Schöll, *Hist. abr. d. traités* VIII 53 f., abgedr. b. Berg-haus a. O. II 2, 43 f.; Obser, *Pol. Korrr.* V 440 f.; Bitterauf, *Rhein-bund* I 220 f.; Stetten-Buchenbach a. O. S. 526; Häusser II 678.

45. Obser a. O. V 441.

gewichtet“, wie er den Kantonen schrieb, doch genötigt, auch seinerseits zur Okkupation zu schreiten. Durch ein Patent vom 3. Dezember nahm er die Bezirke Hegau, Algäu, Bodensee und die Ortenau, sowie die im Badenschen liegenden Teile von Donau und Odenwald „unter landeshoheitlichen Schutz, Schirm und Aufsicht“. Es war eine Ironie des Schicksals, daß der Konservator der Ritterschaft, nicht einem Befehle Napoleons folgend, wie Stadion vermutete⁴⁶, sondern von der Macht der Verhältnisse vorwärtsgetrieben, seinen übernommenen Pflichten untreu werden mußte. Zugleich mit den Ritterorten ließ er auch die Residenzen des Deutschordens und der Johanniter, Mergentheim und Heitersheim, militärisch besetzen.

Bayern verfuhr diesmal mit großer Zurückhaltung⁴⁷. Bei fortdauerndem Waffenglück konnten ihm die Ritter doch nicht entgehen; im Hinblick auf mögliche Unfälle wollte man sich aber zunächst noch den Rücktritt offen halten. Am 1. November erging zwar eine Order an das fränkische Generalkommissariat: Da jene Beweggründe, welche den Kurfürsten zu einer temporären Nachgiebigkeit bestimmt hätten, nicht mehr beständen, so hätte er nunmehr den festen Entschluß gefaßt, den ebenso staatsrechtswidrigen als aller politischen Ordnung widerstrebenden Zustand eingeschlossener, von der landesfürstlichen Gewalt losgerissener Landesparzellen nicht länger fort dauern zu lassen; doch die Ausführung dieser Deklaration wurde vorerst noch ausgesetzt, bis das Ungestüm des Württembergers auch Bayern zwang zuzugreifen, um nicht übervorteilt zu werden. Am 19. Dezember beschloß Max Joseph die sofortige Unterwerfung der Ritter⁴⁸; Anfang Januar 1806 begannen die militärischen Besitzergreifungen. Inkavierte Güter sollten glatt einver-

46. Ber. v. 19. XII. 1805. A. Wien RA. i. sp. 46.

47. Vgl. Montgelas, Denkw. 115/6.

48. R.-A. München RR. 75.

leibt werden, angrenzende mit Kurbaden und Kurwürttemberg nach einer natürlichen Grenzlinie geteilt werden. Da aber über diese natürliche Grenzlinie sich erhebliche Meinungsverschiedenheiten herausstellten, so wiederholte sich vielfach der widerliche Hader um die Beute zwischen den Fürsten und schuf einen Zustand von Unsicherheit und Verwirrung, unter welchem die Ritter schwer zu leiden hatten.

Jeder Widerstand ihrerseits war vergebens. Wenn auch der greise Gemmingen persönlich nach Regensburg eilte, er konnte das hereinstürzende Verderben nicht mehr aufhalten. An demselben Tage, wo im Donner der Dreikaiserschlacht von Austerlitz das Reich in Trümmer fiel, wies ihn Hügel an die Konservatorialkommission, „die mit zureichender Gewalt versehen sei“⁴⁹. Wo die Gewalt ruhte, das zeigte sich, als am Tage darauf Dalberg, von plötzlichem Eifer für seine Kanzlerpflichten erfüllt, dem Kurfürsten von Württemberg ein Dehortatorium zuschickte, es hätte ihm schweren Kummer gemacht, daß in dem Augenblicke, wo Deutschland der Schauplatz eines fremden Krieges wäre und Kaiserliche Majestät allerhöchst nicht zugänglich seien, der Kurfürst die Verfassung verletzte. Denn alsbald ließ ihm Napoleon durch Hédonville sein Mißvergnügen aussprechen, daß er sich habe verleiten lassen, wider die Verfügungen von Pfalz und Württemberg am Reichstage und selbst bei ihm seine Stimme zu erheben und eine reichstäglische Deliberation einzuleiten. Warum habe er nicht gegen den österreichischen Einmarsch in Bayern protestiert? Es scheine, als ob er gegen den Kaiser Napoleon einen Kreuzzug predigen wolle. Es müsse ihm doch bekannt sein, daß es schon einigemale nur vom Kaiser abgehangen habe, der deutschen Konstitution ein Ende zu machen⁵⁰. Mit diesem brutalen Ausfall wurde der

49. A. Wien RA. i. sp. 46.

50. A. Wien RA. i. sp. 46. Diese Worte scheinen doch zu

letzte Versuch zurückgewiesen, der Reichsritterschaft den verfassungsmäßigen Schutz angedeihen zu lassen.

Noch deutlicher als hier billigte Napoleon aber das Vorgehen seiner Verbündeten gegen die Ritter bald darauf am 19. Dezember durch den Tagesbefehl des Marschalls Berthier aus Schönbrunn an alle französischen Kommandanten, den süddeutschen Kurfürsten bei der Besetzung der reichsritterschaftlichen Gebiete militärische Hilfe zu leisten, da der Kaiser den drei Kurfürsten die volle Souveränität gewährleistet habe⁵¹.

Damit war der Reichsritterschaft das Todesurteil gesprochen. Das Verbrechen, das ihr der Tagesbefehl vorwarf, war ihre Treue gegen den Kaiser: sie war eine Gehilfin Oesterreichs; sie hat geduldet, daß österreichische Werber in ihren Gebieten Aushebungen vornahmen, und dies hat sie notwendig in den Kriegszustand mit Frankreich versetzt.

Durch diese Berufung auf den Rechtsstandpunkt getäuscht, entsandte das Generaldirektorium den Freiherrn von

beweisen, daß Napoleon damals Dalberg ernstlich gezürnt hat, was Beaulieu-Marconnay (Dalberg II 43) bezweifelt.

51. Text: Sa Majesté l'Empereur et Roi ordonne à tous les Généraux commandants ses armées, Gouverneurs de provinces, Commandants de places et de colonnes dans les pays occupés par ses diverses armées de prêter main-forte aux troupes et aux agents de LL. AA. SS. les Electeurs de Bavière, de Wurtemberg et de Bade dans la prise des possessions qu'ils font les domaines de l'ordre équestre. S. M. l'Empereur ayant garanti à ces trois Electeurs la souveraineté pleine et entière de leurs états et ces trois princes devant être Souverains dans leurs états comme l'Empereur d'Allemagne l'est dans ses possessions héréditaires d'Autriche et le Roi de Prusse en Brandebourg. L'ordre équestre a été d'ailleurs l'auxiliaire de l'Autriche et il a souffert que des recruteurs Autrichiens fissent des levées dans ses états, ce qui nécessairement l'a constitué en état de guerre avec la France, l'Empereur d'Autriche n'ayant pas selon les loix le droit de recurer en Allemagne que lorsqu'il y a guerre d'Empire. Berthier. (d. b. Häberlein, St.-A. XV 108 abgedruckte Text ist etwas entstellt).

Wöllwarth in das französische Hauptquartier, um dem Kaiser zu eröffnen, daß während des Krieges kein einziger österreichischer Werber sich auf einem reichsritterschaftlichen Gute aufgehalten habe; wenn es trotzdem des Kaisers Wille wäre, die Ritterschaft zu vernichten, so bat er wenigstens um die französische Vermittlung bei der Regelung ihrer künftigen Verhältnisse. Möglichst viel aus dem Schiffbruch zu retten, war jetzt das einzige Ziel der Ritter. Drei Abgeordnete des Generaldirektoriums, die Freiherren Raßler, Stein und Welden, kamen nach München, um von Napoleon und von Montgelas billige Bedingungen zu erlangen⁵². Sie erklärten sich jetzt mit der Verfassung einverstanden, die Bayern 1803 der Ritterschaft zugedacht hatte, aber von so weitgehenden Zugeständnissen wollte Montgelas jetzt nichts mehr wissen. Auch eine Audienz, die ihnen Napoleon am 12. Januar gab, förderte sie nicht in ihren Wünschen. In dem historischen grünen Rock mit der weißen Weste und dem Bande der Ehrenlegion darüber trat ihnen der Gewaltige entgegen, in dessen Hand ihr Schicksal ruhte. Klar und nüchtern bekamen sie ihren Spruch zu hören: Sie und die kleinen Fürsten, sagte der Kaiser, seien stets von Oesterreich abhängig. Er verdenke das ihnen gar nicht, aber da Oesterreich nie redlich gegen ihn gehandelt habe, so könne er ihm die Quellen seiner Vergrößerung nicht lassen, sondern müsse vielmehr seine Alliierten verstärken. Sie verlören dabei nur ihre Souveränität und was für eine! Als sie darauf den Kaiser baten, die Bedingungen ihrer künftigen Existenz unter seine Vermittlung zu nehmen, schwieg der Kaiser, wiederholte nur, daß sie an ihrem Privateigentum nichts verlieren würden. So mußten sich die Ritter damit begnügen, Talleyrand eine Denkschrift zur Rechtfertigung ihres Betragens zu überreichen⁵³ und am 20. Januar dem Reichs-

52. Tagebuch d. Münchener Ablegation A. Wien RA. i. sp. 46.

53. Memoire justificative de notre conduite vis-à-vis de Sa Majesté

tage ihre Vernichtung anzuzeigen. Sie hielten sich dazu verpflichtet von dieser, mit der unmittelbaren Reichsritterschaft, als einem bisher konstitutionellen Glied des Reiches, vorgegangenen Veränderung Anzeige zu machen, in welcher sie nur das Recht des Stärkeren anzuerkennen vermöchten, welchem sich zu widersetzen sie aber außer stande wären⁵⁴.

Da der Preßburger Frieden den Königen von Bayern und Württemberg sowie dem Großherzoge von Baden in aller Form die volle Souveränität zusprach, mit allen Rechten, „qui en dérivent“⁵⁵, so war in der Tat die Reichsritterschaft bis auf die spärlichen Reste, die in anderer Reichsstände Landen lagen, in ihrer politischen Existenz vernichtet. Am 9. Februar 1806 traten die Abgeordneten der drei neuen Souveräne in München zusammen, um eine gemeinsame Regelung der reichsritterschaftlichen Verhältnisse vorzunehmen und die ausgebrochenen Grenzstreitigkeiten beizulegen. Der Ortenauische Bezirksdirektor von Berstett und der fränkische Ritterkreisdirektor von Seckendorf wurden zu diesen Verhandlungen zugezogen⁵⁶. Der letztere hatte am 12. Februar eine Audienz bei Max Joseph, der ihn ehrenvoll und herzlich zugleich empfing. „Ich will nicht, sagte der leutselige König, daß ihr gekränkt werdet; ihr sollt nicht verlieren; ich will euch eine Konstitution geben, mit der ihr zufrieden zu sein alle Ursache haben werdet. Ich weiß, was ihr mir seid und sein könnt“. Auch Berstett wurde oft zur königlichen Tafel gezogen. Aber die Kapitulationsbedingungen, die man ihnen als Vertretern der Ritterschaft in der Konferenz anbot, waren doch so ungünstig, daß Seckendorf im Mai noch einmal nach Paris eilte, um mit Hilfe des Koadjutors

l'Empereur de l'Allemagne et Autriche. Für d. Publikum war bestimmt: Réflexions sur le mode de sujettion de la noblesse immédiate. Fevr. 1806.

54. A. Wien RA. i. sp. 46.

55. Art. XIV.

56. Sein Tagebuch A. Wien RA. i. sp. 46.

Fesch einen letzten Versuch bei Napoleon zu machen; aber er wurde abgewiesen. Allenthalben versammelten sich die Kantone zu Ortskonventen, um über ihre Zukunft zu beraten und nach Hilfe Ausschau zu halten. Da der französische Minister Otto bestimmt erklärte, daß die Reichsgerichte ihre Tätigkeit einstellen würden, und da auch die Kreisverfassung erloschen war, so schwirrten noch einmal Projekte von Schutz- und Trutzbündnissen der mindermächtigen Stände durch die Luft. Die westphälischen Grafen und die Häuser Fürstenberg und Waldburg planten eine Union unter dem Vorsitz des Erzkanzlers, Graf Fugger zu Dietenheim veröffentlichte „Grundzüge zu einer systematischen Anketzung der schwäbischen Gutsbesitzer an den bayrischen Staat“. Da man aber beschloß, nicht selbst den Antrag zu einer engeren Verbindung an das Reich zu bringen, sondern ihn zu erwarten, so ging wieder die beste Zeit verloren, bis man von der Erklärung Bachers zu Regensburg überrascht wurde, daß der Kaiser Napoleon das deutsche Reich nicht mehr anerkenne, und dafür die am 12. Juli zu Paris abgeschlossene Rheinbundsakte in Kraft trat. Die Entwicklung der letzten fünfzehn Jahre war zum Abschluß gekommen: in das offene Grab des Reiches warf der Kaiser die tausendjährige Krone Karls des Großen. Mit 70 Grafen und Fürsten wurden die Reichsritter in das Schicksal verflochten, unter die Oberhoheit der deutschen Vasallen Frankreichs eingeschmolzen zu werden, denn der Art. 25 der Rheinbundsakte bestimmte:

Chacun des rois et princes confédérés possidera en toute souveraineté les terres équestres enclavés dans ses possessions.

Nun verschwanden auch die letzten spärlichen Reste reichsritterschaftlicher Herrlichkeit vom Erdboden, wie sie sich z. B. im Gebiete der Reichsstadt Nürnberg bis dahin hatten erhalten können⁵⁷. Auch Teile von Mittelrhein,

57. A. Nürnberg XXIII 11/1 Nr. 164. Es waren die Nürnberger

Odenwald und Rhönwerra wehrten sich bis zuletzt. Ein Hoffnungsstrahl hatte hier in die Nacht des Untergangs noch einmal hineingeleuchtet: die Abtretung Würzburgs an den Großherzog von Toskana⁵⁸. „Gewohnt an eine Verfassung, welche eine angenehme Existenz gewährt, so hatte der Kanton Baunach den neuen Lehensherrschaft begrüßt, unterhält der Reichsadel die frohe Hoffnung, daß die Fortsetzung seiner rechtlichen Verhältnisse zu Kaiser und Reich ihm auch unter dem erhabenen Regenten vergönnt sein werde, welcher durch die Bande der Natur und die eminentesten Tugenden dem allgeliebten Reichsoberhaupte so nahe angehört“⁵⁹. Doch der Großherzog ließ sich in dem am 25. September 1806 mit Napoleon abgeschlossenen Verträge ausdrücklich und namentlich auch die reichsritterschaftlichen Enklaven überweisen⁶⁰.

So teilten die Ritter auch hier das Schicksal ihrer Genossen, dem Landadel gleichgestellt zu werden, wenn sie dabei auch mit Ehrenrechten aller Art immer noch reich bedacht wurden. Die bayrische Deklaration vom 31. Dezember 1806, das württembergische Organisationspatent vom 18. März 1807, die badische Verordnung vom 22. Juli 1807 und die hessische Deklaration vom 1. Dezember 1807 statteten die ehemaligen Reichsritter mit Patronat, Autonomie, Exekutionsbefugnis in Gerichts- und Polizeisachen, Befreiung vom Kriegsdienst und von mancherlei Steuern, sowie mit anderen Vorrechten aus.

Doch die Ritter konnten sich nicht in die neuen Ver-

Patriziergeschlechter Peller, Geader, Haller, Tucher, Ebner, Holzschuher, Welser, Lochner, Stromer, Wagler, Volkamer, Zeltner, Gugel, Behaim.

58. Vgl. auch Wahre Ansicht des Streitpunktes, ob zugunsten des neuen Bes. v. Würzb. auch allen Rechten u. Ansprüchen auf d. Würzb. RR. v. Bayern entsagt werden müsse? 1806.

59. Promem. v. 14. II. 1806 A. Würzburg RR. 484.

60. Vergl. A. Würzburg R. 1453 u. 1491.

hältnisse finden. In leidenschaftlichem Trotze hielten sie sich vom Hofe ihrer Landesfürsten fern, nur dem Kaiserstaate gaben sie ihre Söhne in Dienst. Die Unzufriedenheit unter ihnen steigerte sich noch, als in den folgenden Jahren, seit 1809 besonders, die zugestandenen Edelmannsfreiheiten zum großen Teil widerrufen wurden. An ihre Stelle setzte der rheinbündische Bürokratismus mit seiner Gleichmacherei und Abneigung gegen alles Geschichtliche weit härtere Bestimmungen. Verbot des Aufenthaltes im Auslande, Entziehung des privilegierten Gerichtsstandes, Aufhebung der Jagd- und Polizeirechte, lästige und kostspielige Adelserneuerung waren an der Tagesordnung. Den Rittern des Kantons Kreichgau wurde sogar befohlen, den chemisch ausgemittelten inneren Wert des kaiserlichen Ordenszeichens mit 36 fl. 30 kr. an die badische Staatskasse binnen 14 Tagen einzuliefern.

Die Reichsritterschaft hatte versungen und vertan. Aber der Gewaltigste unter den Lebenden aus ihrer Mitte schuf in denselben Jahren den Neubau des Staates, der die Ketten der Fremdherrschaft zerbrechen sollte, und in dem siegreichen Prinzipie der Selbstverwaltung nahm er ein lebenskräftiges Stück von politischem Gemeingefühl und politischem Unabhängigkeitssinn aus der versunkenen Welt mit hinüber in die neuen Zeiten. So sühnte der Freiherr vom Stein die Schuld der Reichsritterschaft am deutschen Volke.

Denn eine Auferstehung war ihr nicht mehr beschieden. Als der Stern Napoleons bei Leipzig und Waterloo erblichen war, erschienen zwar auch die Abgeordneten der Reichsritterschaft auf dem Wiener Kongreß, um in die allgemeine Restauration miteingeschlossen zu werden⁶¹. Aber niemand wollte

61. Dieser Abschnitt ist bei Roth v. Schreckenstein a. O. II 491 f. ausführlich nach dem Tagebuche des ritterschaftlichen Abgeordneten Rüd't v. Collenberg geschildert. Auch die Broschürenliteratur s. ebd. II 497.

hier einer verlorenen Sache recht das Wort reden. Der Art. 14 der Deutschen Bundesakte gab den Rittersn nur die Ehrenrechte der Standesherrn und sicherte ihnen Anteil an der landständischen Verfassung zu, die in allen Bundesstaaten stattfinden sollte.

Diese Bestimmung fand denn auch allenthalben Berücksichtigung. Gleich die erste deutsche Verfassung, die Karl August von Weimar seinem Lande gab, sah die Vertretung der ehemaligen Reichsritterschaft im Herzogtum Eisenach durch einen eigenen Abgeordneten vor, die erst 1896 aufgehoben wurde⁶². Aehnliche Reservatrechte enthielten die Verfassungsurkunden der vier süddeutschen Staaten. Die württembergische und badische nahmen ihre Abgeordneten in die erste Kammer auf, die bayrische und hessische in die zweite. Während Württemberg und Baden den Rittersn je 8 Abgeordnete bewilligten, räumte ihnen Hessen 6 und Bayern $\frac{1}{8}$ aller Sitze ein⁶³. Die reaktionären Stimmungen, welche trotzdem in der ehemaligen Reichsritterschaft weiterlebten, schildert trefflich ein Roman des Grafen C. Chr. E. Benzel-Sternau: „Der alte Adam“⁶⁴. In den Stürmen des Jahres 1848 gingen dann auch die meisten der landständischen Vorrechte wieder verloren, so daß heute der Unterschied zwischen dem ehemaligen Reichsadels und dem übrigen niederen Adels für völlig ausgeglichen gelten kann.

62. § 10 d. Grundges. ü. d. landst. Verf. An Weimar waren die Ritterdörfer Weilar, Lengsfeld, Gehauß, Wenigentaff u. Aschenhausen gekommen.

63. Vgl. bayr. Verf. v. 6. VI. 1818 T. V 3, VI 3, 7, 9; württ. Verf. v. 25. IX. 1819 §§ 129,4, 132; bad. Verf. v. 22. VIII. 1818 §§ 27, 29; heßs. Verf. v. 17. XII. 1820 §§ 52, 53, 56.

64. Gotha 1819 4 Bde. anonym.

Anhang.

Literatur über die Reichsritterschaft.

I. Ueber die Geschichte der RR. vgl.:

- J. J. Moser, Neueste Gesch. d. unm. RR, 2 Bde. Frkf. 1775 (m. zahlr. Lit.).
Roth v. Schreckenstein, Gesch. d. ehem. fr. RR, 2 Bde. Tüb. 1859.
C. F. F. v. Strantz, Gesch. d. dt. Adels. Breslau 1845 III 36 f.
Neff, D. RR. v. ihrem Entstehen bis z. ihrer Auflösung i. Winkopps rhein. Bund 1808 VI 161 f., abgedr. b.
H. Berghaus, Dtschl. seit 100 J. Lpz. 1860 I. Abt. II 270 f.
Chr. Fr. Sattler, K. Beschr. v. Ursprunge d. RR. i. Schwaben i. J. J. Mosers Schwäb. Merkwürdigkeiten 1757 S. 684.
Fr. Stein, Gesch. Frankens. Schweinf. 1885/6 I 235, 386 II 16.
Julius Frh. v. Rotenhan, D. staatl. u. soziale Gliederung Frankens i. Archiv f. Gesch. u. Altertums. v. Ostfr. Bayr. 1863 IX 176 f.
R. Fellner, D. fränk. Ritterschaft v. 1495—1524. Berlin 1905.
A. Overmann, D. RR. i. Unterelsaß bis z. 30jähr. Kriege. ZG. Ober-rhein 1896 N. F. XI 570 f.

Außerdem existieren Familiengeschichten rr. Geschlechter, z. B. d. Wolzogen 2 Bde. Lpz. 1859, d. Bibra 2 Bde. Mün. 1880, d. Eberstein 3 Bde II. A. Berl. 1889, d. Massenbach Stuttg. 1891 u. a. m. S. O. Gundlach, Bibliotheca famil. nobil. 2 Bde 3. A. Neustrelitz 1897 u. E. Heydenreich, Familiengesch. Quellenkunde, Lpz. 1909.

II. Ueber Genealogie und Topographie der RR.:

Ein korrektes, brauchbares Verzeichnis aller bei der RR. immatrikuliert gewesenen Familien mit kürzer Angabe ihres Ursprungs, Ausgangs, Besitzes und der namhaften Mitglieder fehlt noch. Seine Herstellung ist ungemein schwierig, da die RR. nie ihre Matrikeln dem Reiche vorgelegt und ihren Beamten statistische Veröffentlichungen verboten hat. Kein Zeichen von gutem Gewissen! Den einzigen, leider nur bis zum Buchstaben D gediehenen Versuch hat unternommen: Edw. Stendell, D. Familien

d. ehem. RR. Progr. Realsch. Eschwege 1887 (A. u. B.), Forts. ebd. 1901 (C. u. D.). Es kommen mithin zur Zeit außer den bei den einzelnen Kantonen im Text schon genannten folgende Geschlechtsregister in Betracht:

Lünig, Reichsarchiv Partis spec. contin. III f. Schwaben 1, 630, f. Franken 2, 339, f. d. Rhein 3, 198. Eine Aufzählung von Namen gibt Roth v. Schreckenstein II 591 f. Dasselbe etwas vollständiger C. Chl. v. R., D. reichsfreie Adel i. Viertelj. Schr. f. Her. u. Geneal. 1875 III 55 f. Gute Dienste leisten auch J. O. Salver, Proben d. Reichsadels Würzb. 1775, das einzige mit Approbation der RR. erschienene Werk, und G. F. Albrecht, Geneal. Hdb. Frkf. 1776 m. d. Forts. N. Geneal. Hdb. d. Adels Frkf. 1778—80. Außerdem können die bekannten Adelslexika Hattstein, Hellbach, Kneschke, Hefner und die Gothaer Taschenbücher benutzt werden. — Für Franken hat gute Arbeiten geliefert der Pfarrer J. G. Biedermann, Geschl.-Reg. d. unim. RR. i. Franken und zwar Gebürg u. Baunach 1747, Steigerwald u. Altmühl 1748, Rhön-Werra 1749, Odenwald 1750. — Für Schwaben existiert ein Prachtwerk: K. v. Neuenstein, D. Reichsritterverein Ortenau 1895 (Selbstv.) u. e. Verz. d. Kreichgauer Familien i. Vaterl. Bl. v. Al. Schreiber Heidelb. 1812 S. 165 f. — Für Mittel- und Niederrhein enthalten ausführliche Verzeichnisse: D. Erläuterungen z. gesch. Atlas d. Rheinprovinz. Bonn 1898 II 513 f. — Für Elsaß ist zu berücksichtigen: E. Lehr, l'Alsace noble 3 Bde. Paris 1870.

Die Gesamtzahl der rr. Familien, die sich aus diesen Hilfsmitteln ergibt, ist sehr schwankend, die gewöhnlich angegebene Zahl 350 viel zu niedrig und im Text nur beibehalten worden, weil sie der Summe der am Ende des Reiches immatrikuliert gewesenen Familien entspricht. Die Zahl aller immatrikuliert gewesenen Familien ist viel höher, eine von mir angelegte Liste zählt über 700 Namen. (Vgl. z. Statistik d. RR. d. Beil. z. G. Weicker, D. Haltung Kursachsens i. Streit u. d. unim. RR. Lpz. 1906 S. 106 f.)

Auch die Zahl der rr. Güter wird sehr verschieden angegeben, am höchsten mit 2870, dann mit 1611, 1520, 1475. Nach der Zählungsmethode — geschlossene Güter oder einzelne zersplitterte Güterstücke — sind sehr gut verschiedene Resultate denkbar. 1500 wird gewöhnlich als Mittel angenommen. Diese 1500 Güter bildeten zusammengelegt ein Areal von 180—200 Q. M.; das entspräche dem Flächeninhalt sämtlicher thüringischen Staaten außer Reuß. Doch heißt es in Hist. u. staatsr. Betr. ü. d. RR. Regsb. 1804 S. 70/1: Diese offizielle Angabe orthodoxer ritterschaftlicher Agenten ist grundfalsch. Es herrscht

also auch hier noch große Unklarheit. Verzeichnisse der Güter bei Büsching, Erdbeschr. 4 A. 1765 III 2980 f., abgedr. b. H. Berghaus, Dtschl. s. 100 J. 1860 I. Abt. II 229 f. Ein Abriß der ansehnlichsten Güter b. C. Wolff, D. unim. Teile d. ehem. röm.-dt. Kaiserreichs. Berl. 1873 S. 507 f.

Inbesondere für Schwaben: J. J. Moser, Verm. Nachr. v. rr. Sachen Nürnbg. 1772 S. 365 f. Ders., Beitr. z. rr. Sachen 670 f. H. Röder, Geogr.-stat.-topogr. Lex. v. Schw. n. Anh. ü. d. sämtl. 5 R.-Kantone i. Schw. 2 Bde. II. A. Ulm 1800/1. Drei Verzeichnisse d. K. Kocher v. H. Bauer i. Z. f. wirt. Franken 1868 VIII 118 f. — Für Franken: J. K. Bundschuh, Vers. e. hist.-topogr.-statist. Beschr. d. RR. i. Fr. Ulm 1801. Ein verbessertes Verzeichnis des K. Odenwald v. H. Bauer i. Z. f. wirt. Fr. 1868 VIII 115. — Für Rhein: Erläuterungen z. gesch. Atlas d. Rheinprovinz. Bonn 1898 II 536 f. (Mittel- und Nieder-rhein.) J. K. Bundschuh, Geogr.-stat.-topogr. Lex. v. Kur- u. Oberrhein.-Kr. Ulm 1805. — Für Elsaß: Schöpflin, Alsatia illustrata II 684.

Beschreibungen einzelner größerer Herrschaften: Fresenius, Beschr. d. Grfsch. Schlitz i. Büschings Mag. f. Gesch. u. Geogr. T. 14 S. 209. Nachrichten v. d. Riedeselschen Gebiete i. Fabris geogr. Mag. H. 12 S. 448 f. Topogr. Verz. d. z. Herrsch. Tann gehör. Ortschaften i. Journal v. u. f. Franken III 93 (1791). Hist.-stat.-topogr. Nachr. v. d. Herrsch. Adelmansfelden i. Arch. f. Gesch., Staatsr. u. Topogr. d. RR. H. 1 S. 10 (1791). Hist.-topogr. Beschr. d. unim. Ritterorte Buttenhausen, Jebenhausen u. Iltishausen ebd. S. 4—7.

Die Karten des 18. Jahrhunderts, welche die RR. verzeichnen, z. B.: Hase (Wittb. 1732), Michal (s. a.), Franz (Lpz. 1758), Courtalon (Paris 1774) sind als Quellen wertlos; brauchbarer ist Schröder, Herrschaftsgeb. i. heut. Regbez. Schwaben u. Neuburg n. d. Stand um Mitte 1801. Z. hist. Ver. f. Schw. 1905 Bd. 32; allen Anforderungen genügt nur d. Karte d. Rheinprov. f. d. Jahr 1789 i. Gesch. Atlas d. Rheinprov. Bonn 1898. (Publ. d. Ges. f. rhein. Geschk. XII).

Im Besitze der RR. finden sich oft die sogenannten Ganerbschaften, d. h. solche Besitzungen, die verschiedenen Herren gemeinsam gehörten. Ueber d. Ethymologie vgl. J. Grimm, Wörterb. IV 1, I, 1215 f., über d. juristische Seite: Wippermann, Kl. Schr. jur. u. rechtshist. Inh. Wiesb. 1873 H. 1, über d. hist. Seite: Edw. Stendell, Progr. d. Realsch. Eschwege 1880.

Den Ganerbinaten standen nahe die Reichsburgern, von denen haupt-

sächlich die kaiserliche und des heiligen Reiches Burg Friedberg in Betracht kommt; vgl. Fr. K. Mader, *Sichere Nachr. v. d. B. Fr.* 3 Tle. Lautersbach 1766/74. H. Berghaus a. O. I 2, 288 f.

III. Ueber die Verfassung der RR. vgl.:

- Die Ritterordnungen: schwäb. v. 1560 b. Lünig, *Reichsarchiv Part. spec. contin.* III 1, 34, fränk. v. 1593 ebd. 2, 15, separat gedr. 1720, 1772 u. öfter, rhein. v. 1652 ebd. 3, 36, elsäss. v. 1651: *Statuts et privilèges de la Noblesse franche*. Straßb. 1713 fol.
- Sodann außer den älteren Arbeiten v. Lünig, Knipschild (Hippolit v. Treisbach) und Burgemeister die trefflichen, heute noch unentbehrlichen Arbeiten des älteren Moser und Joh. Maders.
- J. J. Moser, *Grdr. d. heut. Staatsverf. d. dt. R.* 7. A. Tüb. 1754 S. 533 f.
- , *Traktat v. d. dt. Reichsständen, d. RR. usw.* Frkf. 1767 S. 1241 f.
- , *Verm. Nachr. v. rr. Sachen.* Nürnberg 1772/3.
- , (Forts. :) *Beiträge z. e. unpart. u. pragm. Gesch. d. unim. RR.* Ulm 1775.
- Joh. Mader, *Selecta equestria*. 2 Bde. Frkf. 1774/5.
- , *Samml. reichsger. Erkenntnisse in rr. Angel.* 25 Tle. Frkf. 1776/90.
- , *Rr. Magazin* 13 Tle. Frkf. 1780/90.
- Ferner: J. G. Kerner, *Allg. posit. Staats-Landrecht d. unim. fr. RR.* 3 Tle. Lemgo 1786/9 (das beste Werk auf diesem Gebiete!).
- Chr. L. Pfeiffer, *Unpart. Vers. e. ausf. Staatsrechts d. unim. fr. RR.* Mannheim I 1778 II 1780.
- , *N. Vers. e. ausf. Privatrechts d. deutsch. Reichsadels* 2 Tln. Nürnberg. 1787.
- , *Vertrauliche Briefe z. Erläuterung d. rr. Staats- u. reichsadel. Privatr.* 2 Tle.
- J. L. Klüber, *Isagoge in elem. jur. publ., quo utuntur nobiles imm. in Imp. Rom.-Germ.* Erl. 1793.
- J. Fr. Brandis, *Ueber d. rr. Staatsrecht und dessen Quellen.* Gött. 1788 (abgedr. b. Mader, *Mag.* XI 456).
- J. Th. Wollstadt, *D. Geist d. allg. u. posit. Staatsr. d. unim. fr. RR.* Frkf. 1792.
- Pütter, *Einl. z. deutsch. Staatsrecht, a. d. Lat. übers. v. Fr. v. Hohen-thal.* Bayr. 1792 II 470 f.
- , *K. Begr. d. dt. Staatsr.* 2. A. Gött. 1768 S. 241 f.
- J. Fr. Häberlein, *Theses inaugurales de statu, iuribus ac privilegiis* S. R. I. lib. et imm. nobil. Helmstädt 1774.
- , *Hdb. d. dt. Staatsr.* Berl. 1797 III 541 f.
- , *Repertorium d. dt. Staats- und Lehnrechts.* Lpz. 1781/95 IV 525 f.

- J. Chr. Majer, Teutsch. weltl. Staatsrecht. Lpz. 1775 I 377 f.
 —, Teutsche Staatskonst. Hamb. 1800 I 243 f.
 Uebersicht über die gesamte Literatur b. Pütter, Lit. d. deutsch. Staatsr.
 Gött. 1783 III 789 f.

IV. Ueber d. Zustand d. RR. am Ende d. 18. Jh. vgl.:

- a) Von zeitgenössischen Schilderungen:
 Fr. C. Moser, Unpart. Betr. d. gegenw. Zust. d. RR. i. Franken
 i. Kl. Schr. Frkf. 1752 II 1 f.
 Chr. L. Pfeiffer, D. Reichskavalier a. s. ohnmittelb. Gebiete. Nürn-
 berg 1787.
 Hartmann, Aus d. letzten Tagen d. RR. am unt. Neckar (autobiogr.
 Mitt. e. schwäb. Konsulenten) i. Mannh. Gbl. Jg. I 1900 S. 202 f.
 Außerdem die vielen Streitschriften aus den Jahren 1800—06 s. S. 158/9.
 b) Von späteren Darstellungen:
 Neff, D. RR. v. ihrem Entstehen bis z. ihrer Auflösung i. Winkopps
 rhein. Bund 1808 VI 173 f., abgedr. b. H. Berghaus, Dtschl. s.
 100 J. Lpz. 1860 II. Abt. II 280 f.
 Cl. Th. Perthes, D. dt. Staatsleben vor d. Revol. 1845 S. 83 f.
 L. Häusser, Deutsche Gesch. v. Tode Friedr. d. Gr. 1859 I 113 f.
 Roth v. Schreckenstein, Gesch. d. ehem. fr. RR. Tüb. 1859 II 395 f.
 J. G. Weiß, D. RR. am Ende d. alten Reiches, ZG. Oberrhein 1893
 N. F. VIII 289 f.

Register.

(a = Anmerkung).

- Adelmann v. Adelmansfelden,
Rhauptm. 92 93 124.
Albert, Reg.-Rat i. Ansb. 61.
Albini, kurmainz. Min. 79 101 146
169 a 178.
Algäu-Hegau-Bodensee, R.-K. 17
133 155 182a 187 193.
Allmannshofen, rr. Dorf 134.
Altenplos, rr. Dorf 59a.
Alt-Künsberg, rr. Dorf 59a.
Altlaubenberg, rr. Dorf 72a.
Altmannshofen, rr. Dorf 155.
Altmühl, R.-K. 17 19a 25a 56 69
70.
Andlau, rr. Fam. 44a.
Andrä, rr. Fam. 150.
Angelberg, rr. Dorf 124.
Anhausen, rr. Dorf 134a.
Ansbach, s. Brandenburg-A.
Apfeltrang, rr. Dorf 133a 134a.
Arnoldshain, rr. Dorf 149.
Asch, böhm. Herrschaft 71.
—, rr. Dorf 133a.
Aschenbach, rr. Dorf 141a.
Aschenrode, rr. Dorf 132a.
Aßweiler, rr. Dorf 46.
Augsburg, Hochstift 133.
—, St. Stephan i. 31a 133.

Bacher, franz. Ges. 175 176 198.
Baden, Mkgrsch., Kufst., Grhzt.
(Karl Friedrich v.) 19a 36 53 74
156 169 192 197 199 201.
Bamberg, Hochstift 19a 53 121f.
Barthélemy, franz. Dipl. 52a.
Basel, Hochstift 79.
Bassenheim, W. v., Burggraf 148.
Bauerbach, rr. Dorf 27a 142a.
Baumerlenbach, rr. Dorf 152.

Baunach, R.-K. 17 19a 25a 26a
121 133 135 139 189.
Bayard, bayr. Geh. Rat 180.
Bayern, Kurfst. 101 102 103 106
111 112 116 120f. 141 144 155
163f. 180f. 188 193f. 197 199
201.
—, Max Joseph v. 101 120 129 130
135 139 163 170 171 193 197.
Bayreuth, s. Brandenburg-B.
Bechtolsheim, rr. Fam. 137a.
Beienheim, rr. Dorf 145.
Berkach, rr. Dorf 23a 28a 142.
Berlichingen, rr. Fam. 152.
Berstett, rr. Fam. 45a.
—, Präs. d. R.-Bez. Ortenau 75
103f. 197.
Berwangen, rr. Dorf 147.
Bettenburg, rr. Dorf 141a.
Bettendorf, rr. Fam. 149.
Beust, Gr., kurerzk. Ges. 186.
Bibergau, rr. Dorf 132a.
Bibra, rr. Dorf 142.
Bibrachzell, rr. Dorf 134a.
Binswangen, rr. Dorf 134a.
Birkenau, rr. Dorf 146.
Birnbaum, rr. Dorf 59a.
Birx, rr. Dorf 141a.
Bobstadt, rr. Dorf 147.
Bock, rr. Fam. 44a 45a 47a.
Bodeck, rr. Fam. 45a.
Börwang, rr. Dorf 133a.
Bonaparte, s. Napoleon.
Bonfeld, rr. Dorf 147.
Bonnier, franz. Ges. 86 88.
Boos, rr. Fam. 150.
Brandenburg-Ansbach 19a 23a 36
54f
— -Bayreuth 54f.

— -Kulmbach 36.
 Braunschweig, s. Hannover.
 Bray, bayr. Ges. 170.
 Breidbach, rr. Fam. 150.
 Breisgau 71.
 Breitenlohe, rr. Dorf 140a.
 Breitensee, rr. Dorf 132a.
 Brenner, rr. Sekretär 103.
 Bubenhofen, rr. Fam. 155.
 Buch, rr. Dorf 128a.
 Buchisches Quartier d. K. Rhön-
 Werra 17 19a 25a 142f.
 Bühler, russ. Ges. 105.
 Buol v. Schauenstein, öst. Ges. 102
 163 167.
 Burgau, Mkgrsch. 71.
 Burghaig, rr. Dorf 59a.
 Burghaslach, rr. Dorf 140a.

 Castell, Rsgrsch. 36 123 140.
 Catcarth, rr. Fam. 44a.
 Cetti, rr. Korrespondent 103.
 Cetto, bayr. Ges. 120 170 173 174
 184.
 Champagny, franz. Ges. 174.
 Cobenzl, Gr., öst. Min. 95.
 Colloredo, Gr., öst. Min. 77 101
 110 163.
 Crailsheim, Rhauptm. 70.

 Dalberg, K. Th. v., Kurf. v. Mainz,
 Erzkanzler 32 51 144 157 169 177
 185 186 194.
 —, bad. Ges. 178.
 Dankenfeld, rr. Dorf 125 183.
 Darmstadt, s. Hessen-D.
 Degenfeld-Schomburg, rr. Fam. 47a
 92 98 124 155.
 Dertinger, rr. Konsulent 74.
 Deutschorden (Deutschmeister) 32
 65 106 109 111 193.
 Diede z. Fürstenstein, rr. Fam. 101.
 Dobeneck, H. L. v., Rhauptm. 68.
 Donau, R.-K. 17 18 26 27a 31a
 93 95 100 124 125 133 154 182a
 187 193.
 Donndorf, rr. Dorf 159a.
 Dornassenheim, rr. Dorf 145.
 Dotterhausen, rr. Dorf 23a.
 Dünzbach, rr. Dorf 152.
 Dürrenz, rr. Dorf 152.
 Durand, franz. Dipl. 113 186.

Ebenung, rr. Dorf 23a.
 Ebersbach, rr. Dorf 134a.
 Ebrach, Kloster 132a.
 Eckbrecht v. Dürkheim, rr. Fam.
 45a.
 Edelsheim, bad. Min. 75 178.
 Edelstetten, rr. Damenstift 31a 124
 188a.
 Egloffstein, Gr., Rhauptm. 134 137
 180.
 Ehrstädt, rr. Dorf 147.
 Eichenhausen, rr. Dorf 141a.
 Eichstätt, Hochstift 74.
 Ellwangen, gef. Abtei 36.
 Elsässische R.-R. 42f. 81 185.
 Entmersberg, rr. Dorf 59a.
 Eppertshausen, rr. Dorf 145 146.
 Erffa, rr. Fam. 23a.
 Erthal, Fr. v., Kurf. v. Mainz 44.
 Esbeck, rr. Fam. 44a.
 Euerbach, rr. Dorf 25a.
 Euerheim, rr. Dorf 140a.

 Färkendorf, rr. Damenstift 31a,
 Falkenhausen, rr. Dorf 149.
 Fahnenberg, öst. Min. 101 141.
 Fesch, Koadjutor 198.
 Fichtelberger Quartier d. K. Gebirg
 18.
 Forchheimer Quartier d. K. Gebirg
 18.
 Fränkisch-Krumbach, rr. Dorf 146.
 Fränkischer Ritterkreis 17 48 54f.
 77 91 98 113a 121f. 131f. 134f.
 140f. 161 172 180f.
 Frankenberg, rr. Dorf 59a.
 Frank, Reichsreferendar 163.
 Frankreich 39f. 73f. 90f. 173f. 184f.
 Friedberg i. H., Reichsburg 51 148
 172.
 Friesenhausen, rr. Dorf 141a.
 Fröhnstockheim, rr. Dorf 140a.
 Frücht, rr. Dorf 150.
 Fulda, Hochstift, Fürstentum 19a
 142f. 173.
 —, Wilh. Fried. v. Oranien, F. v.
 142 145.

 Gackstadt, rr. Dorf 152.
 Gager, K. v., rr. Ges. 51 75 83.
 —, H. Chr. v., nass. Min. 94 114a
 149 191.
 Gaibach, rr. Dorf 140a.

Gasser, rr. Konsulent 104 114 188.
Gau, R.-K. = Oberrhein.
Gebirg, R.-K. 18 19 a 31 a 56 69 93
121 123 135 182 a 190.
Gebaattel, rr. Fam. 137 a.
Gemmingen, K. Fr. R. v., Rhauptm.
u. rr. Ges. 74 f. 92 a 98 f. 120 130
190 194.
—, O. v., R. R. 88 a.
—, bad. Ges. 169 a.
Gennachhausen, rr. Dorf 133 a 134 a.
Georg, Reg-Rat i. Bayreuth 61.
Georgenhausen, rr. Dorf 146.
Geyling v. Altheim, rr. Fam. 45 a.
Geyso, rr. Fam. 143.
Giech z. Buchau, Rsgr. 128 140.
— z. Thurnau, Rsgr. 68.
Glashütten, rr. Dorf 59 a.
Gleicherwiesen, rr. Dorf 142.
Globig, kursächs. Ges. 169 a 179.
Görtz, Gr., preuß. Ges. 101 143 166
169 191.
Göttelfingen, rr. Dorf 155.
Gräfendorf, rr. Dorf 132 a.
Gravenreuth, bayr. Ges. 127.
Greiffenklau, rr. Fam. 41 a 137.
Grönenbach, rr. Dorf 133 a.
Gronmayer, rr. Konsulent 74 98.
Günderode, kurhess. Ges. 101 145.
Gumpen, rr. Dorf 146.
Guttenbach, rr. Dorf 147.
Guttenberg, rr. Dorf 128 a.
—, rr. Fam. 137 a 164.

Hafenprebach, rr. Dorf 141 a.
Hannover, Kurfstt. 41 116.
Hardenberg, preuß. Min. 59 f. 131.
Hatzfeld, Fürst v. 150.
Haugwitz, preuß. Min. 169.
Hausen, rr. Dorf 147.
Hédonville, franz. Ges. 194.
Hegau, R.-Bez. 44 a 156 193.
Heiligkreuz, Kloster 134.
Heinrichisches Quartier d. K. Mittel-
rhein 18.
Heinsheim, rr. Dorf 147.
Helmstädt, rr. Fam. 44 a.
Hemhofen, rr. Dorf 128 a.
Hennebergisches Quartier d. K. Rhön-
Werra 17 140 f.
Herlishöfen, rr. Dorf 133 a.
Heroldsberg, rr. Dorf 66.
Herrnsheim, rr. Dorf 51.

Hertling, Frh. v., bayr. Gen.-Komm.
v. Schwaben 124.
Hessen-Darmstadt, Ldgrsch. (Lud-
wig X. v.) 36 53 74 144 145 f.
151 154 156 172 188 199 201.
— -Kassel (Kurhessen), (Wil-
helm I. v.) 106 143 f. 148 173.
Heßlar, rr. Dorf 132 a.
Hettigenbeuren, rr. Dorf 152.
Heusenstamm, rr. Dorf 146.
Höchheim, rr. Dorf 142.
Höchst a. N., rr. Dorf 145.
Hoffenheim, rr. Dorf 146.
Hohenlohe, Fstt. 152 154.
Hohenreichen, rr. Dorf 124.
Hohenzollern-Sigmaringen, Fstt. 134.
Hohlfelder Quartier d. K. Gebirg
18.
Holz, rr. Fam. 23 a 155.
Holzen (Holzheim), Kloster 134.
Holzhausen, rr. Fam. 150.
Horchheim, rr. Dorf 150.
Horix, J. B. v., Reichsreferendar 40.
Horneck, rr. Fam. 136.
Huckelheim, rr. Dorf 144.
Hügel, öst. Ges. 98 101 110 115
120 162 169 194.
Hunoldstein, s. Vogt v. H.
Hutten z. Stoltzenberg, rr. Fam. 145.

Ichtrazheim, rr. Fam. 45 a.
Ilgen, preuß. Min. 58.
Illertissen, rr. Dorf 124.
Irmelshausen, rr. Dorf 27 a 142.
Isenburg, Fstt. 151.
Itzstein, rr. Konsulent 74

Jesuitenorden 23.
Johanniterorden 32 193.
Juden, rr. 28 66 132 182.

Kahl, rr. Dorf 145.
Kaichen, Grsch. 148.
Kaisersheim, Abtei 134 171 a.
Kalb, weimar. Kammerpräs. 125 f.
183.
—, Charlotte v. (Schiller) 125.
Karl, Erzherzog 49 90 94 98 100
161 162.
Kassel, s. Hessen-K.
Katschenreut, rr. Dorf 59 a.
Kaulsdorf, Rgu! 62.
Keller, Gr., preuß. Ges. 173.

- Kempten, gef. Abtei 133.
 Kerpen, rr. Fam. 44 a.
 —, Rhauptm. 75 84 a 106.
 Kesselstadt, rr. Fam. 150.
 Kirchahorn, rr. Dorf 140 a.
 Kirchlauter, rr. Dorf 154.
 Kleinallmerspann, rr. Dorf 152.
 Klotz, rr. Konsulent 112 181 183.
 Kocher, R.-K. 17 44 a 49 a 69 92
 93 105 133 154 182 a.
 Kocherstetten, rr. Dorf 152.
 Kreichgau, R.-K. 17 31 a 44 a 105
 147 154 156 200.
 Kretschmann, Th., Reg.-Rat in
 Bayreuth 62 f.
 Künsberg, rr. Fam. 137 a.
 Laforest, franz. Ges. 99 105 107
 108 110 115.
 Lang, K. H., Ritter v. 62 71 74.
 Langenegg, rr. Dorf 134 a.
 Laßbach, rr. Dorf 152.
 Lautenau, rr. Dorf 146.
 Lauterbach, rr. Herrschaft 143.
 Lautern, rr. Dorf 154.
 Lautrach, rr. Dorf 134 a.
 Lehrbach, Gr., öst. Min. 48 74 78
 92 98 101.
 Leibach, rr. Dorf 152.
 Leiningen, Fstt. 152.
 Lengsfeld, rr. Dorf 145.
 Leyen, rr. Fam. 44 a 86 150.
 Liebenstein, rr. Fam. 155.
 Liechtenstein, K. A. v., RR. 127.
 Ligne, Fürst K. v. 125 173 188.
 Lindau, rr. Damenstift 32 a.
 Lindenfels, Chr. v., Abg. d. Vogtl.
 R. 68.
 Lindheim, rr. Dorf 145.
 Lochner, rr. Fam. 164.
 Lothringen, RR. i. 42 44 a.
 Lucchesini, preuß. Ges. 174 184.
 Maienfels, rr. Dorf 153.
 Main, Quartier d. K. Rhön-
 Weria 18.
 Mainz, Kurfstt. 53 106 111.
 Margarethhausen, rr. Damenstift
 31 a 106 a.
 Marisfeld, rr. Dorf 27 a 141.
 Marschalk, rr. Fam. 125 126 141
 183.
 Maßbach, rr. Dorf 141 a.
 Massenbach, rr. Dorf 147.
 —, rr. Fam. 29 a.
 Matthieu, franz. Ges. 107 108 152.
 Mattsies, rr. Dorf 124.
 Melkers, rr. Dorf 141.
 Melsbach, rr. Dorf 145.
 Memmingen, Hospital i. 134.
 Menzingen, rr. Dorf 147.
 Merchingen, rr. Dorf 152.
 Messel, rr. Dorf 146.
 Messelhausen, rr. Dorf 152.
 Metternich, Gr., öst. Min. 74 81
 98 101.
 Michelsfeld, rr. Dorf 147.
 Mistlau, rr. Dorf 152.
 Mittelrhein, R.-K. 18 46 f. 51 87
 113 a 144 148 f. 198.
 Montgelas, bayr. Min. 120 f. 126
 131 135 163 f. 170 180 196.
 Morlesau, rr. Dorf 132 a.
 Morsbach, rr. Dorf 152.
 Morstein, rr. Dorf 152.
 Mühlfeld, rr. Dorf 142.
 Müllenbach, rr. Herrschaft 150.
 Münster, rr. Fam. 137 a 139 a.
 Münsterhausen, rr. Dorf 133 a.
 Napoleon I. 76 117 170 174 f. 184 f.
 194 f.
 Nassau-Usingen, (Friedr. Aug. v.)
 53 149 f. 173.
 Nassau-Weilburg 150 f. 173 188.
 Neckar-Schwarzwald-Ortenau,
 R.-K. 17 19 a 31 a 44 154.
 Neckarsteinach, rr. Herrschaft 146.
 Neff, rr. Konsulent 51 a.
 Nemmersdorf, rr. Dorf 59 a.
 Neuburg, rr. Dorf 128 a.
 Neuenstein, rr. Fam. 45 a.
 Neuhaus, rr. Dorf 128 a.
 Neustetten, rr. Dorf 152.
 Niederrhein, R.-K. 18 44 a 50 75
 96 97 a.
 Nievern, rr. Herrschaft 150.
 Nordheim, rr. Dorf 142.
 Nürnberg 135 198.
 —, Heiliggeisthospital i. 23 a.
 —, Huttensches Stift i. 31 a.
 Oberhausen, Dorf 171.
 Oberkamp, J. Ph. v., bayr. Ges. 133.
 Oberkirch, rr. Fam. 45 a.

Oberrhein, R.-K. 18 44 a 75 84 95
 97 a.
 Oberwestern, rr. Dorf 145.
 Obristenfeld, rr. Damenstift 31 a
 106.
 Ochsenenthal, rr. Dorf 132 a.
 Ockstadt 145.
 Odenwald, R.-K. 17 19 25 a 26 a
 54 56 69 74 91 a 144 146 152
 182 a 193 199.
 Oesterreich 71 91 103 115 155
 161 f. 187 f. 191.
 —, Joseph II. 21 26 a 39 123.
 —, Leopold II. 61.
 —, Franz I. 100 161.
 Offingen, rr. Dorf 133 a.
 Omatingen, rr. Dorf 134 a.
 Ortenau, R.-Bez. 17 19 a 44 51
 75 103 156 193.
 Osterzell, rr. Dorf 134 a.
 Otto, franz. Ges. 171 198.
 Ottobeuren, Abtei 134.
 Ow, Min. i. Eichstätt 101.

 Pappus, rr. Fam. 27 a.
 Pfalz, Kurfstt. 36.
 Plobach, Weiler b. Rothenburg 23 a.
 Preußen (Kurbrandenburg) 54 f.
 102 103 106 111 116 128 165 f.
 176 191.
 —, Friedr. Wilh. I. v. 58.
 —, Friedr. II. v. 33 39 58.
 —, Friedr. Wilh. III. v. 69 167.
 Preysing, rr. Fam. 101 155.

 Rabeneck, rr. Dorf 140 a.
 Raitenbuch, Kloster 134.
 Rammingen, rr. Dorf 124.
 Rappena, rr. Dorf 147.
 Rassler, rr. Fam. 196.
 Rathsamhausen, rr. Fam. 45 a.
 Rechberg, bayr. Ges. 101 120 155.
 Rechtern-Limburg, Gr. v. 129 a.
 Redwitz, rr. Fam. 137 a.
 Reiffenberg, Rsherrschaft 149.
 Reinersdorf, rr. Dorf 128 a.
 Rheinischer Ritterkreis 18 46 f. 92 f.
 Rheingau, Quartier d. K. Mittel-
 rhein 18 149.
 Rhön-Werra, R.-K. 17 18 a 25 a 27 a
 31 a 91 a 121 123 140 142 182 a
 199.
 Rieden, rr. Dorf 133 a.

Riedesel, rr. Fam. 143.
 Roberjot, franz. Ges. 88.
 Rodacher Quartier d. K. Gebirg 18.
 Rödelsee, rr. Dorf 140 a.
 Röttenbach, rr. Dorf 128 a.
 Roßwangen, rr. Dorf 133 a.
 Rotenhan, rr. Fam. 137 a 139 180.
 Rothenburg a. T. 23 a.
 Rothenstein, rr. Dorf 133 a.
 Rüblingen, rr. Dorf 133 a.
 Rüd't v. Collenberg, rr. Fam. 200 a.
 Rußland (Zar) 89 165 170 174 179.

 Saale, Quartier d. K. Rhön-Werra 18.
 Sachsen, Kurfstt. 41 106 112 116
 169 179.
 — -Eisenach 140 a 201.
 — -Gotha 36 141.
 — -Koburg (Franz v.) 62 141.
 — -Meiningen (Georg v.) 140 f.
 145.
 — -Römhild 141 a.
 — -Weimar (Karl August v.) 201.
 Säckingen, rr. Damenstift 32 a.
 Salm-Reifferscheid, Fstt. 152 154.
 Satteldorf, rr. Dorf 23 a.
 Schauenburg, rr. Fam. 45 a.
 Schauenstein, s. Buol v. Sch.
 Schlick, Gr., öst. Min. 48 60 92.
 Schlitz, rr. Herrschaft 27 a 143.
 —, Gr. v., s. Görtz.
 Schmidtburg, rr. Fam. 44 a.
 Schmitten, rr. Dorf 149.
 Schnabelwaid, rr. Dorf 59 a.
 Schneider, Eulogius 45.
 Schöllkrippen, rr. Dorf 145.
 Schönborn, Rsgrsch. 123 140 146.
 Schönfeld, S. v., Rhauptm. 68.
 Schönlis, rr. Damenstift 32 a.
 Schomburg, s. Degenfeld
 Schraut, öst. Min. 98.
 Schrottenberg, rr. Fam. 134 137 a.
 Schulenburg-Kehnert, Gr., preuß.
 Min. 102.
 Schwäbischer Ritterkreis 17 18 26 a
 48 49 a 52 77 92 98 113 a 123 f
 133 f 147 f 172 181 192 f.
 Schwaighausen, rr. Dorf 134 a.
 Schwarzenberg, Fürst, öst. Gen. 171.
 Schweden 168 170 175.
 Schweigern, rr. Dorf 147.
 Schweighausen, rr. Dorf 150.
 Seckendorf, kais. Feldmarschall 69.

- , Rshofrat 98.
 —, Rhauptm. u. württ. Ges. 101
 135 136 141 154 197.
 Seelenberg, rr. Dorf 149.
 Serpes, rr. Fam. 45 a.
 Sickingen, F. Rsgr. v. 82 86.
 Soden, J. Rsgr. v. 34 101 134 137 a
 138.
 Sohlern, rr. Fam. 46 150.
 Sonnhofen, rr. Dorf 152.
 Speckfeld, Rsherrschaft 129 a.
 Speht, Rhauptm. 95.
 Staden, Ganerbschaft 148 152.
 Stadion, öst. Min. 101 167 169 a.
 Stauffenberg, Rhauptm. 135 136 a.
 Steigerwald, R.-K. 17 56 66 69 121
 125 135.
 Stein zu Nassau, rr. Fam. 24 a 150
 196.
 —, Frh. K. v., preuß. Min. 33 150
 200.
 — -Kallenfels, rr. Fam. 46.
 —, rr. Sekretär 74.
 Steinenkirch, rr. Dorf 133 a.
 Steinfurt, rr. Dorf 148.
 Stein z. Stein, rr. Dorf 134 a.
 Stetten, rr. Fam. 70 152.
 St. Foy, franz. Dipl. 113.
 Stubenrauch, rr. Agent 98.
 Stublang, rr. Dorf 23 a.
 Sugenheim, rr. Dorf 69, 136.
 Talleyrand, franz. Min. 82 99 112
 170 173 174 184 189.
 Tann, rr. Herrschaft 143.
 —, Rhauptm. u. fuld. Min. 135 143
 180.
 Thann, rr. Dorf 128 a.
 Thüngen, rr. Fam. 143.
 Thürheim, F. Rsgr. v., bayr. Gen.-
 Komm. v. Franken 134 f. 163 164
 180 196.
 Thugut, öst. Min. 77 98.
 Thurn, rr. Dorf 128 a.
 Törring, rr. Fam. 101.
 Trabelsdorf, rr. Dorf 125 183.
 Trautmannsdorf, öst. Min. 98.
 Treschklingen, rr. Dorf 147.
 Trier, Kurfstt. 79.
 Türkheim, rr. Fam. 45 a 101.
 —, Lilli v. (Goethe) 45 a.
 Unterheimbach, rr. Dorf 153.
 Unterschwappach, rr. Dorf 132 a.
 Unterstotzingen, rr. Dorf 134 a.
 Unterwestern, rr. Dorf 145.
 Völkersleyer, rr. Dorf 132 a.
 Vogelsberg, rr. Dorf 152.
 Vogelsang, rr. Dorf 155.
 Vogtländische Ritterschaft 56 f.
 Vogt v. Hunoldstein, rr. Fam. 44 a
 45 a 75 98.
 Vollmaringen, rr. Dorf 155.
 Waechter, rr. Ges. 98 112 113 114
 161 173 183 f.
 Wagner, J. G., Reg.-Rat i. Bayr. 61.
 Waizenbach, rr. Damenstift 27 a 31 a.
 Waldbehungen, rr. Dorf 141 a.
 Waldburg, M. W. Fürst v. 155.
 Walldorf, rr. Dorf 142.
 Wallerstein, Gr., Rshofr.-Präs. 127.
 Waltershausen, rr. Dorf 141 a.
 Warsberg, rr. Fam. 44 a.
 Wasgau, R.-K. = Oberrhein.
 Weickersgruben, rr. Dorf 132 a.
 Weidenberg, rr. Dorf 59 a.
 Weilar, rr. Dorf 145.
 Weißenbrunn, rr. Dorf 133.
 Weißendorf, rr. Dorf 128 a
 Welden, rr. Fam. 196.
 Wernstein, rr. Dorf 59 a.
 Wertingen, rr. Dorf 124.
 Westerwald, Quartier d. K. Mittel-
 rhein 18.
 Westphalen, Gr., öst. Ges. 48.
 Wettenhausen, Abtei 134.
 Wetterau, Quartier d. K. Mittelrhein
 18.
 Wetzel, rr. Fam. 51 a.
 Weyer, rr. Dorf 140 a.
 Wiesau, rr. Dorf 59 a.
 Wiesenstau, rr. Fam. 137 a.
 Wildenberg, rr. Herrschaft 150.
 Wilhermsdorf, rr. Dorf 70.
 Wimpfen, Reichsstadt 147 154 190.
 Windheim, rr. Dorf 132 a.
 Winterkasten, rr. Dorf 146.
 Wipprecht, Reg.-Rat i. Bayr. 61.
 Wöllwarth, C. L. v., rr. Ges. 93
 154 a 161 181 196.
 Wolfskeel, rr. Fam. 183.
 Wolfsmünster, rr. Dorf 132 a.
 Wolkendorf, rr. Dorf 140 a.
 Wolzogen, W. v., weimar. Ohof-
 marschall 142 a 179 183.

Woronzow, russ. Staatskanzler 179.
Württemberg (Friedrich I. v.) 19 a
36 37 53 106 107 111 124 153 f.
172 181 188 192 194 197 199 201.
Würzburg, Hochstift 23 a 36 53
121 f. 199.
—, St. Anna i. 32 a.
—, Juliushospital i. 132.
—, Universität i. 132.
—, rr. Fam. 137 a 138.
Wüstensachsen, rr. Dorf 132 a.

Wurmser, rr. Fam. 45 a.
—, D. S. v., kais. Feldmarschall 52.
Zaisertshofen, rr. Dorf 124.
Zeckern, rr. Dorf 128 a.
Zedtwitz, freih. Fam. 71.
Zeilitzheim, rr. Dorf 140 a.
Zeitlofs, rr. Dorf 27 a 144.
Zentner, bayr. Geh. Rat 164.
Zobel, rr. Fam. 152.

Berichtigung.

- S. 47 Anm. 17 Z. 2 v. u. lies: 1 120 000 statt 1 120 0000.
S. 80 Z. 4 v. u. „ : Reichsstädte statt Reichsstände.
S. 93 Z. 6 v. u. „ : Kanton „ Kreis.
S. 126 Anm. 19 „ : Kr.-A. „ K.-A.
S. 149 Z. 2 v. u. „ : Greiffenklau „ Sreiffenklau.
S. 159 Anm. 1 Z. 1 v. u. „ : 1802 „ 1902.
S. 184 Anm. 19 Z. 2 v. u. „ : Z. l. 1805 „ 1804.
-

